## Die Devalvierung des österreichischen Papiergeldes im Jahre 1811

Eine finanzgeschichtliche Darstellung nach archivalischen Quellen

Von Victor Hofmann





**Duncker & Humblot** *reprints* 

## Schriften

Des

# Vereins für Sozialpolitik.

### Deutsche Zahlungsbilanz und Stabilisierungsfrage.

Im Auftrage des Vereins veranstaltet von Rarl Diehl und Felix Somary.

165. Band.

Geschichte der Stabilisierungsversuche.

Serausgegeben von Melchior Palyi.

Erster Teil.

Die Devalvierung des öfterreichischen Papiergeldes im Jahre 1811.



Verlag von Duncker & Humblot. München und Leipzig 1923.

# Die Devalvierung des österreichischen Papiergeldes im Jahre 1811.

Eine finanzgeschichtliche Darstellung nach archivalischen Quellen.

Von

Dr. Victor Hofmann,

Direttor des Archivs des Bundesministeriums für Finangen in Wien.



Verlag von Duncker & Humblot. München und Leipzig 1923. Alle Rechte vorbehalten.

Altenburg Piererice Hofbuchruderei Stephan Geibel & Co.

### Inhaltsübersicht.

		Seit
1.	Einleitung	
2.	Hoftammerpräsident Graf Ballis und die Papiergeldfrage	-
3.	Der Plan des Grafen Wallis	2:
4.	Die Vorschläge des Staats= und Konferenzministers Grafen Zichy	44
5.	Die Beratungen über die Plane der Grafen Zichn und Wallis	49
6.	Die Gegenvorschläge des Vizekanzlers v. Balbacci	5
7.	Bor der Kundmachung der Entscheidung	74
8.	Das Devalvierungspatent	94
9.	Das weitere Vorgehen bes Hoffammerpräsidenten und die Abwehr	
	neuer Angriffe auf sein System	119
10.	Die Kundmachung des Devalvierungspatents und dessen unmittelbare	
	Wirkung in Wien, Nieder= und Oberösterreich	137
11.	Die Aufnahme des Devalvierungspatents und dessen Folgeerscheinungen	
	in Steiermark und Kärnten	175
12.	Die Wirtung der Devalvierungsverfügung in Böhmen, Mähren, Schlesien	
	und Galizien	195
13.	Das Finanzpatent oder vielmehr die königlichen Reskripte vom 15. März	
	1811 und vom 1. August 1812 in Ungarn	212
14.	Das Ende des Wallisschen Finanzspftems	222

## Die Devalvierung des österreichischen Papiergeldes im Jahre 1811.

Eine finanzgeschichtliche Darftellung nach archivalischen Quellen.

Von

Dr. Victor Sofmann (Wien).

Schriften 165. 1.

#### 1. Einleitung.

Die große Kinanzoperation, welche die österreichische Regierung, gedrängt durch die fortschreitende Entwertung des Bapiergeldes, das infolge der durch die Eroberungswut des Napoleonischen Frankreich hervorgerufenen langjährigen Kriegsnot in außerordentlichem Ausmaße vermehrt worden war, im Jahre 1811 ausführte, mußte mit ihren schwerwiegenden Folgen auf die Zeitgenossen einen außerordentlichen Eindruck machen und hat eben deshalb auch in der späteren Literatur vielfache Beachtung, in vielen Fällen vollständige Ablehnung gefunden. Das mehr oder minder harte Urteil über das Patent, mit welchem die Devalvierung des österreichischen Papiergeldes kundgemacht wurde, kommt zumeist schon in dessen Benennung zum Ausbruck; es wird nicht als Finanzpatent 1 oder Devalvierungspatent, sondern als Bankerottpatent bezeichnet, seine Wirkung als Staatsbankerott hingestellt. Nicht ganz mit Recht, wenn berücksichtigt wird, daß nach der auch damals gebräuchlichen Terminologie das Wesen des Staatsbankerotts in einer Einstellung ober Herabsetzung der Berzinsung der Staatsschulden bestand, während in dem Patente vom 20. Hornung 1811 die Devalvierung des Papiergeldes nicht nur die weitaus wichtigste Magnahme der Regierung darstellt, sondern auch die Herabsetzung der Zinsen der Staatsschuld auf die Sälfte, wovon übrigens ein Teil derselben auch ausgenommen war, in der Beise erfolgte, daß diese Sälfte im fünffachen Betrage des auf ein Fünftel devalvierten Papiergeldes zu be= zahlen war 2.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der amtlichen Gesetsausgabe (Polit. Gesetze u. Berordnungen 36. Bb., Nr. 14) wird es als "Neuestes Finanzpatent" kundgemacht.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Der Verfasser des Patents schrieb am 4. Jan. 1811: "Durch die Herabsehung der Interessen versieren die Fonds nicht, weil sie im ersten Jahre ungehindert der Herabsehung mehr als vorhin in B. Z., späterhin aber eine besser Baluta erhalten." — Jos. Ritter v. Hauer, der selbst an der Ausführung des Patents beteiligt gewesen war, führt, die gleiche Ansicht vertretend, zugunsten des Patents in nicht gerade glücklicher Weise an, daß die Staatsgläubiger, wenn man ihnen das Kapital im Kennwert der B. Z. zurückgezahlt hätte, einen noch größeren

Es kann benn auch, wie aus der vorliegenden Darstellung zu ersehen ist, keinem Aweifel unterliegen, daß der Urheber und Verfasser des Patents, der Präsident der Allgemeinen Hoftammer Graf Ballis, dieses keineswegs in der Absicht entworfen hat, einen Staatsbankerott zu erklären, sondern vielmehr einem solchen vorzubeugen. Er hätte aber einen Bankerott auch darin erblickt, daß das österreichische Papiergeld, sei es infolge Vernachlässigung aller wirksamen Gegenvorkehrungen ber Regierung, sei es auch mit deren Wissen und Willen, vollständigem Unwert verfallen wäre 1. Wallis hat durch sein Patent jedoch nicht nur dies verhindert, sondern zugleich auch noch den devalvierten Bankozetteln, soweit es in seiner Macht lag, eine ganz bedeutend erhöhte Raufkraft im Inlande gesichert. Es geschah dies durch die von den Kriti= kern des Patents gar nicht oder viel zu wenig beachtete unscheinbare Bestimmung des § 18 des Patents, wonach die Satungen auf Fleisch, Brot usw. sowohl nach dem bisherigen Nennwerte des alten Papier= gelbes, der Bankozettel, als auch nach dem Nennwerte des neuen Papiergeldes, der Einlösungsscheine, zu berechnen waren, wie an einem besonderen Beispiel klar gemacht wird. Erst dieses Beispiel zeigt, wie die Sache gemeint war. Es mußten die alten Bankozettelpreise beibehalten und der fünfte Teil hiervon in Einlösungsscheinen angegeben werden, und die Regierung ging auch noch über den Wortlaut des Patents hinaus, indem sie das "usw." auch auf die Preisberechnungen für nicht der Satung unterliegende Waren und sogar auch auf Arbeitsentsohnungen ausdehnte. Konnte somit sogar dem devalvierten Bankozettel auf weiten Gebieten des Handels und auch der Erzeugung tatsächlich eine den früheren Verhältnissen ungefähr entsprechende Kaufkraft durch längere Zeit erhalten werden, so war die Regierung wohl zu der Erwartung berechtigt, daß ihr Vorgehen nicht als Bankerotterklärung betrachtet werden würde.

Verlust erlitten hätten und diese Staatsgläubiger bei den späteren Anderungen des Finanzsystems noch weit übler gefahren seien (Beiträge zur Geschichte der österr. Finanzen. Wien 1848. S. 202).

<sup>1)</sup> So schrieb Genz zu Beginn des Jahres 1810: "Wer sich von einer törichten Antipathie gegen das Papiergelb und einer blinden Vorliebe für Silber und Gold durchaus nicht losmachen kann, muß wenigstens in seinen Wünschen konsequent sein und den Staats-Vankerott, das einzige untrügliche Mittel, um Ströme von Metallgeld aus tausend verborgenen Klüften hervorquellen zu sehen, herbeiztesen." (Abolf Beer, Die Finanzen Osterreichs im 19. Jahrhundert. Prag 1877. S. 442.)

Dazu kommt noch, daß die öfterreichische Regierung mit Patent vom 21. März 1818 die Berzinsung der Staatsschuld wieder auf die ursprüngliche Höhe zurückführte. Es war dies freilich keineswegs schon von Ballis beabsichtigt gewesen. Benigstens konnte kein Anhaltspunkt sür die Richtigkeit der Angabe Tebeldis gefunden werden, daß es bei der Kundmachung des Finanzpatents eine ausgemachte Sache gewesen wäre, seinerzeit das Schickal der Staatsgläubiger verbessern zu wollen, daß dies aber ein wertvolles Geheimnis weniger Personen geblieben sei 1.

Benn ein Schriftsteller noch vor wenigen Jahren, ohne nähere Begründung wohl das schärfste Urteil fällend, die Finanzoperation des Jahres 1811 als eigentlichen Bollbankrott oder sogenannte Repudiation, bei welcher der Staat seine Schulden überhaupt nicht verzinsen oder tilgen zu wollen erklärt, bezeichnet, und als die letzte Katastrophe dieser Art bei einer wirklichen Großmacht, so muß dies demnach unzweiselshaft als eine arge geschichtliche Entstellung bezeichnet werden 2.

# 2. Hoffammerpräsident Graf Wallis und die Papiergeldfrage.

Der Oberstburggraf von Böhmen, Graf Josef Wallis, dem Kaiser Franz bald nach des Grafen O'Donell Tode als Hofkammerpräsidenten die Leitung der Finanzgeschäfte Osterreichs übertrug<sup>3</sup>, übernahm mit dieser auch die Fortsetzung der Vorbereitung jener Maßnahmen, welche die sinanzielle Notlage des Keichs und vor allem die bereits sehr weit

<sup>1)</sup> Die Geldangelegenheiten Öftreichs. Bon Albrecht Tebelbi. Leipzig 1847. S. 49. — L. John (Pseudonym für Carl Hock) (Anti-Tebeldi: Zur Widerslegung der über die öfterreichischen Geldverhältnisse verbreiteten Jrrtümer. Leipzig 1848. S. 104) bezeichnet diese Angabe als grundlose Berdächtigung der österreichischen Regierung jener Zeit und versichert, daß "man allgemein" (auch an der Börse) die Herabsehung der Zinsen nicht als eine definitive und immerwährende betrachtet hatte und für den Fall einer Besserung der sinsanziellen Lage auch wieder die Auszahlung der vollen Zinsen erwartete.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> "Papiergelbwährung pflegt der Borläufer des Staatsbankrotts zu sein. Der französische von 1797 und der österreichische von 1811 sind dafür klassische Beispiele." Leo Zeitlin, Der Staat als Schuldner. Tübingen 1906. S. 84f.

<sup>3</sup> über die Schwierigkeit, einen Ersat für D'Donell zu finden, schrieb der von diesem auch als Berater herangezogene Friedrich v. Gent an den Hofrat der Hoffammer Heinrich v. Collin am 25. Mai 1810: "Ich habe durchaus keinen Begriff davon, wer D'Donells Nachfolger sein könnte; wenn ich ihn wählen sollte, würde ich mich lieber morgen früh in meinem Bade ersäusen." Aus dem Nachlasse Friedrichs von Gent. Wien 1867. I. Bd. S. 24.

vorgeschrittene Entwertung des Papiergeldes bekämpfen und schließlich beseitigen sollten. Bon einer Stelle politischer Verwaltungstätigkeit abberusen, ließ er den engen Zusammenhang zwischen Politik und Birtschaft als Hofkammerpräsident von allem Ansang an nicht aus den Augen, und so mußte es wohl kommen, daß ihn die mit ihrer Durchschrung auf eine längere Reihe von Jahren berechneten wirtschaftlichen Pläne seines Vorgängers in den politisch äußerst bewegten Zeiten mit Bedenken und Zweiseln erfüllten. Aber auch seinem ganzen Wesen sagten diese Pläne offendar nicht zu.

Während D'Donell bei überdies sehr beschränkten Vermögensumständen unter der Schwere der ihm gestellten Aufgabe und Berantwortung außerordentlich gelitten hatte und schließlich zusammengebrochen war 1, trug der reiche und eitle böhmische Edelmann irischer Hertunft, dessen sadistische Neigungen und dessen Mangel an gediegenem Wissen sein einstiger Präsidialsekretär und späterer Nachfolger an der Spize der Hofkammer, Karl Friedrich Freiherr von Kübeck, ebenso schildert, wie er andererseits auch seine große Festigkeit in der Durchsührung einmal gesaßter Beschlüsse betont 2, diese Last, ohne viel auf das Urteil anderer zu achten, auf kräftigeren Schultern viel seichter.

Wenn in einigen der Schriften, welche sich mit der Tätigkeit des Grafen Wallis befassen, auf die Absonderlichkeit hingewiesen wird, daß der Oberstdurggraf von Böhmen dazu ausersehen wurde, an der Spite der Hofkammer, sozusagen als Dilettant<sup>3</sup>, große Finanzoperationen durchzusühren und nötigenfalls auch neue zu entwersen, so kann hierzu

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Wenige Tage vor seinem Tode bat O'Donell noch einmal um die für die Durchführung seiner Absichten unerläßliche Herabsetung des Armeestandes und schilberte dabei seine Lage mit solgenden schlichten und ergreisenden Worten: "Seitdem ich mein Amt verwalte, habe ich bloß in dem Dienste und für den Dienst gelebt (ich darf es sagen, denn jedermann weiß es). Ich unterziehe mich willig dem Berhängnis, welches die Härte der Zeiten über das Haupt dessenigen, der ein solches Amt verwaltet, herbeigeführt hat; es ist die Abneigung, der allmählich sortschreitende Haß aller Stände, die mehr oder weniger gedrückt sind oder sich gedrückt wähnen. Dulben kann man es wohl, wenn man eine so schwere Pflicht auf sich hat, aber sich darüber nie kränken, wäre Fühllosigkeit. (Vortrag vom 23. April 1810.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> "Mir kam er vor wie ein eingepuderter Löwe, mit dem er in der Tat viele Ahnlichkeit hatte." Tagebücher des Carl Friedrich Freiherrn Kübeck von Kübau. I. Bb. S. 213ff u. a.

<sup>3</sup> So 3. B. Arnold Winkler, Staatsbankrotte, Wien 1920, S. 15, ober Wilhelm König, Der Staatsbankrott vom Jahre 1811 ("Die Kultur" XII (1911), S. 318.

nur bemerkt werben, daß die Stelle des Präsidenten der Hofkammer ebenso wie die übrigen höchsten Staatsämter ohne wesentliche Rücksicht auf die tatsächliche Verwendung des Einzelnen besetzt zu werden pflegten, und daß beispielsweise Kaiser Franz diese Stelle ausschließlich Angeshörigen des deutschen oder ungarischen Grafenstandes der Monarchie verliehen hat, die zumeist mit sinanziellen Angelegenheiten vorher gar nicht befaßt gewesen waren.

Ubrigens scheint sich dieser ungemein selbstbewußte Hofkammerpräsisent keineswegs als Disettanten betrachtet zu haben, da er bei der Hofkammer schon nach kurzer Zeit ganz seine eigenen Wege ging und sich von den ihm unterstellten, in langjähriger Erfahrung geschulten Beamten unabhängig erhielt oder ihnen entgegentrat. Dabei verschmähte er es allerdings nicht, theoretische Behelse, von welchen gut verwendbare damals freilich noch nicht viele vorhanden waren, zu Rate zu ziehen, oftmals wohl ohne sich dabei zu eingehenderem Studium zu entsschließen 1.

Er schöpfte seine finanzwissenschaftlichen Kenntnisse bei der Behandlung des Papiergeldproblems vor allem aus zwei Werken, nämlich aus der im Jahre 1805 in Göttingen erschienenen Schrift Anton van Coeverdens wirt dem Titel "Bersuch einer Entwickelung der nachteiligen Folgen einer gar zu großen Masse Staatspapiergeldes für einen Staat" und aus dem Werke des Grasen Julius von Soden "Die Nazionals Dkonomie. Ein philosophischer Versuch über die Quellen des Nazionals Reichtums und über die Mittel zu dessen Beförderung", von dessen 8 Bänden von 1805 bis zum Jahre 1810 erst vier erschienen waren, deren letzter als "Lehrbuch der Nazionals-Dekonomie" bezeichnet ist.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> So berichtet wenigstens Kübeck aus eigener Ersahrung aus dem Jahre 1808: "Er ist stels mit einem Dutend Bücher aus allen Fächern umgeben und legt sich mit dieser ganzen großen Gesellschaft zu Bette. Er liest den Titel, einige Sätze in dem einen, dann dem anderen Buche, ohne je eine einzige Seite zu studieren" (a. a. D. S. 219).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bei Stiaßny, Der österreichische Staatsbankerott von 1811, Wien, Leipzig 1912, S. 126, wird dieser irrtümlich Saverden genannt und wird natürlich auch feine nähere Erklärung zu diesem Namen gegeben.

<sup>3</sup> Der 5. Bb. "Die Staats-Finanz-Wirthschaft nach den Grundzügen der Razional-Okonomie. Ein Versuch" wurde erst im Jahre 1811 (in Leipzig) ausgegeben. — Abam Smith, in dessen, "Inquiry into the nature and causes of the Wealth of Nations" (II. Buch, 2. Kap.) auch das Wesen des Papiergeldes geskennzeichnet wird, findet sich, soweit dies festgestellt werden konnte, in Schriftsstüden des Erasen Wallis nur aus späterer Zeit erwähnt.

Aus letterem Werke mag seine Abneigung gegen die von seinem Borgänger bereits eingeleitete und von ihm selbst noch fortgesette Einshebung einer Bermögenssteuer stammen, die Soden als Einkommenstabgabe für im allgemeinen nicht ausführbar hält 1, ebenso auch seine seste Aberzeugung von dem unmittelbaren Zusammenhang des Aurses des Papiergeldes mit der für den Berkehr nötigen Menge desselben 2.

Von größerer unmittelbarer Verwendbarkeit als die Schriften des angeblichen Erfinders der "Nationalökonomie" als Wissenschaft war für Wallis ohne Zweisel das ersterwähnte, unter dem Eindruck der Zerrüttung der französischen Finanzen geschriebene Werk, das den anderen europäischen Staaten, die sich ebenfalls infolge übermäßiger Vermehrung des Staatspapiergeldes der "anarchischen Krisis" immer mehr näherten, als Warnungsruf dienen sollte 3.

Als Ergebnis der Untersuchungen über den Begriff und die Natur des Gold-, Silber- und Staatspapiergelbes und der Waren ergab

<sup>1 &</sup>quot;Die fünfte Gattung der direkten Auflagen (neben der Grunde, Mobiliare, Kopf- und Gewerbesteuer) ist die Renten- oder sogenannte Vermögenssteuer, die Erhebung des Staatsanteils von dem reinen Einkommen jedes einzelnen Staatsbürgers. Sie würde dem Nazionalökonomieprinzip am nächsten kommen, da sie bei dem Gegenstande der Auflagen stehen bleibt, wenn sie nach dem Organismus der Menschheit allgemein aussührbar wäre. Entweder muß sie die bürgerliche Freiheit vernichten und den Staat in ein Inquisizionsgefängnis umschaffen, oder sie wird durch Unredlichkeit und Betrug vernichtet." 4. Bd. S. 444 f.

<sup>2) &</sup>quot;Die Papiermünze kann sowohl die unschädlichste als die gefährlichste Form der Benutung des Staatskredits sein . . . Sie muß gewöhnlich unter ihren nominalen Wert sinken. Sinkt sie tiefer als die Vorzüge der übrigen Münzen, insbesondere der Metallmünze an sich mit sich bringen, so ist dies ein sicheres Zeichen, daß die Nazion dieser Masse von Papiermünze zum Verkehr nicht bedurfte." S. 493 f.

<sup>3 &</sup>quot;Sobalb das Staatspapiergelb über die größte Summe vermehrt wird, so zirkuliert es zwar noch fort, aber es reißt sich von dem baren Gelde los, der Preis desselben fällt immer mehr unter Pari mit dem baren Gelde, und die Preise aller Waren steigen immer höher. Bei den Staatssinanzen entsteht immersort ein neues Desizit, die Schuldenlast des Staates häuft sich immersort an, und der Predit des Staates sinkt immer tieser, dis er endlich ganz zugrunde geht. Die Auflagen müssen immersort erhöht werden, dis endlich die Quellen, aus welchen die Abgaben gehoben werden, erschöpft werden. Die Staatsdiener trennen sich immer mehr von dem Interesse des Staates, und die Staatsgewalt wird immer mehr von Staatsdienern entblößt, dis sie endlich ohne Hilfe dasteht. Der Nationalreichtum wird immer in seinem Fortschreiten aufgehalten und zulezt gar zurücgedrängt, und eine Klasse von Untertanen verarmt immer mehr. Und wenn keine Mittel geschafft werden, diese Folgen zu bändigen, so muß sich endlich der Staat in ein anarchisches Gewühl ausschlen." S. 91 f.

sich Coeverden nachstehende Feststellung: "Es ist nicht möglich, das Papiergeld, wenn es fich einmal von dem baren Gelde losgeriffen hat, allmählich zu tilgen und badurch wieder mit dem baren Gelbe gleich zu bringen. Es muß eine wirksame Finanzoperation vorgenommen werden, oder der Staat muß zugrunde gehen 1." Es find fast die gleichen Worte, mit welchen Wallis einige Jahre später seine Finanzvorschläge begründete. hinhaltende Mittel, wie Berringerung des Gehalts der Münze, strenge Agiotagegesete, öffentliche Verbrennung unbedeutender Papiergeldmengen, gesetliche Preisfestigenungen, als ganz unwirksam zurückweisend, bezeichnete Coeverden als erste Bedingung für eine all= mähliche Tilgung des Staatspapiergeldes die Verhütung eines Defizits und die Erzielung von überschüssen im Staatshaushalte. Dies zu erreichen, ware nur durch Bermehrung der Ginfünfte des Staates, und zwar durch Erhöhung der Abgaben oder des Ertrags der Regalien und Domänen, oder durch Ersparungen möglich. Durch Erhöhung der Abgaben würden aber die Preise aller Waren unausbleiblich in die Höhe getrieben und der Staat, als größter Verbraucher, hätte nur eine Bergrößerung seines Defizits zu besorgen. Für erfolgreiche Berbesserungen auf dem Gebiete der Regalien und Domänen mußten erft bedeutende Rapitalien beschafft und dadurch die Schuldenlasten noch vergrößert werden, wobei sich ein Erfolg erst nach Jahren einstellen könnte. Durch Ersparungen aber ließe sich überhaupt kein Überschuß erzielen 2.

Mit welchen Mitteln aber auf einmal so viel Papiergeld weggeschafft werben könnte, daß dieses "mit dem baren Gelbe wieder zugleich und gleich zirkulieren kann", wäre nach den Berhältnissen jedes einzelnen Staates zu prüfen. Es werden demnach in Coeverdens Schrift die besonderen Umstände der öfterreichischen Länder auf diesem Gebiete nicht näher erörtert, wohl aber in einem handschriftlichen Nachtrage 3,

<sup>1</sup> A. a. D. S. 171.

<sup>2 &</sup>quot;Bas nun die Ersparung betrifft, so bedarf es wohl kaum einer Erwähnung, daß dadurch kein überschuß zu gewinnen ist. Denn wenn der Staat, da er sich mit seinen Finanzen schon in dem Birbel befindet, daß jährlich ein neues Desizit entsteht und die Staatsdiener immer schlechter besoldet werden, auch eine Summe von einiger Bedeutung ersparen würde, so könnten dadurch für die Staatsverwaltung böse Folgen entstehen, und die Summe müßte am Ende doch zur Deckung des Desizits und zur besseren Besoldung der Staatsdiener gebraucht werden" (S. 171, 176).

<sup>3</sup> Als "Anlage zu Kap. 8, S. 170" bezeichnet und nicht batiert.

ber sich in einem aus dem Besitze des Kaisers Franz stammenden Exemplare derselben befindet und aller Wahrscheinlichkeit nach auch Wallis nicht unbekannt geblieben ist, der hierdurch vielleicht zu noch größerer Eile gedrängt wurde. Er behandelt die Frage, ob der Ruin eines durch übergroße Papiergeldmenge zugrunde gehenden Staates von einer auswärtigen Macht ohne Krieg beschleunigt werden kann, ob die Preiseverminderungen der "Bankzettel", welche in immer größerem Ausmaße Warenpreissteigerungen, Defizite im Staatshaushalt, Unzufriedenheit der zu schlecht besoldeten Staatsdiener und Lähmung der Gewerbe zur Folge hätten, durch irgendwelche Vorkehrungen des Auslandes beeinflußt werden könnten.

Er wies zunächst auf die Verfälschungen des Papiergeldes und Nachmünzung der schlechten Scheidemünze im Auslande hin 1, das daraus allerdings verbrecherischerweise auf Kosten Osterreichs Nuten zöge, sodann auf eine Forcierung des Wechselkurses, der Preise des Papiergeldes und der Waren. Eine auswärtige Macht könnte in Osterreich und an den Handelspläßen, mit welchen dieser Staat in Verkehr stehe, durch eigene Kommissäre Wechsel- und Handelsgeschäfte treiben lassen. Eine Summe von 12 Millionen Gulden würde genügen, um den Wechselkurs und die Warenpreise durch Ausbietung sehr vieler Wechsel auf österreichische Pläße und großer Mengen von Vankozetteln zu geringeren Preisen an den Auslandsbörsen, sowie durch Auskauf aller Wechsel auf ausländische Pläße in Osterreich zu jedem Preise in die Gewalt jener Macht zu bringen 2.

Das hierdurch bewirkte Fallen bes Preises des Papiergelbes und Steigen bes Wechselkurses erzeuge wieder ein Steigen der Warenpreise, das noch durch Auftauf der Waren für das Ausland verschärft
werde. Dadurch werde aber das Defizit des Staates vergrößert und dieser
gezwungen, zunächst neues Papiergeld in Umlauf zu setzen und sodann

<sup>1</sup> Hier ist wohl in erster Linie an Frankreich zu benken. Bekanntlich war dies eine vielverwendete Wasse des Arsenals der Napoleonischen Kriegskunst (s. A. Fournier, "Napoleon I. als Falschmünzer" in Osterreichische Rundschau, Wien XXXVIII, S. 382 st., und J. Raudnit, "Italienisch» französische Bankozettelfälschungen", I. Teil, Arch. f. österr. Geschichte, 108. Bd., Wien 1918. S. 75 st.).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Hiervon wäre etwa die Hälfte für Wechselgeschäfte in London, Amsterdam, Hamburg, Franksurt, Leipzig, Augsburg, Genua, Livorno, Paris, Madrid, Konstantinopel und Smyrna und etwa ein Viertel für solche in Wien, Prag, Triest und Benedig, das letzte Viertel aber zum Ankauf von Waren aller Art in den Städten der österreichischen Monarchie zu verwenden.

bie Abgaben zu erhöhen, wodurch die Ursachen des niederen Papiersgeldpreises und der hohen Warenpreise neuerlich fest begründet würden und der eine Staat durch einen anderen dem Ruin immer näher gesbracht würde.

Mehr als diese auswärtige Gesahr scheint Wallis allerdings die Bemühungen zur Berhinderung einer Besserung des Papiergeldkurses im Inlande gefürchtet zu haben, die er nicht mit der erforderlichen Wirkung zu bekämpfen vermochte.

Gegenüber der eindrucksvollen Warnung Coeverdens, der vermutlich als der geistige Urheber des österreichischen Devalvierungspatents zu betrachten ist, war der Versuch, die Vermögenssoder Tilgungssteuerpatente zu verteidigen und als ausreichende Heilmittel hinzustellen, den Josef von Sonnenfels noch gegen Ende des Jahres 1810 unternahm, von vornherein als wirkungslos zu betrachten.

Noch einer Schrift aus jener Zeit ist hier zu gebenken, die zwar Wallis' Pläne vielleicht nicht unmittelbar beeinflußt haben mag, aber auch in weiteren Areisen größere Beachtung gefunden hat. Die in ihr enthaltenen Borschläge gehen über das, was der Hoskammerpräsident schließlich durchführte, noch weit hinaus. Es war auch in diesem Falle ein Fremder<sup>2</sup>, Simonde de Sismondi in Genf, der die Frage der plößelichen, vollständigen und überraschenden Beseitigung des Papiergeldes, und zwar zunächst vorzüglich des österreichischen, auswarf. Unter allen Fehlern des Fiskalismus sah Sismondi in der Ersindung des Papiergeldes ganz besonders die Geißel des Jahrhunderts. Fast in allen Staaten hätte dessen Entwertung nach scheindarem Reichtum wirkliches Elend herbeigeführt. Er bekämpst als ebenso gesährlich wie salsch die Aufs

¹ Er gab in der Schrift "Über die am achten September erlassenen zwei Patente. Ein Antwortschreiben über solgende Fragen: Welcher Ursache ist die Berschlimmerung des Aurses zuzuschreiben? Wodurch kann derselben Einhalt geschehen? Wien 1810" der Überzeugung Ausdruck, daß sich der Kurs der B. Z. im Berhältnisse ihres allmählichen Berschwindens (durch die Tilgungssteuern) ganz von selbst bis zum vollen Rennwerte bessern müsse.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Der Berfasser einer umfangreichen Geschichte der italienischen Freistaaten des Mittelasters J. Ch. Leonard Simonde de Sismondi veröffentlichte in der Zeitschrift Pallas im Jahre 1810 eine Abhandlung "Du papier monnoie, et des moyens de le supprimer", die im gleichen Jahre auch besonders abgedruckt in Weimar erschien. Sismondis Abhandlung besaste sich in ihrer anfänglichen, nur handschriftlich verbreiteten Gestalt mit den österreichischen Verhältnissen, welche er im Jahre 1808 im Lande selbst kennengesernt hatte, wurde aber für den Druck durch Bezugnahme auf andere Staaten (namentlich Außland und Dänemark) erweitert.

fassung, daß aller Wert des Geldes auf dem Bertrauen beruhe. Das wahre Geld sei nur Gold und Silber, das Gleichgewicht zwischen Ansgebot und Nachfrage bestimme deren Wert wie den aller Waren 1. Das Papier habe keinen anderen Wert, als den der Nredit ihm versleiht. Jedermann könne selbst voraussehen, daß der Tag kommen müsse, an dem das Papiergeld zunichte werden würde, wie dies das Beispiel aller bisherigen Ausgaben solchen Geldes beweise und was auf keine Weise verhindert werden könnte 2.

Der Staat, als Einheber der Steuern der mächtigste Nationalgläubiger, zugleich aber auch der größte Verbraucher, müsse das Papiergeld, das er ausgebe, unimittelbar oder mittelbar zum Ankauf von Dingen verwenden, welche immer teurer würden. Irgendein Gleichgewicht zwischen seinen Ausgaben und Einnahmen könne sich nicht herstellen; ununterbrochene Steuererhöhungen hätten nur eine weitere Entwertung des Papiergeldes zur Folge<sup>3</sup>. Andererseits meint Sismondi allerdings, auf die französischen Assignaten verweisend, daß eine außerordentliche Steuer ein vorübergehendes, bald vergessenes übel wäre und nicht, wie das Papiergeld, eine organische, Kräfte und Leben zerstörende Krankheit.

Während die fundierte Schuld des Staates unter dessen Untertanen sehr ungleich verteilt, deren Wertloserklärung daher eine schreiende

¹ Er begründet diese unrichtige Behauptung in solgender Beise: "Ce qui assure un prix inaltérable aux monnoies d'or et d'argent, c'est que lorsqu'on veut les retirer du commerce, on trouve toujours ou un orsèvre qui veut les fondre ou un étranger qui veut les exporter . . . La qualité essentielle d'un numéraire c'est la stabilité, l'immutabilité de son prix, parceque tous les marchés sont stipulés d'après cette fixité supposée. ⑤. 17, 21.

², "Une grande force d'habitude dans un peuple lent et réfléchi, comme les Autrichiens, peut suspendre en partie l'effet de l'inquiétude publique. D'ailleurs le ministère, la noblesse, le commerce, le peuple tout entier ont travaillé avec un grand zèle et par de nombreux sacrifices à maintenir le crédit du papier; le département des finances y a consacré des sommes considérables et les revenus les plus clairs de l'Etat ont été employés à sauver sa fortune apparente. Mais tous les palliatifs peuvent rallentir, jamais arrêter la depréciation necessaire du papier, sa chûte totale est dans la nature des choses, et le moment doit arriver un jour, où l'on ne voudra plus donner son blé, son bétail, les produits de son travail, une richesse réelle enfin pour une richesse mensongère, qui ne représente rien et ne laisse aucune garantie." ©. 19f.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Quand (l'état) augmenterait sans cesse les impôts, la baisse continue du papier entre une loi fiscale et la suivante suffirait seule à le ruiner. Avec quelque rapidité, qu'il suivit la perte de ses billets, il arriverait toujours trop tard. ( $\mathfrak{S}$ . 27.)

Ungerechtigkeit wäre, besäßen zwar alle Papiergelb ungefähr im Verhältnis ihrer Vermögenslage, aber nicht allzuviel, da niemand mehr als nötig davon aufbewahre. Eine vollständige Einziehung dieses Geldes wäre also eine nach diesem Verhältnis bemessene allgemeine Steuer, deren Einhebung überdies keine Kosten verursachen würde.

Die Armen, Handwerker, Arbeiter, auf die vor allem Rücksicht genommen werden müßte, hätten selten 10 bis 20 fl. zurückgelegt und
würden diese sicherlich ohne Verzweislung verschmerzen. Nur die Händler wären gewöhnlich genötigt, einen größeren Vorrat von Papiergeld zu behalten; auch diese würden sich aber über die Unterdrückung
dieses Geldes freuen, da sie dann von der mit diesem Vesitze verbundenen Gesahr befreit wären. Zufälligerweise besonders schwer Getroffenen könnte mit verhältnismäßig kleinen Veträgen aufgeholsen werden.

Der Regierung eines Staates, welcher berart verschulbet ist, daß er zum Zwecke der Beseitigung seines Papiergeldes keine neue verzinsliche und fundierte Schuld aufnehmen kann, empfiehlt Sismondi überdies, der Bevölkerung die Zwangslage offen zu schildern, ihren Patriotismus anzurusen und ihr klar zu machen, daß nur ein solches Opfer den Staat, sie selbst und ihre Kinder vor Sklaverei und Elend zu retten vermöchte.

Er forderte die Widerrufung der Verordnung des Jahres 1797 über den Zwangskurs der Bankozettel (billets de banque) und gab für den Fall, als der Souverän Bedenken trüge, seinen Untertanen ein so großes Opfer zuzumuten, zwei weitere Auswege an, entweder die Zettel unmittelbar in verzinsliche Obligationen zu verwandeln, oder ihnen einen ibealen Wert zu erhalten, den sie nach und nach ohne Erschütterung des Staates verlieren würden.

Letzteres könnte erzielt werden entweder durch Verkauf von Staatsgütern gegen Bankozettel, vielleicht auch durch Verkauf bestimmter Auszeichnungen oder durch Rückfauf kleiner Beträge im Wege jährlicher Verlosungen.

Die Frage, was an die Stelle des beseitigten Papiergelds wie auch der schlechten Kupserscheidemunze treten sollte, dunkte Sismondi leicht zu beantworten; die dem Verkehr entzogene und angesammelte gute

¹ "Peu de gens au moment de la suppression auront en portefeuille plus du quart de leur revenu en billets, et la répartition sera d'autant plus égale, que la défiance est dès longtemps eveillée, et que le moment précis de la suppression n'est cependant point prévu." (©. 36.)

Münze würde notgedrungenerweise sehr bald wieder zum Vorschein fommen müssen, nach zwei Wochen der Verlegenheit wäre der Verkehr wieder auf seinem früheren Fuße.

Schon Gent hat "die unverdiente Zelebrität" dieser auch in Osterreich hie und da als eine verdienstvolle Arbeit gepriesenen Schrift,
deren wichtigste Grundgedanken hier wiedergegeben wurden, beklagt
und Sismondi außer deklamatorischer Seichtigkeit auch absolute Unkenntnis von dem inneren Zustande der Monarchie und von allen
ökonomischen und finanziellen Verhältnissen vorgeworfen. Er war
überzeugt, daß es bei dem allgemeinen Widerwillen des Volkes gegen
rasche und halsbrecherische Schritte in der Monarchie keinen Handwerker oder Bauern gebe, den nicht bei dem Vorschlage, das Papiergeld auf einmal zu vernichten, ein geheimer Schauer ergreisen würde.

"Außer den Fremden, die von unserer Staatshaushaltung so viel wie nichts wissen und sich doch klug genug wähnen, uns Vorschriften zu geben, und außer einigen Halbaufgeklärten im Lande, die von der Oberfläche der Theorie nur gerade soviel abgeschöpft haben, als nötig war, um ihre praktischen Ansichten zu verfälschen und zu verwirren, gibt es nur eine einzige Klasse von Menschen, welche die plögliche Vertilgung des Papiergeldes nicht nur nicht zu fürchten, sondern, wenn sie einmal entschlossen sind, das Interesse des Ganzen ihrem Privatvorteil unterzuordnen, sogar lebhaft zu wünschen Ursache hätten, die Klasse derer nämlich, die aus eingewurzelter Feindschaft gegen das Papiergeld oder aus Mißtrauen gegen die Staatsverwaltung überhaupt oder endelich aus vorherrschendem Spekulationsgeiste und um auf vorkommende Fälle gerüstet zu sein, beträchtliche Summen klingender Münze niedergelegt haben".

Wenn Gentz sowohl Sismondi wie auch der österreichischen Staatsverwaltung vorwirft, daß sie das wahre Wesen des Papiergeldes und
die Handhabung dieses künstlichen Werkzeuges nicht ergründet hätten,
so konnte wohl auch er selbst nicht als genügend sachkundig angesehen
verben, um seine Hand, wie er versuchte, mit Erfolg an eine so schwierige
Aufgabe zu legen 2.

<sup>1) &</sup>quot;über eine plötzliche Tilgung bes öfterreichischen Papiergelbes" (1816). Schriften von Friedr. v. Gent. Herausgegeben von G. Schlesier. Mannheim 1839. III. Teil. S. 280ff.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Einen äußerst schwächlichen Bersuch bieser Art enthält ein Schreiben Geng' an Wallis vom 24. November 1810. Er erblicke im übrigen bie Hauptaufgabe

Immerhin aber hatte er sich schon längst zu einem festen Begriff von dem Wesen des Geldes durchgearbeitet, der dem Sismondis weit überlegen ist. In einer Denkschrift vom Beginne des Jahres 1810 hatte er diesen klar ausgesprochen:

"Ein öfterreichischer Bankozettel ift, wie alles Papiergelb, ober besser, wie alles Geld überhaupt, ein vom Staate sanktioniertes Repräsentationszeichen des Tauschwertes aller käuslichen Objekte. Aus dieser einzig zulässigen Definition ergibt sich sogleich, daß zwischen einem Bankozettel und einer Golde, Silbere oder Aupsermünze, wie sehr sie auch in zufälligen Merkmalen (denen fremdartige Rücksichten ihren Wert geben) voneinander abweichen, keine wesenkliche, keine Gattungse verschiedenheit (differentia generica) obwaltet. Die Sanktion des Staates allein gibt allem Gelde, aus welchem Stosse es auch bestehe, seinen legalen, seinen zirkulationssähigen Charakter, und so wie sich ohne die Einwirkung einer höheren Autorität überhaupt kein Geld denken läßt, so kann man auch mit Zuversicht behaupten, daß alles das wahres Geld ist, was der Staat gesemäßig dasür erklärt".

Bielleicht schon bei der Beratung über die beiden Bermögens- oder Tilgungssteuerpatente vom 8. September 1810, sicher aber bald nach der Kundmachung dieser Patente, deren gute Wirkung auf die Stimmung im Aussande namentlich durch die Haltung der Wiener Groß- händler und auch eines Teils des Abels bald wieder zerstört worden war, begann Wallis an deren völliger Durchführung zu zweiseln, und es scheint, daß er auch dem Kaiser gegenüber bei den mündlichen Berichterstattungen alsbald daraus kein Hehl machte.

Dabei war er nach außen hin freilich ängstlich bemüht, auch nur ben Schein zu vermeiben, als gebächte er das eben erft angenommene

ber Regierung darin, ein Mittel zu finden, wodurch der auswärtige Kurs der B. Z. für einen beträchtlichen Zeitraum fiziert würde, wonach sogleich auch wieder Metallgeld zum Vorschein kommen würde.

¹ Denkschrift vom 3. Januar 1810. "Gebanken über die Berichtigung der Urteile des Publikums von den öfterreichischen Bankozetteln. Abgedruckt bei Beer a. a. D. S. 432. — Ebenfalls zunächst durch Ofterreichs Geldwesen angeregt, schreibt hierüber Georg Friedrich Anapp: "Der Staat ist es, der als Pfleger des Rechts aus diesen oder jenen Gründen erklärt, daß die Eigenschaft, Zahlungsmittel zu sein, an bestimmten gezeichneten Stücken als solchen hafte, und nicht am Stoff der Stücke." (Staatliche Theorie des Geldes. 2. Aufl. München, Leipzig 1918. S. 32.)

Finanzsystem wieder aufzugeben. Nur so kann es erklärt werden, daß der Kaiser schon nach kurzer Zeit und aus verschiedenen Anlässen Wallis' eigene Pläne genauer kennen zu lernen und über diese aufgeklärt zu werden verlangte.

Bereits in dem Bortrag vom 4. Oktober 1810, der einen sehr bes unruhigenden Bericht des leitenden Bizepräsidenten der Polizeihosstelle über die Bolksstimmung in Wien und die Berschlechterung des Börsenskurses zum Gegenstand hat, ist mit ausreichender Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß Wallis überzeugt war, bei der schrecklichen Lage der Finanzen auf dem eingeschlagenen Wege nicht zum Ziele, ja auch nur noch längere Zeit weiter kommen zu können.

Eine neue Richtung allerdings wird hier noch nicht gezeigt, sondern zunächst nur die Unzulänglichkeit des D'Donellschen Shstems und die außerordentliche Dringlichkeit betont, den Finanzen, deren Sturz sich mit Riesenschritten zu nahen scheine, nach einer neuen Methode aufzuhelsen 3.

Inzwischen hatte Wallis gegen seine Überzeugung, einem Beschusse aller übrigen Mitglieder der mit der Behandlung der finanziellen Fragen betrauten sogenannten engen Finanzkommission, die "den Sturz des Papiergeldes und mit ihm den Sturz der Finanzen besorgten", notzgedrungen entsprechend durch verschiedene Börsenoperationen 4 dem Sinken des Kurses der B. Z. Einhalt zu gedieten versucht. Es siel ihm dies um so schwerer, als er sie nicht nur als fruchtlos, sondern, abgesehen von dem Verdachte, daß einige Beamte daraus selbst Nußen zögen, sogar als schädlich betrachtete.

Daneben suchte übrigens Wallis auch noch die von seinem Borgänger so sehr empfohlene Beräußerung des geistlichen Realbesitzes weiterzuführen und die dieser wie auch der Ausschreibung der Tilgungs-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Roch am 29. August 1810 hatte er allerdings dem Kaiser, da man in Holland ben angekündigten Finanzmaßnahmen kein Bertrauen entgegenbrachte, schleunigen Berkauf geistlicher Güter und rasche Bermögenästeueraußschreibung empfohlen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Da in diesem Bortrage auch das Gerücht mitgeteilt worden war, daß "unter den vornehmsten Staatsbeamten Parteien und Reibungen herrschten", gebot der Kaiser besondere Borsicht hinsichtlich der Geheimhaltung der Verhandlungen, besonders jener über Finanzgeschäfte.

<sup>3</sup> Der Vortrag ist abgedruckt bei Stiagny a. a. D. S. 93ff.

<sup>4</sup> Konventionsgelb ließ Wallis hierzu nicht verwenden; dagegen erfolgte der Berkauf von langen und Ankauf von kurzen Augsburger Briefen durch das Wiener Bankhaus Steiner.

steuer vom unbeweglichen Bermögen, namentlich durch den nieder= österreichischen Landmarschall Grafen Dietrichstein, der auch Bräses ber Hoftommission für die Ausmittelung des geiftlichen Bermögens war, bereiteten hindernisse zu beseitigen. Der Raiser zollte bei diesem Unlasse am 5. Oktober der Geschäftsleitung des Hofkammerpräsidenten vollen Beifall 1, und zwei Tage später versicherte er ihn neuerlich seines Vertrauens und seiner Unterstützung; ja mit Rücksicht auf die außerordentlich geringen Rassenbestände ermächtigte er ihn zur Verhütung eines Umsturzes der Finanzen sogar, die Bezahlung vom Kaiser bereits bewilligter Auslagen auf eine zweckmäßige Art sogleich einzustellen2, und um auch die Tätigkeit des Grafen Wallis von der Hofkammer selbst unabhängiger zu machen, ermächtigte er ihn, für die Zeit seiner Abwesenheit 3 nach den vom Raiser bereits festgesetzten Grundsätzen ...auch gegen die Meinung der mehreren Stimmen" bei dieser Hofftelle zu handeln. Nur wo er von diesen Grundsätzen abweichen zu müssen glaubte, sollte er seine Absichten bei der Staatskonferenz vorbringen oder die Willensmeinung des Kaisers einholen. Andererseits erhielt Graf Wallis den Auftrag, für die möglichste Beschleunigung der Geld= zuflüsse zu sorgen und auch für den Fall vorzudenken, daß diese zur Deckung der wichtigsten Auslagen (insbesondere für Bezahlung und Erhaltung des Militärs sowie zur Bestreitung der Zivilbesoldungen) nicht hinreichen sollten, sowie auch für die Berichtigung der Kontribution an Frankreich vorzusorgen und zu erwägen, ob hierfür nicht bas bei

Schriften 165. I.

¹ Dem überaus mißtrauischen Kaiser genügte die von Wallis erzielte Geheimshaltung und Verschwiegenheit allerdings noch nicht. Er wünschte, daß in dem Vortrage über die Veräußerung des geistlichen Besitzes nicht von einem drohenden Staatsbankerott geschrieben worden wäre. "Sollten Sie künstighin in dem Falle kommen, Ihre Anträge und Außerungen mit solchen Gründen unterstüßen zu müssen, die, wenn sie bekannt würden, irgendeine nachteilige Folge haben könnten, so haben Sie in einem besonderen Vortrag dieselben unmittelbar Mir anzuzeigen, in dem Hauptvortrag aber nur kurz anzusühren, daß Ihr Antrag unumgänglich nötig und Ihre Außerung unadweislich sei." (Vortrag v. 27. Sept., resolv. 5. Okt. 1810. Staats-Archiv 32/G.P.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Diese Anordnung richtete sich in erster Linie gegen die Ansorderungen ber militärischen Verwaltung, und es ist daraus zu ersehen, daß der Kaiser auch bei den so sehr gespannten politischen Verhältnissen vor allem anderen die Lage der Finanzen der Monarchie im Auge behielt.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Er bemerkt hierzu: "Sobald Ich es, ohne einen Lärm zu erregen ober eine Unruhe zu bezeugen, werbe tun können, werbe ich zurückehren," was balb barauf auch geschah.

dem Berkauf der geistlichen Güter eingehende Konventionsgeld zu verwenden wäre.

Dieser lette Auftrag ist insofern sehr auffallend, als für diese Berkaufssummen in dem doch noch keineswegs aufgegebenen D'Donellschen Finanzsustem die Berwendung für die Berringerung der Papiergeldmenge vorgesehen worden war. Es ginge jedoch offenbar zu weit, wollte man hieraus den Schluß ziehen, daß der Naiser schon damals die Durchführung dieses Sustems aufzugeben, entschlossen gewesen wäre. Eher dürfte dies von dem Hoftammerpräsidenten anzunehmen sein, der jedoch über dessen Surah durch eigene Pläne noch nicht ganz ins reine gekommen war. Für diese boten nicht nur die weitgehenden Bollmachten, welche ihm der Naiser einräumte, eine Stüße, sondern auch dessen mehrmalige Versicherung, daß er nur mit ihm zusammen den Sturm zu überstehen hoffe und die gefahrvolle Lage überwinden zu können glaube.

Die Besorgnisse, die aus diesen Worten klingen, wurden durch weitere Berichte der Polizeihosstelle noch vermehrt, und zugleich schwand die Hossenig auf eine Besserung der Lage ohne Anwendung neuer Mittel, wie dies in dem Handbillet des Kaisers vom 24. Oktober schon deutlich zum Ausdruck kam: "Da die Ersahrung zeigt, daß die gegenwärtig bereits getrossenen Verfügungen zur Tilgung der Vankozettel wegen des zu deren gänzlicher Ersüllung bestimmten Zeitraumes nicht die gehörige Wirkung zur Herstellung des Kredits und der Finanzen hervorbringen, so erwarte Ich in der Zuversicht, daß Sie auf die in dieser Sache erforderliche Abhilse bereits fürgedacht haben und von deren Notwendigsteit überzeugt sind, schleunigst Ihre Wohlmeinung, was hierwegen zu veranlassen wäre?"

Die scheinbar nur ausweichende Antwort auf diese dringende Aufforderung, welche der Hofkammerpräsident am 28. Oktober versaßte, dürfte mit dem Borschlage, Kaiser Napoleon um eine Fristverlängerung für die Bezahlung der noch ausständigen Kontributionsraten ersuchen zu lassen, sowie in Ungarn einen Landtag auszuschreiben, zu jenen Attenstücken gehören, welche die Pläne des Grasen Wallis zu verschleiern bestimmt waren; denn schon zwei Tage früher hatte dieser auf ausedrückliches Berlangen dem Kaiser in mündlichem Vortrage die trostlose Lage der Finanzen neuerdings auseinandergesett, und zwei Tage darauf,

<sup>1</sup> Siehe auch: Bictor Hofmann v. Wellenhof, Das Finanzspstem bes Grafen D'Donell und die öfterreichische Bermögenssteuer bes Jahres 1810. Wien 1918.

ebensalls am 28. Oktober, legte er seine Ansichten in einem etwas einzehenderen Bortrage nieder, der bereits die vollständige Abkehr von O'Donells freilich großenteils nicht befolgtem System zeigt 1). Aber auch hier vermag Wallis noch keinen Ersat für dieses zu bieten 2. Wenn er in diesem Bortrage von dem Finanzsystem seines verstorbenen Borzängers noch einen etwas umständlicheren Abschied nimmt, so geschah dies wohl deshalb, weil es sich ja doch um das vom Kaiser genehmigte System handelte, nach dessen Geist und Grundsäßen "das Verschwinden der Bankozettel nur nach und nach in längeren Jahresfristen, gleichsam unverwerkt, ersolgen und jeder rasche Schritt, jeder zertrümmernde Schlag vermieden werden soll, weil die Urheber des damaligen Systems hieraus, bei dem allgemeinen Mangel an barem Gelde in den meisten Staaten, einen Mißstand und eine noch größere Verlegenheit, als die gegenwärtig herrschende, besorgten".

Es entsprach wohl nicht den Erwartungen des Kaisers, wenn Wallis nun, anstatt seine Pläne zu entwickeln, nur größte Vorsicht, reiflichste Erwägung und Bedachtsamkeit empfahl. Dieser hoffte offenbar, daß zunächst noch die Zeit für ihn und sein neues System arbeiten würde. "Haft und zu große Eile", meinte er, "würden hier alles um so gewisser verderben und das ohnehin schauderhaft große Übel nur noch mehr ver-

<sup>1 &</sup>quot;Die Hauptbasis des D'Donellischen Finanzplans, und zwar gerade jene, ohne welche Graf D'Donell selbst die Aussührung seines Plans für ganz unmöglich erklärte, ist erschüttert und überdies die Hossenung zu bedeutenden Anleihen in klingender Münze aus dem Auslande, worauf sich doch die Ausgade der Einlösungssicheine als unerläßliche Bedingnis gründete, verschwunden. Es läßt sich daher nicht wohl einsehen, wenigstens geht es mir nicht ein, wie man sich von der Beibehaltung und Aussührung dieses Systems mit einiger Wahrscheinlichkeit jenen Ersolg versprechen könnte, welchen man anfänglich davon erwartet hatte. Inzwischen läßt sich eine absolute Unmöglichkeit des Ersolgs geradezu nicht behaupten, zumal in den dermaligen Zeitverhältnissen, wo gerade das Wahrscheinlichste sehlzuschlagen und das Allerunvahrscheinlichste und Aussallendste einzutreten pflegt." Die hier erwähnten Einlösungsscheine sollten als neues Papiergeld zur Einwechslung der vom Jahre 1762 an ausgegebenen Bankozettel (höchstens im Verhältnis von 1:3) dienen und namentlich mit Hilse von Darlehen auf Staatsgüter eingelöst und getilgt werden.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Wie in diesem Vortrage erwähnt wird, hatte er noch bei der Konsernz vom 25. Oktober 1810 vorausgesetht, daß es bei den bereits angenommenen Finanz-maßregeln verbleiben würde, während er in diesem Vortrage (vom 28. Oktober 1810) bereits mit der Möglichkeit einer wesenklichen Anderung des Systems rechnet (Stiaßny a. a. D. S. 100).

schlimmern, zumal E. M. das damalige Finanzspstem durch drei Batente, nämlich vom 26. Hornung, 18. Mai und 8. September, wiederholt sanktioniert, solches auf das kräftigste aufrecht erhalten zu wollen erklärt, mehrfällige dagegen gerichtete Anträge und Vorstellungen beharrlich zurückgewiesen haben, Anderungen in Finanzspstemen ohnehin an und für sich, um so mehr aber, wenn sie schnell aufeinander erfolgen, Erschütterungen hervorzubringen pflegen, das Zutrauen dadurch noch mehr geschwächt wird und die stets rege Angstlichkeit einen noch weiteren Spielraum erhält, hiermit alles darauf ankommt, daß eine Abanderung bes Spstems immer allgemein gewünscht und dringend für nötig erachtet wird, um sohin einem neuen System mehr Eingang zu verschaffen, solches als eine Wohltat, welche E. M. höchstihren Völkern erweisen, betrachten zu machen und hierdurch insbesondere dem höchstwerderb= lichen Wahne, als wenn mit einem jeden neuen Finanzminister ein neues, dem vorigen abträgliches und entgegengesetzes Finanzsyftem eingeführt werden wollte, wirksam zu begegnen."

Sollte Wallis wirklich baran gedacht haben, daß sein System den Bölkern der Monarchie als Wohltat erscheinen würde, wenn es auch dem früheren nicht schnell folgte? Aber auch dies letztere nahm er nicht einmal in Aussicht, da er für die Unterbreitung seiner ohne Haft und Abereilung ausgearbeiteten, nichts, "was nicht ganz durchdacht wäre und nicht wenigstens auf vieler Wahrscheinlichkeit beruhen würde," enthaltenden Anträge nur eine Frist von mindestens vierzehn Tagen erbat.

Ungenütt ließ der Hoffammerpräsident diese Frist und allerdings auch eine noch etwas längere nicht verstreichen; ehe noch ein Monat vorübergegangen war, hatte er sein System aufgebaut. Dabei verzichtete er allem Anschein nach auf jede Mithilse, wegen der notwendigen Geheimhaltung sogar auf die einer Schreibkraft.

Die enge Finanz- oder Areditkommission verschloß sich zwar auch nicht der Überzeugung von der Notwendigkeit, auf Mittel zur Behebung der sinanziellen Not zu sinnen; aber der Hofkammerpräsident ließ sich durch diese Beratungen nicht beirren und ging seine eigenen Wege.

So würdigte er auch den von dem Bizepräsidenten der Hoftammer, Abr. Nikolaus von Barbier, bei der Beratung der Kreditkommission vom 9. November gemachten Borschlag, zur Behebung der äußerst bedenklichen Besorgnisse der Bevölkerung hinsichtlich der Bankozettel rasche Maßregeln zu ergreisen, die zur allgemeinen Beruhigung dienen

sollten 1), taum einer ernstlichen Widerlegung, obwohl sich Barbier bemühte, seinen Blan in einem eingehenderen schriftlichen Votum vom gleichen Tage ausreichend zu begründen, in welchem er zunächst die Urfachen der Berichlechterung des Bankozettelkurfes feit Friedensschluß und seit der Rundmachung des neuen Tilgungsspftems erörterte. Es ware, wie er ausführte, leicht vorauszusehen gewesen, daß der un= glückliche Arieg, Landverluft und Kontribution eine äußerst bedenkliche Entwertung des Kapiergelds herbeiführen würden; das Übel sei aber, wie er ausführte, noch dadurch unendlich vergrößert worden, daß gerade zu der Zeit, da man alle Kräfte anstrengen mußte, um mittels Wechsel= operationen einige Kontributionsraten berichtigen zu können, und da der Rückfluß der Bankozettel aus den abgetretenen Provinzen am fühlbarften war, noch immerfort neue und sehr große Bankozettelemissionen vornehmen mußte, um nicht nur die rückftändigen Armeeschulden, sondern auch die laufenden, sehr beträchtlichen Armeeauslagen zu decken, die wegen der verzögerten Armeeverringerung noch immer weitere Emissionen notwendig machten. Überdies könnten die verschiedenen in Aussicht genommenen Tilgungsmagnahmen nicht schnell genug ausgeführt werden, was großes Mißtrauen im In- und Auslande erzeugen würde. Dies alles hätte jedoch das übel nicht bis zu dem tatsächlichen hohen Grade verschlimmert 2, wenn nicht die Fortsetzung des Seefriege und "die beispiellose Magregel, zu welcher die französische

¹ Schon im Jahre 1806 hatte Hofrat v. Barbier, der später selbst an die Spite der Hoftammer zu gelangen strebte und als entschiedener Gegner des Grasen Ballis galt, in der geheimen Kreditsommission gegen den Gedanken einer direkten oder indirekten Devalvierung der Bankozettel entschieden Stellung genommen. Obwohl damals 100 st. B. z. noch 60 st. Konventionsmünze im Berte gleich waren, hielt er es zwar für unvermeiblich und sehr dringend, die Masse der B. Z. (es waren ungesähr 450 Millionen st.) zu vermindern; dies sollte jedoch nach seiner überzeugung nicht durch eine so ungerechte und äußerst gefährliche Maßregel erzielt werden, durch die viele Tausende von Fabrikanten, Gewerdsleuten und Grundpächtern die Hälfte ihres Vermögens oder auch noch mehr einbüßen würden. Er hätte es vorgezogen, die als notwendig erkannte Verringerung der V. Z. auf etwa drei Fünstel ihres Betrages allmählich durch eine Vermögenssteuer und andere Abgaben herbeizusühren.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> "Die Kurse haben sich seit ein paar Monaten und vorzüglich seit 14 Tagen so sehr verschlimmert, daß dadurch nicht allein die bedenklichste Stockung in dem größeren Handlungsgeschäfte entstanden und alle Kaufleute in die größte Angst geraten sind, sondern daß nun auch eine viel gefährlichere Stockung im inneren kleineren Verkehr zu besorgen ist."

Regierung sich badurch verleitet gefunden hat" (die Kontinentalsperre), alle Handelsgeschäfte gestört und damit auch den österreichischen Finanzen jedes Mittel, sich Gelber im Auslande zu verschaffen, benommen hätte. Sinen schleunigen Entschluß empfehlend, schlug Barbier die Erlassung eines beruhigenden Patentes vor, das aber, da bloße Belehrungen und tröstliche Zusicherungen in einer solchen Lage nicht wirten könnten, zugleich neue Maßnahmen für eine raschere Einbringung eines bedeutenzben Teils der Bankozettel enthalten müßte. Und zwar sollten alle Besitzer undeweglichen Vermögens den dritten Teil ihrer Tilgungssteuerschuldigkeit (10% dieses Vermögens), also 5 Jahresraten vor dem 1. Mai 1811, die zehn weiteren in den Jahren 1812 die 1821 zu entrichten verhalten werden (Antizipation), wobei für die ersteren die für Vorauszahlungen bereits bewilligte Prämie von 30% in Abschlag zu bringen wäre.

Barbier versprach sich von dieser Maßnahme vor allem Beschwichtigung, verstärktes Warenangebot und Hervorströmen zurückgehaltener Gelbmengen. Nach dem Stande der Kräfte aller Provinzen hielt er, die Berechnungen des der Vermögenssteuer des Jahres 1810 zugrunde gelegten sogenannten Rektissikatoriums (der Immobiliarsteuer-Bermessundlage des Jahres 1748) mit dem späteren Wert aller Produkte vergleichend, da statt der angeblichen 10% zumeist nur 2—5% des reellen Werts tatsächlich verlangt würden, eine überdürdung für vollständig ausgeschlossen, und er wies überdies darauf hin, daß die österreichischen Untertanen auch während der Kriegsjahre immer noch sehr gelinde besteuert worden waren 1, wie sich beispielsweise aus einem Vergleich mit Frankreich ergab, wo auf den Kopf ein Steuerbetrag von 20 Franken oder 8 fl. Kurantgeld entsiel gegenüber ungefähr  $2\frac{1}{3}$  fl. Konventionsgeld in Österreich zum Kurse von 300 zu 100 ges

¹ "Die Kontribution ist noch immer dieselbe, wie sie unter der Regierung der Kaiserin Maria Theresia ausgeschrieben wurde. Sie betrug damals nur c. 11% von der Brutto-Einnahme und, da diese nach den odigen Berechnungen gewiß um die Hälfte zu gering satiert worden, eigentlich nur  $5\frac{1}{2}$ %. Die Erhöhungen, welche sutzelsie eingeführt wurden, blieben immer unter dem Berhältnisse der teils durch die Kriegsumstände, großenteils aber durch den gefallenen Wert der Bankozettel gestiegenen Preise der Produkte. Die Kontribution ist nun dreisach zu entrichten; die Kurse stehen aber über 600. Folglich zahlt man jeht an Kontribution im reellen Wert nur die Hälfte. Die Getreidepreise und jene der anderen Produkte stehen aber gewiß im Durchschnitt auf dem sechssen Betrag derzenigen, welche als Grundlage der Steuer angenommen wurden."

rechnet, der den Verhältnissen jedoch keineswegs entsprach. Wollte man den Kurs von 600 zu 100 als Grundlage nehmen, so betrüge die Belastung nur  $1\frac{2}{3}$  sl. Konventionsgeld, und da die Preise der Produkte immer beiläusig nach den Stufen des Verfalls des Papiergeldes gestiegen wären, müsse man bekennen, daß auf dem ganzen Kontinent kein Land mit geringer bemessenen Steuern bestünde, was übrigens auch schon der bei den Grundbesitzern herrschende Wohlstand beweise.

So kam Barbier zu der Schlußbetrachtung, daß es doch möglich sein müßte, den Ertrag der öffentlichen Abgaben nach und nach durch eine Steuerregulierung bis auf den Kopfbetrag von 3 bis  $3\frac{1}{2}$  fl. Konventionsegeld oder einen äquivalenten Wertbetrag zu steigern, was immer noch um  $\frac{5}{8}$  weniger wäre als die Steuerbelastung in Frankreich, und wodurch die Bedürfnisse der Finanzen namentlich bei stärkerer Heranziehung Ungarns, die billigerweise erfolgen müßte, eine reichliche Bedeckung fänden.

Den Optimismus seines Stellvertreters bei der Hoffammer teilte Wallis nicht, für derart fernabliegende Erwägungen und spätwirkende Wahnahmen hielt er die Zeitumstände nicht für geeignet. Andere umfassende Heilungsvorschläge scheinen jedoch damals aus dem Schoße der Finanzkommission nicht hervorgegangen zu sein.

#### 3. Der Plan des Grafen Wallis.

"Die Monarchie ist am Rande des Verderbens, ihrer Auflösung, die Dynastie ihrem Sturze nahe; das Kriegsheer ist auf nichts gebracht, der Geist erloschen, die Finanzen sind in der größten Zerrüttung, die innere Verwaltung schwach, unordentlich; überall herrscht Mißmut, Mißtrauen in die Staatsmaßregeln, Unzusriedenheit, Not; nichts wird gemacht und auf keiner Maßregel beharrt. Die Leute an der Spitze entweder voll Eigendünkel und leichtsinnig oder unwissend oder schwach, oder neu, oder Egoisten und folglich boshaft oder gleichgültig; die Abnahme der Moralität, die Venalität, die Trägheit, Reid und Eisersucht herrschen jetzt. Der Herr an der Spitze hat alles an sich gezogen. Eisersschtigen, kein Entschluß, voll Widersprüche. Er selbst sieht oder will die Lage nicht einsehen und führt so seinen Staat unwiederbringlich dem Verderben zu." So schildert einer der jüngsten Brüder des Kaisers, der unglückliche Heersschrer des Jahres 1809, Erzherzog Johann, der

immerhin in der Lage war, sich Einblick in die wirklichen Verhältnisse zu verschaffen, in einer Tagebuchsaufzeichnung vom 23. November 1810 den Zustand der Monarchie 1. An dem gleichen Tage legte Wallis, dem die schleunigste Aberreichung noch mehrmals aufgetragen worden war, dem Kaiser "mit aller jener Schüchternheit, welche die Wichtigkeit und Schwierigkeit des Gegenstandes von selbst gebietet," eine Ausarbeitung über die Finanzverhältnisse von, mit der Bitte, sie genau zu würdigen und zu prüsen. Es sind zwei in großer Eile entworsene und noch vielsfach abgeänderte Vortragskonzepte vom gleichen Tage, denen eine Reihe zissernmäßiger Ausweise beigelegt ist 2. "Niemand kann inniger als ich", sührt Wallis in dem ersten aus, "von den vielen und wichtigen Bedenken und Betrachtungen überzeugt sein, welche einer Devals

<sup>1</sup> Krones, Aus Öfterreichs stillen und bewegten Jahren. Junsbruck 1892. S. 97. — Einige Wochen früher (4. Oftober 1810) hatte er eine vielleicht noch hoffnungslosere Auffassung der Lage niedergelegt: "Ich sehe eine traurige Zukunft vorher. Erschöpft durch unzulängliche und doch drückende Magregeln, entwaffnet, unzufrieden, migmutig, in Parteien geteilt, der Spielball der Leidenschaften einzelner Menschen, eine Berbe ohne hirt, ba dieser zu schwach ist, um zu leiten, wird Ofterreich fallen, ginsbar von Frankreich ober gar in Teile getrennt werben; der Raiser zu nichts reduziert, seine Tage als Privatmann auf fremdem Boden, sich und anderen zur Laft, ohne Achtung und Bedauern zubringen. Go steht es, so muß es werden, denn täglich verschlimmert es sich; che zwei, vielleicht ein Jahr vergeht, ist es geschehen." (S. 92f.) — Allerdings schwebte die drohende Gefahr manchen schon lange vor den Augen. Schon im Jahre 1808 hatte g. B. Johann Philipp Graf Stadion, der Minister der auswärtigen Geschäfte, dem Raiser berichtet: "Geht dieser traurige Gang der Finanzen nur noch einige Tage fort, so ist der Bankrott vollendet und der Bankozettel gar nichts mehr als leeres Papier." (Osfar Crifte, Erzherzog Karl von Ofterreich. II. Bb. G. 437.)

² Staatsarchiv 3. 85/G. Pr. v. 1810. — Zwei diesen Konzepten beiliegende (undatierte) Blätter zeigen die erste Niederschrift des von Wallis Geplanten. Nur in kurzen Schlagworten sind auf dem einen Blatte die Einwendungen gegen eine Anderung und die Gründe der Nichteinhaltung des bestehenden Finanzschstems zusammengestellt, auf dem anderen als "Basis des Systems" die einzelnen Neuerungsvorschläge, als deren erster und wichtigster erscheint: "Herabsehung des Werts des Papiergeldes auf ein —". Der Betrag stand noch nicht fest, Wallisschwankte zunächst zwischen einem Veiertel, Fünftel und Sechstel, wie auch daraus zu ersehen ist, daß er für diese drei Fälle die Anzahl der nötigen Einlösungsscheine berechnete. Er hatte serner nehst den übrigen oben angeführten Neuerungen die Herabsehung der verzinslichen Schuld auf das Drittel des Nennwerts vor sowie die der Zinsen der öffentlichen Obligationen auf 3%, welcher Zinsenbetrag von 1811 an nur von dem Drittel des Kapitalsbetrags, und zwar in Kapiergeld, ausbezahlt werden sollte.

vierung der Bankozettel, insofern der erübrigende Betrag nicht mittels flingender Münze realisiert zu werden vermag, entgegenstehen und mit Grund dagegen angeführt werden können. Allein von allen denkbaren Maßregeln scheint mir diese noch die einzig mögliche zu sein, von welcher sich noch Abhilfe des Abels erwarten läßt und welche das übel noch zu heben vermag. Alle anderen, auf leere Hoffnungen gebauten, palliative, von heute auf morgen berechneten Mittel können wohl einigen Aufschub gewähren; allein sie verschlimmern das Abel nur noch mehr, sie machen es nach einer scheinbaren Rube nur noch größer erscheinen, und ehe man sich es versieht, muß der Ausbruch des übels in seiner gangen Stärke erfolgen, und bann wird es nicht allein zerstörend, sondern es kann nur zu leicht den Sturz des Staates und der bisherigen Ordnung der Dinge zugleich nach sich ziehen. Inzwischen kann und darf ich E. M. ebensowenig verhehlen, daß in der dermaligen Lage der Dinge keine wie immer geartete Maßregel ge= fahrlos ift, daß sich von keiner der Erfolg verbürgen läßt, und daß der von mir angetragene Schlag vielen Jammer verbreiten wird, unverfennbaren und unbesiegbaren Schwierigkeiten unterliegt, und daß auch dieser Schritt mit Gefahr verbunden ift, den größten Mut erheischt und nur mit felsenfester Standhaftigkeit sich durchsegen läßt."

Die wegen der Unwirksamkeit der bereits getroffenen Verfügungen auf die Herstellung des Staatskredits und der Finanzen abverlangten neuen Vorschläge sind in dem zweiten umfangreichen Vortragskonzepte niedergelegt, in dem auch das Finanzsystem des Grafen O'Donell nochmals einer eingehenderen Veurteilung unterzogen wird. Bei der schrecklichen Lage der Finanzen hielt Wallis selbst den Erfolg eines jeden Finanzsystems für zweifelhaft und unverdürgbar, und er berief sich hierbei auch auf seinen Vorgänger O'Donell, dessen Hauptgrundsat gewesen sein daß eine eigentliche Regenerierung oder Reorganisierung der Finanzen unter den gegebenen Verhältnissen unmöglich wäre. Seither hätten sich die Umstände aber noch bedeutend verschlimmert 1

¹ "Denn bie ungeheuren Militärauslagen haben den größten Teil der in die Reservekasse gelegten Millionen verschlungen und die nachteiligkten Folgen hervorsgebracht, weil jede ausgegebene Million die Masse Kapiergeldes und das Zu-rücktrömen desselben noch vermehrt hat; die Vereinigung von Holland mit Frankseich und die neuesten französischen Maßregeln in bezug auf Kolonialwesen haben die Geldmasse außer Frankreich überall vermindert und die Aussichten zu Ansleihen in schwerer Münze noch mehr verschränkt und beinahe verschwinden gesmacht."

und werbe die Lage von Tag zu Tag schwieriger und verworrener. "Das Finanzspstem des Grafen D'Donell war gewiß sehr scharssinnig ausgedacht und verrät einen denkenden und in Geschäften sehr geübten Mann." Es wäre jedoch zu verwickelt und künstlich und nicht auf die Denkweise und Verhältnisse der Erbstaaten berechnet; es konnte nur in seinem ganzen Zusammenhange bei innigster Verkettung aller seiner Teile bestehen und mußte bei Erschütterung seiner Grundlagen versagen.

"Nun aber bestehet die Hauptgrundlage dieses Systems in der Erklärung alles bisherigen geistlichen Vermögens für Staatseigentum, in der Einziehung desselben zu händen des Staates, in der Aufhebung der meisten Stifter und Klöster und in bloßer Ausmessung von Besoldungen oder Bensionen im Gelde für die Geistlichkeit. Auf diese Grundlage hat Graf D'Donell sein ganzes System gebauet. In dieser seiner Lieblingsidee hat er das Haupt= und im Grunde einzige Rettungs= mittel für die Finanzen auffinden zu sollen erachtet. Run aber ist diese Grundlage wesentlich abgeändert und in der Art verschränkt worden, daß Graf D'Donell selbst vor seinem Tode — ungehindert er der Ur= heber des Systems war — bennoch bei dem Bestande dieser Abanderung sein System für schlechterdings unausführbar erklärt hat. Die zweite Grundlage des Systems war das Arrosement und die Hoffnung zu bedeutenden Geldanleihen in schwerer Münze aus dem Auslande. Allein diese Hoffnung ist seither, wo nicht ganz gescheitert, doch wenigstens beinahe verschwunden und läßt sich hierauf auf keine Beise gahlen."

Mit der Hinwegnahme seiner wesentlichsten Grundlagen sei, wie der Erfolg nur zu bald und nur zu gewiß zeigen werde, das System unhaltbar geworden, um so mehr, als auch die von D'Donell als unserläßliche Bedingung der Aussührbarkeit des Systems erkannte alle mähliche Besserung der Aurse nicht eingetreten, vielmehr bekanntlich deren weiter fortschreitende Verschlechterung wahrzunehmen sei.

Wallis sah bemnach die unumgängliche Notwendigkeit einer Anderung gegeben, und er stand vor der Frage, ob diese in einer Umgestaltung des D'Donellschen Systems oder in "Ergreifung eines anderen Systems" zu bestehen hätte. Er hielt nur zwei Abänderungen des D'Donellschen Systems für denkbar, nämlich die Abkürzung der für die Steuer vom undeweglichen Vermögen, von welcher er vorher auffälligerweise keine Erwähnung machte, bestimmten Fristen von fünfzehn Jahren und die Annahme der Kontributionen, Jölle und aller Staatseinnahmen nur nach dem Kurse.

Die erste, allerdings vom Handelsstande sehr gewünschte Maßregel hielt er für unanwendbar, da "ihre Ausführung auf jeden Fall heillos und für die Monarchie zerstörend wäre".

"Schon an und für sich ift in staatswirtschaftlicher Sinsicht eine Steuer, wodurch der zehnte Teil des Rapitals von Grund und Boden der Industrie entzogen und außer Umlauf gesett wird, sehr bedenklich. Wenn der gebieterische Drang der Umstände eine so geartete Maßregel unumgänglich erheischt, kann ber außerordentliche damit verbundene Nachteil nur dadurch etwas gemäßigt werden, wenn durch eine Berteilung auf mehrere Jahre hinaus die Möglichkeit herbeigeführt wird, bie Steuer aus den Einkunften von Grund und Boden zu entrichten und hierdurch den Stammkapitalswert möglichst beisammen und aufrecht zu erhalten. . . . Schon der in dem Patente (vom 8. September 1810) angenommene Maßstab, nämlich der sechsfache Wert einer Realität in Bankozetteln gegen den Katastralwert in klingender Münze, ist so hoch, daß er bei den wenigsten Grundbesitzern als richtig eintreten wird und daß schon hierdurch beinahe von allen Grundbesigern der deutschen und böhmischen Erbstaaten weit mehr als der (im Patente vom 26. Februar 1810) als Maximum angekündigte zehnte Teil in Anspruch genommen worden ist 1. Beinahe aus allen Provinzen sind bereits die kläglichsten Vorstellungen eingelangt und die Unmöglichkeit der Berichtigung der ganzen, auf die deutschen und böhmischen Provinzen ausgeschriebenen unglaublich hohen und zum Teil sehr willkürlichen Summe nicht allein vorgeschütt, sondern mitunter belegt und beinahe bis zur Evidenz erwiesen worden. Wenn aber auch die Alagen über den angenommenen Maßstab der Belegung nicht in dem Maße, als sie es wirklich sind, ge= gründet wären und die Güter dermals wirklich in Entgegenhaltung ber in schwerer Münze angenommenen Katastralsumme den sechsfachen Wert in Bankozetteln hätten, könnte dieses Verhältnis immerhin nur insolange wahr bleiben, als der Kurs der Bankozettel sich nicht bessern würde. Erfolgt aber diese Besserung, und dies ist ja doch der einzige 3wed und der veranlassende Beweggrund des Systems, dann murde die Steuer nicht allein nicht einbringlich sein, sondern sie würde überdies den Acerbau und dessen Verbesserung lähmen, alle landwirtschaftliche Industrie ersticken und Grund und Boden ganz zugrunde richten, welches um so verderblicher und unheilbringender wäre, als Grund

<sup>1</sup> Wallis steht hier in auffallendem Gegensatzu seinem Stellvertreter Barbier.

und Boden den Hauptreichtum E. M. Provinzen ausmacht, als E. M. Staat seiner Natur, Lage, seinen sonstigen Verhältnissen und insbesondere seiner dermaligen Begrenzung nach ein ackerdauender und kein handeltreibender Staat ist, hiermit Grund und Voden die Hauptaufsmerksamkeit und die erste Nücksicht verdient und daher ohne den offensbarsten Ruin des Staates auf keine Weise dem Handel nachgesetzt oder auch nur demselben untergeordnet werden darf. . . . Die Vermögenssteuer der deutschen und böhmischen Provinzen ist von der Vuchhalterei auf die ungeheuere Summe von 598263573 fl. 45 fr. berechnet. Die Summe selbst spricht die Unmöglichkeit der Eindringung des berechneten Gesamtbetrages und im gleichen Maße die Unmöglichkeit der zwangsweisen Verfürzung der bereits gesetzlich bestimmten fünszehnsährigen Entrichtungsfristen aus. Die bereits hierüber von allen Seiten einzgelangten Vorstellungen liesern hierzu den wichtigsten Beleg, und der Erfolg wird die Richtigkeit dieses Sates nur zu sehr bestätigen."

Selbst bei einer Verkürzung der Zahlungsfristen, die sich jedoch ohne den Ruin von Grund und Boden nicht durchführen ließe, würde ein vielleicht erzielbarer Betrag von höchstens 400 Millionen, der aber auch für die Verminderung der verzinslichen Staatsschuld bestimmt wäre, die gewünschte Hilfe nicht bringen, dem Abel keineswegs abhelfen, vielmehr mannigfaltiges neues Abel hervorrusen.

Da Graf Wallis ben Nachteil ber langen Einzahlungsfristen nicht verkannte, ging er auch auf eine aus dem Kreise der Großhändler stammende, von weniger gut unterrichteten Leuten beifällig aufge-nommene Jdee einer Abkürzung derselben näher ein, wonach die Steuerspslichtigen, die von den Prämien keinen Gebrauch machen wollten, über den ganzen Steuerbetrag für jedes der 15 Jahre eigene Scheine oder Kupons (Steuerscheine) ausstellen sollten, die an die Bankozettelstilgungsdeputation abzuführen und von dieser auf der Börse zu verstausen wären, worauf die hierfür eingehenden Bankozettel vertilgt werden könnten; die Grundbesitzer als Aussteller dieser Scheine würden sodann Privatschuldner der Inhaber dieser allensalls noch auf die einzelnen Besitzungen "mit der Prälazion vor allen anderen Haftungen" zu intabulierenden Schuldscheine.

Graf Wallis hielt die Ausführung dieses Plans für praktisch ganz undurchführbar, da hierdurch gleichsam ein neues Papiergeld geschaffen,

¹ Gine in dieser Richtung viel zuversichtlichere Auffassung hatte Wallis selbst dem Kaiser gegenüber noch wenige Wochen früher vertreten.

bessen Menge also neuerdings vermehrt und der Agiotage ein noch größerer Spielraum gewährt, auch die Tilgungsdeputation zu Börsensoperationen genötigt würde, wobei überdies die Eskompteprozente, die den Privatkäusern und Inhabern der Scheine zusielen, dem Staate verloren gingen. Auch würde der Privatkredit geschwächt und durch Mißtrauen und nicht unbegründete Besorgnisse der bereits intabulierten Gläubiger völlig zerrüttet werden.

Nur Großhändler, Gelbspekulanten und Agioteurs würden bei der Sache gewinnen, die zu einer Art von Fermiers generaux würden, den verderblichsten Einfluß auf Grund und Boden gewännen und sodann auch dahin ihre "mit dem Wohle des Staates nicht vereinbarlichen egoistischen Spekulationen" erstrecken könnten. Schlieklich warnte Wallis mit großem Nachdruck auch vor den politischen Folgen einer derartigen Auslieferung der Grundbesitzer an die Kapitalisten, durch welche unselige Idee sich der Kaiser auch des Rechtes und Vorzuges begeben würde, die zu hoch bemessenen Steuerbeträge nach Gerechtigkeit herabzusepen und unter Umständen wirklich kaum einbringliche Beträge nachzulassen, da nach Verkauf der Scheine die Steuer in die Kategorie der Brivatdarlehen übergehen würde. Er meinte, daß sich des Kaisers Vaterherz über diese Idee geradezu empören müßte und daß diese um so beharrlicher zurückgewiesen werden sollte, als beinahe von allen Seiten Beschwerden über die Steuerbemessung eingebracht worden seien und selbst, wenn die Stammvermögenssteuer nicht abgeändert würde, hie und da und selbst bei ganzen Provinzen, wie namentlich bei Ofterreich unter der Enns, eine unausweichliche Abhilfe werde eintreten müssen 1.

Wie diese erste Abänderung des damaligen Finanzspstems, hielt Graf Ballis aber auch die zweite für nicht anwendbar, wonach die Kontribution, die Zölle und alle Staatseinnahmen ohne Unterschied nur nach dem Kurse der Bankozettel anzunehmen gewesen wären.

Bei der Erörterung dieses Plans kommt bereits völlig klar zum Ausbruck, daß Ballis an die Möglichkeit, die Finanzgebarung des

<sup>1 &</sup>quot;Noch sei es mir erlaubt," fügt Wallis bei, "hier gehorsamst zu bemerken, daß gerade das Gerücht dieser Idee, welches sich wahrscheinlich durch Briefe hiesiger Bankiers als ein demnächst auszuführendes Projekt in Franksurt verbreitet hatte, nach einem Schreiben des Freiherrn von Wessenderz vom 10. Okt. d. J. das Mißtrauen der Ausländer in die hierortigen Finanzmaßregeln besonders versmehrt hat."

Reiches ins Gleichgewicht zu bringen, nicht mehr glaubte 1 und daß er sich nur mehr vor die Wahl gestellt sah, entweder den Zusammenbruch ruhig abzuwarten oder diesem zuvorzukommen und so der Regierung wenigstens die Möglichkeit zu geben, zu leiten und ein neues System aufzubauen.

"Das erstere, nämlich nichts zu tun und den Zeitpunkt des völligen Sturzes der Bankozettel abzuwarten, scheint gewagt zu sein, weil sich nicht voraussehen läßt, welche Wendung die Sache nehmen, welche Stockung daraus entstehen könnte und ob hierbei nicht Aufläuse, Gärungen und unruhige Auftritte erfolgen dürften, weil nur zu leicht ein allgemeiner Stillstand im Verkehr möglich wäre und der Wille und die Reizbarkeit des Volks bei solchen Gelegenheiten leicht zu den verderbelichsten Schritten irregeleitet werden können. Inzwischen bleibt es

Das bermalige Shstem kann sich nach allem bereits Angeführten unmöglich halten und wird, wenn es auch nicht aufgehoben oder abgeändert wird, von selbst und höchst wahrscheinlich sehr balb zusammenstürzen. Es entstehet baher die Frage, ob man diesen Zeitpunkt ruhig abwarten und babei vorhinein unbekümmert sein oder aber von seiten der Regierung selbst diesem Ereignisse zuvorkommen, solches leiten und ein neues System einführen soll."

<sup>1 &</sup>quot;Es hat zwar seine unverkennbare Richtigkeit, daß bei dem fortwährenden Sinken des Kurses der Bankozettel das Gleichgewicht zwischen den Staatseinnahmen und zwischen den Staatsausgaben aufhören und ein fürchterliches Defizit um so mehr entstehen muß, als der Staat der größte Konsument ist, als Militär= und andere Auslagen durch bas Sinken des Aurses immer steigen muffen, als die Beamten sehr bald mit ihren Besolbungen schlechterbings nicht werden auslangen können, als erst mit dem Wilitärjahr 1811 die Entrichtung der Abgaben von Grund und Boden und noch einiger anderen Gefälls- und sonstigen Gebühren im dreifachen Bankozettelnennwert eintritt, diese Entrichtung aber in der doppelten Sinsicht, daß die Bankozettel weit tiefer, nämlich schon über 700, stehen und daß nicht alle, ja nicht einmal der größte Teil der Staatseinnahmen in Einlösungsscheinen ober in Bankozetteln nach bem breifachen Nominalwert einzugeben haben, zur Dedung ber Auslagen auf keine Beise hinreichen kann. Allerdings wäre daher bei der Beibehaltung des dermaligen Systems die Forderung der Entrichtung aller Abgaben nach dem Kurse notwendig, um sich vor dem täglich größer werdenden Schaden und immer näher rudenden Sturze zu verwahren. Allein nebst bem, daß der Staat schon in der Hinsicht, daß die Zahlung nur immer nach dem Durchschnittskurse des letten verflossenen Monats gefordert werden könnte, auch bei dieser Festsetzung bei dem beinahe täglich fortschreitenden Sinken des Rurses des Papiergelbes zu kurz kommen mußte, wurde gerade durch diese Magregel der Kurs sich nur noch mehr verschlimmern, derselbe leicht bis auf Tausend kommen, der gangliche Unwert und Sturg ber Bankogettel mit Riefenschritten erfolgen und hierburch bas bermalige Spftem von felbst zusammenfallen.

immerhin sehr möglich 1, daß der allmähliche Sturz der Bankozettel weit ruhiger vor sich ginge und die augenblickliche Stockung sich bald verlöre, wie dies denn in Amerika und späterhin in Frankreich wirklich der Fall war.

Auch läßt es sich ganz und gar nicht verkennen, daß die Ergreifung eines neuen Systems äußerst schwierig, der Zeitpunkt hierzu überaus ungünstig sei, daß jedem Finanzsystem sich beinahe unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, daß der Erfolg sich durchaus nicht verbürgen läßt und daß die Regierung bei Einführung eines neuen Systems einen weit härteren Stand hat, als wenn das gegenwärtige von selbst zersiele und mit scinem Falle den Sturz der Bankozettel mit sich führte, weil das Publikum sodann jede Maßregel der Regierung für unerwünscht und nötig anerkennen, dagegen aber bei Einführung eines neuen Systems überspannte Forderungen an die Regierung machen, das Unmögliche fordern zu können glauben und bei jedem widrigen Ereignisse und vollends bei dem Mißlingen des Systems der Staats-verwaltung Vorwürse machen und ihr die Schuld alles Unglücks geben würde.

Soll ein neues Syftem eingeführt werden 2, so ist kein anderes denks bar als jenes, wodurch auf die Bankozettel selbst gewirkt, der größte Teil davon mit einem Schlage außer Umlauf gesetzt und zugleich eine übereinstimmende große Operation mit der verzinslichen Schuld, ohne welche, wie E. M. sich aus der weiter unten vorkommenden Auseinandersetzung huldreichst überzeugen werden, der Schlag auf die Bankozettel nicht allein ein Wasserstreich und daher fruchtlos, sondern auch verderblich wäre, unternommen wird."

In diesem Geiste entwickelte denn nun auch Ballis die von einem solchen neuen System ersorderten Maßnahmen zur Herabsetung des Bertes des Papiergeldes, die allmähliche Berminderung des auch dann noch verbleibenden, im Berte zu erhaltenden Restes desselben, die Regelung der Staatsschuld und des künftigen Staatsschaushalts.

Das beste und zweckmäßigste Mittel, die Kadikalkur der Finanzen wäre, wie Ballis ausführte, das Papiergeld, dessen Abermaß die Ur-

¹ hier hieß es zuerst: "Inzwischen bürfte ber Sturz ber Bankozettel weit ruhiger vor sich gehen."

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Wallis stand bemnach nicht an, dem Kaiser die Borbereitung des geplanten Gewaltstreichs als ein neues Finanzspstem zu bezeichnen.

sache alles Übels wäre 1, durch irgendeine Operation auf einmal außer Umlauf zu bringen.

Dies ginge jedoch schlechterdings nicht an, weil die baren Weldmittel der Finanzen so erschöpft wären, daß sie, falls der Zahlungsaufschub für die noch rückständige Kriegskontribution nicht erfolgte, kaum zur Deckung der im Fänner 1811 fälligen Kontributionsrate hinreichen würden, die Staatsverwaltung somit die Bankozettel auch in noch so geringem Preise mit barem Geld nicht einlösen könnte und solche auch mittels verzinslicher Obligationen nicht übernehmen könnte, wenn auch nur ein Prozent an Interessen in Konventionsmünze zu zahlen wäre. Als weiteren Beweis für die Undurchführbarkeit einer solchen Magregel führte Ballis an, daß selbst "in dem blühendsten Zeitpunkte der Monarchie unter der Regierung Raiser Joseph II." bei ungehemmtem und reichlichem Umlauf des Bargeldes (im Betrage von vielleicht 150 bis 200 Millionen) doch auch Papiergeld zum großen Vorteil des Handels und inneren Verkehrs bestanden hatte. Und wenn auch angenommen würde, daß noch viel Konventionsgeld in den Erbstaaten vorhanden wäre, musse berücksichtigt werden, daß dieses sehr ungleich verteilt ist und sich größtenteils in Ungarn und Siebenbürgen befinden dürfte, "wo die Wirksamkeit der Regierung gelähmt ist und E. M. beinahe durchaus gebundene Hände haben". Als Hauptgrund aber führte er die Tatsache an, daß der Bezug schweren Geldes für den Kontinent durch den Seekrieg fast ganz unmöglich geworden war, was sich bei Fortbauer des Krieges noch steigern würde, und daß aus Deutschland, Italien und der Schweiz beinahe alles schwere Geld nach Paris abströme, daß eine Berarmung Europas erfolgen muffe und daß der Mangel an Münze selbst in den Staaten, die noch kein Bapiergeld hatten, schon sehr fühlbar sei und demnächst die Einführung eines solchen zur Folge haben würde.

Konnte demnach das Papiergeld nicht ganz abgeschafft werden, so war die nächste Frage die, in welchem Maße es vermindert werden sollte, und in wenigen trockenen Säßen beantwortete der Hoftammerspräsident sogleich auch diese entscheidende Frage.

"Der Stand der in Umlauf befindlichen Bankozettel beträgt

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> "Mit bem Univert der Bankozettel ist es schon soweit gekonnnen, daß niemand sie mehr gern annimmt, daß selbst gemeine Leute sie schon ziemlich saut papierne Fehen nennen, daß sie schon jeht zu 740 gegen den Wert der Konventionsmünze stehen und daß sie seicht auf 800 und 1000 fallen können."

1011801898 fl. 12 fr. Wollte man diesen Betrag auf den vierten Teil herabsehen, würde dies eine Summe von 252950474 fl. 30 fr. betragen. Dagegen würde bei einer Reduktion auf den fünften Teil des Nominalwerts die Masse des Papiergeldes nur mehr ausmachen 202360377 fl. 36 kr.

Ich meines Orts muß auf die Reduzierung auf ein Fünftteil, nämlich auf die Herabsetung eines jeden Guldens in Bankozettel auf 12 kr., aus mehreren Betrachtungen gehorsamst antragen: erstens, weil selbst bei einer Reduzierung auf ein Fünftel die Bankozettel noch immer auf einem höheren Wert als nach dem Kurse stehen, hiermit selbst diese Herabsetung willkommen sein und als eine Bohltat betrachtet werden müßte, zweitens, weil bei einer geringeren Herabsetung nur zu leicht der nämliche Mißstand und Nachteil wie bei der erfolgten Bestimmung der Einlösungsscheine gegen Bankozettel zu dreihundert eintreten könnte, drittens, weil im Jahre 1800, wo nicht mehr als 200948588 fl. Bankozettel in der Zirkulation waren, solche zu Konventionsmünze zu 113½ und 115 stunden.

Dieser lettere Umstand würde mich sogar veranlassen, auf eine Herabsetung der Masse des Papiergeldes bis auf den sechsten Teil seines Nominalwerts, hiermit dis auf 168632649 fl. 40 fr., anzutragen, wenn ich nicht in Erwägung zöge, daß im Jahre 1800 die Zirkulation der Konventionsmünze noch sehr lebhaft war, daß damals noch bei 90000000 fl. in Zwölftreuzern und dis 8000000 fl. in 24 und 6 fr. Stücken kursierten, daß die Industrie seither mehrere Lebhastigkeit und Ausdehnung erhalten hat, daß bei dem nun überall eingetretenen sühlbaren Mangel an schwerer Münze vielleicht selbst die Summe von 202360377 fl. 36 fr. Papiergeld für den Umlauf zu gering sein dürfte, und daß sogar die französische Regierung die Bankozettel in den illyrischen Provinzen nur auf den fünsten Teil ihres Nominalwerts herabgesett hat."

Auf die Art der Durchführung der Devalvierung übergehend, bedauert Wallis, daß der Umtausch der Bankozettel gegen Einlösungsscheine 1, was das einsachste gewesen wäre, nicht durchgeführt werden

Schriften 165. I.

<sup>1</sup> Bon einigen Kategorien waren noch nicht einmal die Zeichnungen und Formen fertiggestellt; der Druck der Gattung zu 5 fl., der zunächst in Angriff gesommen werden sollte, hatte ebenfalls noch nicht begonnen. Eine Verschiebung der Finanzoperation um etwa ein Jahr hielt Wallis jedoch für verderblich, da "die Bankozettel dis dahin lange von selbst gestürzt und zum gänzlichen Unwert herabgekommen sein müssen".

fonnte. So ließe es sich nicht vermeiden, daß bei allen Einnahms= und Ausgabeposten Berechnungen gemacht werden müßten und daß der Anblick der Bankozettel, die bereits alles Vertrauen eingebüßt hätten 1, fortan an deren Devalvierung erinnern würde. Wallis beantragte daher, daß der Raiser durch ein eigenes Batent erkläre, daß die Wiener Bankozettel nur noch bis letten Dezember 1811 in Umlauf zu bleiben, bis dahin aber von einem noch zu bestimmenden Tage an auf den fünften Teil ihres Nennwertes herabzuseten und in diesem Betrage bei allen öffentlichen Kassen und von Privaten angenommen zu werden hätten: alle Geschäfte und Verträge wären nach diesem Verhältnisse und zwar nach Wiener Währung abzuschließen. Obwohl nun Wallis selbst erklärt hatte, daß der technischen Hindernisse wegen eine völlige Umwechslung der Bankozettel gegen Einlösungsscheine vor Ende Dezember 1811 durchaus nicht erfolgen könnte, schlug er vor, im Patent bekanntzugeben, daß die Auswechslung nach dem Fünftelbetrage in Einlösungsscheinen durch die der Tilgungsdeputation unterstehenden Rassen erfolgen werde und daß "mit 1. Hornung 2 1812 der Kurs der Wiener Bankozettel durchaus aufzuhören habe und solche ganz widerrufen und außer aller Rraft gesett werden". Es wäre demnach für die Auswechslung im ungünstigsten Falle nur der Zeitraum eines Monats zur Verfügung gestanden; Wallis wünschte eben eine möglichst rasche Durchführung der ganzen Operation.

In dem neuen Patente sollte auch die Summe der im Umlauf befindlichen Bankozettel und der Gesamtbetrag des nach erfolgter Reduzierung erübrigenden Papiergeldes angegeben werden, um Besorgnisse vor größeren Summen zu zerstreuen 3, die Bedeutung der Herabsetung des Papiergeldes recht anschaulich zu machen und die beruhigende Aberzeugung zu verschaffen, daß die beibehaltene Summe nicht zu groß, sonbern vielmehr "für die Berhältnisse und Bedürfnisse kaum zureichend" sei.

Auch sollte in dem Patente die Beibehaltung der schon mit Patent vom 26. Februar 1810 angekündigten "Bankozetteldeputation" oder

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach einem von Wallis erwähnten Berichte des Freiherrn v. Wessenberg aus Frankfurt v. 10. Okt. 1810 waren die Bankozettel im Auslande "auf ewig in der öffentlichen Opinion proskridiert" und würde man kein Bertrauen auf die öfterreichischen Finanzprojekte haben, solange die Bankozettel auch nur dem Namen nach existierten.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Wallis hatte hier sogar zunächst ben 1. Jänner vorschlagen wollen.

<sup>3</sup> Vielfach wurde ein Betrag von weit mehr als 11/5 Milliarde fl. angenommen.

Tilgungsdeputation<sup>1</sup>, der die ausschließliche Herstellung und Auswechslung der Einlösungsscheine zukam, ausdrücklich bekanntgemacht werden.

Daß auch der nach der Devalvierung erübrigende Rest von 202 360 377 fl. 36 kr. nicht realisierbar war und die bis zum Jahre 1797 aufrechterhaltene unbedingte Auswechslung des Papiergeldes gegen Konventionsmünze durchaus nicht aufgenommen werden konnte, verhehlte Wallis angesichts des Standes der Finanzen keineswegs 2, ebensowenig die daraus entspringende Gesahr, daß auch die in Papiergeld erübrigende Summe im Kurse gegen Konventionsgeld sehr bedeutend sinken werde und daß somit das alte Abel von neuem auftreten könnte. "Dies ist die schwierige Frage, deren Lösung sich auf keine Weise verbürgen läßt, und welche notwendig die größten und beunruhigendsten Besorgnisse hervorbringen muß."

"Sobald Papiergeld nicht jeden Augenblick realifiert werden kann, zerfällt die Haupt= und einzige Stütze seines Wertes, und dann ist nur einzig und allein die Opinion oder die Not und der äußerste Drang der Umstände, welcher das Papiergeld aufrechterhalten und das Schwanken dieser Baluta einigermaßen verhindern kann. Nun aber hat sich die Opinion nie lauter als seit einigen Jahren gegen das Papiergeld ausgesprochen. Die Not dürfte zwar hier viel machen, weil die Konventionsmünze überall zu verschwinden scheint, der größte Mangel und die äußerste Berlegenheit hierin selbst in jenen Städten und Ländern, welche von Konventionsgeld strotten, auf das äußerste empfunden wird, eine Berbefferung dieses Zustandes, solange der Seekrieg fortdauert, gar nicht zu erwarten ist, die Erarmung von Europa vielmehr zu besorgen stehet, und bei diesen Umständen und unter diesen Voraus= setzungen eine Summe von 200000000 fl. in Papiergelb für den Umlauf und Berkehr eher zu klein als zu groß zu sein scheint, hiermit hierauf die Erwartung mit Grund gebauet werden sollte, daß dieses Papier= gelb, solange die dermaligen Umstände dauern werden, nicht leicht bedeutend fallen kann, sondern vielmehr gesucht werden dürfte."

<sup>1</sup> Der Kaiser sollte sie bei ihrem Eibe bafür verantwortlich machen, "daß sie außer ber zur Einziehung der auf den fünsten Teil herabgesetzten Bankozettel erforderlichen Summe durchaus keine Einlösungsscheine ausgeben dürfe, als insofern sie zur Auswechstung der abgenützten Einlösungsscheine oder zur Umwechstung größerer Einlösungsscheine in kleinere unumgänglich notwendig sind".

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die geringen Bestände an Gold und Silber würden kaum für die nächste fällige Kontributionsrate reichen, und der bis Ende Oktober 1811 berechnete Abgang an Konventionsmünze "gehet in das Ungeheuere", wie Wallis angab.

Ballis nahm jedoch an, daß sich selbst nach der günstigsten Boraussetzung nicht erwarten lasse, daß die devalvierten Bankozettel oder die
an deren Stelle getretenen Einlösungsscheine dem Bargeld im Kurse
gleichkommen würden, und daß letzteres bald wieder in Umlauf käme,
und glaubte daher bis zum Eintritt der glücklichen Zeiten, die eine unbeschränkte Auswechslung des Papiergeldes zulassen würden, für dessen
Sicherung, oder wenigstens für eine allmähliche, teilweise durchzuführende Verminderung etwas tun zu müssen.

Dem ersten Anblicke nach, meinte er, würde es nun am rätlichsten, leichtesten und einfachsten scheinen, das übrigbleibende Papiergeld auf die Erbstaaten unter der Garantie der Stände zu hypothezieren und den auf jede Provinz nach der Villigkeit entsallenden Vetrag auszuscheiden und dieser selbst sowie auch dem übrigen Inlande und dem Auslande durch ein Patent bekannt zu geben. Die Schwierigkeit lag, wie er sogleich selbst bemerkte, darin, daß eine derartige nur nominelle Hypothek kein Zutrauen begründen könnte 1.

"Nebstdem würde eine solche Hpothetsausmeß- und Zuteilung einer bestimmten Summe von Bankozetteln auch noch in dieser Hinsicht schwierig sein, weil es nicht angehet, für jede Provinz besonderes Papiergeld zu machen oder auf demselben die Provinz, die dafür zu haften hat, anzumerken."

Bar also an eine berartige Hypothek nicht zu benken, so sollte und konnte doch, wie Ballis meinte, von den Provinzen eine Garantie für die Bankozettel übernommen und müßte auch an die Schaffung eines von der Einlösungs= und Tilgungsdeputation zu verwaltenden Amortisationsfonds gedacht werden, für welchen er in offensichtlicher Anlehnung an D'Donells Pläne die Berwendung des von den zu verstaufenden geistlichen Gütern in klingender Münze eingehenden Kaufschillings und die Festsezung eines jährlich abzugebenden Beitrages ber deutschen und böhmischen Provinzen sowie auch Ungarns und

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Wallis berief sich hierbei auf D'Donell, der (in dem Vortrage vom 6. Jänner 1810) sehr richtig bemerkt hatte, daß er sich bei einem unverzinslichen Papier eine Hypothek, das heißt die Sicherheit des Bestigers eines Vorstellungszeichens, den vorgestellten Betrag realisieren zu können, nicht vorstellen könne.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Der Beitrag sollte teils in Papiergelb, teils in Münze geleistet, ersteres vernichtet, letzteres zur Auswechslung von Einlösungsscheinen nach durch das Los zu bestimmenden, besonders zu bezeichnenden Serien von je einer Million verswendet werden.

Siebenbürgens vorschlug. Zunächst sollte dieser Fonds mit einem jährlichen Betrage von höchstens 4 Millionen fl. angenommen werben.

Bürden die Bankozettel auf ein Fünftel ihres Wertes oder auf was immer für einen Betrag herabgesetzt, so erschien es Wallis unerläßlich, daß vom Tage der Herabsetzung an die Stammsteuer vom unbeweglichen und beweglichen Bermögen ganz aufhöre, weil diese in staatswirtschaftzlicher Hicher Hicher herabgesetzen Neunwerte der Bankozettel durchaus nicht bestehen könnte und ihre Berichtigung bei der angenommenen Besmessart ganz unmöglich wäre; überdies entsiele aber auch noch deren Notwendigkeit, "weil der hierbei vorgesetze Zweck, hierdurch die Masse der Bankozettel in den böhmischseutschen Provinzen in einem Zeitraum von fünfzehn Jahren um 4 bis 5000000000 fl. zu vermindern, durch die Herabsetzung der Bankozettel auf einmal, somit weit schneller und dabei sicherer und vollends ohne Bergleich ergiebiger erreicht würde".

Nähere Angaben über die Einzelheiten der Tilgung des Papier= geldes wünschte Graf Wallis in das Devalvierungspatent nicht aufgenommen zu sehen und zwar namentlich mit Rücksicht auf Ungarn, über welches er dem Kaiser allerdings einige Beruhigung zu geben versuchte. "Die Devalvierung der Bankozettel können E. M. in Ungarn so gut wie in den übrigen Erbstaaten veranlassen, und gerade darin liegt der Hauptwert dieser Magregel, daß sie Ungarn, Siebenbürgen und bas Ausland, hiermit alle Bankozettel ohne Unterschied, sie mögen sich wo immer befinden und verwahrt werden, gleich trifft. Allein wegen Ausmittlung eines Amortissementsfonds zur Tilgung des Papiergeldes tönnen E. M. bei dem Bestande der Konstitution in Ungarn und Siebenbürgen ohne Landtag nichts veranlassen." Es sollte demnach diese Sache aufgeschoben und dem ungarischen Landtage zur Beschluffassung vorgelegt werden, damit sodann allen Ländern eine gleichmäßige Behandlung zuteil werden könnte, was bei der Ausschreibung der Stammvermögensfteuern nicht der Fall gewesen war.

Dagegen sollten Maßregeln zur Aufrechterhaltung bes Wertes bes nach der Devalvierung übrigbleibenden Papiergelbes, welche Graf Wallis keineswegs verbürgen zu können erklärte <sup>2</sup>, zugleich mit der

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In dem dem Bortrage eingefügten Teilentwurse des Patents wird auch die Zurückftellung der bereits eingezahlten Steuerbeträge erwähnt.

<sup>2 &</sup>quot;Wenn die Reduktion des Papiergeldes vorgenommen wird und der Überrest

Devalvierung selbst ergriffen werden. Allerdings hoffte der Hoffammerpräsident dennoch, daß sich nicht nur das Papiergeld halten, sondern daß auch Bargeld wieder in Umlauf kommen werde, und zwar deshalb, weil die Zeitumstände Papiergeld durchaus notwendig machten, dessen Restbetrag für den Bedarf des Berkehrs eher zu klein als zu groß sein würde, und hiermit die Hauptursache des Zurückhaltens von Goldund Silbermünzen entsiele. Eine Beruhigung bot ihm auch, daß dem Bernehmen nach selbst in den illyrischen Provinzen der auf 12 kr. herabgesetze Bankozettelgulden mit 15 kr. bewertet wurde und gesucht war.

Als Stütze des Papiergeldes sollte, wie schon erwähnt, die Erklärung dienen, daß dieses von allen öffentlichen Kassen und von Privaten angenommen werde, sowie die, daß alle Geschäfte und Berträge bei sonstiger Ungültigkeit vom Zeitpunkte der Devalvierung an nur nach Wiener Währung und Papiergeld abgeschlossen werden dürsen, und durch die gesetliche Verfügung betress Verschreibungen über vor der Kundmachung der Devalvierung ausgenommene Schulden, welche, sosen die Zahlung nicht in schwerer Valuta und zwar in einer bestimmten Münzsorte ausbedungen wäre, bei vor dem Jahre 1797 eingegangenen Verbindlichkeiten in Papiergeld nach dem vollen Vetrage der Schuld, bei später übernommenen nach dem Kurse des Zeitpunktes der ursprünglichen Darlehensgewährung eingelöst werden sollten. Für Zessionen sollte der Tag der Entstehung der ursprünglichen Schuld maßgebend sein.

"Die Hauptschwierigkeit stellt sich aber hierbei dar, daß auf diese Art in alle Privatverhältnisse zwischen Gläubiger und Schuldner einsgegriffen werden muß und daß hiermit noch nicht geholsen ist und noch eine weitere Bestimmung über alle Raufs, Miets, Ablösungss oder sonstige Kontrakte, welche vor dem Patente geschlossen worden sind, erforderlich wird, welche in jeder Hinsicht schwierig, die Privatverhälts

sich nicht aufrechterhalten kann und diese Maßregel nicht zugleich die wohltätige Wirkung hervordringt, daß das dare Geld wieder zu zirkulieren anfängt, dann ist die ganze Operation vergeblich, sie versehlt ihren Zweck und macht im Grunde das übel nicht weniger groß und gefahrdrohend. Verdürgen läßt sich dies nun auf keine Weise, weil die Finanzen von allen baren Geldmitteln entblößt sind, der Geist der Agiotage und des Spekulierens sich aller Klassen von Menschen bemächtigt, Egoismus allen Gemeinsinn verdrängt hat und das größte Wißtrauen durchaus herrscht."

<sup>1</sup> Ruerst hieß es 1796.

nisse erschütternd und, falls sie erlassen werden sollte, nur auf eine der beiden Arten, nämlich durch Annahme des Bankozettelwerts nach dem zur Zeit der eingegangenen Berbindlichkeit bestandenen Kurse, oder aber mit Rücksichtnehmung auf die Reduzierung nur zu einem Fünstel ersolgen könnte. Am zuträglichsten dürste es noch sein, die Bestimmung dahin zu machen, daß in Hinsicht der vor dem zu erlassenden Batente geschlossenen Kause, Wiete, Ablössungse oder sonstigen Kontrakte die darin bedungenen Entrichtungen zwar in Einlösungsscheinen und die zu dem Zeitpunkte, als diese in Umlauf kommen, in Bankozetteln auf den fünsten Teil ihres Nennwerts reduziert, allein nach Maßgade der wegen der Darlehne (wie vorerwähnt) gemachten Bestimmung geleistet, insosen aber die Zahlungen in einer bestimmten Münzsorte bedungen sein sollen, solche auch hiernach berichtigt werden sollen 1."

In unmittelbarem Zusammenhange mit dem Plane der Devalvierung stand der einer tief eingreisenden Reduktion der verzinslichen
Staatsschuld, die der Hofkammerpräsident für äußerst dringend und
in dem Maße unaufschiebbar hielt, "daß, wenn der Schlag auf die
Staatsschuld nicht zugleich mit dem Schlag auf das Papiergeld ersolgt,
der letztere Schlag nicht allein wirkungsloß, sondern höchst nachteilig
wird, die ganze Operation scheitern muß, das Ubel zu einer fürchterlicheren Höhe als je erwächst und der Sturz des Staates sich dann auch
nicht einen Augenblick mehr aufhalten ließe, sondern ungezweiselt erfolgen würde". Weder die Deckung des Kapitals noch die Zahlung der
Zinsen, noch auch die Ausgleichung der Staatseinnahmen und "Ausgaben
wäre möglich, und wenn alle ausständischen Zinsen dar bezahlt werden
müßten, würde dieser übergroße Geldabsluß, verbunden mit der ungünstigen Handelsbilanz, die früheren Verlegenheiten allmählich wieder
zurücksühren und das dare Geld aus dem inländischen Umlauf ziehen.

Wie sein Vorgänger D'Donell stand Wallis bei Behandlung dieser Frage vor der großen Schwierigkeit, daß die ersorderlichen genauen Ansgaben über den Stand der Staatsschuld sehlten. Immerhin aber hatte Wallis nach vieler Mühe wenigstens eine beiläufige Gesamtübersicht des Passivapitalienstandes für das Militärjahr 2 1809 zustande gebracht, wonach sich eine Summe von 644111033 fl. 183/8 kr., von der allers

<sup>1</sup> Wie Wallis versichert, hatte er im Patentsentwurfe "alle Fälle aufzufassen und in ein Shstem zu bringen" gesucht.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Das sogenannte Militärjahr war das mit 1. November des Vorjahres besginnende Verwaltungsjahr.

dings noch 20 Millionen als Epavierungsbetrag in Abschlag gebracht werden konnten, und eine Interessensumme von 27318160 fl. 7 kr., in welche jedoch einige nicht unbedeutende Beträge noch nicht einbezogen waren 1, ergab. Der Hofkammerpräsident war der sesten Überzeugung, daß der Monarchie ohne Reduktion der Staatsschuld schlechterdings nicht aufgeholfen werden könnte, daß sie ganz außerstande sei, die Schulbenlast zu tragen und einstens zurückzuzahlen und nach dem Erundsaße, "daß Palliativmittel nicht länger anwendbar sind und daß nur große Mittel und Schläge uns aushelsen können," konnte er keine geringere Herabsehung als dis auf ein Drittel des Nennwertes beantragen, wobei er darauf hinwies, daß dies in Europa keine neue Erscheinung wäre, und insbesondere an das "konsolidierte Drittel", das die französsische Regierung erst kürzlich wieder in Holland eingeführt hatte, erinnerte.

Diese Maßregel würde nach der Meinung des Hossammerpräsidenten sowohl durch den Drang der Umstände, die Unmöglichkeit, die Bersbindlichkeiten anders zu erfüllen, als auch durch den Umstand gerechtsfertigt, daß die Obligationen weit unter dem Drittel ihres Nominalwertes stünden, die Gläubiger somit bei der Herabsetung im Grunde nur gewännen, das heißt, weit weniger als dermalen verlören.

Neben der Herabsetung des Nennwertes erwog Wallis auch zusgleich die Frage, ob er die Höhe der Verzinsung beibehalten oder ob er hierbei eine Anderung eintreten lassen sollte, und zwar entweder eine allgemeine Herabsetung der höheren Interessen auf 3% oder nur eine Herabsetung der 4% überschreitenden Interessen 2, sowie auch die weitere Frage, ob eine Zinseneduktion allein genügen könnte.

Die letztere Frage verneinte er, da eine berartige halbe Maßregel dem Zwecke nicht entsprechen würde. Bei einem angenommenen Schuldenstande von 685 Millionen 3 wären, die Interessen zu 3%

 $<sup>^1</sup>$  Es waren in diesem Zeitpunkte insbesondere noch die Interessen der im Laufe des Militärjahres 1810 bereits im Betrage von 21 108 283 fl.  $25^4/_8$  fr. außegegebenen Obligationen hinzugurechnen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Interessen der verschiedenen Gattungen der Staatsschuld betrugen 3, 3⅓, 3⅓, 4, 4⅓, 5 und auch 6%.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Bei der mit 685 174 483 fl. 15 fr. angesetzten Maximassumme der verzinsblichen und nicht bedeutenden unverzinstlichen Schulden war die Epavierungssumme von 20 Millionen nicht in Abschlag gebracht, eine nur einstweisen und vorschußweise übernommene Summe von 18 064 590 fl. 58 fr. einbezogen, ebenso auch ein Betrag von 24 Millionen für für Militärs und Requisitionsforberungen auszustellende Obligationen. — Es hätte sich danach allerdings ein etwas höherer Betrag, nämlich 686 175 624 fl. 163/4 fr., ergeben müssen.

berechnet, jährlich 20475000 fl. und selbst bei der gewiß größtmöglichen Interessenherabsetzung auf 2% immer noch 13650000 fl. erforderlich, "eine bei erfolgter Reduzierung der Bankozettel durchaus unerschwingsliche Summe". Bei einer Herabsetzung des Schuldenstandes auf ein Drittel (224819728 fl. 25 fr.) und einer Reduktion der Zinsen auf 3% hätte das Ersordernis 6720698 fl. 56 kr., bei der Festsetzung einer Höchsterzinsung von 4% 8423234 fl. 34 kr. und bei unveränderter Beibehaltung der verschiedenen Berzinsungen einen nahezu drei Biersteile der obigen, als durchaus unerschwinglich bezeichneten Summe erreichenden Betrag ergeben.

Auf jeden Fall sollten die Lotterieobligationen (1. und 2. Verschleiße direktionslotterie und Bankolotterie im Gesamtbetrage von 10715298 fl.) und die Silbersottodarlehensobligationen (es waren hierfür noch nicht einmal anderthalb Millionen eingegangen) von der Reduzierung außegeschlossen bleiben, wie auch gegen Verschleißdirektionswechsel außgewechselte ständische Konventionsmünztratten im Vetrage von 1863200 fl.

Aberhaupt hielt Wallis eine Berminderung der Zinsen neben der Herabsehung des Napitals nicht für notwendig; es sprachen auch "mancher-lei Schwierigkeiten dagegen und war zu besorgen, daß dagegen vollends geklagt werden würde".

Im Falle der Genehmigung der Schuldenreduktion wünschte Wallis, daß bereits mit dem Patente über die Herabsetung des Bankozettelwertes angekündigt werde, daß eine eigene Hauptliquidationskommission zur Liquidation des konsolidierten Schuldendrittels mit Provinzialkommissionen für ständische Schulden bestellt würde, daß die Rassen die Interessen vom 1. Jänner 1812 an nur von dem Drittelkapitalsbetrag, und zwar, solange die Bankozettel bestünden, nach deren herabgesetztem Nennwerte, daraufhin aber in Einlösungsscheinen nach dem vollen Nennwerte auszahlen, und daß dafür gesorgt würde, einen Umortisationskonds für die verzinsliche Schuld aufzufinden. Er hielt es jedoch für überslüssig, voreilig und schällich, über die letztere Sache sogleich Näheres anzukündigen 2, und zwar deshalb, weil diese Ans

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bei dieser Drittelberechnung sind die (unverzinslichen) Lotterieobligationen (10 715 298 fl.) vorweg abgezogen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Es sollte die Erklärung genügen: "Selbst zur allmählichen Tilgung dieser herabgesehten Schuld haben wir die nötigen Waßregeln getroffen und einen eigenen Konds dazu gewibmet."

gelegenheit vorerst in Ungarn und Siebenbürgen ins reine gebracht werden müßte. Er bemerkte hierzu:

"Am zweckmäßigsten wäre es, nachdem leider die österreichische Monarchie nicht als ein zusammengeschmolzenes Ganze, sondern nur als ein Aggregat einzelner divergenter Teile betrachtet werden kann, wenn jeder Provinz ein Teil der Schuld zugewiesen und in diesem Bershältnisse ein jährlicher Betrag gefordert würde, welcher bei den andersweitigen bestehenden Mitteln und Vorsichten von Seite der Provinzen zusammen in nicht mehr als 2000000 fl. zu bestehen brauchen dürfte."

Bei der Beurteilung der Möglichkeit einer Berabsetzung der ausländischen Schuld, deren Betrag zweifellos bedeutend, aber nicht bekannt war 1, sette sich Wallis, der allerdings sich über die auswärtigen Berhältnisse ein Urteil nicht anmaßen wollte, in unmittelbaren Wegenfat zu Metternich, der den heftigsten Widerstand der fremden Sofe gegen eine etwaige Interessenreduktion befürchtete 2, so daß eine solche kaum durchgesett werden könnte, noch weniger aber eine Reduktion des Rapitals. Er wandte sich auf das allerbestimmteste gegen die Auffassung, daß der Artikel 9 des Wiener Friedens seinem Wortlaute" oder Geiste nach einer Kapitalsreduktion entgegenstünde, und meinte, daß es gar nicht einzusehen wäre, "wie ein Souveran ohne Verlust aller Selbständigkeit sich des Rechtes, eine Reduktion der Staatsschuld vornehmen zu dürfen, begeben könnte". Durch die vorgeschlagene Reduzierung des Kapitals auf ein Drittel würde auch, so versicherte Wallis, nichts anderes geschehen, als was Raiser Napoleon selbst vor einigen Jahren in Frankreich und erst im letten Jahre im ehemaligen Holland verfügt hätte. Bürde diese Kapitalsreduktion der äußeren Berhält= nisse wegen nicht durchgesett werden können, dann wäre selbst die Berab-

Die ausgewiesenen auswärtigen Schulben beliefen sich auf 75 550 056 fl. 571/4 kr.; dazu kamen die niederländischen und sombardischen im Betrage von 40 405 432 fl. 6 kr.; überdies aber befand sich ein großer Teil der Bankoobligationen im Besitze des Auslandes.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Diese Bebenken hatte er schon in einer Konserenz vom 17. Hornung 1810 vorgebracht.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> S. M. l'Empereur d'Autriche etc. s'engage à acquitter les intérêts annuels et arriérés des capitaux placés soit sur le Gouvernement, soit sur les États, la banque, la lotterie et autres établissemens publics, par les sujets, corps et corporations de la France, du Royaume d'Italie et du Grand-Duché de Berg. Des mesures seront prises pour acquitter aussi ce qui est dû au mont Thérèse, devenu le mont Napoléon à Milan. (1809.)

setzung des Papiergeldes vergeblich, sie bliebe ohne allen Erfolg und könnte schlechterdings nicht beantragt werden; in diesem schrecklichsten aller Fälle würde ganz und gar nichts anderes erübrigen, als den immer näher heranrückenden gänzlichen Sturz der Bankozettel ruhig abzu-warten und es dem Zufalle zu überlassen, welche Folgen daraus entstehen würden.

Das Patent vom 20. Februar 1811 enthält bekanntlich keine Versfügung über eine Reduktion des Staatsschuldkapitals, wohl aber eine solche über die Reduktion der Interessen auf die Hälfte (P. 24), und Graf Wallis dietet selbst die Aufklärung dafür, warum von seinen mit scheindar unerschütterlicher Sicherheit vorgebrachten und scheindar unansechtbaren Vorschlägen ohne Rücksicht auf die geschilderten drohenden Gesahren abgegangen wurde.

Auf der Nebenspalte findet sich gleichsam als Ergänzung zu obigen Ausführungen von Wallis selbst nachstehende "Anmerkung" beigefügt: "Bei den von dem Herrn Minister der auswärtigen Geschäfte gegen die Reduzierung der Kapitalsschuld angeführten und insbesondere bei dem Umstande, daß selbst in Holland nur eine Interessenreduktion auf ein Drittel vorgenommen worden sei, unterstüßten Bedenken muß ich von der Kapitalsreduktion abgehen und mich auf eine Interessenreduktion bis auf ein Drittel, oder wenn dies durchaus für zu hart gehalten werden sollte, dis auf die Hälfte dergestalt beschränken, daß a) die Kapitalsschuld unvermindert, jedoch unaufkündbar bleibe, b) daß die Interessenkention mit erstem Fänner 1811 ansange und die Zahlung derselben in Bankozetteln nach dem auf ein Fünstel herabgesetzten Kennwerte in Einlösungsscheinen erfolge 2."

Wallis machte somit nachträglich einen Vorschlag, der seinen eigenen Ausführungen zufolge die Herabsehung des Wertes des Papiergeldes als eine vergebliche Maßregel erscheinen ließ 3.

<sup>1</sup> Zuerst richtiger "mit".

<sup>2</sup> Gemeint ist wohl zunächst in Bankozetteln, späterhin in Einlösungsscheinen.

<sup>3</sup> Eine Berechnung der für eine derart durchgeführte Zinsenreduktion besnötigten Summe gibt Wallis nicht; sie dürfte aber doch wohl kaum bedeutend geringer gewesen sein als die bei Festsehung einer zweiprozentigen Verzinsung besanspruchte, als "durchaus unerschwinglich" bezeichnete.

## 4. Die Vorschläge des Staats- und Konferenzministers Zichn.

Wenige Tage nachdem Wallis dem Kaiser seine Finanzpläne vorgelegt hatte, erschien auch der frühere Hofkammerpräsident Graf Karl Zichn vor dem Monarchen, um seine eigenen Ideen, die übrigens Wallis bereits bekannt waren, zu entwickeln. Es waren die Hauptlinien eines von den grundstürzenden Absichten Wallis' weit entsernten Plans, der in seinen wesentlichen Punkten auf D'Donells Finanzschstem aufgebaut war 1.

Zichy meinte, daß man bei der bereits ausgeschriebenen Bermögensesteuer von mehr als 600 Millionen fl., bei der Hoffnung, daß die größere Hälfte der Monarchie, die ungarischen Provinzen, wenigstens 300 Milslionen übernehmen würden, und bei dem beträchtlichen, dem Tilgungssonds zugewiesenen geistlichen Bermögen über die sichere Löschung der Staatsschuld von einer Milliarde und somit auch über die Gefahr eines Staatsbankerotts hätte beruhigt sein sollen.

Es sollte demnach das D'Donellsche Finanzspftem beibehalten und nur durch eine Beschleunigung der Finanzmaßnahmen bezweckende Anderungen umgestaltet werden. Vor allem galt letteres für die Stammvermögenssteuer, deren Einbringungsfristen eine sehr bedeutende Abkürzung erfahren sollten.

Unter Beibehaltung der für den Handelsstand bereits festgesetzten Frist von nur zwei Jahren sollte die Steuer von dem übrigen Mobiliarvermögen statt in 5, von dem Jmmobiliarvermögen statt in 15 Jahren schon in 3 Jahren eingehoben werden. Dabei sollten sämtlichen Steuerpsslichtigen für den Gesamtbetrag ihrer Tilgungssteuer Einlösungsscheine, und zwar zu 100 fl. für 400 fl. Bankozettel berechnet, ausgesolgt werden, wodurch diese für die abgelieserten Bankozettel gute Baluta erhielten und das Mittel, sich für das jeweils nächste Quartal wieder Bankozettel zu verschaffen. Die Notwendigkeit der Gewährung von Prämien für Borauszahlungen, die dem Kredit der Einlösungsscheine sogar nachteilig werden könnte, würde damit entfallen.

"Hierdurch würde also auch", wie Zichn meinte, der hierbei freilich die technischen Schwierigkeiten der Herstellung der neuen Geldzeichen,

¹ Die nicht batierte Ausarbeitung trägt die Aberschrift: "Aber die Mitteln, welche bei dem so tief herabgesunkenen Wert der Biener Stadt Bankozetteln zur Rettung der Finanzen zu ergreifen wären."

die wenigstens Wallis so sehr betonte, unterschät haben mag, "die frühere Emission der Einlösungsscheine erfolgen." Immerhin aber nahm er auch auf dieses Hindernis Rücksicht und empfahl, die neu zu erhebenden Steuerraten erst vom 1. Mai 1811 an einzusordern 1, so daß die letzte Nate mit 1. Mai 1814 fällig geworden wäre, in welchem Zeitpunkte somit die Einziehung der Bankozettel, diese wichtigste Heilungsmaßnahme, ihren Abschluß gefunden hätte.

Die einssließenden Bankozettel sollten durch die Einlösungs- und Tilgungsdeputation vertilgt, im zweiten und dritten Jahre aber der zur Tilgung der verzinslichen Schuld, gemäß dem Patente vom 8. September 1810, bestimmte Teil an die Staatsschuldentilgungskasse abgeführt werden, wobei jedem Steuerpflichtigen gestattet werden könnte, den "ausfallenden Anteil" in Staatsobligationen zu entrichten 2. Die Herstellung der Einlösungsscheine sollte so betrieben werden, daß die erforderslichen Summen immer in der bestimmten Zeit geliefert werden könnten.

Zichy hoffte, daß, wenn auch in den ungarischen Ländern wenigstens 300 Millionen in Einlösungsscheine konvertiert 3 und von den geistlichen Realitäten nur 100 Millionen Bankozettel amortisiert werden würden, im Laufe von vierthalb Jahren die Umlaufsmenge der Bankozettel in 225 Millionen Einlösungsscheine umgewandelt wäre, welche Summe mit dem im Umlauf befindlichen und auf ein Biertel heradzusesenden Kupfergelde und dem noch vorrätigen Konventionsgelde für den Umslaufsbedarf der Monarchie gerade zureichen würde.

Er verschloß sich jedoch keineswegs der Erwägung, daß damit noch nicht alles getan sei. Vielmehr hielt er es für nötig, auch für den Aredit der neuen Valuta und selbst auch deren "Haltung auf das Pare", so dann auch für eine ausreichende Bedeckung der Staatserfordernisse und für die Tilgung der verzinslichen Schuld zu sorgen. Als das zweck-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> hiermit sollte auch den Steuerpflichtigen die gehörige Zeit eingeräumt werden, die erforderlichen Bankozettel zu erlangen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Nach § 20 bes Patents vom 8. Sept. 1810 über die Tilgungssteuer vom unbeweglichen Vermögen war ein Zehntel des Ertrags der Steuerraten der letzten 10 Jahre für die Tilgung der verzinslichen Schuld bestimmt, der Ertrag der Tilgungssteuer vom beweglichen Vermögen jedoch ganz für die Tilgung des Papiersgeldes. Der "ausfallende Anteil" dürfte demnach ein Zehntel der Jmmobiliarssteuer des zweiten und dritten Steuerjahres betragen.

<sup>3 &</sup>quot;Daß aber die Umtauschung dieser Baluta einen leichteren und ergiebigeren Eingang bei den Ständen Ungarns und Siebenbürgens als die unentgeltliche Abgabe der Bankozetteln finden dürfte, ist von selbst einleuchtend."

mäßigste Mittel zur Sicherung bes Kurses der Einlösungsscheine betrachtete Zichy die Operationen an der Wiener Börse, die sowohl mit allem bei der Stundung der Kontributionszahlung an Frankreich verfügbaren Konventionsgeld vorzunehmen wären, wie auch mit der bei dem Verkause der geistlichen Güter der Tilgungsdeputation zukommenden klingenden Münze und mit allem, was mittelst bleibender Hypotheken auf geistliche Güter durch Anlehen im Auslande hereingebracht werden könnte. Auch sollte zu diesem Zwecke dem Handelsstande, der nun für seinen ganzen Steuerbetrag Einlösungsscheine erhalten hätte, ein in einer Frist von drei Monaten zu leistendes Zwangsdarlehen in guter Valuta, im Ausmaße von allenfalls zwei Dritteilen des Steuerbetrags, auferlegt werden, das mit 5% verzinst und nach vier Jahren zurückgezahlt werden könnte.

Zichn empfahl weiters, bei bem Verkaufe ber geistlichen Güter die Hälfte des Kaufschillings statt in Konventionsmünze in Einlösungsscheinen anzunehmen und diese zu vertilgen 3. Ferner sollte mit Hilfe des aus Beiträgen der Geistlichkeit und den Güterkaufschillingen entschenden Tilgungsfonds der Einlösungsscheine, dem noch die Hälfte der gewöhnlichen Steuer in Einlösungsscheinen nebst den in Ungarn und Siebendürgen zu erwirkenden Beiträgen beizusügen wäre, die Amortisierung, solange es der Umlaufsbedarf zuließe, fortgesett werden; endlich sollten schon im dritten Viertelzahr 1810/11 oder wenigstens vom Militärjahre 1812 an die Kontribution, das Körnerlieserungsäquivalent, die Zölle und Dreißigstgebühren und die Taxen von Gratialien in Einslösungsscheinen zu entrichten kommen und sollte diese Verfügung in den folgenden zwei Jahren auf die übrigen Staatsgefälle ausgedehnt werden. Der Verkauf der Staats= und Fondsgüter sollte betrieben und beschleunigt und auch in Ungarn durchgeführt und außerdem

<sup>1 &</sup>quot;Dieses Geschäft, welches bis nun keine günstige Aussicht barbot, wäre neuerdings in Deliberation zu nehmen, um die Mittel, welche selbes befördern könnten, zu ergründen." Zichn schloß sich bemnach auch in diesem Punkte ben Plänen D'Donells an.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Dieser Zwangsanlehensplan, der allerdings keine großen Ergebnisse versprach, stellt immerhin eine neue Erweiterung des Finanzspstems dar.

<sup>3</sup> Warum die Herstellung der Einlösungsscheine beschleunigt und zugleich deren Bertilgung angeordnet werden sollte, ist nicht einzusehen, um so weniger, als es sich doch zunächst um die Vertilgung der Bankozettel handeln mußte.

<sup>4</sup> Im Banat könnten durch Ausscheidung mehrerer Herrschaften noch "ungeheure Summen" eingebracht werben.

sollte getrachtet werben, alle Klassen von Lotterielosen, die nach Möglichsteit tagtäglich auszubieten wären, "bis sie nicht auf 300 für 100 nach ihrem Gehalte herabsielen", zu verkausen. Die Stizze eines nach diesen Plänen ausgearbeiteten Finanzpatents weist diesenigen Neuerungen auf, welche sogleich angekündigt, teilweise jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkte wirksam werden sollten.

Mit diesen Plänen verband Zichy, wie dies auch Wallis getan hatte, die Vorschläge über die künftige Behandlung der Fragen des Staats=haushalts, wobei sich eine überraschend zuversichtliche Ansicht geltend macht und auch mit einer Besserung des Vankozettelkurses gerechnet wird.

Da vom 1. November 1814 an sämtliche Gefälle in Einlösungsscheinen zur Entrichtung kommen sollten, mußte auch die Zahlung der Interessen der Staatsschuld in diesem Gelde in Aussicht genommen werden. Bei diesem Anlasse empfahl Zichn, zugleich auch eine Reduktion derselben vorzunehmen 1.

Nach einem vorläufigen Überschlag der Erfordernisse und Bebectungen nahm er für die verringerten Interessen der Staatsschuld einen Betrag von beiläufig 21 Millionen an, etwa 22 Millionen für die herabgesesten Militärauslagen. Bei einer geringen Erhöhung der Grundsteuer hoffte er für diese Beträge und die anderen Staatsersordernisse die Bedeckung in der neuen Valuta finden zu können, wobei freilich der Voranschlag selbst im einzelnen erst zu entwersen war.

Für die Tilgung der verzinslichen Staatsschuld schließlich nahm Zichn nebst 5 hierfür bereits in Aussicht genommenen 10% von zwei Fünfteln der Tilgungssteuer (etwa 33 Millionen) in Aussicht, sowie auch bedeutende Ankäufe von Obligationen mit Rabatt, sobald aus den gegen Bankozettel erfolgten Güterverkäusen und dem Lotteriewesen ergiebige Summen gesammelt sein würden. Wie diese für drei Jahre in Aussicht genommenen Maßnahmen späterhin fortgesetzt werden könnten, sollte erst im dritten Jahre beschlossen werden.

 $<sup>^1</sup>$  Wie von etwas nur Nebensächlichem und Unbebeutendem schreibt er: "Jedoch dürfte eine Reduktion der Interessen, die ich mit einem Abfall von  $1\,\frac{1}{2}\,\%$  antragen zu müssen erachte, sogleich eintreten, und der Staatsgläubiger, da er eine bedeutende Wohltat dadurch erhält, sein Stammkapital aber nicht vermindert wird, sich vollkommen damit zufriedenstellen können. Die Fondskapitalien werden die Deckung der auf sie haftenden Lasten durch die zu überkommende gute Baluta reichlich ersehen."

Dabei ging Zicht von der, wie sich freilich erst nachträglich zeigen konnte, irrigen Annahme aus, daß zur Erhaltung des Friedens nicht nur alles angewendet würde, sondern daß man sich auch tatsächlich wenigstens einen dreijährigen Frieden versprechen könne.

Er erwartete von der Ausführung seines Systems, das überdies bem Staat freie Sand ließ, im Bedarfsfalle für die etwa zu rasche Einziehung der Bankozettel angemessene Fristen zu bestimmen, die gebeihlichsten Folgen, da im Verlaufe von drei Jahren fast alle Privatverhältnisse sich von selbst ordnen und die Preise der Feilschaften der sich von Zeit zu Zeit bessernden Baluta anpassen würden, so daß die Ersetzung der herabgesunkenen Baluta durch eine neue, gute ohne eine allgemeine Zerrüttung herbeigeführt werden könnte. Die Haupteinwürfe, die gegen seine Plane gemacht werden könnten, suchte Bichn gleich selbst zu widerlegen. Daß er entgegen dem patentmäßigen Kurse von 300 für 100 einen solchen von 400 für 100 empfahl, begründete er damit, daß der Steuerpflichtige den ganzen Betrag unentgeltlich geben müßte, daß es sich also hier nicht nur um eine Verwechslung, sondern auch um eine Steuer und ein dem Staate zu bringendes Opfer handle, und daß niemand verlangen könne, daß dem bestehenden Übel "ohne einigen Beitrag" gesteuert werde.

Dem Bedenken, daß die Einlösungsscheine, aller anwendbaren Mittel ungeachtet, sich nicht in ihrem Werte dürften erhalten können, suchte er mit dem Hinweise darauf zu begegnen, daß die Bankozettel, als deren Umlauf nur etwas über 200 Millionen betrug, sich ebenfalls auf dem Paristand hielten, daß die Aufrechterhaltung der nur nach und nach in kleinen Wengen ausgegebenen Einlösungsscheine "nicht so schwer halten" würde, daß diese daher an Kredit gewinnen würden, daß aber auch der Staat in späteren Jahren diesen zu erhalten imstande sein werde, wenn er sich mehr wirksame Mittel, insbesondere aus den späteren Katen der für geistliche Güter eingehenden Kaufschillinge, verschaffen könnte.

Suchte Zichy hier beruhigend auf die Zukunft zu vertrösten, so tragen die Bemerkungen gegen den wichtigsten Einwand, den er erwartete, daß nämlich eine Herabsetung des Nennwertes der Bankozettel weit schneller zum Ziele führen und zugleich auch Ungarn in das "Mitleiden" ziehen würde, das Gewand eindringlichster und ernstester Warnung.

Acht Gründe führte er an, welche gegen diesen so oft vorgeschlagenen, in sich einfach scheinenden, aber äußerst bedenklichen und bis dahin

immer verworsenen Ausweg sprachen: die Ungerechtigkeit einer derartigen Maßnahme, da die unverzinsliche Schuld doch nach den Berzmögenskräften jedes einzelnen berichtigt werden sollte, die Erregung der Besorgnis vor weiterer Wertverminderung des Papiergeldes, das Unverwögen des Staates, den Wert der neuen Valuta aufrechtzuserhalten, die Bedrängnis des Konsumenten dei der Beschaffung der erforderlichen Lebensbedürfnisse, die Verlegenheit der auf devalviertes Geld angewiesenen Staatsdiener und Beamten, die Gesahr einer Stockung in der Bedeckung der Staatserfordernisse, die Ungesetzlichkeit eines derartigen, das Privateigentum zerrüttenden Vorgehens, in Ungarn insbesondere ohne Mitwirkung des Landtages, endlich das Beispiel anderer Nationen, wie Rußlands und Dänemarks, wo eine derartige Maßnahme auch als staatsgesährlich angesehen werde.

Zichy, der für seine Pläne auf den Biedersinn und Gemeingeist der gut denkenden, unter dem Zepter des Hauses Ofterreich stehenden Bölker baute, war denn auch der Überzeugung, daß "von einem so gefahrvollen Wagestüdt zurückgeschaudert werden muß".

## 5. Die Veratungen über die Pläne der Grafen Zichn und Wallis.

Während der Präsident der Hoftammer und der Staatsminister Zichy, der als "Autorität in den sogenannten höheren Finanzen" das besondere Bertrauen des Kaisers genoß 1, unabhängig voneinander und auf ganz verschiedenen, teilweise neuen Wegen die Staatssinanzen aus ihrer Not befreien wollten, wurden die mit der Bermögenssteuer zussammenhängenden, wie auch andere sinanzielle Fragen 2 nach wie vor und bis in den Beginn des Jahres 1811 hinein weiterberaten.

Auch Wallis pflegte sich an diesen Beratungen, die unter dem Borssitz des Staatssund Konferenzministers Fürsten Metternich stattsanden, zu beteiligen. Angeblich durch Unpäßlichkeit verhindert, nahm er an den Beratungen der Konferenz 3 nicht teil, welche sich am 29. November

<sup>1</sup> Rübeck a. a. D. I. S. 209.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Über die Behandlung der sujets mixtes wurde besonders eingehend vershandelt; das Ergebnis der Beratungen wurde erst am 7. Jänner 1811 vom Kaiser genehmigt.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Es nahmen teil die drei Staats- und Konferenzminister Zichn, Fürst und Graf Metternich, der Präsident des Rechnungsdirektoriums v. Schittlersberg, Schriften 165. I.

1810 mit einem Vortrage der Polizeihofstelle über die fortschreitende Verschlechterung des Bankozettelkurses befaßte. Es stand die etwas strittige Frage in Erwägung, ob den Sensalen der Börse verboten werden solle, für Private (börseunfähige Inländer), die dies schriftlich verlangten, Geld= und Wechselgeschäfte durchzuführen 1, wie die Kon= ferenz selbst einsah, ein fruchtloses Palliativmittel gegen die Symptome der Krankheit. Die Mitglieder der Konferenz glaubten nun offenbar, die Abwesenheit des Grafen Wallis entsprechend ausnützen zu sollen und unterbreiteten dem Kaiser als Ergebnis der Beratung den Entwurf eines Handschreibens, worin von Wallis auf das bestimmteste verlangt wird, endlich Farbe zu bekennen: "Bei dem immer zunehmenden Unwerte des Papiergeldes darf keinen Augenblick gezögert werden, um diejenigen Mittel zu ergreifen und in das Werk zu setzen, welche der Größe des Abels angemessen sind und dasselbe aus dem Grund zu heben vermögen. Sie haben sich ungefäumt zu äußern, ob nach Ihrer Überzeugung das angenommene Finanzspstem diesem Zwecke entspricht und welche Beschleunigung und Berstärtung zur sicheren Erreichung desselben allenfalls noch nötig sein dürften. Sollten Sie aber diese Aberzeugung nicht hegen, so haben Sie Mir die Gründe, warum Sie das gedachte Snftem für unwirtsam halten, ungefäumt vorzulegen, zugleich aber auch diejenigen Magregeln in Borschlag zu bringen, welche statt des angenommenen Systems zur Nettung der Finanzen zu ergreifen wären."

Der Kaiser sehnte natürlicherweise die Unterzeichnung dieses Handschreibens, ohne auf dessen Inhalt einzugehen, ab 2 und der Hoftammerspräsident dürfte durch den Lufthied seiner Gegner erheitert seine gespuderte Löwenmähne mit besonderem Stolze geschüttelt haben, als er wahrgenommen hatte, wie er selbst durch seine Abwesenheit die Bershandlungen der Konferenz beeinflußt hatte 3.

Schon an dem dieser Beratung folgenden Tage entschloß sich der Kaiser, die ihm bereits vorgelegten Pläne Wallis' auch der Mehrzahl

Hofvizekanzler v. Balbacci, die Bizepräsidenten Graf Herberstein und Barbier und bie Hoftate ber Hofkammer Freiherr v. Leberer und v. Collin.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Der Kaiser lehnte biesen Borschlag (in Wallis' Sinne) erst am 25. März 1811 ab.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> 4. Dez. 1810. Staatsarchiv. Kabinettsakten, K. Franz. 1810. 375.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Noch bis gegen die Mitte des Februar 1811 beteiligte sich übrigens Wallis an Beratungen, welche mit der Einhebung der Bermögenssteuer zusammenhängende Fragen betrasen.

der Konferenzmitglieder bekannt werden zu lassen. Er teilte nun dem Grafen Zichy mit, daß Graf Wallis von ihm den geheimen Auftrag zu einer "Finanzausarbeitung" unter ftrengster Geheimhaltung gegen wen immer erhalten habe, und daß diese nunmehr ungefäumt einer "engen Konferenzialberatung" unterzogen werden solle. An dieser hatten außer Bichn und Ballis der Minister der auswärtigen Geschäfte Graf Metternich, der Oberstkämmerer Graf Wrbna, der Präsident des General-Rechnungsdirektoriums von Schittlersberg, der Bizekanzler von Baldacci und, wenn es Wallis für gut erachten sollte, auch der Bize= präsident der Hofkammer von Barbier teilzunehmen 1. Sowohl die Ausarbeitung des Grafen Wallis wie auch der Finanzvorschlag des Grafen Zichn sollten in reiflichste Erwägung gezogen werben, und behielt sich der Raiser vor, sie sodann unter seinem Vorsitze "vorzunehmen". Größte Beschleunigung ber Sache und vorzüglich deren Geheimhaltung waren unumgänglich notwendig, und der Kaiser drohte allen Beratungs= teilnehmern mit unnachsichtlicher Strafe der Dienstentlassung der Schuldtragenden bei vorzeitiger Verlautbarung des Vorgenommenen oder Beschlossenen. Die Beratungen nahmen schon am Tage nach der Erteilung dieses Auftrags, am 1. Dezember, unter dem Vorsite des Staats= und Konferenzministers Franz Georg Fürsten Metternich ihren Anfang, wurden am folgenden Tage fortgefett und am 4. Dezember abgeschlossen.

Die Beratung begann mit der Borlesung der bereits dargestellten Pläne des Grasen Wallis, von welchem jedoch der einer Herabsetzung des Staatsschuldenkapitals und des Kapitals der ständischen Schulden bereits vollständig fallen gelassen war. Die Interessenteduktion auf ein Drittel oder "höchstens" die Hälfte sollte mit 1. Jänner 1812 beginnen 2. Als Zeitpunkt für die Herabsetzung des Wertes der Bankozettel wurde

¹ Da weber "irgendein Hofrat noch Protofollführer" zugezogen werben durfte, hatte einer der Teilnehmer das Protofoll zu führen, welche Aufgabe dem tatsächlich beigezogenen Bizepräsidenten Barbier zusiel, der ihr in recht dürftiger und insofern wahrscheinlich auch ungeschickter Beise nachkam, als er über den Inhalt der ohnehin schriftlich vorgelegten Ausarbeitungen eingehendere Aufzeichnungen machte, die Berhandlung über diese aber größtenteils unbeachtet ließ. Oder sollten ihm die Meinungen der Konserenzteilnehmer so unwichtig erschienen sein, daß er es für überflüssig hielt, den Kaiser, für den daß Protofoll doch zunächst bestimmt war, davon in Kenntnis zu sehen und sie auch der Nachwelt zu erhalten?

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Es dürfte dies wohl auf einem Jrrtum des Protokollführers beruhen, da die Reduktion tatsächlich mit 1. Jänner 1811 eintreten sollte.

allenfalls der lette Dezember 1810, für deren Umlaufsschluß der lette Jänner 1812 vorgeschlagen. Die Aufhebung der Stammvermögensteuerpatente sollte ferner nur mit dem Vorbehalte angekündigt werden, daß die Heranziehung der Untertanen zur Tilgung des Papiergeldes besonders bestimmt werden würde. Ein Patentsentwurf des Grafen Wallis lag nicht vor, da der Hoftammerpräsident zunächst die Entschließung des Naisers abwartete.

Es folgte einem kaiserlichen Befehle gemäß die Vorlesung der Vorschläge des Grafen Zichn, der vor allem Gile empfahl, da die Beängstigung über das fernere Schicksal der Bankozettel bereits den höchsten, die größte Gefahr drohenden Grad erreicht hätte, und nach einer vorläufigen Beratung über die Hauptgrundlagen dieser beiden Finanzsysteme 1 eine Darlegung der Ansichten des Bizekanzlers von Baldacci, der sich gegen jede nicht mit einer Konsolidierung des reduzierten Betrags verbundene Devalvierung aussprach und daher die vorerwähnten Plane ablehnte. Nur drei Hauptoperationen waren nach seiner Ansicht entweder einzeln ober zusammengesett möglich, eine Devalvierung des Papiergeldes, eine Konsolidierung (Umwandlung der unverzinslichen in eine verzins= liche Schuld, des umlaufenden Geldes in eine nicht Geld repräsentierende Berschreibung) oder eine allmähliche Einziehung des überflüssigen Papiergelbes durch Steuern und durch Veräußerung des Staatseigentums (von Realitäten, Gerechtsamen, Regalien usw.), es sei denn, der Staat ware in der Lage, sich einen solchen Vorrat an Munge zu verschaffen, daß er die umlaufenden Geldzeichen ohne Verluft einlösen könnte, oder er wollte deren Wert geflissentlich herabsinken lassen, das heißt, mit Vorbedacht einen Bankerott herbeiführen. Ein solcher aber würde, wenn auch seine Folgen nicht so ganz unberechenbar wären, der Rechtlichkeit der Regierung ebensosehr als den Rücksichten auf die Zukunft und den Erwartungen und Wünschen der Nation widerstreben.

Die schon durch eine längere Reihe von Jahren zur Sprache gebrachte Devalvierung 2 schaffe, wie Baldacci ausführte, nicht einmal vollkommene Sicherheit gegen den Bankerott. Die Konsolidierung böte die meiste Sicherheit gegen einen solchen und dessen zerstörende Birkungen und die Wahrscheitlichkeit der Hebung des Kurses der Bankozettel. Der Plan

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Das Protokoll bietet hierüber leider keine Angaben, ebensowenig über eine zweite vorläufige Beratung.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Siehe auch: August Schachermanr, Der Finanzplan bes Jahres 1806. Wien 1919.

einer allmählichen und nicht erzwungenen Einziehung des Papiergelbes böte, wenn auch der weitaus größte Teil der geistlichen Güter und ein großer Teil der Staatsgüter verkauft würde, zwar den Borteil einer zu erwartenden günstigeren Aufnahme bei der Bevölkerung, aber doch nur eine geringere Sicherheit gegen einen unwillkürlichen Bankerott, vor allem wegen des bereits zu sehr verschlechterten Kurses.

Besentlich anderer Meinung war der Vizepräsident der Hossammer von Barbier, der sowohl das System der Devalvierung wie auch das der Konsolidierung für ungeeignet hielt, da die Übergangszeit den Sturz der Bankozettel und sonach auch den Bankerott unvermeiblich bringen würde. Er wollte den bereits eingeschlagenen Beg nicht verlassen, sondern in beschleunigtem Gange sortgesetzt wissen. Die Schlußberatung drehte sich demnach im wesentlichen um den Devalvierungsplan des Grasen Ballis, um die Konsolidierungsvorschläge Baldaccis und um das von Zichn empsohlene gelindere und minder gewagte Mittel der allmählichen Einziehung des Papiergeldes mit den von Barbier besantragten, eine raschere Durchsührung anstrebenden Anderungen.

Zunächst verwies der Staats= und Konferenzminister Klemens Wenzel Graf Metternich darauf, daß eine rasch durchgreifende gründliche Maßregel ebenso dringend als notwendig wäre. Er neigte einer Konso- lidierung zu, bei der jedoch wenigstens eine mäßige Menge von Konventionsgeld vorstellenden Zeichen dem Umlaufe erhalten bleiben sollte. Über die einzelnen Berfügungen eine Entscheidung zu treffen, hielt er solange für unangebracht, als nicht der Kaiser über die Wahl des Systems, das befolgt werden sollte, einen Beschluß gesaßt hätte. Dieser Meinung schloß sich der Vorsitzende der Konferenz, Fürst Metter= nich, des Vorgenannten Bater, an.

Graf Zichn erklärte sich neuerlich gegen jede Art der Devalvierung, aber auch gegen die Konsolidierung, da die Monarchie das Papiergeld nicht entbehren könne. Die Umwechslung der 1000 Millionen B. Z. wäre überdies seiner Meinung nach mit so vielen Schwierigkeiten versbunden, daß ohne allen Zweisel vor ihrer Beendigung, ja wahrscheinlich sogar dalb nach der Kundmachung der Operation der Bankerott ausstrechen würde.

Er unterließ es in gewohnter Weise auch nicht, abermals zu betonen, daß in Ungarn und Siebenbürgen ohne Zustimmung der Landtage

<sup>1</sup> Der Bankozettelkurs hatte sich seit dem Friedensschluß bereits von 350 bis auf 1095 verschlechtert.

eine solche Maßregel wie auch eine bloße Devalvierung schlechterdings nicht ausführbar wäre.

Für den Fall, daß der Kaiser den Plan des Grafen Wallis annehmen würde, den Zichn aber immer noch als äußerst gefährlich und nicht bis zu Ende ausführbar betrachtete, hielt er sich jedoch für verpflichtet, noch einige wichtige unabweisliche Anderungen vorzuschlagen. Wallis erklärte sich bereit, einen diesen Anderungen entsprechenden Patentsentwurf vorzulegen, falls sie genehmigt würden. Einige nachträgliche, die Erleichterung der früheren Vermögenssteuerzahlung durch die Grundbesitzer bezweckende Vorschläge behielt sich Zichn für die unter dem Vorsitze des Kaisers abzuhaltende Konserenz vor.

Der Oberstkämmerer Graf Wrbna hätte zwar dem Konsolibierungsplan Baldaccis den Vorzug gegeben, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß nach Hinwegschaffung der Bankozettel eine für die Bedürfnisse des Verkehrs hinreichende Menge von Konventionsmünze vorhanden und daß es möglich wäre, die Konsolidierung gleich zu bewerkstelligen und zu vermeiden, daß "das so drückende Mißverhältnis zwischen den einzelnen Klassen der Staatsbürger" nicht noch durch mehrere Monate fortwährte. Weil jedoch darauf nicht zu rechnen war, schloß er sich durchgehends den Anträgen des Grafen Wallis an.

Der Präsibent des General-Rechnungsdirektoriums von Schittlersberg verblieb bei der auch in früheren Jahren schon mehrmals bekanntgegebenen Meinung, daß jede wie immer eingekleidete Devalvierung, somit auch die beantragte, ebenfalls auf einer Devalvierung beruhende Konsolidierung, abzuweisen wäre. Den gegen diese Pläne vorgebrachten Bedenken Zichys im wesentlichen beistimmend, war er nicht überzeugt, daß das Finanzshstem D'Donells, gehörig, mit Krast und beschleunigt ausgeführt, ungeeignet wäre, die Herstellung der Finanzen zu bewirken, und empfahl daher dessen Beibehaltung mit dem neuen Vorschlage, statt der Prämien für Steuervorauszahlungen Einlösungsscheine nach dem Verhältnisse von 1 zu 5 zu verabsolgen.

Balbacci und Barbier verharrten bei ihren Plänen, und die Konsferenz beschloß, alle zur Sprache gekommenen Ansichten und Vorschläge dem Kaiser zur Würdigung und Schlußfassung vorzulegen. Es solgte noch eine Beratung über die Frage der von mehreren Seiten als unsvermeiblich angesehenen Herabsetzung der verzinslichen Staatsschuld, und die Konserenz kam dahin überein, daß mit Kücksicht auf die Versträge mit Frankreich eine Kapitalsreduktion überhaupt nicht statts

finden könnte, eine Zinsenherabsetzung aber auf die Hälfte zu beschränken sein dürfte. Bei der Annahme des Systems der allmählichen Einziehung der Bankozettel sollte die letztere Herabsetzung, wie auch jene der Kupfersmünze, erst später vorgenommen werden.

MIs der Hoftammerpräsident schließlich, seinen Plan nochmals erläuternd, die Beratungen der Konferenz beendete, erklärte er, daß er dem Plan Baldaccis gerne den Vorzug geben möchte, da durch diesen dem Umlauf des Papiergeldes auf einmal ein Ende gemacht würde; doch mußte bei einer Konsolidierung für die neue Schuld eine Berzinfung nicht von 6, sondern höchstens von 3% bestimmt werden, da sonst die Last der Zinsen eine zu schwere Bürde für die Finanzen bilden würde. Da er aber die feste Überzeugung hegte, daß es nicht möglich wäre, einen hinlänglichen Umlauf schwerer Münze zu bewirken, und noch viel weniger eine Aussicht bestünde, auch nur die zur Bestreitung der dringendsten Staatsauslagen erforderliche Konventionsmünze aufzubringen, hielt er an seinem eigenen Plane in bessen ganzem Umfange fest, war jedoch entschlossen, um die Entscheidung zu erleichtern, sogleich für die unter Borsit des Kaiscrs abzuhaltende Konferenz zwei Patentsentwürfe1 zu verfassen, einen nur nach seinen eigenen Anträgen, einen zweiten unter Berücksichtigung der erwähnten Abanderungsvorschläge Zichys. Eine Abstimmung fand nicht statt. Eine solche hatte zweifellos für die Plane des Grafen Ballis, denen sich nur Brbna angeschlossen hatte, teine Mehrheit ergeben. Für eine Konsolidierung, sowie für eine all= mähliche Einziehung der Bankozettel mit Beibehaltung der wesentlichen Grundlinien des D'Donellschen Systems waren je drei der acht Konferenzmitglieder eingetreten.

Unmittelbar nach dem Abschlusse dieser Beratungen, noch am 4. Dezember 1811, versuchte Barbier in einer längeren Ausarbeitung nochmals den Devalvierungsplänen entgegenzutreten, denen sein ihm unmittelbar vorgesetzter Amtschef zustrebte. Er erörterte nochmals die Wöglichkeiten der Lösung der schwersten Frage, die in der wahrhaft traurigen und äußerst gefährlichen Lage aufgeworfen worden war, ob die Herabsetzung des Nennwertes der Bankozettel auf ein Fünstel und hernach deren Ersetzung durch Einlösungsscheine durchgeführt, oder ob die Bankozettel bei gleicher Herabsetzung des Wertes gegen verzins-

Die beiben nachträglich verfaßten Entwürse wurden dem von Barbier abgefaßten Konserenzprotokoll beigeschlossen.

liche, auf Konventionsgelb lautende Obligationen, die nicht Staatspapiergeld wären, umgetauscht werden sollten. Er hielt beide Mittel für gleich gefährlich und keines ohne Bankerott anwendbar. Nachdem einmal die Masse des Papiergeldes um etwa  $^4/_5$  zu groß war, mußte zweisellos eine Tilgung vorgenommen werden. Hierfür gab es nur den Weg der Beiträge und Steuern und den der Devalvierung. Nur der erste Weg konnte ohne Verlehung der Gerechtigkeit beschritten werden, da hierbei die Kräfte des Steuerpssichtigen berücksichtigt werden könnten, während der letztere in ungerechter Beise wahrscheinlich mehreren hunderttausend Familien den Untergang bringen würde 1.

Er trat daher neuerlich für eine möglichst große Berkürzung der Tilgungssteuereinzahlungsfristen ein, ferner für den ausgedehntesten Berkauf der geistlichen Güter mit möglichster Beschleunigung auf dem Wege öffentlicher Versteigerung, jedoch nicht mehr gegen Konventionsegeld, sondern gegen Einlösungsscheine, und zwar einstweilen gegen deren dreisachen Betrag in Bankozetteln. Zugleich sollte auch der Berskauf der Staatsgüter gegen Bankozettel beschleunigt werden.

Die von Zichn empfohlene Herabsetzung der Zinsen der verzinslichen Schuld wünschte er zur Schonung des Kredits bis zu dem Zeitpunkte verschoben wissen, da die Valuta sich soweit gebessert hätte, daß die Staatsgläubiger dabei nicht nur nichts verlieren, sondern offenbar gewinnen würden. Die Bersuche, mittels freiwilliger Arrosierungen klingende Münze aus dem Auslande zu erlangen, sollten, wie dies schon in der Sitzung der engen Kreditkommission vom 19. Oktober 1810 besprochen worden war, inzwischen fortgesetzt werden. Für eine unvermeidliche Maßregel hielt er die Erlassung eines allgemeinen Moratoriums oder vielmehr eines Zahlungsverbotes für alle ins Ausland zu machenden Zahlungen in Wechseln oder Münzen, wodurch der "Vassivität gegen das Ausland" zeitlich ein Ende gemacht, auf einmal allen Handels= leuten, die sich wegen Mangels an Wechseln oder Münzen in der größten Berlegenheit befänden, geholfen und den Finanzen die gehörige Zeit gelassen würde, die für die gangliche Berichtigung der letten Kontributionsraten und für die Decung der zur möglichsten Erhaltung der Kurse verkauften Wechsel 2 nötigen Summen zu beschaffen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> "In einem im Revolutionsstande befindlichen Lande kann eine solche Maßregel mit Ersolg durchgesetzt werden; die Ausführungsmittel sind aber für die österreichische Monarchie nicht geeignet."

<sup>2</sup> Bon folden burch bas Bankhaus Steiner verkauften Bechseln war noch eine

Bei Unterlassung dieser Berfügung hielt Barbier das Fallissement mehrerer hundert Handelshäuser der Monarchie binnen weniger Wochen und als deren Folge ohne allen Zweisel auch den Staatsbankerott für unausweichlich. Doch wünschte er mit dieser Mahnahme eine andere zu verbinden, durch die in möglichst kurzer Frist durch Zwang oder auf eine andere Art im Inlande eine so bedeutende Summe beschafft würde, daß damit die staatlichen Verbindlichkeiten gegen das Ausland erfüllt werden könnten.

Er machte auch hierfür verschiedene Borschläge, wobei er offenbar in erster Linie Zwangsmaßregeln im Auge hatte. Zunächst dachte er an eine allgemeine Einberufung aller schweren Münze, wovon die eine Hälfte den Eigentümern in einer neuen österreichischen hochhältigen Münze rückersetzt werden sollte, die andere aber in zehnjährigen, auf schwere Münze lautenden, mit 4% verzinslichen Kupons. Da dies aber in Ungarn und Siebenbürgen ohne die Zustimmung der Stände nicht durchführbar und die Belastung für die deutschen Provinzen allein zu drückend wäre, schien ihm selbst der beabsichtigte Ersolg als nicht wahrscheinlich. Ein zweites, etwas milderes Mittel war, in den deutschen Ländern unter Eidespflicht die Abgabe der Hälfte aller Borräte schweren Geldes ebenfalls gegen zehnjährige Kupons anzuordnen und zugleich anzukündigen, daß zu gleichem Zwecke die ersorderlichen Aufsorderungen an die ungarische und siedenbürgische Nation auf den Landtagen würden erlassen werden.

Daß sich gegen diese beiden Pläne vieles einwenden ließe, darüber gab sich Barbier selbst keiner Täuschung hin, und so kam er schließlich für den Fall der Ablehnung derselben, da nun einmal auf irgendeine Art mehrere Millionen schweren Geldes schleunigst aufgebracht werden mußten, zu dem letzten Ausweg, alle Besitzer schwerer Münze im Namen des Monarchen aufzusordern, hiervon dem Staate wenigstens die Hälfte entweder gegen Kupons oder bei größeren Beträgen gegen Silbers Lotteries Obligationen darzubringen.

Summe von ca. 3 Millionen schweren Gelbes ausständig, ca. 1 800 000 fl. waren überdies im Jänner 1811 fällig.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In beiden Fällen sollten Beträge unter 10 fl. nur in Bantozetteln, allenfalls zum Kurse von 600, vergütet werden.

## 6. Die Gegenvorschläge des Vizekanzlers v. Valdacci.

Außer den Männern, die durch ihre Stellung an der Spite der Hofkammer berufsmäßig dazu gezwungen waren, sich eingehender mit den Finanzproblemen zu beschäftigen, war Baldacci der einzige der Konferenzteilnehmer, der die schwierige Frage der Zeit gründlich durchdacht hatte und seine Gedanken hierüber ausführlich entwickelte. Auch er hob in einer umfangreichen Denkschrift i die außerordentliche Dringlichkeit der Sache und die Schwierigkeit der Lage besonders hervor 2. Nach seiner Überzeugung mußte bereits alle Hoffnung aufgegeben werden, daß es irgend jemandem gelingen könnte, ein allgemeinen Beifall findendes und vollkommene Beruhigung gewährendes Finanzsystem zu entwerfen; man muffe sich vielmehr Blud wunschen, wenn nur ein Mittel gefunden würde, das wenigstens wahrscheinlich die Lage verbessern und Zeitgewinn verschaffen könnte, um in der Folge durch fortwährende Anstrengung und sorgfältige Benützung aller günstigen Ereignisse aus dem Labyrinth herauskommen zu können. Auch unter dieser Voraussetzung lehnte er die Vorschläge des Grafen Wallis ab.

Im Gegensaße zu diesem, der auf vorangegangene Verhandlungen, denen er persönlich freilich ganz serne gestanden war, nicht allzwiel Rücksicht nahm, verwies der Vizekanzler auch darauf, daß die Devalvierungsfrage schon im Jahre 1804 von den ersahrensten Staatsmännern reistlich und zu wiederholten Malen geprüft worden war, daß aber die überwiegende Mehrheit gegen die Devalvierung gestimmt hatte und schließlich nur der Staatsminister Karl Graf von Zinzendorf für sie eingetreten war, wobei überdies die Sache damals noch in einer sür die Bevölkerung weit weniger empfindlichen Art und mit geringerer Gesahr als im Jahre 1810 hätte durchgesührt werden können. Vor allem besürchtete Baldacci eine weitere Entwertung der Bankozettel auch nach deren Devalvierung, eine Auffassung, die keiner der übrigen Berater mit solcher Schärse betonte, und sodann die Unmöglichkeit, auch nur die allerdringenösten Staatsauslagen zu bestreiten.

<sup>1</sup> Das Schriftstud ist nicht batiert, aber zweisellos erst wührend der Tagung ber Konferenz abgeschlossen (Staatsarchiv. Staatsarten 1810. 794. Beilage 5 a).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Er meinte, daß nur mehr wenige Wochen, vielleicht nur wenige Tage übrig wären, in denen noch gewirkt werden könnte und müßte, "wenn uns nicht der Abgrund eher verschlingen soll, bevor wir über die Mittel, ihm auszuweichen, einig sind. Schwerlich hat sich jemals eine Versammlung von Staatsbeamten in einer schwierigeren Lage befunden als die Glieder dieser Konferenz".

Beim ersten Anblick, meinte er, scheine freilich nichts natürlicher und einfacher zu sein, als daß die Regierung, wenn die Bevölkerung selbst den "Nennwert" der Bankozettel herabsetze, da sie diesen Vorgang nicht ändern könne, ihn anerkenne und legalisiere, was ihres Widerstandes ungeachtet im allgemeinen Welttausche und im Nationalverkehr geschehe. Wäre dies eine unumstößliche Wahrheit, so müßte jedoch der Nennwert der Bankozettel nicht auf ein Fünftel, sondern ungefähr auf ein Zehntel herabgesetzt werden, und auch dann wäre nicht anzunehmen, daß die Zettel nicht sogleich wieder sehr weit unter ihren neubestimmten Nennwert herabsinken würden, da mit "psychologischer Wahrscheinlichkeit" zu vermuten wäre, daß eine solche Operation das Mißtrauen, das noch stärker als die Menge des Papiergeldes auf dessen Unwert einwirke, vermehren und dessen gänzlichen Umsturz nur noch beschleunigen würde. Die Regierung könnte nicht verhindern, daß auch weiterhin die Leute die Bankozettel anders als nach dem festgesepten Maßstabe bewerten würden, und an die Stelle des schon lange herrschenden Zweifels an dem Vermögen der Regierung, Abhilfe zu schaffen, würde die völlige Berzweiflung an ihrem guten Willen treten. Dies um so mehr, als eine berartige Maßregel das Gepräge der größten Ungerechtigkeit und Unbilligkeit trage, da der Bankozettelbesit ganz ungleichmäßig verteilt und vom Zufall abhängig sei. "Bei dem Bapiergeld", führte Baldacci aus, "ift der ganze Staat Gläubiger, ist der ganze Staat Schuldner. Die gesamten Bewohner des Staates muffen dazu konkurrieren, wenn ber eingebildete Reichtum und die reelle Schuld hinweggeschafft werden soll. . . . Wenn mehr als tausend Millionen Bankozettel im Umlaufe sind, so muß es eine ungeheuere Anzahl derjenigen geben, deren ganzen Reichtum sie ausmachen. Gine Devalvierung, von der nach allen vernünftigen Kombinationen nichts anderes als der plötliche gänzliche Umsturz des Papiergeldes zu erwarten ist, muß also eine ungeheure Anzahl Menschen in Unmut und Verzweiflung stürzen und jeden Funken von Achtung und Vertrauen zur Regierung tilgen. . . . Man darf sich nach meiner geringen Einsicht den Kopf nicht darüber zerbrechen, ob die Devalvierung nicht selbst revolutionäre Bewegungen herbeiführen wird. Es muß ichon für die Regierung zurückschreckend genug sein, daß sie eine Handlung begehen würde, welche ihr selbst den höchsten Wahrscheinlichkeiten nach mehr schaden als nützen wird."

Mit Entschiedenheit wendet sich Baldacci auch gegen den Plan des Hoffammerpräsidenten, die Devalvierung der Bankozettel mit einer

"Herabsetzung der Obligationen" zu verbinden, wobei er von der Annahme ausgeht, daß Wallis noch immer eine Napitalsreduktion beabsichtige. Er nimmt sich hierbei insbesondere der inländischen Staatsgläubiger, "die mit ihren Obligationen keine Mäklerei getrieben," an,
die sich daher mit dem Bezuge der Interessen begnügt hatten und während
der langen Periode des Misverhältnisses zwischen dem Werte der Gelbzeichen und dem Preise der Waren zur am meisten leidenden Klasse
gehörten. Es hieße der Unbilligkeit die Krone aussehn, wenn man diesen
nun auch noch einen Teil ihres so schlecht benützten Kapitals durch einen
Machtspruch entziehen wollte. "Wer im In- und Auslande würde
nach solch einer Verfügung dem Staate noch etwas freiwillig bieten?"

Lehnte somit der Bizekanzler die Pläne des Hofkammerpräsidenten vollskändig ab, so war es nur natürlich, daß er für den Fall, als schlechterbings nur die Zwiewahl der Annahme dieser Pläne oder der Durchschrung der Ideen des Grasen Zichn bestanden hätte, diesen letzteren als weit weniger gewaltsamen, weniger Unmut erregenden und weniger ichnell zum Umsturz führenden Maßregeln zuzustimmen bereit gewesen wäre. Ohne "wesentliche Modisitationen" getraute er sich jedoch auch nicht zur Ausführung dieser Ideen zu raten.

Die Hauptbedenken Baldaccis bestanden darin, daß keine begründete Hofsnung sei, daß sich bis zum Monat Mai 1811, wenn die Wirkung der Borschläge Zichys sich geltend zu machen beginnen sollte, die Bankozettel auch nur in einigem Werte noch erhalten würden, und daß die unserläßliche Aufrechthaltung des Kredits der Einlösungsscheine nicht zu erwarten wäre, zumal da durch die Ausgabe derselben im Verhältnis von 1 zu 4 die Masse des neuen Papiergeldes abermals zu groß würde.

Auch die Tilgungssteuerpläne Zichns sagten dem Bizekanzler nicht zu. Bon den Vermöglichsten abgesehen, würden die Steuerpflichtigen bei den kurzen Zahlungsfristen ihre Verdindlichkeit um so schwerer erfüllen können, als eine große Zahl derselben gleichzeitig in der gleichen Zwangslage wäre, und als nach allgemeiner Versicherung selbst das Landvolkschon lange sich der Vankozettel zu entledigen gesucht und dafür teils eigene Erzeugnisse, teils Kupfermünze, teils sogar Waren ausbewahrt habe, und als endlich sogar bei dem großen Aberslusse an Vankozetteln vielsach darüber geklagt würde, daß solche als Darlehen nur schwer und nicht ohne lästige Vedingungen zu erlangen wären. Valdaccis Vedenken gegen Zichns Pläne waren also, wie sich zeigt, von ganz anderem Gewichte und anderer Vedeutung als die gegen die Vorschläge des

Hoftammerpräsidenten vorgebrachten, und vor allem bot sich die Möglichkeit, mit einigen Abanderungen derselben auszukommen, die der Bizekanzler denn auch anregte, ohne freilich, wie bereits angedeutet, für Zichys Absichten selbst einzutreten. Er versuchte zunächst, zu einer klaren Fragestellung über die zu ergreifenden Magnahmen zu gelangen: "Die Bankozettel verlieren in diesem Augenblicke schon neun Zehnteile ihres Nennwertes. Ungefähr ein Zehnteil ist ihnen heute noch gerettet. Dies ist der Gesichtspunkt, welcher nach meinem Dafürhalten notwendig jeder Beratung über die Frage: Bas ift nun zu tun? zum Grund gelegt werden muß; denn er bezeichnet die Grenzlinien zwischen dem Idealen und der Wirklichkeit, zwischen dem, was die Regierung noch immer stillschweigend tut und bekennt und was dagegen die öffentliche Stimme, das Urteil der Nation und der Weltverkehr anerkennt; das heißt, er erinnert uns, daß das, was wir noch immer einen Gulben nennen, nicht mehr als sechs Kreuzer Konventionsmünze in der Wirklichkeit wert ist und folglich auch nicht mehr vorstellen kann.

Beil vielleicht gegen diesen Sat, auf den ich sehr viel Gewicht lege, die Einwendung gemacht werden dürfte, jene Erscheinung, daß nämlich das Papiergeld neun Zehnteile seines Nominalwertes verliert, sei nur vorübergehend, glaube ich die Bemerkung nicht übergehen zu dürsen, daß solch eine Einwendung nicht nur allein der Theorie der Finanze wissenschaft widerstredt, sondern auch, soviel ich weiß, kein Staat in seiner Finanzgeschichte ein Beispiel darbietet, wo ein herabgewürdigtes Papiergeld einen bedeutenden Teil seines verlorenen Wertes für die Dauer wieder gewonnen hat. Die sehr belehrende Geschichte unseres eigenen Papiergeldes in ihren vielen und mannigsaltigen Episoden dient dieser Behauptung vollkommen zum Belege."

Da die Grenze des möglichen Berfalls des Papiergeldes noch nicht erreicht war, erhob sich nach der Meinung des Bizekanzlers neben der Frage, wie den üblen Folgen der Papiergeldentwertung abzuhelsen sei, die weit wichtigere und dringlichere Frage: "Was ist nun zu tun, um dem gänzlichen Unwerte des Papiergeldes, einem Bankrutte im strengsten Verstande vorzubeugen und seine traurigen Folgen hintanzuhalten?" Wie schon erwähnt, sah er nur drei gangbare Wege, den der Des

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> "Die große und plößliche Berbesserung des Aurses nach der Bermählung der Tochter des Kaisers Franz mit Napoleon bildete nur eine scheinbare Ausnahme; sie war auf weitverbreitete, ungerechtsertigte Hoffnungen begründet, die Birkung einer aufgereizten Phantasie und nur ephemer."

valvation, der Konsolidierung und endlich den der allmählichen Einziehung des überflüssigen Papiergeldes. Allenfalls ließen sich diese drei Operationen, welche, sosern ein Staat sich nicht einen für die Einzlösung der Geldzeichen ohne Verlust ausreichenden Münzvorrat verschaffen könnte oder mit Vorbedacht einen Bankerott herbeiführen wollte, die allein denkbaren wären, auch miteinander verknüpsen.

Die Anwendbarkeit dieser Operationen in dem gegebenen Falle prüfend und den vorsätlichen Bankerott unbedingt zurückweisend, stellte der Lizekanzler nun die weitere Frage: "Welche von ihnen ge= währt uns volle Sicherheit vor dem unwillfürlichen Bankrutt?" Sier fam nach seiner überzeugung die Devalvierung gar nicht mehr in Betracht, und er zog benn auch in diesem Zusammenhange nur die zwei anderen Möglichkeiten in eingehendere Erwägung, zunächst die der Konsolidierung. Diese bot nach seiner Meinung die meiste, ja, wie er späterhin versicherte, vollkommene Sicherheit gegen eine völlige Ent= wertung des Papiergeldes, gegen einen Bankerott und dessen zer= störende Wirkungen, aber freilich nur, wenn für einen angemessenen Tilgungsfonds für die neue verzinsliche Schuld allmählich gesorgt worden und die Zinsenzahlung sichergestellt wäre. Er hielt es für ausgemacht, daß die Bankozettel bis zu ihrer Umwandlung in Obligationen niemals allen Wert verlieren könnten 1, und für mehr als wahrscheinlich, daß sich ihr Wert bei einer gerechten und billigen Konsolidierungsart bald bedeutend heben müßte 2.

Mit Necht sah Balbacci das dieser Maßregel entgegenstehende Hauptbedenken darin, daß durch eine plögliche völlige Einziehung der Bankozettel, dieses fast ausschließlichen "Tausch= und Ausgleichungs= vehikels im Innern", mit einem Schlage die unnatürlichsten Störungen und Stockungen im allgemeinen Verkehr, in allen Privatverhältnissen und auch bei Leistungen für den Staat eintreten müßten. So ergab sich die neue Frage, ob sich in der Monarchie eine genügende Menge

<sup>1</sup> Allzu große Hoffnungen hegte er freilich insbesondere für die nächste Zeit doch nicht: "Man kann zwar von dieser Operation nicht mit Zuversicht erwarten, daß nach ihrer Ankündigung der Kurs der Bankozettel sich sogleich heben oder nicht mehr tieser sinken wird. Es ist möglich, daß er sich einige Zeit auf seinem dermaligen tiessten Stand erhalte. Es ist sogar möglich, daß er ansangs noch mehr sinke, wie dies ohnehin auch außerdem geschehen wird."

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Wie er eben erst selbst ausgeführt hatte, sprach die Finanzgeschichte jedoch durchaus gegen die Berechtigung einer solchen Erwartung.

von Konventionsmünze befinde, welche die Stelle der Geldzeichen einnehmen könnte, eine Frage, die zu beantworten der Lizekanzler weder vermochte noch versuchte. Daß gute Münze nicht nur Tausch=mittel, sondern auch eine "sehr gemeinnützige, unentbehrliche, allgemein gesuchte und allgemein beliebte Bare" darstellte und, da an weit ent-behrlicheren Baren nirgends Mangel herrsche, es auch an dieser nicht sehlen könne, war wohl ein kaum verwertbares Beweismittel; daß bei dem lange Jahre sortdauernden Sinken des Bertes des Papiergeldes die Anlegung von Notschäßen in Konventionsmünze weite Verbreitung gefunden hatte, konnte aber zweisellos angenommen werden 2.

Freilich war andererseits nicht zu übersehen, daß die Überschwemmung mit Papiergeld schon viele Jahre währte, daß die Armeen ungeheure, durch mancherlei Mittel und Bege beschaffte Summen verschlungen hatten, daß bei den seindlichen Invasionen und durch die von Frankreich gesorderten Kontributionen viel gute Münze ins Ausland verschwunden war, wozu noch kam, daß die Handelsleute des Inlandes selbst getreulich dazu beitrugen, "ein ungünstiges Geldverhältnis zwischen der österzeichischen Wonarchie und dem Auslande herzustellen und zu erhalten". Übrigens befanden sich, wie Baldacci selbst betonte, diese wie auch die Regierung hinsichtlich der Konventionsmünze in den größten Verlegenzheiten, was der obigen Bemerkung über den Warencharakter des Geldes wohl einigermaßen widerspricht.

Der Bizekanzler versuchte sogleich, auch die Richtlinien zur Durchstührung der von ihm empsohlenen Maßnahme anzugeben, wobei er sich insbesondere bemühte, auch Mittel gegen Störungen und Stockungen des Geldumlaufs und des Berkehrs, die bei wahrscheinlich ungenügender Menge der Konventionsmünze namentlich in der ersten Zeit "des Aberganges von dem eingebildeten Reichtum zur wirklichen Armut" sehr zu besorgen wären, aufzusinden. Eine Berwandlung der Bankozettel in verzinsliche Obligationen nach dem vollen Kennwerte hielt er

<sup>1 &</sup>quot;Alle Berechnungen und Bersuche, die Menge unserer Konventionsmünze in Zahlen auszudrücken, werden bei der Unzulänglichkeit der Unhaltspunkte ewig schwankend, auf unsichere Hypothesen gestüßt und unzureichend bleiben."

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Wie Balbacci weiter aussührte, wurden Münzkäuse und everkäuse auf der Börse und außerhalb dieser täglich abgeschlossen, wie auch andere auf Münze lautende Berträge nicht selten vorkamen. Überdies war die Monarchie seit geraumer Zeit des schlechten Kurses wegen der wohlseisse Markt für den Ausländer, während dessen Produkte im Inlande übermäßig teuer waren.

für schlechterdings unmöglich, aber auch nach Gerechtigkeit und Billigkeit nicht für erforderlich. Der Bankozettelbesitzer müßte nach dem Rurswerte schon mit dem Zehntel des Nennwertes zufrieden sein, sollte jedoch, da auch dies nicht sogleich und in Geld oder Geldzeichen gegeben werden könnte, einen höheren Betrag in Obligationen erhalten, und zwar schlug Baldacci den fünften Teil vor 1. An die Stelle der etwa 1000 Millionen Bankozettel sollten also 200 Millionen Obligationen treten, denen durch eine Berzinfung von 6% höherer Wert verschafft werden sollte. Dem Staat ware hiermit eine neue Zinsenlast von jährlich 12 Millionen Gulben erwachsen, wozu jedoch noch tam, daß mit dem Verschwinden ber Bankozettel auch die Interessen der älteren Obligationen in Konventionsmünze zu bezahlen waren. Da diese auch nur ein Zehntel bes früheren Wertes aufwiesen, konnte natürlich niemand eine Zinsenzahlung nach dem vollen Nennwerte erwarten, und Baldacci empfahl sogar, mit besonderer Schonung vorzugehen und nur die Herabsehung auf ein Drittel vorzunehmen, wobei sich für die Verzinsung der älteren und neueren Obligationen eine Summe von ungefähr 20 Millionen ergeben hätte, die nicht als unerschwinglich zu betrachten war, zumal da, wie Baldacci meinte, die Nation den größeren Teil derselben sich selbst zahlte.

An die Konversion der unverzinslichen Schuld sollte sich sogleich die Ausmittlung eines Tilgungssonds für die Berminderung der verzinslichen Schuld anschließen, für den, da es von den bereits ausgesschriebenen Stammvermögenssteuern abzukommen hätte, mehrere Geställe für die Bedeckung der Schuldzinsen und die ganz oder teilweise gegen Obligationen zur Beräußerung bestimmten Staats- und geistlichen Güter für die Berminderung der Schulden der Tilgungsdeputation überlassen werden sollten.

Und nun kam der Bizekanzler wieder auf die Gefahren der Abergangszeit zurud, über die er verschiedenartige für die Beruhigung

<sup>1 &</sup>quot;Hundert für fünshundert scheint mir der wahre Maßstab zu sein. Er übersteigt die Kräfte des Staates nicht, macht ungefähr den Mittelkurs des heurigen Jahres aus und steht auch mit den Alterierungen der Preise der ersten Lebenssbedürfnisse in einem ziemlich richtigen Berhältnisse. "Mit diesem Maßstabe würde auch der Bankozettelbesitzer zusrieden sein können, da gewiß sehr wenige sind, welche ihre ihr besitzende Bankozettel zu einem höheren Kurs als zu 500 empsfangen haben, auch wohl schwerlich jemand eine höhere Vergütung fordert oder erwartet."

berechnete Erwägungen anstellte. So meinte er, daß auch die Obligationen und deren Zinsen als Fonds für nütliche Unternehmungen ber Industrie und des Handels verwendet werden würden, daß der in der ersten Zeit wahrscheinliche niedere Preis der alten Obligationen Ausländer zum Ankaufe i solcher verloden dürfte, wodurch ein sehr erwünschter Zufluß fremder Münze entstehen und auch eine Besserung des Kurses der Obligationen herbeigeführt werden würde. Ferner würde teils aus Not, teils infolge der eingetretenen Beruhigung die verborgen gehaltene Münze wieder in Umlauf gelangen und auch das Ansammeln von Rupfergeld 2 sein Ende finden. Da in den ersten Tagen oder höchstens Wochen der Übergangszeit allerdings besonders in den volkreicheren Städten doch eine Störung des Geschäftsverkehrs zu befürchten gewesen wäre und Baldacci offenbar vermutete, daß deren zu erwartende nachteilige Folgen zur Verwerfung seines Plans führen tönnten, stellte er die Ausarbeitung eines neuen, diesen Gefahren aus= weichenden Plans in Aussicht, den der Errichtung ständischer Banken unter unmittelbarer Garantie der Stände und mittelbarer haftung der Grundbesitzer in allen Provinzen 3.

Alls Termin der Durchführung der Operation nahm er, sofern die Herstellung und Versendung der Obligationen dies zuließ, den ersten Mai 1811 in Aussicht, mit welchem Tage die Bankozettel aus dem Umslauf gezogen werden sollten.

Obwohl der Bizekanzler die allmähliche Papiergeldeinziehung nicht empfahl, unterließ er es nicht, auch für den Fall, als dieses Borgehen gewählt würde, einige grundsähliche Anderungen an dem bereits mehrmals erwogenen Plane vorzuschlagen. Bor allem gedachte er, weit weniger Einlösungsscheine auszugeben als Graf Zichn und diese dem Publikum nicht aufzudrängen, sondern "als eine Bohltat" zu geben; sie sollten früher und in kleineren Mengen erscheinen und ihr Umlauf im Berhältnisse zu dem Zuwachse an guter Münze erweitert werden, wobei die Regierung weit eher Herrin der Operation bleiben könnte. Boraussehung war jedoch auch für dieses Borgehen, daß der Berkauf des weitaus größten Teils der geistlichen Güter sowie eines großen Teils der Staatsgüter ohne Einschränkung bewilligt und daß diese

<sup>1</sup> In der Denkschrift Baldaccis heißt es hier irrtümlich Berkauf.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Dieses sollte noch durch einige Zeit bei seinem Nominalwerte belassen werden.

<sup>3</sup> Zugleich versprach er auch eine Aufstellung über die Bedeckung der Staatsausgaben in der übergangszeit.

Güter auch tatsächlich, und zwar gegen Konventionsgelb, verkauft würden, woran Baldacci freilich selbst mit Recht zweiselte.

Daß die letterwähnte, keineswegs gewaltsame Heilungsmethode zumindest weit weniger angesochten werden würde, als die der Konsolidierung, war dem Bizekanzler natürlich vollständig klar; er befürchtete aber, daß der denkende Teil des Publikums — der Rest wäre nur dessen Echo — deren Unzulänglichkeit und Unsicherheit gar bald einsehen würde, daß dann das Mißtrauen sich noch weiter ins Maßlose steigern und das übel, wenn noch ein guter Teil der letzten Hilss- und Rettungs- mittel verschleudert wäre, nur noch größer werden würde 1.

In einer zweiten Denkschrift<sup>2</sup>, vom 14. Dezember 1810 suchte Balbacci, seine früheren Ausführungen wohl großenteils wiederholend, alle gegen das Konsolidierungssystem vorgebrachten Einwendungen zu widerlegen. Daneben gab er jedoch auch einige neue Anregungen, die seinem Plane zur Stüße dienen sollten. Bor allem sollte der bereits angeordnete Berkauf der geistlichen Güter sogleich rasch und mit Schwung betrieben werden, damit die Regierung eine beträchtliche Menge an Konventionsgeld sammeln könne. Diesem wichtigen Zweckssollte auch auf andere Beise gedient werden. Es wäre freiwillige Einslieserung von Gold- und Silbergeschmeide mit Bergütung des vollen inneren Wertes anzustreben und mit geeigneten Mitteln auch der wohl kaum Erfolg versprechende Bersuch mit freiwilligen Anleihen anzustellen, wogegen Zwangsanleihen zu vermeiden wären.

Um eine größere und sehr ausgiebige Hilse mit fremdem Gelbe, was besonders erwünscht sein müßte, zu erlangen, empfahl der Bize-kanzler den Berkauf der Salinen von Wieliczka an den König von Sachsen oder das Herzogtum Warschau gegen Vorbehalt der nötigen Salzmenge, sowie auch die Aberlassung der unter öffentlicher Verwaltung weit weniger ertragreichen Innerberger Hauptgewerkschaft an die Privatindustrie. Die Durchführung der Operation dachte sich der Vizekanzler berart, daß das Finanzpatent noch im Dezember 1810 kundgemacht

<sup>1 &</sup>quot;Es scheint mir daher die Regierung, wenn sie die allmähliche Einziehung bes Papiergelbes der Konsolidierung vorzieht, wie ein Arzt zu handeln, der aus Schwäche und übelverstandener Gefälligkeit dem Abschen seines Kranken vor einer schwerzlichen Kur, die ihm allein helsen kann, nachgibt und ihn dadurch zugrunde gehen läßt."

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Staatsarchiv. Staatsrat. 1810. 794. Beilage 5 b.

<sup>3</sup> Die namentlich im Auslande zu suchenden Käuser hätten natürlich wie die übrigen Hochofenbesitzer die Eisenfrohne zu entrichten gehabt.

würde, und daß es sodann in den Monaten Hornung bis April 1811 jedermann freistehen sollte, seine Bankozettel in Obligationen (oder Rupons) umzuseten. Während dieser drei Monate, meinte Balbacci, behielten die Bankozettel ganz ihren bisherigen Kurs, eine Voraus= setzung, die allerdings zweifellos sehr anfechtbar war und auch an= gefochten wurde. Es mußte doch damit gerechnet werden, daß das Patent den Bankozettelverkehr stark beeinflussen würde 1, wenn diese Zettel auch nicht sogleich aufhören würden, Geldvorstellungszeichen zu sein. Und Baldacci stand auch nicht an, zu erklären, daß diesen Zetteln bei ihrer Umwandlung die Eigenschaft gegeben würde, "daß man durch sie zum Besit wirklichen Geldes gelangt". Jeder, der sich nicht auf den Genuß der Zinsen der Obligationen beschränken könnte, mußte eben diese früher oder später verkaufen und könnte sicher sein, hierfür nicht weniger zu erhalten als für seine Bankozettel, und auch die Verkäufer von Feilschaften müßten sie nehmen, da sie auf Räufer mit Konventions= geld nicht rechnen könnten. Endlich bliebe der Finanzverwaltung immer noch der Weg der Börsenoperationen offen, die, zu einem solchen Zwecke und in folder Zeit ausgeführt, den Finanzen keinen Schaden verursachen würden, und auch noch die weitere Möglichkeit, bis zum 1. Mai 1811, an welchem Tage die Konventionsmünze die allgemeine Valuta würde, die Abschließung aller auf diese lautenden Verkäuse und Verträge gänzlich zu verbieten.

Die Provinzialbanken sollten so rasch gegründet werden, daß sie schon von Ansang Mai 1811 an mit der Ausgabe von Bankscheinen und der Einlösung der neuen Obligationen und deren Teilen oder Rupons gegen solche beginnen könnten. Schon vom 1. Februar 1811 an sollten die Bedeckungsmittel für deren Realisationskassen flüssig gemacht werden,

¹ Die Besorgnis, daß eine allgemeine Stockung, eine Verweigerung der Zettelsannahme eintreten würde, teilte Baldacci nicht. "Die Bankozettel sind nach und nach von dem Pari bis unter den Wert von 5 kr. per fl. heradgesunken. Alles, was zur Erhebung derselben geschehen ist, ist nicht gelungen. Kurze, schnell vorübersgehende Verbesserungen weggerechnet, verlieren sie immer mehr an ihrem Werte, und der bei weitem größte Teil des Publikums fühlt sich darüber, daß sie nicht bald zum gänzlichen Unwert kommen, gewiß nicht beruhigt. Und doch machen sie dizur Stunde das allgemeine Vorstellungszeichen aus. Warum sollte also ihr Umssturz durch eine Anordnung ersolgen, welche die Bankozettelbesiger doch wenigstens dafür sicherstellt, daß ihre Zettel nicht wertlos werden, und welche bei ihnen Eingang und Vertrauen in dem Anbetracht sinden muß, weil nichts versprochen wird, was nicht gehalten werden kann."

und von diesem Zeitpunkte an sollte es den Banken auch zustehen, sich um Aktionäre zu bewerben. Ohne daß ein Annahmezwang für die Bankscheine festgesetzt würde, glaubte der Bizekanzler deren Erhaltung auf dem Paristande ohne bedeutendere Rabatte erwarten zu können.

Bom 1. Mai 1811 an wären sodann die Bankozettel weder von Staatskassen noch von Privaten weiterhin als Geldzeichen anzunehmen und bis Ende Juli in Obligationen und Kupons umzuwechseln. Nur in besonders rücksichtswürdigen Fällen sollte ausnahmsweise noch eine Umwechslung bis Ende Oktober 1811 zulässig sein.

Monatliche Zahlungen des Staates (Gehalte, Löhnungen u. a.) sollten von Februar dis Oktober 1811 in Konventionsmünze (aus den zuvor gesammelten Beträgen) geseistet, Steuerzahlungen in der ersten Übergangszeit in monatlichen Raten zu zwei Dritteln in Konventions-münze, zu einem Drittel in Bankscheinen eingesordert werden.

Da Balbacci selbst die geringe Wahrscheinlichkeit einsah, das für die Realisierung der Einlösungsscheine nötige Konventionsgeld aufbringen zu können, so daß die Gesahr zweier Katastrophen statt einer zu bessorgen gewesen wäre, trug er auf der Konferenz zwei Entwürse vor, die er aber keineswegs als gleichwertig betrachtete; vielmehr legte er auf den scheindar härteren und scheindar gefährlicheren Vorschlag eines direkten überganges vom Papiergeld zur klingenden Münze weit mehr Gewicht als auf den einer Ersetzung des einen Papiergeldes durch ein jederzeit in klingende Münze umzusehendes anderes.

<sup>1 &</sup>quot;Jedes Papiergeld," führte der Bizekanzler aus, "was die Regierung au die Stelle der Bankozetteln hinausgibt, ohne es, das Andringen mag noch so groß fein, fogleich realisieren zu können, kann nach dem Schicksale der Bankozetteln unmöglich mehr Vertrauen hoffen. Gibt man auch nur 200, 150 ober gar nur 100 Millionen Einlösungsscheine hinaus, so wird sich das Publikum daran erinnern, daß die Bankozettel im Anfange nicht mehr als 12 Millionen, und selbst im Jahre 1796 nicht mehr als 46 Millionen waren, daß demungeachtet schon im Jahre 1797 die Bankozettelkassen gestürmt und daß diese Zettel in der Folge auf mehr als 1000 Millionen angewachsen sind. Will man den Einlösungsscheinen durch die Anweisung einer Spothek Kredit verschaffen, so wird das Bublikum dagegen einwenden, daß die Bankozettel ebenfalls eine reichliche Hypothek hatten und demungeachtet zu einem so äußerst geringen Wert herabgekommen sind. Will man die Einlösungsscheine dadurch gegen beträchtliche Wertsverminderungen sicherstellen, daß man sie bei Güterkäusen und bei anderen Zahlungen als bare Münze annimmt, so wird das Publikum nicht unbemerkt lassen, daß die Bankozettel lange Zeit sowohl in Staatskassen als im Privatverkehr als bare Münze angenommen worden, daß sie am Ende die einzige Baluta im inneren Berkehr gewesen und doch so tief gesunken sind."

Ja, selbst wenn für die Realisierung des neuen Papiergeldes volltommen gesorgt werden könnte, würde das so schwer erschütterte Bertrauen bei der Rückerinnerung an das Schickal der Bankozettel immer noch ein Fehlschlagen der Operation befürchten lassen.

Wegen das Bedenken, daß der plöpliche Abergang von dem großen, wenn auch nur scheinbaren, doch für Gewerbe und Industrie so wohltätigen Reichtum zu einem unzulänglichen Geldumlauf, "ben Kunstfleiß und die Nationalemsigkeit" verderblich beeinflussen, Tausende um ihre Nahrung bringen und eine bejammernswerte Dürftigkeit bes Staats und der Privaten herbeiführen wurde, führte er den geschichtlichen Beweis ins Feld, daß die unter Maria Theresia gegründete und sodann ausgebreitete Industrie sich bei einem Umlauf von weniger als 20 bis 50 Millionen Bankozetteln erfolgreich entwickelt hatte. Mag auch der durch das Übermaß des Papiergeldes entstandene scheinbare Reichtum und der gesteigerte Luxus zur rascheren Entwicklung der Industrie beigetragen und der schlechte Kurs des Papiergeldes auf die Produktion vorteilhaft eingewirkt haben, so ergab sich doch für die Bewohner der Monarchie der schmerzliche Nachteil, daß sie alles nur übermäßig teuer erwerben konnten, während es die Fremden nach ihrer Valuta ungemein wohlfeil fanden, wobei doch nur verhältnismäßig wenige gut fuhren 1.

Die Gefährdung der Moralität durch den eingebildeten Keichtum jei viel bedenklicher als die Wirkung eines unzulänglichen Geldumlaufs. Abrigens würde, wie der Bizekanzler annahm, letztere gar nicht eintreten. Mit 120 bis 130 Millionen Bankscheinen und der sehr bedeutenden Menge von Kupfergeld<sup>2</sup> würde die vorhandene und bald zum Vorschein

<sup>1 &</sup>quot;Daß sich viele einzelne hierbei sehr wohl befunden haben, ändert nichts in der Sache; denn ihre Zahl ist unbedeutend gegen die Zahl derjenigen, welche sich dabei sehr übel besanden. Ein einziger Blick auf unsere ihige Lage reicht hin, diese Wahrheit außer Zweisel zu sehen; denn während der eine bei dem Verkause seiner Baren alle Verschlimmerungen der Kurse getreulich in Anschlag bringt, bleiben zehn weit hinter diesem Maßstad zurück, und nicht bloß immerwährendes Schwanken, sondern auch selbst das offendare Mißverhältnis der Preise dietet sich als eine wahre Geißel des Publikuns dem Auge des Bevbachters dar. Wohltätig ist also der eingebildete Reichtum im ganzen sicher nicht gewesen. Er hat weit mehreren geschadet als genütt. Er hat den Spekulationsgeist zu sehr erreget und ihm nicht selten eine für den Staat sehr schädliche Richtung gegeben. Er hat ein vielsältiges Streben nach leichtem Gewinn, übermäßigem Genuß, Üppigkeit und Schwelgerei erzeugt, er hat die Moralität von Tausenden verdorben."

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Dieses sollte ohne förmliche Devalvierung ausdrücklich als Scheidemunze er-

kommende Konventionsmünze dem Umlaufsbedarf vollkommen entsprechen. Zur Unterstützung der Provinzialbanken in der ersten Zeit empfahl er die Übernahme einer verhältnismäßigen Anzahl von Aktien dersselben nach Maßgabe der beschafften Vorräte an Konventionsmünze.

Für die Erhaltung der Konventionsmünze in der Monarchie und beren Vermehrung hätte die Staatsverwaltung zu sorgen, wobei nament- lich die Aushebung unnüßer Aussuhrverbote, Verbesserungen der Verstehrswege und der Jollversassung, Begünstigungen der Ersindung von Ersahmitteln für ausländische Waren und der Erweiterung der insländischen Erzeugung, und zwar insbesondere des Vergbaubetriebs, in Betracht kämen. "Wahrer, solider Reichtum muß an die Stelle des eingebildeten treten."

Daß der Staat die Last der Berzinsung der neuen Obligationen (zunächst etwa 12 Millionen) nicht auf sich nehmen könnte, wie befürchtet wurde, bestritt der Bizekanzler mit Entschiedenheit <sup>1</sup>. Die Hauptursache der Zerrüttung der Finanzen würde mit der Hinwegschaffung der Bankozettel beseitigt; die Einnahmen des Staates wären dann nicht mehr täuschende, sondern wirkliche; von den Schwankungen des Wertes der Baluta besreit, würden sie den bei ihrer Beranlagung gehegten Erwartungen entsprechen.

Bur Speisung des zu errichtenden Tilgungsfonds für die verzinsliche Schuld schlug er an Stelle der aufzuhebenden, höchst lästigen Stammvermögenssteuer eine Einkommensteuer oder eine andere angemessene,
alle Länder der Monarchie treffende mäßige Abgabe vor, deren Ertrag
nebst dem Erlöß auß dem Berkaufe dem Staate keinen besonderen Borteil gewährender Güter zur Verminderung der Schuld verwendet
werden sollte.

Aber auch wenn eine größere Anstrengung der Finanzen für die neue Verzinsung notwendig würde, war nach der Überzeugung Baldaccis der Konsolidierungsplan nicht abzuweisen. Die Regierung hätte das

klärt und ihr Verhältnis zur Konventionsmünze bestimmt werden. Das Thesaurieren mit Kupfermünzen würde infolgedessen und infolge der Einziehung der Bankozattel bald aushören.

¹ Er berechnete die gesamten Staatsauslagen einschließlich der Zinsen der neuen Obligationen und der herabgesetzten Zinsen der älteren Schulden mit höchstens 67 bis 68 Millionen und meinte, daß es nicht schwer sallen könnte, jährlich 70 Millionen und auch mehr aufzubringen, obwohl die fortan in bessere Baluta eingesorderten Steuern und Gefälle billiger- und notwendigerweise nicht mehr so hochgespannt bleiben könnten.

Papiergeld, das zu einem ungeheuren Übel geworden, mehr zur Erleichterung des Publikums ausgegeben, als um sich eine Hissquelle zu verschaffen 1. Nicht das Publikum aber, sondern die Regierung habe die zu große Vermehrung der Vankozettel veranlaßt. Dies und die wiederholten und seierlichen Erklärungen der Regierung, das Papiergeld aufrecht zu halten, legten dieser die Pflicht auf, innerhalb der Grenzen der Möglichkeit alles für die Besitzer der Vankozettel zu tun. Er hielt dabei die vorgeschlagene Zinsenhöhe von 6% allein für gerecht und nicht willkürlich 2 und war geneigt, eher für die Verwerfung seines ganzen Vorschlags als für die Herabsehung der Zinsen auch nur um ein Prozent zu kimmen.

Schließlich meinte Balbacci, daß auch Ungarn, das bereit wäre, große Opfer zu bringen, einer Konsolidierung nicht widerstreben würde, da es nur zur Beitragsleistung für den Tilgungssonds und zur Errichtung einer ständischen Bank veranlaßt zu werden brauchte, wobei es im eigenen Interesse die in Ungarn ausgestellten Obligationen nicht ohne Bebechung und Realisierungsmittel lassen würde. Und endlich wies er noch besonders auf das äußerst traurige Los der Staatsbeamten, Militärpersonen und Pensionisten hin, deren Entsohnungen außer allem Berhältnisse mit den Preisen der Lebensbedürfnisse stünden. Der harte

¹ Baldacci übersah hier wohl, daß die Entstehung der Bankozettel auf die Not des Siebenjährigen Krieges zurückzuführen war.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Begründung ergab sich aus nachstehender Berechnung. Auf 1000 fl. Bankozettel entfiel eine Obligation von 200 fl. und eine Rente von 12 fl. Konventionsmunze bei einer Berzinsung von 6%, dagegen nur 10, 8 oder 6 fl. bei einer solchen von 5, 4 oder 3%. Die Konsolidierung ergab somit im ersten Falle eine Berzinsung des Nominalwertes des Kapitals von 11/5%, in den drei anderen Fällen von 1,  $\frac{4}{5}$  oder  $\frac{3}{5}\%$ . Nach dem Kurse berechnet, entsielen bei dem Ankaufe auf 1000 fl. Bankozettel 1176 fl. Hofkammerobligationen zu 5%, welche an Interessen 58 fl. 48 fr. abwarfen, bei einer Herabsehung auf ein Drittel aber 19 fl. 36 fr. A. M. Der Räufer oder zufällige Besitzer von Obligationen hätte somit bei Kapitalisierung dieses Drittels zu 5% und der Konsolidierung ein Kapital von 392 fl., der Bankozettelbesitzer aber bei Annahme einer Verzinsung zu 6% 240 fl. Rapital, zu 5, 4 und 3% berechnet aber nur ein Kapital von 200, 160, 120 fl. Der Bankozettelbesitzer erhielte demnach bei einer Berzinsung von 6% immer noch um 152 fl. weniger als der Besiter von Obligationen; doch würde dieser Fehlbetrag durch die den Empfängern neuer Obligationen zuzugestehenden Borteile immerhin noch "ziemlich ausgeglichen", was bei den bei geringerer Berzinsung sich ergebenden größeren Unterschieden (192, 232, 272 fl. bei einer Berginfung von 5, 4 ober 3%) nicht mehr der Fall wäre.

Druck, der auf diesen Klassen lastete, drücke mittelbar auch den Staat selbst, die Bürde und Krast der Kegierung, und müßte sobald als mögslich behoben werden.

Diesen Borschlägen fügte Balbacci sobann noch einige nähere Ansgaben über die mehrerwähnten Provinzialbanken bei <sup>2</sup>. Um jeder in der Abergangszeit zu befürchtenden Stockung im Berkehr und allem Mangel an Kapitalien vorzubeugen, schlug er, wie bereits erwähnt, die Ausgabe eines neuen Papiergeldes durch Provinzialbanken vor, worüber er nun noch eingehendere Entwürfe entwickelte. Diese in allen Provinzen unter dem Schuße und der Oberaufsicht des Staates, unter der unsnittelbaren Garantie der Stände und der mittelbaren Haftung aller Grundbesißer errichteten ständischen Banken hätten 90 Millionen oder, wenn Ungarn und Siebenbürgen freiwillig beiträten, 120 bis 130 Millionen Bankschiene auszugeben.

Die Aufgabe dieser Banken wäre, die neuen sechsprozentigen, für Bankozettel ausgegebenen Obligationen und Aupons auf Berlangen gegen Bankscheine ihres Landes mit einem Eskompte von 3 bis 5% einzulösen und überdies auch Darlehen gegen bestimmte Berzinsung zu gewähren.

Auch die Bankscheine sollten Konventionsgelb "vorstellen" und seinerzeit auf Verlangen gegen Konventionsgeld ausgewechselt werden; zur Erhaltung ihres Wertes aber sollte insbesondere sestgesett werden, daß ein Drittel der Abgaben und die Hälfte des Güterkausschillings in diesem Gelde entrichtet werden könne. "Im Privatverkehre wäre jedoch niemand zu zwingen, die Bankscheine anzunehmen; einesteils weil es immer eine harte Maßregel ist, jemanden zur Annahme eines Papiers zu nötigen, andernteils weil sie diesen Zwang, um ihren Wert zu erhalten, sicher in der Folge nicht bedürsen werden, und weil ein solcher Zwang, da er nur dazu dient, das Mißtrauen rege zu machen, gerade die entgegengesette Wirkung hervorbringen würde."

Um den Ständen die nötigen Konventionsgelbfonds zu verschaffen,

<sup>1 &</sup>quot;Man darf nur auf Grundsäße der Gerechtigkeit zurückgehen, mit denen es schlechterdings nicht vereinbarlich ist, daß der Staat diejenigen, welche ihm ihre Zeit, ihre Kräfte, ihr Leben weihen oder geweihet haben, darben lasse. Wan darf nur erwägen, daß die Berpssichtungen der Regierung und ihrer Diener gegenseitig sind, mithin so, wie von letteren die Pslichten gefordert werden, ihnen auch die Bersbindlichkeiten nicht illusorisch, sondern wahr und getreu zugehalten werden müssen."

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Staatsarchiv. Staatsrat. 1810. 794. Beilage 6.

wären ihren Banken die Zinsen der eskomptierten Obligationen in diesem Gelde auszuzahlen, serner ihnen zu gestatten, nach der Höhe der ausgegebenen Bankscheinsumme Aktien zu 1000 fl. Konventionsmünze zu veräußern, die neben 6% Zinsen den Eigentümern eine dem Banksgewinn entsprechende Prämie zu tragen hätten. Überdies sollten den Banken gegen eine Berzinsung von 5% alle gerichtlich hinterlegten Mündelgelder und Fondskapitalien übergeben werden. Die Regierung wollte sich, von der landessürstlichen obersten Aufsicht abgesehen, aller Einflußnahme auf die Geschäftsgebarung dieser Banken, die jährlich öffentliche Rechnung zu legen hätten, enthalten, nähme aber den zehnten Teil des Reingewinns für den Tilgungssonds in Anspruch.

Da die neuen Scheine in dem Maße, als sich Mangel an klingender Münze zeigte, gesucht würden und daher Absatz fänden, andernfalls aber ganz überflüssig wären und gar nicht ausgegeben würden, dabei aber unter allen Umständen ein übermäßiges Steigen des Zinsstußes verhinderten, vereinigten sie, wie der Projektant annahm, alle Vorteile des Papiergeldes, ohne seine Nachteile mit sich zu bringen 1.

Auffallenderweise unterließ es Baldacci, seine Pläne in die Form eines für die sofortige Kundmachung geeigneten Batentes zu gießen, während er für den Fall, als Zichns Vorschläge grundsätlich genehmigt würden, um vor allem die Devalvierung zu verhindern, einen Patents= entwurf für die weitere und voraussichtlich entscheidende Beratung vorlegte, der die von ihm für unumgänglich nötig gehaltenen Anderungen derselben in sich schloß, die vor allem auf ein rascheres Einfließen der Bermögenssteuer abzielten2. So wurde nun für die freiwillige Einzahlung der ganzen Tilgungssteuer vom unbeweglichen Vermögen im Militärjahre 1811 eine Bergütung des ganzen Betrags mit je 100 fl. in Einlösungescheinen für 500 abgeführte Steuergulden in B. Z. bestimmt. Wer eine Frist von 3 Jahren in Anspruch nahm, hatte für 800 fl. BJ. 100 fl. E.Sch. zu erhalten. Für die Steuer vom beweglichen Bermögen sollten entsprechende Bergütungen für bestimmte Terminzahlungen geleistet werden. Ferner sollten Besitzer von Staatsobligationen, die einen deren Nominalwert gleichen Betrag in klingender Münze freiwillig zuschießen würden, die Zinsen für beide Beträge in Einlösungs=

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Als ein weiterer Borteil wird bezeichnet, daß in dem unglücklichen Falle der Abtretung einer Provinz die auf diese radizierten Bankscheine den übrigen Teilen der Monarchie nicht zur Last fielen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Staatsarchiv. Staatsrat. 1810. 794. Beilage 7.

schlung nur der Hrozenten der älteren Obligation erhalten, bei Aufzahlung nur der Hälfte jedoch nur zu  $\frac{2}{3}$  dieser Prozente.

Die Ausschreibung teils freiwilliger, teils gezwungener Anlehen in guter Münze sollte in der Folge nebst eifrigster eigener Edelmetallserzeugung ebenfalls zur Bersehung der Staatskassen mit Konventionsmünze dienen.

Vom 1. Mai 1811 an wären einige Abgaben, späterhin erst die übrigen in Einlösungsscheinen zu entrichten. Bei dem schon früher angekündigten Verkause eines Teils der Staats- und geistlichen Güter gegen Bankozettel sollte es zwar in der Hauptsache verbleiben, doch wurde im Patentsentwurse in Aussicht genommen, die Zahlung weiterhin vielleicht nur zur Hälfte in diesem Papiergelde, zur anderen dagegen in Einlösungsscheinen auszubedingen.

Das Kupfergelb sollte seinem wahren Werte wieder nähergerückt werden und diesen im Laufe der Jahre 1812 und 1813 erreichen.

Im Schlußabschnitte (§ 18) wird der feste, unerschütterliche Entschluß befanntgegeben, auch die Einlösungsscheine, wenngleich für deren fortwährende Auswechselbarkeit und daher für deren Werterhaltung unablässig gesorgt werden würde, allmählich derart zu vermindern, daß nur die zur Erleichterung und Bequemlichkeit der Geldversender nötige Menge im Umlauf bleiben sollte. Wie dies durchzusühren wäre, sollte erst später bestimmt werden.

Am 14. Dezember übersandte der Kaiser nehst anderen ihm unmittels bar vorgelegten Schriftstüden auch die Ausarbeitung Baldaccis dem Grasen Wallis zur genauen Durchsicht und Prüfung, und schon um 8 Uhr morgens des nächsten Tages begann die Beratung einer Konserenz in Finanzangelegenheiten unter dem Vorsitze des Kaisers, in der vor allem Zichn und Wallis für ihre eigenen Pläne eintraten. Es lagen vier Finanzpatentsentwürse vor. Sine Entscheidung für ein bestimmtes Finanzspitem wurde nicht getroffen.

## 7. Vor der Kundmachung der Entscheidung.

Während die geschilderten langwierigen Verhandlungen als strengstes Geheimnis gehütet wurden, verbreiteten sich einerseits allerlei Gerüchte

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Es waren neben Wallis' Entwurfe die bereits ausgeführten, der Entwurf Zichhs, der von Balbacci abgeänderte Zichhsche und der nach Zichhs Vorschlägen abgeänderte Wallissche Entwurf.

über die Pläne der Regierung, andererseits wurde aber auch über ihre vermeintliche Untätigkeit unwilliger Tadel laut. Über diesen setzte sich Ballis wohl hinweg; doch war es ihm bei der langen Verzögerung der Entscheidung nicht möglich, allen vorgreifenden Verfügungen auszuweichen.

Mit Hoffammerdekret vom 17. November 1810 versuchte er wenigstens einigen an der Wiener Börse eingetretenen Mißbräuchen zu steuern. Die Zeit für Geld- und Wechsel-, vor allem aber für Obligationengeschäfte wurde eingeschränkt. Der Besuch der Börse an Wechseltagen war nur mit einer vom Börsenkommissär ausgeskellten Eintrittskarte gestattet, die nur an erbländische Fabrikanten und einem Gremium angehörende Händler ausgegeben werden durften. Scheinkäuse sowie Berbreitung den Kurz beeinträchtigender Gerüchte wurden mit bestimmten Strasen bedroht.

Am 5. Dezember erließ das Hauptmünzamt eine Kundmachung des Inhalts, daß Gold und Silber von Privaten nicht mehr nach dem Tageskurse angenommen werde, daß es aber den Parteien freigestellt sei, einstweisen bis zur Besserung des Kurses zuzuwarten oder bis auf weitere Anordnung Gold und Silber gegen Zahlung nach dem Kurse von 600% zur Einlösung zu geben 1.

Durch diese Verfügung, die eine ganz bedeutende Wirkung auf den Kurs ausübte, wollte Wallis nicht nur die Bankozettelreserven schonen, sondern zugleich auch die Bevölkerung hinsichtlich des Gerüchtes über eine Sinforderung aller Gold- und Silbergeräte und -münzen beruchigen und "die Wucherer und Agioteurs irre machen und in einer stets gespannten Ungewißheit über die künftigen Finanzoperationen halten".

Die wohl auch von Wallis kaum erwartete Wirkung dieser Verfügung war, daß der Geldkurs von etwa 1200 bis auf 750 zurückging, so daß sich vielsach sogleich neue Zuversicht regte und für den Fall, als von

¹ Die Begründung für diese Anordnung ist in auffallend zuversichtlichem Tone gehalten: "Nachdem das dermalige unnatürliche Verhältnis des Geldkurses durch zufällige Zeitumstände herbeigeführt worden ist, so kann sich das Ararium den Nachteil nicht aufbürden, welcher entstehen würde, wenn man die Golde und Silbere einlösung nach dem Maßstabe dieser vorübergehenden Erscheinung eines unvershältnismäßig tiesen Wertes des Papiergeldes sortsehen wollte. Die Staatseverwaltung seht in ihr Papiergeld einen allzu hohen Wert, als daß sie dasselbe gegen edles Metall verschwenden sollte." (Allgemeine Zeitung. Augsburg. Rr. 347 vom 13. Dezember 1810.)

der Regierung neue zweckmäßige Vorkehrungen getroffen würden, die baldige Erreichung eines Kurses von 300 erwartet wurde.

Die Besserung des Kurses, über deren Ursache keine einheitliche Meinung zustande kam, fand jedoch ein rasches Ende, als der ganze Ernst
der Lage gleich darauf durch eine Berfügung über die private Schuldenzahlung enthüllt wurde, die bereits offen und in grellem Gegensaße zu der
vorhergegangenen auf die große Entwertung des Papiergeldes in ganz
bestimmter Weise Kücksicht nahm.

Noch am 20. November hatte Wallis die Bitte der Wiener Größhändler um einen Vorschuß von 2 Millionen in schwerer Münze, durch welchen übrigens die Verhinderung einer weiteren Verschlechterung des Kurses inicht einmal erwartet wurde, mit der Vegründung abgelehnt, daß es nicht Sache des Staates sei, solche Vorschüsse zu gewähren, daß vielmehr die Großhändler sich wechselseitig unterstüßen und selbst zur Erhaltung und Verbesserung des Kurses kräftigst beitragen sollten. Er hielt ihnen zugleich vor, daß sie der Staatsverwaltung sehr große Vorteile verdankten, während in sast allen europäischen Ländern der Handelsstand ungeheure Abgaben in schwerem Gelde zu entrichten hätte, und daß selbst das Ausland bestätige, daß die Verschlechterung des Kurses hauptsächlich ihnen zuzuschreiben sei.

überließ der Hoftammerpräsident sohin, mit den geringen Geldvorräten zurüchaltend, die Größhändler ihrem Schickal, so bereiteten
ihm die um dieselbe Zeit vom Wiener dürgerlichen Handelsstande vorgebrachten Vitten größere Sorgen. Die erbetene Zuweisung von Augsburger Wechseln im Betrage von 900000 fl. erklärte er zwar für unmöglich, dem Begehren nach einem Moratorium von 6 bis 12 Monaten
jedoch war er im Einvernehmen mit der engen Finanzkommission und
der Staatskonferenz bereit nachzugeben. Es durfte natürlich nicht auf
den Handelsstand beschränkt bleiben und konnte, wie Wallis meinte,
zwar die Finanzen nicht retten, aber doch der öffentlichen Verwaltung
die zur Ausführung wirksamer Maßregeln erforderliche Zeit verschaffen
und den sonst unvermeiblichen Untergang vieler rechtlicher Handelsleute und Privatpersonen verhindern. Die lautgewordene Hoffnung,
daß das Moratorium auch den Kurs günstig beeinslussen würde, erfüllte sich, wie auch nicht anders erwartet werden konnte, keineswegs.

<sup>1</sup> Kurze Augsburger Sicht stieg an diesem Tage bis auf 690, Konventionsmünze bis auf 675, und die Großhändler sagten für die nächsten Tage eine Steigerung bis auf 800 voraus.

So wurde denn mit Patent vom 11. Dezember 1810, damit nicht "ein redlicher und sonst zahlungsfähiger Schuldner wegen des vorüber= gehenden Mangels an gewissen Geldsorten zugrunde gerichtet werde" 1, fundgemacht, daß in den Fällen, wo auf Grund bereits vorhandener Berpflichtungen Zahlungen in klingender Münze von In= oder Aus= ländern gefordert würden, von den Gerichten zwar das Urteil auf Konventionsgeld nach den Gesetzen zu fällen, daß jedoch mit der Erteilung ber Exekutionsbewilligung bis zum 1. Oktober 1811 innezuhalten sei, wenn der Schuldner den sechsfachen Betrag der Konventionsgelbsumme in Bankozetteln2, verzinslichen öffentlichen Obligationen (nach dem Rurse) oder in einem angemessenen Unterpfande für den Gläubiger bei Gericht sicherstellte. Es sollte dem Schuldner ermöglicht sein, die benötigten Münzsorten bis zu obigem Termin auf die ihm am wenigsten läftige Beise zu beschaffen. Mit 1. Ottober 1811 trat der Gläubiger wieder in sein volles Recht gegen den Schuldner, was übrigens schon früher einzutreten hatte, "wenn günstige Umstände, wie es zu er= warten ift, bald eintreten follten".

Diese beruhigende Beifügung konnte natürlich den ungünstigen Eindruck, welchen der Generalindult an sich und daneben vor allem die geringe, dem damaligen Kurse übrigens nicht einmal mehr entsprechende Bewertung der Bankozettel verursachte, nicht mildern 3.

Wie diese eingreisende Zahlungsstillstandsverfügung auf die Stimmung der Bevölkerung einwirkte, und wie die verschiedenartigsten Gerüchte durcheinanderwogten und die Meinungen schwankten, darüber geben die zahlreichen Berichte der Polizei aus Wien und den Kron-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Pol. Ges. Samml. 1811. S. 213ff. — Allerdings war Wallis der Überszeugung, "daß die meisten Großhändler und Kausseute nicht aus Jutrauen auf den Staat, sondern aus Agiotage und Spekulation Wechselreiterei getrieben haben" und daher für ihre Personen keine Kücksicht verdienen würden.

 $<sup>^2</sup>$  Hierfür war wohl das Gold- und Silbereinlösungsverhältnis von  $600\,\mathrm{zu}\ 100\,\mathrm{maggebend}.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ob die auffällige Bestimmung in § 5 des Patents, daß vom 1. Oktober 1811 an dem Gläubiger, wenn die für ihn hinterlegten Zahlungsmittel "wider alles Bermuten" unzureichend wären, der Beg der Exekution auf das übrige Bermögen des Schuldners offenstehen würde, auf eine etwaige noch ungünstigere Bewertung der Bankozettel vorbereiten sollte, ließ sich nicht feststellen. In Ballis' Absicht wäre dies wohl kaum gelegen gewesen; doch lehnte er es ausdrücklich ab, für das Patent allein die Berantwortung zu übernehmen, die sodann die Gesetzebungshofskommission sowie mehrere Funktionäre der Hofkammer und der obersten Justizstelle mittragen mußten.

ländern ein, wenn auch nicht immer ganz treues, so doch zumeist ansichauliches Bild.

Gerade an dem Tage, an dem Wallis dem Raiser den Entwurf des verhängnisvollen Patentes zur Entscheidung unterbreitete, am 24. Dezember 1810, berichtete der Wiener Polizeioberdirektor seiner Hofftelle, daß man beginne, sich immer mehr frohen Hoffnungen zu überlassen, da der Kurs der Bankozettel sich seit einigen Tagen neuerlich fast anhaltend gebessert hätte 1. Als Ursache dieser Besserung wurde auch die gerüchtweise verbreitete Absicht Napoleons betrachtet, für den ganzen Kontinent einen gleichförmigen Münzfuß (40 Fr. für eine feine Kölnische Mark) einzuführen. Die Beamten insbesondere schenkten dem anderen Gerücht gern Glauben, daß ihnen der Gehalt vom Jahre 1811 an zum Kurse von 300 ausbezahlt werden sollte und daß die Re= gierung darüber beriet, wie ihnen in Wien ohne Belastung der Staats= kasse die Wohltat der Naturalbequartierung verschafft werden könnte. Auch wurde ein neues scharfes Verbot der Münzagiotage mit der Androhung schwerer körperlicher Strafen erwartet, vielfach wurde der Bunsch laut, daß bis zur Todesstrafe gegangen würde. Auch diese bessere Stimmung war jedoch rasch verflogen. Die Unzufriedenheit der ärmeren Bevölkerung und insbesondere der auf bestimmte Bezüge Angewiesenen nahm weiterhin zu, als sich alsbald zeigte, daß auch die bedeutende Besserung des Bankozettelkurses die Teuerungsverhältnisse nicht in der erhofften Beise beeinflußte 2. Es gingen die Preise nicht nur nicht

Der Kaiser scheint allerdings dieser ihm am 27. Dezember vorgelegten Mitteilung nicht ganz getraut zu haben; denn gerade diesen Bericht nahm er nicht, wie gewöhnlich, einsach zur Kenntnis, sondern er bemerkte am 14. Jänner 1811 hierzu: "In der Zuversicht, daß in den Stimmungsrapporten nicht bloß auf gemäßigtere Außerungen Rücksicht genommen, dei Entwersung derselben die Meinungen und Gesinnungen des größeren Teils möglichst berücksichtiget, und das, was eigentlich als überwiegende Opinion bezeichnet zu werden verdient, richtig auszusassen getrachtet werden wird, nehme ich diese Kapporte zur Nachricht." (Archiv f. Inneres u. Justiz. Polizeihosstelle. 1810. ad 22.)

<sup>2 &</sup>quot;Das Fallen und Steigen des Kurses wurde in diesem Monate (Dezember 1810) von der Mehrheit des Publikums schon mit größerer Gleichgültigkeit aufsgenommen, nachdem man die Überzeugung erhalten hatte, daß solcher auf die Teuerung oder Bohlfeilheit der Feisschaften gar keinen Ginfluß nehme, indem gerade dermalen, als der Kurs von 1200 auf 800 herabfiel, die meisten Artikel im Preise wieder emporgingen. Je weniger daher der Kurs mehr interessierte, desto mehr nahmen die Klagen über die Teuerung zu und versetzen Familien, welche von bestimmten Revenüen leben, in um so bangere Sorgen, als der vers

zurück, sondern sie stiegen weiter und auch bei jenen Waren, die nicht aus dem Auslande bezogen wurden und auch noch nicht im Kursverhältnisse verteuert worden waren. Wenn auch immer noch mit Sehnsucht ein Eingriff der Regierung, der eine Besserung bringen würde,
erwartet wurde, begann doch die Hoffnung auf eine solche bereits mehr
und mehr zu schwinden. Zumal da vielsach angenommen wurde,
daß ein neuer Arieg bevorstünde, den Osterreich an der Seite Frankreichs gegen Rußland, dem der König von Preußen seine Länder abgetreten, verpfändet oder verkauft hätte 1, zu führen gezwungen sein
würde.

Größere Sorgen als das weitere Schickal ber Bankozettel bereiteten aber der Biener Bevölkerung die Lasten und Mühen des Alltags, und daher brachte sie denn auch kleinen Ereignissen, welche diese berührten, erhöhtes Interesse entgegen.

So wurde ihr Unmut einigermaßen abgelenkt, als ein Landmann wegen Sammlung von Kupfergeld und Verweigerung der Vankozettel-wechslung öffentlich abgestraft wurde und als einige ihre Ware zurückhaltende Milchweiber mit ihren Vorräten in das Polizeihaus abgeführt wurden, woraus man mit Freude schloß, daß die endlich aus ihrem Schlummer erwachte Regierung nunmehr die Verbraucher energischer schüßen würde. Es wurde eine strenge Überwachung des Handels mit den in dem gleichen Grade schlechter wie teurer gewordenen Lebens-mitteln und anderen Waren und strenge Vestrafung der die drückende Teuerung noch wesentlich verschärfenden Händler gesordert. Wie dem

nünftigere Teil nur zu gut einsah, daß dieser Teuerung, selbst wenn der Kurs auf 400 herabsallen würde, dennoch nicht abzuhelsen sei; denn die nach dem Kurse berechneten und erhöhten Zinsen, Revenüen und Emolumenten von Realitäten ergaben ungeheure Kapitale, um welche solche (wie vorzüglich die Häuser in Wien und in allen Provinzialstädten) von einer Hand in die andere, stets mit Gewinn, solglich immer mit erhöhtem Kaufschilling, übergingen, aber auch alle Arrenden, die ärarischen mit eingeschlossen, wurden auf mehrere Jahre um die übertriebensten Pachtsummen vermietet, die solglich selbst dei verbessertem Kurse keine wohlseileren Preise zulassen, wenn die Arrendatoren der Grundstücke, der Fleischsbänke, der Schankhäuser usw. ihre bedungene Arrenda bezahlen und dabei nicht zugrunde gehen wollen." (Vertrautenbericht v. 1. Jan. 1811. 22. ad 83.)

<sup>1</sup> In einem Stimmungsbericht vom 28. Dez. 1810 heißt es: "Die Meinung bes Publikums geht allgemein bahin, daß Frankreich nach und nach alle umliegenden Staaten sich inkorporieren und dies Inkorporationsshiftem auf alle europäischen Staaten ausdehnen würde." Die Universalmonarchie würde nach den Hanselitäden zunächst die Schweiz und Dänemark, sodann Breußen verschlingen.

Raiser berichtet wurde, war ein Teil der Wiener Bevölkerung mit dem Grasen Wallis von Tag zu Tag unzufriedener geworden, was teils durch die mit diesem in sehr unangenehmem Verkehr stehenden Beamten der Hoftammer, teils durch die Wiener Großhändler verursacht wurde, die das dis Ende Oktober 1811 reichende Moratorium als eine den noch übrigen Kredit des Staates vernichtende und daher verderbliche, dabei aber auch für einen rechtlichen, auf seinen Kredit bedachten Kausmann unanwendbare und überdies unkluge Maßregel bezeichneten, da ohne großes Aussehen nach dem Muster anderer Staaten, wie Vahern und Württemberg, einzelnen Handelsseuten im Bedarfsfalle persönliche Moratorien hätten bewilligt werden können.

Große Beunruhigung verursachte auch die Mitteilung der Fleischhauer, daß ihr Vorrat an Schlachtochsen in 16 Tagen aufgezehrt sein würde, und die im Publikum verbreiteten Außerungen einiger hoher Beamten, daß die Regierung nicht verpflichtet sei, für Fleischvorräte zu sorgen. Berechtigte Alagen wurden auch über das häusig ungenießbare Brot erhoben, und sie wurden natürlich nur lauter, als bekannt wurde, daß die Bäcker tatsächlich, wie auch die Polizeihofstelle bestätigte 1, das verdorbene Kommißmehl vom Militär übernehmen und für die Wiener Bevölkerung verbacken mußten. Auch eine Verabredung der Wiener Fiaker, in der Stadt keine Fuhre auch nur auf 100 Schritte unter einer Entlohnung von 2 fl. zu machen, sowie die einer größeren Zahl von Hausmeistern, welche das Anschlagen leerer Wohnungen verhinderten, um diese selbst zu vermieten 2, erregte großen Unwillen.

Besonders verzweiselt war die Stimmung der mit den größten Nahrungssorgen kämpsenden Staatsbeamtenschaft, und die allgemeinen Klagen über die Teuerung wurden abermals lauter, als die Satzung für den Jänner 1811 eine neuerliche Erhöhung der Fleisch- und Kerzen- preise, die auch zu einer Steigerung der Mehl- und Gebächreise sowie zur Verteuerung aller Handwerkarbeiten den Anlaß gab, gestattete. Das Mißtrauen gegen die Regierung steigerte sich, und der schlechte

<sup>1</sup> Nachträgliche Erhebungen ergaben wohl die Unrichtigkeit dieser Angabe — das Mehl war nur als Futtermittel abgegeben worden —; doch war das Brot dadurch nicht besser geworden.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Sie verlangten hierbei je nach der Größe des Quartiers 200—500 fl. "Disstretion" und wiegelten auch selbst die Hausherren zur Zinssteigerung und Wohnungsstündigung auf, um dabei ihren Profit zu machen. Vertrautenbericht v. 1. Jänner 1811. — Die Polizeiorgane wurden beauftragt, dies zu überwachen und abzustellen.

Kursstand bot dem Gerüchte, daß Graf Wallis seinen Posten demnächst verlassen und voraussichtlich durch den früheren Minister der auswärtigen Geschäfte Grafen Stadion oder den Vizepräsidenten Barbier ersetzt werden würde, reichliche Nahrung.

Gerade damals scheint jedoch Wallis nicht daran gedacht zu haben, zurückzutreten, da er sich der Durchführung seiner Pläne so nahe sah. Während er zu rascher Entscheidung drängte und dabei durch die uns günstigen Stimmungsberichte der Polizeihosstelle unterstüßt wurde, verließ sich der Kaiser, dem die Wahl des Heilmittels sür die Finanzen äußerst schwer siel, immer noch auf die Langmut der Bevölkerung, wobei er wohl auch in der Sorglosigkeit der ihm näher stehenden Kreise der Hauptstadt einige Beruhigung gefunden haben mag, wie sie beispielsweise Genß gegen Schluß des Jahres 1810 schilderte: "Man lebte in der großen Welt zu Wien, als wenn man auf Rosen läge, obgleich der Kurs des Papiergeldes dis auf 10 und zuweilen 8 Prozent seines Nominalwertes sank und man in allem Ernste einer schrecklichen Katasstrophe entgegensah".

Andererseits konnte es den Kaiser freilich bedenklich stimmen, daß sogar die Erzherzöge bei ihm erschienen, um eine Erhöhung ihres Unterhalts zu erbitten, da sie ohne eine solche bei der großen Teuerung nicht leben könnten?.

Als um die Mitte des Monats Jänner der Bankozettelkurs abermals eine bedeutende Verschlechterung erlitt, fand er wieder mehr Beachtung und zeigte sich vielfach eine hoffnungslose Stimmung. Die Klagen über die immer zunehmende Teuerung wurden allgemeiner und lauter, insbesondere da befürchtet wurde, daß der Preis des Kindsleisches, da das Arar keinen weiteren Zuschuß geben würde, neuerlich beseutend, wie die Fleischhauer ankündigten, mit Aushebung der Satzung bis auf 1 fl. steigen würde 3. Auch über die außerordentliche Verteuerung

<sup>1</sup> Tagebücher von Friedrich von Geng. Aus dem Nachlaß Barnhagens von Ense. I. Bb. 1873. S. 213.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> So berichtet Erzherzog Johann in seinen Tagebuchaufzeichnungen vom 23. Nov. bis 3. Dez. 1810, 1000 es weiter heißt: "Was alle Leute beschäftigt, ist, daß der Kurs heute schon bei 1200. Es ist fast gewiß, daß er auf 2 bis 6000 kommen wird, 1000 dann der Gulben 1 kr. wert ist, folglich soviel wie nichts; und noch hört man von keiner Hille." (Krones, Aus stillen und bewegten Jahren, S. 98. Frrigersweise ist dortselbst IX (Konv.-Kreuzer) statt 1 kr. (Kreuzer) gedruckt.

<sup>3</sup> Auch das Gerücht, daß das Rindfleisch zu nach der Qualität abgestuften Preisen zu verkausen gestattet werden solle, erregte beträchtliche Erbitterung, da Schriften 165. I.

bes Holzes wurde laut geklagt. Dabei machte sich schon eine bedenkliche Wohnungsnot i bemerkbar und trachteten die meisten Hauseigentümer, durch neuerliche, sehr große Zinserhöhungen von zumeist 50, aber auch 100 bis 200%, die Vermögenssteuer noch mit Gewinn auf ihre Mieter zu überwälzen, wogegen die Regierung nicht einschritt 2. Die Beamten klagten auch über die Hartherzigkeit des Hofkammerpräsidenten, der ihnen keine Aushilse vergönnte. Auf Grund einer Mitteilung der Augsburger Zeitung wurde die angeblich bereits eingeleitete Ausprägung silberner Zehnkreuzerstücke, die an Stelle der Bankozettelgulden treten sollten, erwartet, womit die Fabrikanten ganz zusrieden waren.

Da von Fremden, namentlich polnischen Juden, wohl auch infolge des schlechten Kursstandes, viel und um jeden Preis gekaust wurde (besonders Eisen, Leinwand, Tücher, Baumwollwaren), waren die Handels= und Gewerbekreise ausreichend beschäftigt und hatten daher keine Ursache zur Unzufriedenheit. Wurde die Erbitterung der Bevölkerung in erster Linie auf die Hausbesitzer und Fleischhauer abgelenkt, so entsiel doch ein guter Teil auch auf die Regierung, die dem Wucher dieser Leute nicht steuerte 3; die angebliche Absicht einer Aushebung der Preissatungen insbesondere wurde heftig angegriffen, da sich bereits gezeigt hatte, daß alle bisher satungsfreien Waren, worunter auch einige Fleischgattungen, unerschwingliche Preise erreicht hatten; von einer derartigen Maßregel wurden denn auch die bedenklichsten

<sup>&</sup>quot;die Mittelklasse der Menschen" (im Gegensaße zu Abel und Bürgerstand), da das billigste Fleisch, von den schlechtesten Brocken abgesehen, dann niemals zu bekommen sein würde, auf den Fleischgenuß überhaupt würde Berzicht leisten müssen.

<sup>1</sup> Diese entstand teilweise dadurch, daß in von auswärtigen, namentlich griechischen Handelsleuten angekauften Häusern Magazine errichtet wurden.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Zimmer der schlechtesten Gattungen kosteten bereits 100 fl. und darüber.

s Die Sahungspreiserhöhung für Rindfleisch wurde besonders heftig bekämpft, weil dessen Preis, wie der der Wohnungen, für die Erzeuger und Verschleißer der übrigen Bedarfsgegenstände geradezu als Richtschnur diente, wozu jedoch noch Abervorteilungen kamen. Es wurde berechnet, daß, wenn das Pfund Fleisch nur um einen Kreuzer teurer werde, der Gastwirt die Portion schon um wenigstens Ar. teurer rechnete, der Schuhmacher, der Hutmacher und so auch jeder andere Gewerdsmann seine Erzeugnisse wenigstens um 30 Kr. höher veranschlagte, was die Unzufriedenheit immer mehr steigerte. Die Fleischer allerdings klagten, daß sie bei dem teuren Einkauf nur mit Verlust verkauften; die Verpflichtung zu ordentlicher Bedienung und guter, hösslicher Behandlung des Publikums mußte ihnen besonders eingeschärft werden.

Birkungen, Ausschreitungen und Ruhestörungen erwartet. Daß so vielen Fremden der Aufenthalt in Bien gestattet wurde, warf man der Regierung ebenso vor, wie daß sie sich nur mit Kleinigkeiten befasse. Es konnte bei der allgemeinen Klage über die Zerrüttung aller Zweige der Staatsverwaltung, dem Mangel an Energie und der Untätigkeit der Behörden natürlich nur aufreizend wirken, wenn die periodischen Schriften und Blätter, die neben den Organen der Polizei die Bevölkerung beruhigen sollten, voll des Lobes und der Zufriedenheit waren.

Während die Staatsbeamten ihren obersten Vorgesetzen schauberhafte Schilderungen von dem Hunger und der Kälte, denen sie preisgegeben waren, sowie von der Verachtung seitens der wohlhabenderen Bürger entwarsen und mit banger Ungeduld Hilse erwarteten, klagten die letzteren über den schleppenden Geschäftsgang 1, dessen Ursache vielsach in der zu großen Zahl der Beamten erblickt wurde, und man fand es unbegreislich, daß trotz der zahlreichen kaiserlichen Vesehle, diese Zahl zu vermindern und lieber weniger, aber bessehte Beamte zu erhalten, doch bei jeder Gelegenheit Vermehrungen vorgenommen wurden 2.

Die bedenklichsten Erscheinungen waren die ungeheuer angewachsenen Diebstahlsfälle; in einem Monate sollen in Wien allein 7000 Verurteilungen stattgefunden haben, und die Gefängnisräume reichten nicht mehr aus. Auch die Mißstimmung des Militärs, hervorgerusen durch die Not der Offiziere und den Hunger der Mannschaft, die in hellen Hausen und auch bewaffnet desertierte, mußte beunruhigend wirken. Bei der stets sich steigernden Immoralität des Volkes konnte für die Regierung alles verloren sein, wenn sie auf die so sehr vernachslässigte Armee nicht rechnen konnte; sie hätte demnach alle Ursache gehabt, dem beginnenden Zerfall rechtzeitig zu steuern, wenn sie die Ordnung nötigenfalls mit Gewalt aufrecht erhalten wollte.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> So wurden 3. B. komische Schilberungen von der Schwierigkeit, zu Einfuhrpässen zu gelangen, verbreitet, von den zahlreichen Bureaus, wo man von Pontius zu Pilatus geschickt werde, wo keiner der sehr zahlreichen, sehr oft mit Zeitungselesen beschäftigten Beamten gehörige Auskunft zu geben vermöge, so daß man glücklich sein müßte, wenn man nach zwei oder drei Monaten den Paß erlangte.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Namentlich bem Generalrechnungsbirektorium wurde dies vorgeworfen, das alle sogenannten Regulierungen der Buchhaltung immer nur auf Vermehrung des Personals beschränkt hätte, ohne den Geschäftsgang auch nur im geringsten zu vereinfachen und die unzähligen Schreibereien zu vermindern.

Ms die Preissatung für den Februar 1811 nur eine Erhöhung des Rindfleischpreises um 1 Areuzer, daneben wohl auch größere Steigerungen bei Rerzen und Seife brachte, scheint sich die Stimmung zwar nicht mehr wesentlich verschlechtert zu haben 1, doch verschärften sich die bitteren Alagen über die Wohnungszinserhöhungen (oftmals wurden die Zinsbeträge statt in B.Z. in gleicher Summe in R.M. verlangt), deren Annahme oftmals durch Kündigungen erzwungen wurde, noch beträchtlich, zumal im Hinblick auf den steigenden Aufwand reich gewordener Bürger, die immer größere Wohnungen suchten, ohne auf deren hohe Preise zu achten. Von einer für die Behandlung ber Wohnungsfrage eingesetten Softommission versprach sich die Bevölkerung begreiflicherweise nicht viel, da eine rasche Besserung davon nicht erwartet werden konnte, noch weniger aber, als überdies bekannt wurde, daß sie nur aus Hausbesitzern zusammengesett sein wurde, von welchen einige sogar ihren Parteien bereits einen mehrfachen Wohnungszins abverlangt hatten.

Daß eine kaiserliche Entschließung, die eine strengere Aussicht über die Qualität der Waren und Bestrafung jedes dabei entdeckten Bestrugs anordnete, erst im Februar 1811 in den "Baterländischen Blättern", welche die Regierung mit Vorliebe zu derartigen Bekanntmachungen benützte, zur allgemeinen Kenntnis gebracht wurde, nachdem sie schon am 6. Dezember 1810 erlassen worden war, trübte die Freude über deren Inhalt, da man aus dieser Verzögerung schloß, daß sie nicht durchsgesührt werden würde. Nachdem alle Hofs und Länderstellen eindringsliche, aber ersolglose Vorstellungen über die trostlose Lage der Staatsbeamten unterbreitet hatten 2, kehrte sich der ganze Haß gegen den Grasen Wallis 3, dem vor allem zugeschrieben wurde, daß sich das sonst so wohlwollende Herz des Kaisers gegen die Beamten allein unerbittlich verschließe.

Die Mißstimmung der Beamten, Unordnung und Bestechlichkeit

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Großen Unwillen erregte es, daß statt einer Einschrünkung der Erzeugung des Luxusgebäck, das kein Bedürfnis darstellte, durch eine besondere Verordnung dessen allgemeiner Verkauf ausdrücklich als erlaubt bezeichnet wurde.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Der Präsibent der Obersten Justizstelle, so wurde erzählt, erklärte dem Kaiser, daß es sich nicht mehr um Berbesserung der Lage der Staatsbeamten, sondern um ein Almosen für Bettler handle.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Er soll im Rate erklärt haben, "daß er wohl wisse, wie die Beamten nichts zu nagen und nichts anzuziehen hätten; allein er wisse ebensogut, daß seine Kassen leer wären und damit punktum".

nahmen immer größeren Umfang an, ohne daß ein Ende abzusehen war, und als die "Gesellschaft abeliger Damen zur Beförderung des Guten und Nüßlichen" sich mit Zuschriften an viele Frauen von Staatsbeamten wandte, um sie zur Zeichnung jährlicher Beiträge und zu Sammlungen in den Häusern einzuladen, wurde dies zumeist mit begreislichem Spotte zurückgewiesen 1.

Ebenso traurig war die Lage der vermögenslosen Offiziere, die Generäle nicht ausgenommen, die in der fümmerlichsten Weise und in Berwahrlosung ihr Leben fristeten, wobei die Berschuldung namentlich an reiche Kameraden die Manneszucht und den Dienst zu schädigen drohte. Die lauten Klagen und Schmähworte, mit welchen die Offiziere nicht zurückhielten, wirkten auch äußerst nachteilig auf die Stimmung der Mannschaft.

Auch das Reisen im Lande war zu Beginn des Jahres 1811 bereits wegen des Abermuts, der Gesetzsmisachtung und der Prellereien der Postmeister und Gastwirte recht unangenehm geworden. Die ständige Antwort auf bei den Kreisämtern vorgebrachte Beschwerden war neben mitleidigem Achselzucken die Belehrung, daß keine Abhilse für die Abelstände mehr möglich wäre, da von oben herab kein Ernst gezeigt werde. Es drohten sich eben auch hier alle Bande der gesellschaftlichen Ordnung zu lösen.

Auffallenderweise verbreitete sich gerade zur Zeit der Vorbereitung der Durchführung des neuen Finanzsystems an der Wiener Börse das Gerücht von einer bevorstehenden Herabsetung des Wertes der Bankozettel (meist von 1 fl. auf 10 kr.), es fand vielsach Glauben und erhielt sich mit Hartnäckigkeit durch längere Zeit. Wie sehr Wallis, der hiervon natürlich Kenntnis erhielt, den Schein zu wahren, wie er selbst den ihm so sehr ergebenen Leiter der Polizeihofstelle, der als energischer Versechter der Devalvierung galt, hinters Licht zu führen verstand, zeigt eine durch ihre Unaufrichtigkeit geradezu verblüfsende Note an Freiherrn von Hager vom 23. Hornung über die in den Börsenrapporten erwähnten Gerüchte über eine angebliche Herabsetung der Vankozettel und über neue Finanzeinrichtungen, die er als ebenso abenteuerlich als

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Man fand, daß vielmehr die Gesellschaft für die Beamten sammeln sollte, und daß es nicht übel ausgedacht war, daß die großen Damen das Ehrenvolle sich vorbehalten, das eben nicht sehr angenehme Geschäft des Bettelns in den Häusern aber den übrigen Frauen, die doch daran auch gar nicht gewöhnt werden sollten, überlassen wollten. Der Endzweck heilige die Mittel nicht.

lächerlich bezeichnete. "Wenn mir die Börse", schreibt er, "nicht als der Tummelplat aller Lügen bekannt wäre, und wenn ich nicht wüßte. wie schlau der Geist der Agiotage Märchen zu erfinden sucht, um im Trüben zu fischen und die Kurse zu verschlimmern, würde ich billig über bas Entstehen so alberner Gerüchte erstaunt sein. So aber kann ich in diesen lächerlichen Gerüchten nur einen neuen Beweiß auffinden, wie unerschöpflich die Agioteurs darin sind, in Erfindung und Verbreitung grundloser Nachrichten die öffentliche Meinung zu berücken und hieraus Privatvorteil und zum Schaden leichtgläubiger und ununterrichteter Menschen reichlichen Gewinn zu ziehen. Wer weiß, welche neue Gerüchte, seien sie noch so sinnlos, der stets rege Geist der Agioteurs in turzem zu erfinden suchen wird. Es scheint, daß sie ein fabelhaftes Gernat bem andern nachfolgen zu laffen sich streben, um nur Beängstigung und Verwirrung herbeizuführen. Es scheint auch wirklich nach dem letten Rapport, daß das Märchen von der Reduzierung der Bankozettel nun nur wenig mehr Glauben findet, und daß man sich nicht leicht dadurch ängstigen und beirren lassen wird. Übrigens will ich es Eurer Erzellenz im Vertrauen nicht verhehlen, daß mein einziges Streben dahin gerichtet ist, Mittel aufzufinden, um die fünfzehnjährigen Fristen ber Stammvermögenssteuer bedeutend verfürzen und hierdurch den bei dieser Steuer beabsichtigten großen Zweck desto früher erreichen zu können."

So hütete der Hoftammerpräsident das große Geheimnis. Wie unwahrscheinlich es doch erscheinen mußte, daß für die Verkürzung der Steuereinzahlungsfristen ein Zeitraum fast eines halben Jahres nötig gewesen wäre, daran scheint er nicht gedacht zu haben. Dabei hatte er sogar schon am 13. Hornung vom Kaiser die Erlaubnis erhalten, Hager unter Einschärfung strengsten Stillschweigens vorzeitig mündlich in das Bevorstehende einzuweihen?

¹ Eben in diesen Tagen war nicht nur wieder das Gerücht von dem bevorstehenden Rückritte des Grasen Wallis, sondern auch das von der Wiederaufnahme der staatssinanziellen Pläne des Grasen O'Donell weitverdreitet, und am 23. Febr. 1811 erschien auch eine Kundmachung der Einlösungss und Tilgungsdeputation über die Hohe der Bankozettelsumme. S. auch Josef Raudnit, Das österreichische Staatspapiergeld und die privilegierte Nationalbank. I. Teil. Wien 1917. S. 77ff.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Erst am 13. März erhielt Hager das Devalvierungspatent mit französischer Übersetzung nebst mehreren Regierungsrundschreiben und einem kaiserlichen Handschreiben vom 26. Februar durch das Hossammerpräsidium. — Es ist freilich auch nicht ausgeschlossen, daß obige Note nur zur Frreführung der Umgebung des Leiters der Polizeihosstelle bestimmt war.

Aus den von der Polizeihofstelle dem Kaiser vorgelegten "Materialien zur übersicht der Stimmung in Wien im Februar 1811" könnte ent= nommen werden, daß die Karnevalsbelustigungen alle Gefühle der Unbehaglichkeit und Unzufriedenheit unterdrückt hätten. Da ein Teil der Bevölkerung sich wirklich in der glücklichen Lage befand, nichts zu teuer finden zu muffen, ein anderer aus Berzweiflung ober Leichtfinn unbefümmert um die Butunft den lärmenden Berstreuungen zueilte, beschränkte sich bas Jammern und Schimpfen auf jene, beren äußerst kummerliche Lage eine Beteiligung an diesen doch nicht zuließ. Ein Frember würde den Eindruck gewonnen haben, daß hier das glücklichste Volk in Überfluß schwelge; der einheimische Beobachter freilich, der sich durch das Blendwerk nicht täuschen ließe, würde überall eine verkehrte Ordnung der Dinge gefunden haben. Fabrikanten 1, Handwerker, Kaufmanns= diener, Gesellen und Dienstboten in den kostspieligsten Rleidern 2 verzehrten und schwelgten an jenen Orten, wo sich sonst "nur Honoratioren" versammelten. Alles war aus dem alten Geleise gewichen, und die Schranken, welche die verschiedenen Stände absonderten, waren durchbrochen. Mit dem nur zum Schwelgen und Prassen durch alle Kniffe des Wuchers und des Betrugs erworbenen Gelde wurden die Leute nicht wohlhabend, während der sonst allgemein verbreitete, allein das Glück der Bölker begründende Wohlstand verschwunden war.

Schon gegen Ende Februar 1811 verbreitete sich in Wien die Kunde, daß an alle Länderstellen Kuriere mit auch für die Kreisämter bestimmten versiegelten Paketen abgesendet worden seien, die an einem bestimmten Tage — man nannte den 1. oder 8. März — eröffnet werden sollten 3. Es wurden, zumeist mit großem Mißtrauen, neue finanzielle Anordnungen von großer Wichtigkeit erwartet und eine Herabsehung des Wertes

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Damit sind hier Borarbeiter in größeren gewerblichen und in Fabriksbetrieben gemeint.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> "Daß Kaufmannsdiener und Gesellen sich mit Tüchern bekleiden, von welchen die Elle 40—50 sl. kostet, ist sehr gewöhnlich — daß aber Köchinnen mehrere Anzüge zu Redouten und Bällen sich versertigen ließen und ihren Liebhabern die Bedingung setzen, sie im Theater auf keinen anderen Plat als auf das erste Parterre zu führen — dies sind offendar neue Stusen der Kultur, zu welcher sich unser Pöbel emporgeschwungen hat," so berichtet der "Vertraute".

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Bie einer der Biener Polizeibediensteten berichtete, bestritt die gebildetere Klasse dieses Gerede eifrigst, da diese Art von Geschäftsgang in einem wohlorganissierten Staate unstatthaft wäre.

der Bankozettel (bis zu 10 kr. für den fl.) für sehr wahrscheinlich gehalten. Auch von einer völligen "Aufhebung der Bankozettel" (Außerkurssetzung) wurde vielfach gesprochen. "Ungeachtet dieses Gerücht eben nicht einen sehr widrigen Eindruck einer Bedenklichkeit bei Annahme der Bankozettel im Verkehr hervorgebracht hat, so bemüht man sich doch," wie der Wiener Polizei-Oberdirektor Hofrat Siber, der auch den Unterbehörden bereits die entsprechenden Weisungen erteilt hatte, am 28. Februar berichtete, "auf allen Wegen diesem Gerüchte als grundlos zu widersprechen, um allenfalligen üblen Folgen vorzubeugen." Es wurden vielfach auch neue Steuern und insbesondere eine Anderung der Rlassen= steuer erwartet. Der Kurs der Bankozettel, der übrigens durch vielerlei Spefulationen von handels= und Gewerbsleuten ins Schwanken ge= bracht wurde, litt sogleich beträchtlich unter dem offenkundigen Bestreben ber bedeutenoften Großhandlungshäuser, wie Arnstein und Esteles, Genmüller, Steiner, alle nicht für den Tagesbedarf nötigen Bankozettel abzustoßen.

Im Monat März verschlechterte sich die Stimmung der Bevölkerung beträchtlich. Großen Diffmut und Unwillen erregte vor allem die neuerliche Erhöhung der Preissatungen für das Rindfleisch (um 2 kr.), sowie für Kerzen (14-17 fr. bei dem Pfund) und Seife und das Gerücht einer bevorstehenden Erhöhung der Tabakpreise. Der Wiener Polizei= Oberdirektor berichtete am 7. März: "Überhaupt überläßt man sich beinahe der Hoffnungelosigkeit, da sich der Drang der Umstände mit jedem Tage mehre und von Seite der Staatsverwaltung keine wirtsame Abhilfe eintrete, welche man vorzüglich in Hinsicht der übermäßigen Wohnungssteigerungen erwartet hatte. Das Gerücht von einer Berabsetzung des Wertes der Bankozettel wird fast allgemein als ungegründet angesehen, und nur in einigen Vorstadtbezirken ift noch die Rede davon; es wird aber von den betreffenden (Polizei=) Bezirksdirektionen dem Glauben daran auf alle Art entgegengearbeitet." Neue wichtige Finanzverfügungen wurden tropdem immer noch erwartet. Auch von einer Konvention mit Kaiser Napoleon wurde gesprochen, durch welche der Fortbestand des Wertes der Bankozettel gesichert werden sollte, sowie von einer Festlegung des Bankozettelkurses mit 600.

Wenn die Regierung auch vor allem die Stimmung der Bevölferung der Residenzstadt sorgsam überwächte, schenkte sie doch auch den in den einzelnen Ländern vorherrschenden Meinungen und laut werdenden Magen, über welche sie sich fortgesetzt unterrichten ließ, aufmerksame Beachtung 1.

Obwohl die Teuerung in Oberösterreich hinter der in Wien herrsschenden weit zurücklieb, wurde auch hier die Stimmung nicht so sehr durch die Kursschwankungen als durch deren von der Regierung nicht behinderte wucherische Ausnüßung seitens der Handelsz und Gewerbszleute beeinträchtigt.

Der Linzer Polizeidireftor betrachtete die zahlreichen plötlich reich gewordenen Bürger und Gewerbsleute, die bei einer Regierungsveränderung Schaden zu befürchten hatten, als ergebene und verläßliche Elemente, dagegen die Kaufleute nur solange als Patrioten, als ihr Interesse mit dem des Staats sich vereinbaren ließ.

Die Erhöhung der Wohnungsmietpreise erregte auch hier besonders große Unzufriedenheit. Wie am 1. März berichtet wird, waren die Lebensmittelpreise keineswegs im Berhältnis zum Kurse, doch aber seit einigen Jahren wenigstens auf den fünffachen Betrag gestiegen 4. Dazu wird aber bemerkt, daß die Kause und Gewerdsleute sich geswöhnten, immer mehr den Kurs zum allgemeinen Maßstad im Handel und Berkehr zu nehmen, ohne jedoch bei einer Kursbesserung mit den Preisen wieder heradzugehen. Dem ost, namentlich vom Militär, gesäußerten Berlangen nach einem Maximum (Höchstpreis) versuchte die Linzer Polizei mit dem Hinweise entgegenzutreten, daß nur die Kons

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die außerorbentlich schäblichen Wirkungen des Polizeisuschems der Regierungszeit des Kaisers Franz hat besonders überzeugend der Appellationszerichtstat Ignaz Beidtel auf Grund eigener Anschauung geschildert. (Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung 1740—1848. Aus seinem Nachlasse herauszegegeben von Alsons Huber. 1898. II. Bd. S. 117ff.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Der Linzer Polizeibirektor meinte: "Die Klage des Haufens über schlechte Zeiten ist eine gewöhnliche Erscheinung, die bei allen Bölkern zu allen Zeiten stattsindet, auf die man demnach nicht Kücksicht nehmen dars." — Er berichtet auch von dem seltenen Ereignis, daß im Dezember 1810 in Linz kein Diebstahl angezeigt worden sei, und sieht darin einen Beweis für die Wohlhabenheit der unteren und mittleren Klassen. (Bericht v. 1. Jänner 1811.) — Im Februar 1811 häuften sich bereits die Diebstähle in Linz.

<sup>3 &</sup>quot;Des Kaufmanns Abgott ist Gelb, er berechnet die Verdienste nach Prozenten und glaubt sich alles erlaubt, wenn er nur dadurch sein Vermögen vermehren kann." (Bericht vom 2. Februar 1811.)

<sup>4 &</sup>quot;Das große übel stedet bei den Kauf= und Gewerbsleuten, manche Artikel sind in Linz teurer als in Wien; dieses wucherische Benehmen macht die Menschen mißmutig." (Bericht vom 1. März 1811.)

kurrenz und der Wert des Geldes wieder Wohlfeilheit herbeiführen könnten.

Auch die Berichte aus Steiermark und dem Klagenfurter Kreise vom Ende des Jahres 1810 und vom Beginne des Jahres 1811 klangen nicht gerade beunruhigend. Neue Kriegsgefahr wurde auch dort befürchtet. Eine Finanzoperation wurde allgemein erwartet, und bange Sorge um die Zukunft machte sich wohl vielfach bemerkbar 1. Dabei wurden jedoch nicht weniger als 16 Faschingsredouten in Graz abgehalten und, wie der Polizeidirektor berichtete, tanze, trinke und esse in den zahllosen Wirtshäusern alles, als ob man in den glücklichsten und wohlfeilsten Reiten lebte?, wobei sich die "Gewerbstlassen" auffallend hervortäten. Die Teuerung der Lebensmittel hatte jedoch auch hier schon große Fortschritte gemacht, wenn auch die der Satzung unterliegenden Waren noch keine allzu große Preissteigerung erfahren hatten 3. Als die Satzung für Rind= und Kalbfleisch vom 1. März an um je 4 fr. (auf 30 und 36 fr.) erhöht werden mußte 4, erregte dies um so mehr Unzufriedenheit, als auch eine Berteuerung aller übrigen Keilschaften als Folge dieser Erhöhung befürchtet wurde. Das Gerücht einer bevorstehenden Devalvierung der Bankozettel hatte sich im Februar auch in Graz schon weit verbreitet, und die Polizei war auch hier noch zu Anfang März bemüht, es zu entfräften.

Ziemlich beruhigend waren immerhin auch die Nachrichten, welche

¹ Eine Herstellung der Finanzen wurde bei Erhaltung des Friedens mit großen Aufopferungen für möglich gehalten. Bon der Tilgungssteuer vom beweglichen Bermögen allerdings erwartete man nicht viel, "weil im Durchschnitt alles auf Berschweigen und Berkürzen den Bedacht nehmen soll". Die Erhebung der Tilgungssteuer vom undeweglichen Bermögen hielt man für Untersteiermark zwar für durchschrbar, für Obersteiermark aber für platterdings unmöglich. (Bericht des Grazer Bolizeidirktors v. Carneri vom 31. Fänner 1811.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Schließung der Gast- und Kaffeehäuser vor 12 Uhr nachts, Einschränkung von Musik, Tanz und Kegelschieben, Verbot der Glück- und Hasarbspiele war bereits mit Beginn des Jahres 1811 angeordnet und eingeschärft worden.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Es kostete ein Ei bereits 5—6 kr., Butter 2 fl., Schmalz 2 fl. 12 kr. Auch bas Holz war wegen größer Kälte, der Honig wegen Zudermangels viel teurer gesworden. Die für Dezember 1810 sogar um 2 kr. ermäßigte Rindsleischtage betrug 26 kr., die für Kalbsleisch 32 kr.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Die Fleischer hatten eine Erhöhung auf 35 kr. für Rinbsleisch verlangt. Die Regierung ließ zunächst Probeschlachtungen vornehmen, da sie eine so bebeutende Erhöhung "mitten im Biehstande", in Graz, nicht zulassen wollte. (Bericht vom 28. Februar 1811.)

über die Stimmung in Böhmen zu Ende des Jahres 1810 einliefen, wenn sich auch die Sorge um die Zukunft der Staatsfinanzen vielfach zeigte. Daß der Kurs der Bankozettel in Prag durchwegs um einige Prozente günstiger war als in Wien, spielte wohl keine große Rolle. Der Prager Stadthauptmann meinte, daß nur ein kleiner Teil der Bevölkerung den Druck der Zeit unerträglich finde, daß dagegen die Bauern, Güterbesißer, Handels- und Gewerbsleute in ungewöhnlichem Wohlstande lebten und sich um die Zeitverhältnisse wenig kümmerten 1.

Auch ein Vergleich der heimischen Zustände mit denen der benachsbarten Staaten wirkte günstig. Es wurde übrigens auch damit gerechnet, daß die Regierung zu Beginn des Jahres 1811 mehrere Millionen Bankonoten zum Kurse von 600 gegen Konventionsmünze einzulösen bereit sein würde, wovon eine wesentliche Besserung erwartet wurde. Obzwar diese Einlösung nicht ersolgte, blieb die Stimmung in Böhmen auch im Jänner 1811 gut; über Mangel an Salz und Tabak wurde stellenweise mehr geklagt als über die Schwankungen des Kurses, welche die arbeitenden und produzierenden Kreise bei Bewertung ihrer Erzeugnisse in Rechnung stellen konnten. Wenn die Regierung wenigstens einige Millionen Bankozettel öffentlich in größeren Städten verbrennen lassen wollte, glaubte man eine schnelle Verminderung der Teuerung und Besserung des Kurses erwarten zu können.

Im Februar 1811 wurden die neuen Finanzmaßnahmen bereits mit großer Ungeduld erwartet 2, die zur Herstellung eines sesten Systems und zur Hebung des Staatskredits führen sollten. Es erregte neues Mißetrauen, als die Summe der Bankozettel von der Tilgungsdeputation

<sup>1 &</sup>quot;Die tägliche Beränderung des Werts unserer Staatspapiere ist schon bei den meisten dis zur Gleichgültigkeit herabgesunken; nur träumt man immer von einem unter den Augen der Regierung getriebenen Wucher und führt an, daß die Bankozettel selbst zur Zeit der seindlichen Invasion, wo doch der Staatsreichtum und die Hypothek der Bankozettel so prekär war, besser standen als gegenwärtig; übrigens schmeichelt man sich zwar allgemein mit einer baldigen Berbesserung des Kurses, jedoch will man sich nicht überzeugen, daß dadurch eine unmittelbare Wohlseilheit entstehen müsse, und sieht mit Zuversicht anderweitigen Regierungsvorkehrungen zur Herbessichung besserer Zeiten entgegen." Bericht vom 3. Jänner 1811. — Der Elbogener Kreishauptmann schrieb am 31. Dezember 1810, "daß das so sehr gefürchtete Ungeheuer, nämlich der Kurs, viel von seiner Schröckensgestalt verloren habe".

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Es war aufgefallen, daß die Arbeiter der Schönfeldschen Druckerei, wo Regierungsverordnungen gedruckt wurden, unter strenger Aufsicht standen und sich schon durch längere Zeit nicht aus ihrer Arbeitsstätte entfernen durften.

am 23. Februar 1811 mit einem bedeutend höheren Betrage als vorher mit dem Patente vom 26. Februar 1810 bekanntgegeben worden war, und man hoffte, nicht neuerdings getäuscht zu werden. Die Mutmaßungen bezogen sich vor allem auf eine Berkürzung der Einzahlungsfristen für die Bermögenssteuer sowie auf die Ablieferung des Goldes und Silbers. Ersteres wurde zumeist als ganz zweckgemäß und billig betrachtet, soweit dabei auf eine allgemeine gleichmäßige Berteilung der Lasten gesehen würde, letzteres aber als ein völlig "verkehrtes Kettungsmittel" entschieden zurückgewiesen 1.

In Böhmen scheint es demnach gelungen zu sein, die Bevölkerung mit ihren Wünschen und Befürchtungen auf eine falsche Fährte zu bringen. Auch in Mähren und Schlesien war es vor allem die außersordentliche, wie der Landesgouverneur Graf Lazanzth annahm, nur durch den schlechten Kurs des Papiergeldes verursachte Teuerung<sup>2</sup>, welche alle Schichten der Bevölkerung mit Ausnahme der in fast unglaublicher Gleichgültigkeit verharrenden Landleute beunruhigte, am meisten die vollständig niedergedrückte Klasse der Kentner und Besamten, die bereits zu Ende des Jahres 1810 nicht nur allen Annehmlichsteiten des Lebens zu entsagen gezwungen, sondern teilweise schon außersstande waren, sich die nötigsten Lebensbedürfnisse zu verschaffen. Als Ursache der Kursverschlechterung wurden zumeist Einzelspekulationen sowie eine sehlerhafte Organisation der Börse, die die Regierung leicht verbessern könnte, angenommen 3.

Obwohl der Gouverneur den teils inhaltsleeren, teils aus pflicht=

<sup>1 &</sup>quot;Man erklärt untereinander laut, lieber das Gold und Silver vergraben zu wollen, als es einer solchen Ablieferung unterziehen zu lassen, wodurch der Untertan seines letzten Notankers beraubt und dem Staate durch eine nicht erfüllte Versheißung der Regierung gleichwohl nicht geholfen werde." (Bericht des Prager Stadthauptmanns vom 7. März 1811.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> "Schon durch eine geraume Zeit ist es zur Gewohnheit und Regel geworden, den Kurs der Banknoten zum Maßstad bei jedem Verkauf von Erzeugnissen und Fadrikaten sowie bei dem Anschlag jeder Arbeit, jedes Verdienstes, kurz bei jedem Verkehr anzunehmen." (Bericht v. 15. Dez. 1810.) — Bei Besserung des Kurses gingen allerdings, wie auch von dort berichtet wird, die Preise nicht entsprechend zurück.

<sup>3</sup> Nach der Meinung der gebildeteren Klasse der Bürgerschaft war es, wie Lazanzth berichtete, eine auffallende Unmöglichkeit, daß sich die Verhältnisse des Staats von Börsetag zu Börsetag so ändern könnten, daß der Wert der Banknoten in so beträchtlichen Differenzen steigen oder fallen sollte, wie es geschehe; es müßten hier also verderbliche Privatspekulationen zugrunde liegen.

widriger Furcht vor Erstattung unangenehmer Meldungen gefärbten und mit eigenen Auslassungen übertünchten Stimmungsberichten der Unterbehörden keinen Glauben schenkte, meinte er doch versichern zu können, daß Ausbrüche des Mißmuts zunächst nicht zu befürchten wären, wenn das Bolk hierzu nicht durch Beispiele an anderen Orten gereizt würde. Dem Hofkammerpräsidenten bot der Bericht des Gouverneurs den Anlaß, die Erklärung zu wiederholen, daß er keinerlei Ruheskörung befürchte und ganz beruhigt sei 1.

Die Teuerung stieg weiter, auch als der Kurs sich zu Beginn des Jahres 1811 besserte; besonders laut wurde auch hier über die Steigerungen der Wohnungsmietzinse und außerdem über die Preise der Arzneimittel, der ärztlichen Behandlung und der Spezereiwaren geklagt. Es sei gleich teuer, das Leben zu erhalten als es zu verlieren, so murrten die ärmeren Leute und der Mittelstand.

Im Februar war auch in Brünn das Gerücht von einem neuen Finanzpatent verbreitet, über dessen Inhalt allerlei Mutmaßungen umliesen. Man war nur darüber einig, daß das so geheimnisvoll vorbereitete Ereignis "einen allgemeinen großen Schlag" bedeuten würde, der mit Furcht und Besorgnis erwartet wurde.

In Galizien zeigte sich zu Ende des Jahres 1810 bei großem Mißtrauen gegenüber den erwarteten Finanzmaßnahmen nur sehr geringe Geneigtheit zur willigen Unterstüßung der Monarchie in ihrer finanziellen Bedrängnis. Die Berschlechterung des Bankozettelkurses erfüllte alle Kreise mit großer Besorgnis, die Grundbesißer ausgenommen, die sich teils durch übermäßige Preise ihrer Erzeugnisse, teils auch durch deren Anhäufung gegen Berluste zu sichern suchten. Bielfach mutmaßte man, durch wucherische Spekulanten angeleitet, daß die Regierung selbst das Herabsinken des Wertes der Bankozettel wünschte und beförderte. Die Hoffnung auf einen Krieg zwischen Frankreich und Rußland, dem die Wiederherstellung des Königreichs Polen solgen würde, trug im

<sup>1</sup> Rote an die Polizeihofstelle v. 11. Jänner 1811. Z. 1331/Präf. v. 1810. Polizeiakten 1810. ad 104.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Wie der Brünner Polizeidirektor am 1. Febr. 1811 melbete, waren sie besteits mehr als verdreifacht. "Jedermann, dem es nur möglich ist, trachtet daher ein Haus zu kaufen, um hierbei mit Bedrückung der Wohnparteien sein Kapital unbeschränkt auf sehr hohen Prozenten benutzen zu können".

<sup>3</sup> Kaffeesurrogat versüßte man statt mit Zuder, mit galizischem Honig, Tee mit Süßholz.

allgemeinen zu einer Besserung der Stimmung bei 1, die auch in der Folgezeit zumeist von politischen und militärischen Nachrichten beherrscht wurde.

## 8. Das Devalvierungspatent.

Wie bereits erwähnt, hatte sich Wallis in der Konferenz vom 4. Dezember bereit erklärt, zwei verschiedenartige Patentsentwürse zu versassen, die dem Kaiser sozusagen zur Auswahl vorgelegt werden sollten. Der eine dieser Entwürse deckt sich, von einigen kleinen stilistischen Anderungen und Verbesserungen abgesehen, nahezu vollständig mit dem unter dem Datum des 20. Hornung 1811 tatsächlich erlassenen Patente. Er zeigt ganz deutlich, daß Wallis noch früher zu einem entscheidenden Schritte zu gelangen gehofft hat, als dies wirklich geschehen, da als Termin der Herabsehung des Wertes der Bankozettel auf ein Fünstel der 1. Hornung oder spätestens der 1. März in Aussicht genommen war. Ausfallenderweise ist die Masse des Papiergeldes, die zunächst mit 1011801895 oder alternativ mit 1080982250 fl. angegeben war, schließlich wie im Patente selbst mit 1060798753 fl. angenommen 3.

Der das Verhältnis der Kupfermunzen zu den Einlösungsscheinen

¹ Der Lemberger Polizeidirektor bemerkt hierzu: "Nichtsdesktoweniger ziehen die Einwohner Galiziens weiblich gegen die neuen Finanzanordnungen (die Tilgungssteuern u. a.) los, schreien über unerschwingliche Lasten und schwelgen, wie sie noch nie geschwelgt haben. Der größte Teil des Abels hat zweizährige Fruchtworräte, verkauft aber für Bankozettel kein Körnchen, teils aus Mißtrauen gegen dieses Papiergeld, teils um den hohen Marktpreis nicht sinken zu machen." Das Beispiel der Herren werde von den Untertanen nachgeahmt; die dadurch entstandene schreckliche Teuerung bringe die Beamten in die äußerste Bedrängnis. Wie diese dies zu einer Besserung der Lage ihr und ihrer Kinder Leben fristen sollten, wäre, wenn sie vom Staat nicht kräftig unterstützt würden, bloß der Vorsehung bekannt. (Bericht v. 22. Jänner 1811.) — Dem Gouverneur Grasen Goöß allerdings schien eine beträchtliche Anhäusung älterer Getreidevorräte namentlich wegen der großen im Jahre 1809 geleisteten Lieferungen unwahrscheinlich.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Im Texte, der sehlreiche gleichzeitige und spätere Korrekturen ausweist, wurde dieser Monat als Alternative nachträglich hinzugesügt. Da Wallis im Eingange des Patents statt 1810 "dieses Jahr" schrieb, scheint er dessen Kundmachung noch im Jahre 1810 erhofft zu haben.

<sup>3</sup> Dementsprechend finden sich auch drei verschiedene Einlösungsscheinsummen angegeben. Der letzte der drei genannten Beträge wurde am 23. Februar 1811 nach einem von der Staats-, Kredits- und Jentral-Hosbuchhaltung fertiggestellten Ausweise als die im In- und Auslande im Umlause und bei den Staatskassen bestindliche Gesamtsumme der B.Z. öffentlich bekanntgegeben.

behandelnde § 23 ist in nicht weniger als vier verschiedenen Fassungen vorgelegt worden, welche sachliche Unterschiede ausweisen 1, die insbesondere die Außerkurssetzung einzelner Kategorien und deren Rennwertbestimmung im Berhältnisse zu den Einlösungsscheinen betreffen 2.

Auch im letten Abschnitt des Patententwurst zeigt sich die Unssicherheit des Verfassers, dem daselbst zunächst die Herabsetzung der Staatsschuldinteressen auf ein Drittel aus der Feder floß, die er sofort durch die auf die Hälfte ersetzte. Die hier gebrauchte Bezeichnung der Einlösungsscheine als "der eigentlichen Wiener Währung" ging nicht in das Patent über.

Noch weitaus rascher als dieser eigenen Entwürfe entledigte sich Ballis der Aufgabe, den "Patentsentwurf nach den Modifikationen des Staats- und Konserenzministers Grasen von Zichn" herzustellen 3. Neben einer kurzen Ankündigung des Zwecks des Patentes umfaßt der Entwurf nur 6 Abschnitte, von denen eigentlich nur der erste eine endgültige, freilich die einschneidendste Verfügung enthält, daß nämlich bis zum Ende des Jahres 1811 alle Bankozettel zu einem Fünstel ihres Nennwerts gerechnet in Einlösungsscheine umzuwechseln und sodann außer Kurs zu sehen wären.

Sowohl die Art der Fundierung und allmählichen Tilgung 4 dieses neuen, unter die Garantie der Erbstaaten gestellten Papiergeldes, sowie auch die Bestimmungen über die Behandlung der Darlehns- und anderen Berträge, die Festsehung des Zeitpunktes des Beginnes der Bankozettelumwechslung und das dei der Reduzierung des Kupfergeldes einzuhaltende Bersahren war weiteren Patenten vorbehalten.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Wie flüchtig und ungenau Wallis bei der Ausarbeitung vorging, ist beispielsweise daraus zu ersehen, daß er ursprünglich bei einer nachträglichen neuen Fassung des § 23 des Patents statt des fünfsachen Betrages (z. B. für sechs Areuzer nach dem Nennwerte in Einlösungsscheinen dreißig Areuzer in Aupfergeld) den zehnssachen Betrag eingesetzt hatte. Warum das Verbot der Aussuhr der im Umlauf verbleibenden Aupfermünzen zu 30, 15, 3 und 1 Areuzer (§ 23, c) durch nachsträgliche Korrektur auch auf die Einsuhr ausgebehnt wurde, ist nicht einzusehen.

 $<sup>^2</sup>$  So wird beispielsweise für die Sechs-, Drei- und Einkreuzerstücke ein Nennwert von 1,  $\frac{1}{2}$  und  $\frac{1}{4}$  Kreuzer, sodann ein solcher von  $1^1/_5$ ,  $\frac{3}{5}$  und  $\frac{1}{5}$  Kreuzer, endlich ein solcher von  $1\frac{1}{2}$ , 1 und  $\frac{1}{2}$  Kreuzer vorgeschlagen.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Wie flüchtig auch dieses Konzept entworfen wurde, zeigt, daß in der Einleitung von großen und ungeregelten Sprüchen (statt Sprüngen) der Kurse geschrieben wird.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Die Landtage von Ungarn und Siebenbürgen sollten vorerst hierüber beraten.

Nur die Auflassung der Stammvermögenssteuer wurde in den Patentsentwurf selbst aufgenommen; die Art der Heranziehung der Untertanen zur Tilgung des Papiergeldes i sollte ebenfalls erst durch eine spätere Berfügung bestimmt werden. Es macht den Eindruck, daß Wallis auch dadurch, daß er in diesem Patentsentwurfe so vieles der Zukunft anheimsstellte, den Kaiser für die Annahme seiner Pläne und für die Gutheißung seines weit eingehender ausgearbeiteten Patentsentwurfs zu stimmen beabsichtigte, was ihm auch noch vor Jahresschluß gelang, nachdem der Kaiser diesen vorher zu seiner Beruhigung noch von einem anderen Gesichtspunkte aus hatte überprüfen lassen.

Nur eine dem Areise der genannten Kommissionsmitglieder nicht angehörige Person zog er zu diesem Zwede ins Bertrauen, seinen oftmals zur Begutachtung von Gesetzentwürfen herangezogenen juristischen Berater, den Staats= und Konferenzrat Anton Pfleger von Wertenau 2. Um 18. Dezember 1810 überschickte er ihm den Entwurf des Patents 3 zur genauen Durchsicht und Prüfung in rechtlicher hinsicht. Bereits am 24. Dezember erschien Pfleger nach erfolgter Durchsicht und Brüfung des Entwurfs mit dem Hoffammerpräsidenten vor dem Raiser, und nun hatte Wallis also die Gnade — wie die damals viel gebrauchte Redewendung lautet —, dem Kaiser den Entwurf des neuesten Finanzpatents vorzutragen, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß er auch dessen Zustimmung fand. Es erhellt dies daraus, daß der Kaiser sich, wie einem Vortrage des Hoftammerpräsidenten vom 30. Dezember zu entnehmen ist, für die dritte der erwähnten Varianten des § 23 entschieden hatte 4, und wenn Wallis in einem Bortrage vom 25. Dezember über die Rudforderung einer der Einlösungs= und Tilgungsdeputation ausgefolgten Summe bemerkt, daß der Kaifer die möglichst zu beschleunigende Ausführung des von ihm in Vorschlag gebrachten Finanzspstems anzu-

Die Summe der Bankozettel wird, wie zuerst auch in dem anderen Patentse entwurfe, mit 1 011 801 895 fl. angegeben und wurde nicht geändert.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Wenn Erzherzog Johann in seinem Tagebuche diesen Mann richtig gekennszeichnet hat, war er wohl für diese schwierige Aufgabe nicht die geeignetste Versönslichkeit. "Er richtet großes Übel an, indem er in seiner Gleißnerei des Kaisers Geswissen beruhigt, indem er ihn glauben macht, alles, was geschehe, sei nach Gesrechtigkeit. (Krones, Aus stillen und bewegten Jahren. S. 153.)

<sup>3</sup> Der nach den Zichpschen Abanderungsvorschlägen gearbeitete Entwurf scheint gar nicht mehr in Frage gekommen zu sein.

<sup>4</sup> Im Vortrage wie auch in der k. Entschließung heißt es irrtümlich § 22.

befehlen geruht hätte 1 und in einem weiteren Bortrage vom 1. Fänner 1811, der eine am 30. Dezember 1810 abgeforderte Außerung über die Frage, in welcher Baluta die Bankozettel bei Kapitalsrüctzahlungen angenommen werden sollen, von seinem dem Raiser am 24. Dezember "vorgetragenen und gutgeheißenen Patentsentwurfe" spricht, so scheint es für den ersten Augenblick sogar, daß das weitere Schicksal des Entwurfes des Hoffammerpräsidenten an diesem letteren Tage bereits entschieden worden sei. Und doch ist dies nicht anzunehmen. Gut= geheißen ist offenbar nicht so viel wie genehmigt, und solange der Raiser, von dem es, wie allgemein bekannt war, nicht leicht gewesen ist eine Entschließung zu erlangen, eine solche nicht gefaßt und schriftlich niedergelegt hatte, war eine Entscheidung eben nicht getroffen 2. Daß sich dies so verhielt, konnte Wallis schon einen Tag später erfahren, als er vom Kaiser einen eben vorgelegten Vortrag des Grafen Zichy über das einzuführende Finanzspstem mit dem Auftrage zugesendet erhielt, dessen Inhalt im Einvernehmen mit dem Bizekanzler Baldacci sobald nur immer möglich in die reifste Erwägung zu ziehen und ihm das Gut= achten hierüber ungefäumt "zur Schluffassung" vorzulegen. Hätte ber Kaiser Wallis' Vorschläge tatsächlich bereits genehmigt gehabt, so wäre die einzig mögliche Schluffassung zweifellos doch die Zurückveisung der Plane Bichns gewesen.

Obwohl sich der Kaiser bei der Konferenz im Prinzipe für die Pläne des Grasen Wallis erklärt hatte, hielt auch Zichy die Sache immer noch nicht für endgültig entschieden. In der Befürchtung, daß sein mündlicher Vortrag nicht die nötige Ausführlichkeit und überzeugungskraft besessen hätte, sah er es als seine Pflicht dem Kaiser und dem Staate gegenüber an, noch eingehender den freimütigen Beweis zu führen, daß das "ansgetragene" System des Hosfammerpräsidenten nicht ausführbar wäre und die Monarchie in ihren Grundsesten erschüttern und untergraben müßte. Er wollte jedoch nicht nur tadeln, sondern vielmehr bessere Vorsichläge erstatten, den bereits vorgebrachten Einwendungen gegen seinen Plan, hauptsächlich hinsichtlich der Uneinbringlichkeit der Steuern, entgegentreten, dabei unter Vermeidung gewaltsamer Schritte "beisnahe alle drei Systeme in ihren Wirkungen mit der möglichsten Ersache

<sup>1</sup> Der Bortrag ist abgebruckt bei Stiagnth a. a. D. S. 108ff.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Stiaßny (a. a. D. S. 46f.) spricht von bem (am 2. Jänner 1811) bereits ansgenommenen System bes Grafen Wallis und bezeichnet den 24. Dezember 1810 als den historischen Geburtstag bes Patents.

leichterung der Steuerpflichtigen und der Aussicht eines sicheren Geslingens vereinigen", zugleich der Staatsverwaltung das Vertrauen der Bevölkerung erhalten und auch den überaus notleidenden Staatssbeamten und Pensionisten zu Hilfe eilen.

Die wichtigsten Neuerungen dieser geänderten Vorschläge Zichus bestanden darin, daß statt 216 nur 153% Millionen Einlösungsscheine allmählich im Laufe von drei Jahren ausgegeben und zum Teile auch jährlich durch die in Konventionsmünze eingehenden Güterkaufschillingsbeträge getilgt werden sollten, daß ferner die innerhalb dreier Jahre in den deutschen Erbländern zu entrichtende Vermögenssteuer um mehr als die Hälfte herabgesetzt würde und für einen Teil derselben noch sünsprozentige Obligationen im Vetrage von 116 Millionen ausgesolgt werden sollten. Eine Herabsesung der Zinsen der Staatsschuld (ebenfalls auf die Hälfte) sollte erst am 1. November 1812 eintreten, von welchem Tage an auch alle Staatsauslagen in Einlösungsscheinen berichtigt werden sollten. Vor allem scheint es Zichu wohl darauf angekommen zu sein, die seinem engeren Vaterlande drohende Überraschung zu vershindern; denn er hielt seine Anträge für ganz geeignet, dem ungarischen Landtage vorgelegt und von diesem auch angenommen zu werden.

Eine Auswechstung der Einlösungsscheine à dureau ouvert wie auch die Berwendung der für geistliche Güter eingehenden Kaufschillinge, die doch der Tilgungsdeputation überwiesen waren, zu Börsenoperationen sollten das Finanzschstem ergänzen und stüßen.

Das verlangte einvernehmliche Gutachten wurde tatsächlich mit großer Raschheit schon am 4. Jänner 1811 erstattet; obwohl von Wallis und Valdacci unterzeichnet, enthält es zumeist eigentlich nur des ersteren Votum, da die Vorschläge und Einwendungen Valdaccis, der, wie bereits ausgeführt, ein unbedingter Gegner der Devalvierung war, von Wallis sogleich zurückgewiesen werden. Allerdings stimmten beide darin überein, daß der neue Plan Zichys unannehmbar und unaussührtvar sei. Valdacci hielt nach wie vor sein Konsolidierungssystem sür das einzig haltbare, den Umständen angemessene und zur Rettung der Finanzen geeignete, wosern der Verkauf geistlicher und anderer Güter auf jede mögliche Art beschleunigt würde. Wallis dagegen hielt dieses bei der sast vollständigen Leere der Staatskassen und dem Aonstinente immer sichtbarer und drückender werdenden Mangel an barem Gelde weder für rätlich noch für annehm dar und das Devalvierungssystem troß der damit verbundenen "riesenmäßigen Schwierigkeiten"

für das einzig mögliche, wenn sich auch ein glücklicher Erfolg ebensowenig bei diesem wie bei jedem anderen System bei der gegebenen zerrütteten Lage der Finanzen verbürgen ließe 1.

Daß die Finanzpläne vor der Ausführung dem ungarischen Landtag vorgelegt würden, wie Zichn verlangte, wiesen beide zurück; doch sollten sie dem Erzherzog-Palatin mitgeteilt werden.

Wallis begnügte sich jedoch nicht mit diesem Gutachten, sondern trat den neuen, teilweise auf unrichtigen Berechnungen beruhenden Borschlägen sowie den Einwendungen gegen seine Plane sogleich nochmals scharf entgegen, indem er sie sowohl im ganzen als auch in ihren einzelnen Teilen einer neuerlichen und noch strengeren Brüfung unterzog. Daß bei einer Devalvierung der Bankozettelgulden auf 12 kr., wie Zichn behauptet hatte, eine andere auf 6 fr. oder noch tiefer folgen tönne, bezeichnete er als ebenso bekannten als nichtssagenden Gemein= plat, gegen welchen insbesondere die bestimmte Erklärung des Kaisers gelte, daß, wenn auch das devalvierte Papiergeld sich nicht halten sollte, dann das Konsolidierungssystem einzutreten hätte, nämlich die Verwandlung der Bankozettel in verzinsliche Schuldscheine. Er verwahrt sich besonders gegen den seinem in rechtlicher Hinsicht überprüften System gemachten Vorwurf der Ungerechtigkeit, "wo doch die heillosen Ungerechtigkeiten des bestehenden Finanzspstems von keinem soliden Rechtsgelehrten in Abrede gestellt würden". Die Rückehr zur Ordnung war nach der Meinung des Hofkammerpräsidenten ohne große Un= annehmlichkeiten und Entbehrungen nicht denkbar, aus dem Labyrinth herauszukommen, ohne daß sich viele Ungleichheiten und Unfälle er=

¹ "Eurer Majestät ist es gnädigst bekannt, daß A.h. dieselben mir die Aussarbeitung eines neuen Finanzsystems aufgetragen haben, daß ich mich diesem A.h. Besehl erst nach mehrmaliger Betreibung bloß aus unbedingtem Gehorsam gestüget, die Unmöglichkeit, für den glücklichen Ersolg eines wie immer gearteten Finanzplanes zu stehen, dargestellt, und E. M. inständigst gebeten habe, solchen sorgfältig durch alle jene Männer, welche E. M. dazu geeignet sinden würden, prüsen zu lassen." Ballis wies hierbei auf den Obersten Kanzler und den Hriegsratspräsidenten hin; Baldacci empfahl für den Fall, als der Kaiser noch eine weitere Prüsung der drei Systeme (Ballis, Baldacci, Zichy) veranlassen wollte, den Staats- und Konserenzminister und Ersten Obersthofmeister Fürsten Trauttmansdorff, den Staats- und Konserenzminister Grasen Chotek sowie den früheren Bizepräsidenten der Hoskammer Freiherrn Christoph v. Bartenstein, sowie die Einberufung einiger Länderchess, was jedoch Ballis nicht zusagte. Das Gutsachten ist abgedruckt dei Stiaßny a. a. D. S. 114 ff.

gäben, nicht möglich. Wenn Zichy darauf hinwies, daß den Bankozetteln in Ungarn die nötige gesetzliche Sanktion fehle, so fand Wallis, der hierüber allerdings anders dachte, daß dann deren Devalvierung oder Konsolidierung in Ungarn vielleicht sogar leichter als in den übrigen Ländern erfolgen könnte.

Einen längeren Aufschub durchgreisender und rasch wirkender Maßzegeln betrachtete Wallis namentlich wegen der großen Vorbereitungen, welche Frankreich für das "ereignisschwere Jahr" 1811 traf, als unsbedingt ausgeschlossen.

Die Bereinigung der drei verschiedenen Finanzspsteme zu einem einzigen hielt er für ganz und gar unmöglich, die Annahme, daß die Bankozettel durch die bloße Ankündigung eines erst nach drei Jahren vollskändig ausgeführten Spstems eine bessere Bewertung erfahren würden, für eine Täuschung.

Die Einzahlung der Steuer vom unbeweglichen Stammvermögen in drei Jahren neben der dreifachen Kontribution in Bankozetteln erschien ihm viel zu drückend, überhaupt aber auch sein eigenes System viel leichter erträglich. "Bei meinem System", schrieb er dem Kaiser, "ist nur das erste Jahr schwierig und selbst das nur scheindar, weil im Grunde alles auf das Alte zurückgeführt wird und die Stammvermögenssteuer aushört."

Von maßgebender Bedeutung für die Entscheidung mag vielleicht die Bersicherung des Hofkammerpräsidenten gewesen sein, daß nach dem im vorhinein zu verbürgenden Mißlingen des Zichnschen Finanzschstems nichts weiter zur Rettung zu tun übrig bliebe 1.

Da Wallis die Devalvierung gerade auch mit Rücksicht auf Ungarn empfohlen hatte und da er bestritt, daß eine Beratung des Landtags vorausgehen müßte <sup>2</sup>, wies er natürlich auch Zichns Vorschlag, zunächst

<sup>1 &</sup>quot;Bei dem System des Grasen Zichy ist aber kein weiterer Ausweg denkbar, alles Zutrauen ist verloren, der Staat aufgelöst. Auch läßt sich das Mißlingen des Systems des Grasen Zichy im vorhinein mit Gewißheit verbürgen, weil dieses System den Berhältnissen des Staates nicht angemessen ist und der Theorie des Papiergeldes sowie auch den Prinzipien der Nationalökonomie zuwiderläust, wosvon man sich aus Saverden (richtig Coeverden), Soden und den besseren Werken der Schriftsteller in diesem Fache sehr leicht überzeugen kann." Stiaßung a. a. D. S. 126.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Er meinte: "Bei dem Landtage sind nur die zu leistenden Beiträge der Gegenstand der Deliberation," zugleich aber auch im Widerspruche hiermit: "Die Fundierung des erübrigenden Papiergeldes und noch weitere Maßregeln in Finanzshinsicht werden nicht hinreichende Debatten für den Landtag darbieten."

diesen einzuberusen, als eine unnötige, das Ansehen des Wonarchen tief herabsetzende Erschwerung der Lage zurück. Er sand auch hierin um so mehr die Zustimmung des Kaisers, als dieser sogar Wallis' Wunsch, den Palatin und den ungarischen Kanzler unter strengster Verschwiegensheit mit ins Vertrauen zu ziehen, nicht erfüllt hatte.

Wie der Kaiser hatte übrigens auch Wallis selbst seine Vorschläge auch nach dem Weihnachtstage 1810 noch nicht durchaus für endgültig angenommen betrachtet. Es erhellt dies daraus, daß er nachträglich, am 30. Dezember, nochmals auf den § 23 des Patents zurückam und hierfür einen fünsten Entwurf vorlegte, der, eine endgültige Regelung des Kupsergeldwesens wermeidend, die Rennwertseststagung im Versältnisse von 1 zu 5 und nunmehr auch die Außerkurssezung der Sechstreuzerstücke anordnend, auch in das Patent selbst überging.

Noch am 12. Fänner 1811 benütte der Hoftammerpräsident die Gelegenheit, anläßlich der Beurteilung eines Berichtes des Grazer Volizeidirektors für sein Finanzsystem einzutreten; aber erst am 27. Jänner legte er den "selbst mundierten" Entwurf des Patents und den der dazugehörigen Stala dem Raiser vor 2. Lettere hatte die lange Berzögerung verursacht. Rachdem der Kaiser den von Wallis angenommenen Grundsatz genehmigt hatte, daß bei allen in Bankozetteln eingegangenen Berbindlichkeiten aus der Zeit, da diese dem Metallgelde nicht mehr gleich standen, die Rudzahlung nach dem Kurse des Zeitpunktes der Errichtung der betreffenden Urkunde erfolgen, dabei aber für jene Monate. in welchen der Kurs sich weit über 500 verschlimmerte, doch kein tieferer als dieser angenommen werden sollte, war es eine der ersten Sorgen des hoffammerpräsidenten gewesen, den mittleren Monatskurs der Konventionsmünze bis zum Jahre 1796 zurück feststellen zu lassen. Um Aufsehen zu vermeiden und nichts zu verraten, ließ er diese immerhin mühsame Arbeit unter dem Borwande durchführen, daß er eine vergleichende Abersicht des Verhältnisses des Geldkurses zu den jeweiligen Betreidepreisen zu erlangen wünschte, und hütete er sich, die Fertigstellung zu betreiben 3.

 $<sup>^1</sup>$  Für Ende Jänner 1811 wurde ein Betrag von 144 Millionen fl. B. Z. an Kupfermünze angenommen, wovon 63 600 000 fl. auf die Sechskreuzerstücke, die 4 $26^2/_3$  fl. ausgemünzt wurden, entfielen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Konzept und eigenhändige Reinschrift des Vortrags im Staatsarchiv. Staats-ratsakten. 48/G. Pr. ad 1729 von 1811.

<sup>3</sup> Die Zusammenstellung wurde dem Börsekommissär aufgetragen. Für 1796

Da sich zeigte, daß der Unterschied zwischen Kapiergeld und Konventionsmünze in den Jahren 1796 bis 1798 nur unbedeutend war, wurden diese Jahre in der Stala nicht berücksichtigt. Wallis beantragte nun, diese Stala dem Finanzpatente "beizuschließen", in welchem § 12 und § 13 eine dementsprechende Anderung ersahren mußten. Im übrigen war der § 23 (Nennwert des Kupsergeldes) gemäß den am 30. Dezember 1810 vorgeschlagenen Bestimmungen in den Entwurf eingesügt; der Schluß des § 6 (über die Verminderung der Einlösungssicheine) war abgeändert.

Da die Kundmachung des Patents in allen Erbländern überall unfehlbar am nämlichen Tage erfolgen sollte, hielt es Wallis, der nun zunächst den 1. März ausersehen hatte, doch für rätlich, diese auf den 15. März oder auch den 1. April zu verschieben, da die Zeit für die Druckelegung, Versendung und Übersehung des Patents bereits recht knapp geworden war. Schließlich setzte er den 15. März in den Entwurf ein. Am 7. Februar wurde dieser vom Kaiser genehmigt 3, und damit war die Devalvierung beschlossen.

bis 1805 wurden die Konventionsmünzkurse nach dem mittleren Wiener Kurse der "kurzssichtigen" Augsburger Wechselbriese angenommen, da eine besondere Berseichnung der ersteren an der Börse nicht vorzukommen pflegte.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Jm September 1798 stand das Papiergelb sogar ½ % über Pari. Als Durchschnittskurs des Jahres 1810 hatte J. v. Weber 489½ festgestellt, für die drei letzten Monate dieses Jahres 5525/8, 698 % 18 und 960 19/32.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Ankündigung der Fortsetzung des allmählichen Berkaufs eines bebeutens den Teils der Staatsgüter zum Zwecke der Tilgung des Papiergeldes war von Wallis gestrichen worden.

<sup>3 &</sup>quot;Ich genehmige den Entwurf des Finanspatents mit den bei den § 6 und § 10 gemachten Abänderungen." In § 6 hatte der Kaiser den Absat gestrichen: "Schon itt erklären wir aber Unseren treuen Untertanen, daß der vom Berkause der geistlichen Güter eingehende Kausschlässen, daß der vom Berkause der geistlichen Güter eingehende Kausschlässen zur Tilgung des Papiergeldes sestgesetzt bleibt und daß Wir überhaupt auf das sorgfältigste daraus bedacht sein werden, dem Amortisierungssond angemessen und ergiedige Juslüsse zu verschaffen." Obwohl der Verkauf der geistlichen Güter, diese schon in dem O'Donellschen System enthaltene bedeutsame Finansmaßnahme, dem Kaiser offenbar nicht zusagte, blied dieser Absat aber schließlich doch in dem Vatent erhalten. — Mit einem vom Kaiser erst am 12. März genehmigten Zirkulare vom 15. März wurde sodann noch ausdrücklich bestimmt, daß die geistlichen Güter, deren Verkaus vom Kaiser bewilligt wäre oder würde, (nicht mehr gegen klingende Münze, sondern) nur mehr gegen Einslöungsscheine (bzw. sünsssachen B.-B.-Betrag) verkaust oder vielmehr öffentlich versteigert werden dursten. — In § 10 strich der Kaiser die ihn vermutlich zu wenig genau dünkende Fassung: "Auf Verträge und Geschäfte, welche von Unsern Unter-

So trat benn, da bem Kaiser kein anderer Ausweg aus der finanziellen Not gangbar schien, das von Wallis empfohlene Devalvierungssystem ungefähr vier Monate nach dem ersten darauf hinzielenden Vorschlage in Kraft. Die wichtigsten Berfügungen des Devalvierungspatents 1, die sich zumeist schon aus den geschilderten Plänen und Verhandlungen ergeben, sind: die Einziehung der Bankozettel bis letten Jänner 1812 und deren Auswechselung gegen von der Ginlösungs= und Tilgungs= deputation auszugebende Einlösungsscheine nach dem fünften Teile ihres Nennwerts, die Erklärung der letteren vom 1. Februar 1812 an als einzige Baluta des Inlands als "Wiener Währung", die Bestimmung des Ausmaßes, in welchem auf ältere Verpflichtungen zurüchgehende Zahlungen (auch Zessionen) zu leisten waren, und zwar auf Grund einer dem Batente angehängten Aursstala, die Berabsetzung der Zinsen von allen öffentlichen Obligationen auf die Hälfte, die Außerkurssetzung mehrerer kleiner Kupfermünzgattungen sowie die Herabsetzung des Nennwertes einiger anderer auf ein Fünftel, endlich die Aufhebung der Steuer vom beweglichen und unbeweglichen Stammvermögen. Das Finanzpatent ordnete ferner an (§ 18), daß die Satzungen auf Fleisch, Brot usw. bis zum Verschwinden der Bankozettel nach dem alten Nennwerte dieser und dem Nennwerte der Einlösungsscheine zu berechnen waren, und zwar nach einem erklärenden Beispiel, daß ferner vom 15. März 1811 an alle Steuern und Abgaben in Einlösungsscheinen oder im fünffachen Betrage in Bankozetteln entrichtet und ebenso auch alle Besoldungen, Pensionen (unter Aushebung aller Zuschüsse und Teuerungsbeiträge) und anderen Ausgaben des Staates ausbezahlt werden sollten.

Als Endzweck der großen, keinen Aufschub duldenden Maßregel wird im Eingange des Patents angegeben, "auf der einen Seite das Papiergeld auf das zum Verkehr erforderliche Verhältnis schnell zurückzudrängen und auf der anderen Seite jeder Stockung vorzubauen und Unseren Untertanen die anerkannte Wohltat des an und für sich für Industrie überaus wichtigen, nur allein durch Abermaß schädlichen Papiergeldes nicht zu entziehen."

tanen außer Landes geschlossen werden oder welche sich auf das Ausland beziehen, hat die Anordnung des § 9 (Bertragsabschluß in Wiener Währung) keinen Bezug." — Wallis erhielt den genehmigten Entwurf am 8. Februar zurück.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Das Patent (Reuestes Finanzpatent) ist in der Polit. Geseh-Samml. d. J. 1811 als Rr. 14 abgedruckt.

Am 15. Februar versah der Kaiser vier Abdrücke des vorausdatierten Patents mit seiner Unterschrift, nachdem er dessen Hauptinhalt mit ben Weisungen über die Zeit und Art der Kundmachung schon am 12. Februar den einzelnen Chefs der Landesregierungen durch besondere von Wallis aufgesette Sandichreiben mitgeteilt hatte. Der Brager Oberstburggrafenamtsverweser, der mährisch-schlesische und der galizische Gouverneur sowie auch der Hoffriegsratspräsident als oberster Verwalter der Militär= grenze erhielten den Auftrag, das Patent sogleich unter strengster Wahrung des Geheimnisses in die Landessprachen überseten zu lassen. Auch einige andere Beamte, welche mit dem Patente zusammen= hängende Anordnungen zu treffen hatten, wurden unter Abnahme eines Verschwiegenheitseides vorzeitig eingeweiht. Diese mußten sich nicht nur verpflichten, bas ihnen Mitgeteilte als bas strengste Geheimnis zu verschweigen, sondern auch alles sorgfältigst zu vermeiden, wodurch ein Dritter zur Vermutung kommen könnte, daß ihnen geheime Aufträge erteilt worden wären.

Für vorzeitige ober verspätete Berlautbarung des Patents wurde allen hieran Schuld tragenden österreichischen Beamten unnachsichtlich mit Dienstentlassung, den ungarischen Amtspersonen mit der landesfürstlichen Ungnade gedroht.

Noch am 12. Februar, nachdem die Handschreiben an die Länderschefs bereits ausgefertigt waren, suchte der ungarische Palatin Erzscherzog Josef bei dem Kaiser eine Anderung des Patents zu erwirken, und zwar in dessen § 6, in welchem es heißt, daß die Einlösungsscheine unter die Garantie der Erbstaaten gesetzt werden. Da zu diesen auch Ungarn und Siebenbürgen gehörten, deren Ständeversammlungen aber hierzu ihre Zustimmung nicht gegeben hätten, empfahl er zunächst die Einsügung des Wortes "deutschen" vor Erbstaaten, sodann aber die Hinkung des ganzen die Garantie betreffenden Sates. Der Kaiser ließ sich zwar hierzu nicht bewegen; doch wurde im übrigen in sehr weitzgehender Weise und wohl mehr, als dies Wallis ursprünglich in Aussicht genommen hatte, auf die besonderen staatsrechtlichen Verhältnisse Ungarns Rücksicht genommen.

Es geschah dies in recht eigenartiger Weise. Einerseits wurde unter dem Tagesdatum des Patents ein in lateinischer Sprache abgefaßtes Restript über die neuen Finanzversügungen an die Komitate und Freistädte erlassen und erhielt der ErzherzogsPalatin von seinem kaiserslichen Bruder den Auftrag, diese Verfügungen am Morgen des 15. März

105

nach einem für Ungarn bestimmten Auszuge aus dem Devalvierungspatente kundmachen zu lassen, welche Aufgabe für Siebenbürgen dem dortigen Gouverneur Grasen Banfsty zusiel.

Andererseits wurde jedoch das Patent selbst, das doch für alle "Erbstaaten" gelten sollte 1, auch nach Ungarn geschickt und gelangte bort= selbst sogleich zur allgemeinen Kenntnis, obwohl die Wiener Regierung sich offenbar nicht getraute, die Anwendung aller Bestimmungen des= selben, die in den deutschen und böhmischen Erbländern wie auch in Galizien sofort in Kraft traten, auch in Ungarn zu fordern 2. Von einigen kleinen, vorwiegend stilistischen Anderungen und Kürzungen abgesehen, fällt an dem dem Valatin übersandten Vatentsauszuge vor allem auf, daß § 6 über die Garantie der Erbstaaten für die Einlösungsscheine, über deren Fundierung, Tilgung und den Amortisierungsfonds voll= ständig fehlt. Aus § 8 fehlt die Bezeichnung des neuen Papiergeldes als Wiener Währung und einzige Baluta für das Inland. Die §§ 9 bis 16 des Patents und der Anhang (Schuldenzahlungen und Skala) fehlen vollständig, ebenso § 18 (Sapungspreise), die §§ 19 bis 22 (Steuern, Pensionen, Teuerungsbeiträge, Bermögenssteuer), endlich der lette Abschnitt des § 23 (d) über vereinbarte Zahlungen in Kupfermunze. Daß aber nicht das Restript, sondern das Patent selbst für die allgemeine Beurteilung der großen Finanzoperation in Ungarn entscheidend war, geht schon baraus hervor, daß den größten Widerstand sogleich gerade die Schuldenzahlungsstala gefunden hat. Es scheint von vornherein nicht baran gezweifelt worden zu sein, daß alle im Patent enthaltenen Verfügungen auch Ungarn zugedacht waren.

Da ber Anhang zu bem Finanzpatente, die "Skala über den Kurs der Bankozettel, nach welchem die Zahlungen zu Folge des Paragraphs 13 und 14 des Patentes vom 20. Hornung 1811 zu leisten sind", sowie auch die Frage der Schulbenrückzahlung überhaupt, nicht durchwegs

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Rur hinsichtlich ber im Prinzipe in Aussicht gestellten Fundierung und Tilgung der Einlösungsscheine wird (§ 6 des Patents) Ungarns und Siebenbürgens bestonders Erwähnung getan.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Mit einem Handschreiben vom 12. Februar an den Gouverneur Siebensbürgens wurde das "für die deutschen und böhmischen Erbstaaten diesfalls erslassene Patent" übersendet, der Birkungsbereich dieser Bersügung also ausdrücklich eingeschränkt. (Hofkammerarchiv 1811. G. A. 13, J. 3288.) — Das Handschreiben an den Palatin u. a. vom 12. Hornung 1811 sind abgedruckt bei Stiahnh a. a. D. S. 127.

nur mit den übrigen Finanzmaßnahmen zusammen und zugleich behandelt worden sind, erübrigt es nun noch, auf diese besonders einzugehen.

Schon bei den Beratungen der Finanzkonferenz, die sich im Februar 1810 mit den Plänen des Hoffammerpräsidenten D'Donell befaßte, hatte Christoph Freiherr von Bartenstein (früher Bizepräsident der Hoftammer) mit dem Vorschlage der Außerkurssetzung und Umwechslung der Bankozettel den der Festsetzung eines billigen und gerechten Maßstads für die Abtragung der Schuldverpflichtungen verbunden, etwa einer Scala proportionis, wie solche in Frankreich, in den nordamerikaniichen Staaten und selbst in Deutschland nach dem Dreikigjährigen Kriege und auch anderwärts angenommen worden seien. Er blieb mit seinem Borschlage allein; aber die überaus wichtige Frage der Behandlung privater Schulden, welche schließlich durch die Skala des Patents vom 20. Hornung 1811 eine gewaltsame Lösung gefunden hat, bilbete bereits kurze Zeit darauf den Gegenstand einer besonderen vom Kaiser angeordneten Beratung 1 von Vertretern der Hof= und Staatskanzlei, der vereinigten böhmisch=österreichischen sowie der ungarischen Hoffanglei, der Hoffammer und der Obersten Rustigstelle.

Graf Wallis nahm an diesen Beratungen, die unter dem Vorsitze des Obersten Kanzlers Grafen Ugarte stattsanden, nicht teil; doch war er mit den von den Vertretern der Hoftammer geäußerten Ansichten und somit auch mit den Ergebnissen der Veratung zweisellos einverstanden<sup>2</sup>. Diese Vertreter<sup>3</sup> aber stimmten ebenso wie die der böhmisch<sup>2</sup>

¹ Die unmittelbare Veranlassung hierzu bot ein Schreiben des bayerischen Staatsministers Grasen v. Montgelas, womit um einen Besehl an die k. k. Unterstanen ersucht wurde, alle Zahlungen an bayerische Untertanen in Bankozetteln nach dem jeweiligen Kurse und nicht nach dem Nennwerte zu leisten, während gleichzeitig die Polizeihofstelle meldete, daß das nach den Erblanden bestimmte Vermögen aus Bayern nur nach dem Nennwerte der Bankozettel verabsolgt würde, oder vielmehr ein Vortrag, der daraussin von der Hose und Staatskanzlei am 2. August 1810 über die für österreichische Untertanen zu besorgenden Nachteile erstattet wurde, falls man fortsahren würde, die im Auslande — es handelte sich zuvörderst nur um Bayern — gemachten Schulden der Privaten mit Bankozetteln nach dem Nennwerte absühren zu lassen, sowie auch über die große Zahl insländischer Privater, die gutes Geld im Inlande verliehen hatten und bei der Rückzahlung geschädigt würden.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Das dem Kaiser vorgelegte Verhandlungsprotokoll ist auch von ihm unterszeichnet.

<sup>3</sup> Es waren ber Bizepräsident v. Barbier und die Hofrate Freih. v. Lederer, v. Dürfelb und v. Collin.

österreichischen und der ungarischen Hoftanzlei dem Antrage des Referenten, des Hofrats der ersteren, Freiherrn von Erggelet, unbedingt bei, wonach für die österreichischen Untertanen nur die Verpflichtung bestünde, ihre Bankozettelschulden, soweit nicht die Rückzahlung in bestimmter Münze ausdrücklich ausbedungen worden war, an baperische Untertanen nach dem äußeren oder Nennwerte zu bezahlen, weil der Bankozettelgulden einen in was immer für einer Münze empfangenen Gulben vorstelle, vom Staate als Gulben erklärt und dessen Annahme nach dem Nennwerte jedermann gesetlich befohlen worden sei 1. Nach ben natürlichen und positiven Gesetzen musse angenommen werden. daß der Schuldner dem Gläubiger seine Schuld einer etwa erfolgten Münzveränderung ungeachtet nur nach dem äußeren Werte der gangbaren Münze zu bezahlen habe, weil er nicht mehr zurückzugeben verpflichtet sei, als er empfangen hatte. Da die Münzveränderungen weder dem Schuldner noch dem Gläubiger zugerechnet werden könnten, müßten sie als Zufall angesehen werden, der dem einen Nuten und dem anderen Schaden bringen kann, den aber eben deswegen, weil er keinem Teile zugerechnet werden könnte, jeder geduldig ertragen müßte 2. Wo nur ein genus, nämlich Geld oder Gulben, geliehen worden, wäre auch nur ein ebensolches genus zurückzugeben, wo aber eine species,

¹ Nach § 6 bes Patents vom 15. Juni 1762 über die erste Ausgabe der Bankozettel war niemand gezwungen, solche gegen seinen Willen für bares Geld oder an Zahlungsstatt anzunehmen, doch wurden sie vom Staate bei der Entrichtung bestimmter Abgaben als bares Geld angenommen. Mit dem Patent v. 16. Aug. 1796 wurde (§ 4) bekanntgemacht, daß die Bankozettel, da sie bares Geld vorstellen, bei allen landesfürstlichen Kassen bei der Zahlung aller Abgaben und Gefälle im vollen angegebenen Werte angenommen und auch bei allen Ararialzahlungen abgegeben werden. Nach § 4 des Patents v. 15. Juli 1800 waren Bankozettel auch im Privatverkehr dem vollen Nennwerte nach als bares Geld anzunehmen, und von diesem Zeitpunkte hörten, wie der Reserent über diesen Gegenstand bes merkte, die Bankozettel auf, "eine besondere, zwischen dem Staate und seinen Untertanen eingeführte Münze zu sein, sondern sie sind die allgemeine Vorstellung bes Wertes einer jeden, wie immer, Namen habenden Sache geworden."

<sup>2 &</sup>quot;Daß der oben aufgestellte Grundsat in den positiven Rechten gegründet sei, dafür bürgt dassenige, was in öffentlichen Schulen gelehrt und in den Gesetsbüchern der meist gesitteten Völker angetrossen wird." Es wird hier auf § 97 des Bürgerlichen Gesetbuches für Galizien vom Jahre 1797 und auf Abschritt 1895 bis 1897 des Côde Napoléon verwiesen. — Nach diesen Grundsäten hätten auch die Gerichtshöse bisher entschieden.

nämlich bestimmte Gold- oder Silberstücke, geliehen worden, diese species oder ihr innerer Wert nach Gehalt und Gewicht 1.

Dieser Auffassung trat der Vertreter der Obersten Justizstelle, Hofrat Freiherr von Gärtner, mit einem nur die rechtliche Seite der Frage berührenden Kuriatvotum entgegen, nach welchem nicht der Nennwert der Bankozettel bei der Zahlung der Privatschulden, sondern vielmehr beren zur Zeit des Entstehens der Berbindlichkeit geltend gewesener Kurs maßgebend sein sollte, wobei zwischen eigenen und fremden Untertanen, sofern nicht besondere Staatsvertrage ober Retorsionsversahren in Betracht tämen, kein Unterschied zu machen wäre 2. Allerdings meinte auch er, daß sich, wenn keine besondere Münzgattung 3 und entweder überhaupt kein Zahlungsort oder keiner, an welchem Bankozettel kursierten, ausgemacht war, der Gläubiger nach der bestehenden Regel mit Bankozetteln nach ihrem Nennwerte begnügen müßte: doch ergäben sich auch dann Fälle, in welchen der Richter die Anwendbarkeit der gesetlichen Vorschrift, daß Bankozettel auch bei Zahlungen unter Privaten als Gelb angenommen werden sollten, in billigen Zweifel ziehen könnte, und er hielt es für die Pflicht der gesetzgebenden Gewalt, jene Verordnung, durch welche bei seither ganz veränderten Zeitumständen eine große Zahl von Staatsbürgern um den weitaus größten Teil ihres Eigentums gebracht würden, zwar nicht aufzuheben, aber auf eine billige Art zu modifizieren. Die Begründung hierfür lag nach Gärtners Ansicht vor allem darin, daß die Bankozettel tatfächlich nicht Geld wären 4 und daß auch die Schuld-

<sup>1</sup> Es wurde hierbei ausdrücklich hervorgehoben, daß es sich bei Bermächtnissen, Erbschaften, Schenkungen usw. um eine species handle, die von einem Staate in einen anderen gebracht werden könne, sofern nicht, wie in Frankreich, ein Goldund Silbermünzausfuhrwerbot bestünde, in welchem Falle die Übertragung nur in Wechselbriefen oder nach Umsehung in Waren stattsinden könnte.

 $<sup>^2</sup>$  Er verwies hierbei auf  $\S$  33-37 des neu sanktionierten bürgerlichen Geset buches.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Hierüber bemerkte er: "Da niemandem für das, was er zu fordern hat, etwas anderes aufgedrungen werden kann, so ist der Gläubiger auch nie schuldig, anstatt der Münze Bankozettel nach dem Kurs anzunehmen. Unterlaufener Bucher kann, wie sich von selbst versteht, Ausnahmen begründen."

<sup>4 &</sup>quot;Es ist seit Jahrtausenden unter allen kultivierten Nationen eingesührt, daß nur aus edleren Metallen ausgeprägte Münzen eigentliches Geld sein können. Bankozettel werden nur uneigentlich Geld genannt, sie repräsentieren bloß das gemünzte Metall, ohne gleich diesem einen inneren Wert zu haben. Daß sie nicht Geld sind und sein sollen, beweist sogar ihre Ausschrift, worin sie dem Geld ent-

verhältnisse des Staates, der sich nach den langwierigen und unglückslichen Kriegen selbst ein Moratorium gegeben hätte, nicht mit denen der in der Regel keineswegs zahlungsunfähigen Privatpersonen auf eine Linie gestellt werden dürften 1.

gegengesett und kontradistinguiert werden. Ihr Wert, wie der Wert eines jeden Rreditpapiers, beruht auf der öffentlichen Meinung, daß der Staat fie in eigentliches Geld umseten könne und werde. Solange die Bankozettel sich gegen das Konventionsgelb pari oder allenfalls mit einem unbedeutenden Rabatt erhielten, fo lange konnte ihnen die Staatsgewalt ohne Ungerechtigkeit einen gezwungenen Kurs geben, das heißt, ihre Untertanen nötigen, dieses Papier unter sich in allen Bahlungen nach dem Nominalwert anzunehmen, weil in dieser Epoche der Gläubiger keinen oder doch nur einen sehr unbedeutenden Berlust erlitt, indem er statt Gelbes Bapier erhielt. Sobald jedoch der Unterschied zwischen Bankozetteln und Geld bedeutend wurde, sobald vollends der Staat selbst den Unterschied anerkannte und in seinen Patenten sogar der Fixierung eines Kurses von 300 erwähnte, sobald entstund hieraus unter den Staatsbürgern eine Unsicherheit des Eigentums, die nach meiner überzeugung, welche ich als redlicher Mann nicht bergen darf, mit dem Zwed des Staatsvereins nicht kompatibel ist. Sicherheit des Eigentums ift es nämlich, was der Untertan von der Staatsgewalt hauptfächlich fordern kann, und wenn diese ihn zwingt, von seinem Mitburger, dem er sein Bermögen anvertraute, Bankozettel zurückzunehmen, die derzeit nicht mehr ein Biertel ihres Nominalwertes gelten, so entzieht die Staatsgewalt dadurch ihrem Untertan drei Bierteile seines Eigentums. Hiergegen kann meiner geringen Einsicht nach nicht eingewendet werden, daß der gezwungene Kurs der Bankozettel erhalten werden muffe, solange der Staat sich in der Unmöglichkeit befindet, sie zu realisieren, und daß die Bankozettel im Sandel und Wandel unter Brivatpersonen nicht tiefer gesett werben konnten und bürften, als ber Staat fie in seinen Zahlungen anrechnet."

1 "Der Staat sest gegenwärtig nicht wie sonst Bankozettel in Gelb um, ja er nimmt sie sogar in manchen Zahlungen selbst nicht für klingende Münze. Bon seiner Seite wird dieses Verfahren durch die Unmöglichkeit gerechtfertigt, augenblicklich alle seine Berbindungen zu erfüllen. Diese Unmöglichkeit tritt jedoch der Regel nach bei den einzelnen Untertanen nicht ein. Bielmehr haben sich gerade durch den fallenden Wert der Bankozettel sehr viele auf Rosten ihrer Mitburger bereichert, und es ift kein Grund vorhanden, weswegen man diesen gestatten sollte, gegen ihre Areditoren sich das nämliche zu erlauben, wozu sich der Staat gegen die seinigen nur durch die eiserne Notwendigkeit veranlaßt findet. Einzelne Personen können mit dem Staat in die nämliche Lage kommen, und ich würde es gerecht und billig finden, diesen ebenfalls Moratorien zu erteilen. Überhaupt müßte wohl der Sat zu weit führen, daß den Privatpersonen gegen ihre Gläubiger das nämliche Recht statuiert werden muffe, was sich der Staat gegen die seinigen erlaubt, weil hieraus sogar geschlossen werden könnte, daß kein Schuldner einen Bechsel zu zahlen oder eine Kapitalkaufkündigung anzunehmen schuldig sei, indem der Staat die landständischen verfallenen Tratten selbst prolongiert hat und keine Rapitalsauffündigungen annimmt."

Aberdies würde die Vertröstung auf eine selbst in den Patenten nicht als nahe bevorstehend betrachtete Wiedererlangung des ursprüngslichen Wertes der Bankozettel nur für jene Napitalisten in Betracht kommen, die das heimgezahlte Napital weiter verliehen, wobei auch diese von den Zinsen, welche sie verbrauchten, fast vier Fünstel verslören. Die durch eine nachträgliche Anderung der Vorschrift entstehende Ungleichheit könnte nicht gegen deren Durchsührung sprechen, da die Abhilse desto dringender wäre, je größeres Unrecht den Gläubigern bisher geschehen.

Gärtner empfahl bemnach, festzusetzen, daß der Schuldner dem Gläubiger, sofern nicht eine besondere Vereinbarung getroffen wäre, die Differenz des Bankozettelkurses zu vergüten verpflichtet wäre. Zur Vermeidung von Streitigkeiten über diesen Betrag sollten nach dem Beispiel benachbarter Staaten Kurstabellen durch den Druck bekannt gemacht werden. Umgekehrt könnte auch bestimmt werden, daß bei eingetretener Besserung des Kurses nicht mehr als der ursprüngliche innere Wert zurückzuzahlen käme, wobei für die nach dem in Bankozetteln berechneten Werte übermäßig belasteten Fideikommisse noch bessondere Vorsichtsmaßregeln getroffen werden sollten.

Bürde es aber doch untunlich erscheinen, ein derartiges Regulativ auszuführen, so wäre wenigstens dem Gläubiger freizustellen, die Zahlung in dem Zeitpunkte nicht anzunehmen, da der Bankozettelkurs für ihn zu nachteilig wäre.

Dieser Auffassung der Obersten Justizstelle trat die Hofkammer in allen Punkten entgegen. Auch sie versuchte nun, auf das Wesen des Geldes einzugehen und kam zu dem Schlusse, daß die Bankozettel

¹ "Gelb sei das allgemeine Tauschmittel aller Waren. Die Ersahrung, daß bisher edle Metalle bei kultivierten Nationen zum Stoffe des Geldes gewählt wurden, wenn man auch ihre Allgemeinheit gelten lassen will, beweise nichts das gegen, daß die Staaten auch andere Tauschmittel, anderes Geld in ihrem Umstreise, für ihren inneren Verkehr erwählen können. Bei dem starken Ausflusse der edlen Metalle von dem Kontinente, ja aus Europa, lasse sich vielmehr voraussesehn, daß alle Staaten in Europa Papiergeld als Geld für den inländischen Verskehr sich werden gefallen lassen müssen.

Daß aber in ber österreichischen Monarchie das Papiergelb wirkliches Geld sei — ein durch den Staat allgemein sanktioniertes Algemeines Tauschmittel —, beweiset der § 1 des Finanzpatentes vom 26. Februar 1810, woselbst es heißt: Die Bankozettel bleiben daher (bis zur Einziehung gegen Einlösungsscheine) nach

bas allgemein gangbare Gelb der Monarchie waren, und sie erblickte merkwürdigerweise nicht nur eine Bestätigung, sondern einen Beweis hierfür in § 1 des Patents vom 26. Februar 1810.

Auch eine Begünstigung der Privatgläubiger gegenüber den Staatsgläubigern, die ihr Kapital liegen lassen und Bankozettel annehmen mußten, hielten die Vertreter der Hofkammer nicht für billig 1, wie sie es auch nicht als erwiesen betrachteten, daß die Gläubiger durchwegs drei Viertel ihres Kapitals verlören 2.

Mit gutem Rechte wiesen sie ferner darauf hin, daß es eine irrige Weinung sei, daß der Kurs der Bankozettel durch das Finanzspstem auf 300 fiziert und also gleichsam die Bankozettel auf ein Drittel devalviert worden wären <sup>3</sup>. Der Borschlag der Sbersten Justizskelle sei eine

ihrem Nennwerte inzwischen noch das allgemein gangbare Gelb." — In der Einsleitung dieses Finanzpatents wird allerdings als einer der Zwecke des neuen Finanzspitems bezeichnet, die klingende Münze neben den für den inneren Verkehr unentbehrlichen Vorstellungszeichen derselben in Umlauf zu bringen.

<sup>1 &</sup>quot;Gegen die rechtliche Meinung, daß der Privatgläubiger sich nicht dasselbe gefallen lassen dürse, was der Staatsgläubiger, scheint die Billigkeit zu sprechen, wenn man erwägen will, um wieviel härter der Staatsgläubiger als der Privatgläubiger gehalten ist. Der Privatgläubiger hätte — jene wenigen Fälle, wo dersielbe durch den Kontrakt gebunden wurde, ausgenommen — seine Lage durch Aufkündung des Kontraktes verändern können. Daß er es nicht getan, daß er sich die Bezahlung der Jinsen in Bankozetteln gesallen ließ, zeigt deutlich, daß er sich stillschweigend der Jahlung in Papiergeld fügte, dei welcher es, sobald dasselbe schon bei Schließung des Kontraktes verloren hatte, ungewiß blieb, ob dieselbe ihm zum Vorteile oder Rachteile gereichen würde. Der Vertrag bekam dadurch die Ratur eines Glückvertrages. Der Staatsgläubiger im Gegenteile mußte sein Kapital liegen lassen und mußte die Jinsen in Bankozetteln annehmen."

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> "Daß der Cläubiger drei Viertel seines Kapitals verliere, ist keineswegs ausgemacht. Wenn er sein Kapital liegen läßt oder weiter verleiht, so wird er daßeselbe ebenso allmählich zunehmen sehen, als es abgenommen hat. Denn wennegleich das Finanzpatent die Epoche der Erhebung der Bankozettel zum Nennwerte nicht so nahe rückt, so verbürgt es doch die allmähliche Verbesserung der Kurse."

<sup>3 &</sup>quot;Bei einer Devalvation wird einmal für allemal ein fester Preis, für 5 st. 3. B. 4 st., erklärt, über welchen niemand eine Bergütung seines Bankozettels sordern dars. Es erweiset sich also hier ein doppelter Unterschied: a) Der Kurs der Bankozettel gegen Einlösungsscheine wird nicht auf 300 siziert, sondern vielemehr erklärt, daß er von Zeit zu Zeit sich verbessern soll. d) Es wird der Wilkfür eines jeden überlassen, od er sich Einlösungsscheine verschaffen will oder nicht; es sehlt also hier das Erundmerkmal der Devalvation, der Zwang. Daß diese Einslösungsscheine aber an bestimmten, nicht alsen Abgaben abgegeben werden müssen, ist als eine bloße Steuererhöhung, nicht als ein Zwangsumlauf zu betrachten."

gesetzliche Herabwürdigung der Bankozettel, die sich nicht bloß auf den Darlehensvertrag hinsichtlich der Kapitalien beschränken könne, sondern auf alle Zinszahlungen und überhaupt alle Geldgeschäfte ausdehnen müsse. Das Papiergeld würde hierdurch aushören, Geld zu sein, alle Finanzmaßregeln verlören ihren Zweck, und der Staatsbankerott wäre da, mit seinen fürchterlichen Folgen, gegen welche die Nachteile einer schwankenden Baluta nicht in Erwägung kämen.

Diese Erklärungen im Protokoll der am 27. August 1810 gepflogenen Beratungen, diese entschiedene Verleugnung und Zurückweisung aller Devalvierungspläne tragen, wie bereits erwähnt, die Unterschrift des Grasen Wallis.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß der Vertreter der Hof- und Staatskanzlei zur Sicherung des Privateigentums wenigstens für Privatvereinbarungen eine gesetzliche Bestimmung empfahl, wenn auch die Staatsgläubiger eine Verbesserung ihrer Lage durch den Erfolg der Finanzoperationen abwarten müßten. Er wünschte demnach, daß das Veratungsprotokoll der Hosftommission in Gesetzssachen zur Begutachtung zugestellt würde, was jedoch unterblieb.

Nachdem der Oberste Kanzler Graf Ugarte dem Kaiser daraufhin am 10. September einen eingehenden Bortrag über die Frage, in welcher Baluta die Bankozettel bei Kapitalsrüczahlungen angenommen werden sollten, erstattet hatte, trat die Konferenz am 10. Oktober neuerdings zu einer Beratung dieser Angelegenheit zusammen.

Die außerordentliche Bedeutung dieser Frage mit ihren unabsehbaren Folgen veranlaßte nun auch Wallis, ein Einvernehmen mit der Gesetzebungshofkommission, die mit der Absalsung des bürgerlichen Gesetzbuches betraut war, zu verlangen. Als die Konferenz dem nicht zustimmte, schob er eine Entscheidung mit Kücksicht darauf hinaus, daß zunächst eine solche über das neue Finanzsystem gefällt werden müßte, und erst am 6. Dezember erstattete er dem Kaiser hierüber Bericht. Müßten die Bankozettel, so meinte er, ohne Anderung des Finanzsystems nach ihrem vollen Nennwerte angenommen werden, so würden, wie auch die Oberste Justizstelle annahm, gerade alle redlichen Gläubiger zugrunde gehen oder beinahe ihr ganzes Vermögen verlieren. Wenn auch ein Zahlungsregulativ nach dem Kurse nicht angenommen würde, so müßte doch wenigstens den Gläubigern anheimgestellt werden, die Zahlung bei für sie allzu nachteiligem Kurse nicht anzunehmen. Nach dem Konsolidierungsplane Baldaccis wäre die Sache in den deutschen Erd-

ländern allerdings bald abgetan, da es dabei nur auf eine gesetliche Bestimmung über die Rückzahlungsverbindlichkeit in Konventionsgeld nach dem Kurse des Zeitpunktes der Darlehensgewährung ankäme. Anders lag es bei seinem eigenen Borschlage. "Finden sich E. M. dagegen veranlaßt, die Ausschlung des von mir angetragenen Devalvierungssystems zu besehlen, dann wird die Gesetzgebung aus dem Grunde schwieriger, weil es sich einerseits nicht verbürgen läßt, ob das übrig bleibende Papiergeld der Konventionsmünze gleichkommen wird, und andererseits, wenn nicht auf diese Boraussetzung gebauet und gewirkt wird, das ganze System zusammenstürzen muß." Er dat schließlich den Kaiser, ofsendar um einen Teil der Verantwortung abzuwälzen, den die ruhigste Überlegung und genaueste Prüfung erheischenden Gegenstand auch von anderer Seite begutachten zu lassen 1. Es war klar, daß auch hierbei vor allem die Entscheidung über das weitere Vorzehen der Finanzverwaltung in Rechnung gestellt werden mußte.

Am 30. Dezember verlangte der Kaiser Auskunft darüber, was in dieser Angelegenheit zu veranlassen sein dürfte, worauf Wallis erwiderte, daß diese Frage in dem dem Kaiser am 24. Dezember vorgetragenen und von diesem gutgeheißenen Patentsentwurse in den §§ 11 bis 16 umständlich behandelt und deutlich entschieden worden sei, daß daher die Sache bis zum Erscheinen des neuen Finanzpatents auf sich beruhen dürfte.

Von der früheren Einholung eines Gutachtens der Hoftommission in Justizgesetzsachen nahm nachträglich auch Wallis Abstand, der am Neujahrstage 1811 dem Kaiser, falls er die Sache nicht bis zur entscheidenden Kundmachung auf sich beruhen lassen wollte, empfahl, nur zum Schein und "um die Ergreifung eines neuen Finanzschstems auch nicht entsernt ahnen zu lassen", die Kommission zu einer Außerung über diese Frage zu veranlassen". Hierzu kam es nicht. Als der Kaiser erst am 3. Juni 1811 den Inhalt des vorerwähnten Konferenzprotokolls vom 27. August 1810 zur Kenntnis nahm, war die Frage durch das Patent vom 20. Hornung dieses Jahres längst entschieden, mit welchem sich die Hoftammer in der allergründlichsten Weise von ihrer Auffassung

<sup>1</sup> Vortrag v. 6. Dez. auf Handschreiben v. 28. Oft. 1810. Stiaßnh a. a. O. S. 107 f. — Für die weitere Begutachtung empfahl er die Hoffommission in Justizsgesetzschen, deren Präsidenten, den Oberstlandrichter Math. Wilhelm v. Haan oder den Staats und Konferenzrat v. Pfleger.

<sup>2</sup> Bortrag v. 1. Jänner 1811, abgebruckt bei Stiagny, a. a. D. S. 113. Spriften 165. 1.

sowohl hinsichtlich der Devalvierung wie auch der Behandlung der Schulden bekehrt zeigte, und hatte die Hosftommission in Justizgesetzsachen zu dieser Frage bereits in dem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuche Stellung genommen. Obwohl die Oberste Justizstelle wenigstens die Gewährung eines provisorischen Moratoriums für die in die Behandlung nach der Stala des Finanzpatents verfallenden Schuldner beantragt hatte, kam es hierzu nicht. Der Naiser teilte der Hosstommission in Gesetzssachen am 16. August mit, daß weder ein allgemeines noch ein spezielles Moratorium bewilligt werde.

Noch längere Zeit befaßten sich, wie hier sogleich erwähnt werden möge, die Finanz-Zentralhoskommission wie auch die Oberste Justizsstelle und die Hoskommission in Justizgesetzsachen mit der Auslegung einiger Bestimmungen des Patents, die als Erläuterung desselben bekannt gemacht werden sollten. Sie betrasen die vor dem 15. März 1811 verfallenen Schuldposten, die Erneuerung der Rechte und Bersbindlichkeiten, die sortlaufenden Zahlungen von Zinsen, Kenten, Pensionen usw., die Ansprüche aus letztwilligen Anordnungen und durch Vergleich oder Urteil abgetane oder durch Zahlung getilgte Fordesrungen.

¹ über Darlehen in Kapiergelb wird allerbings in § 986 nur erklärt, daß über die Währung, in der solche zurückzuzahlen seien, die darüber bestehenden Vorsichristen bestimmten, wogegen über Darlehen in klingender Münze nähere Bestimmungen (§ 987—989) getroffen werden. Nach Zeillers "Kommentar über das allgem. bürgerl. Gesehduch" (III. 1, S. 233) bezöge sich diese hindeutung auf die besonderen Vorschriften im § 986 auf das Patent v. 20. Hornung 1811 und einige darüber nachgesolgte Verordnungen. — Im Patente vom 1. Juni 1811 über die Einführung des Bürgerlichen Gesehduches wird sodam ausdrücklich auf das Patent vom 20. Hornung 1811 Bezug genommen, wo es heißt, daß insbesondere die auf Geldzahlungen sich beziehenden Rechte und Verdindlichseiten nach eben diesem über das zum Umlause und zur gemeinen Landess (Wieners) Währung bestimmte Geld erlassenen Patente oder nach den noch zu erlassenden besonderen Geseh und nur bei deren Ermangelung nach den allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesehduchs zu beurteilen seien.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> "Eine Modifikation der Bestimmung des Finanzpatentes vom 20. Febr. 1811 quoad jura privatorum sindet nicht statt; es kann daher auch von dem angetragenen provisorischen Moratorium nicht die Rede sein." (K. Entschl. v. 16. Aug. 1811 auf den Bortrag der Obersten Justisstelle v. 24. Mai 1811. Archiv f. Inneres u. Justis. V. F. 2. NDe. 1811. Aug. 44.)

<sup>3</sup> Die Ergebnisse der Beratung finden sich in dem Hofkammerbekret vom 13. Rovember 1811, J. 3218/148 v. 1811. (Gesetze u. Verfassungen im Justizsfache. 1804—1811. Ar. 962. S. 502ff.)

Die Verdoppelung der Kontribution Galiziens und der Bukowina sowie die Erhöhung der Kontribution der deutschen Erbländer (mit Ausnahme Kärntens) um ein Drittel, die Ballis bereits am 28. Fänner vorgeschlagen hatte (4053257 fl. E.=Sch.), hielt er nach wie vor für un= umgänglich notwendig; von Ungarn und Siebenbürgen erhoffte er eine Erhöhung der Kontribution um 3½ Millionen und ein Subsidium von 21/2 Millionen, wobei diese Länder noch immer weniger zu zahlen hätten, als wenn sie den deutschen Provinzen gleich behandelt würden. Bei ziemlich vorsichtiger, zumeist vergleichsweise auf das Jahr 1796 zurückgehender Veranschlagung der einzelnen Posten der Einnahmen und Ausgaben hätte sich bei einem Erfordernis von 69753000 und einer Bededung von 71886844 fl. E.=Sch. ein überschuß von 2133844 fl. in Einlösungsscheinen oder vielmehr in schwerer Baluta ergeben, falls jedoch die erwartete Erhöhung der Beiträge Ungarns und Siebenbürgens ausblieb, nach dem Voranschlage und dem darüber erstatteten Vortrage des Hofkammerpräsidenten ein Abgang von 4666156 fl. E.=Sch., tat= fächlich aber nur ein solcher von 3866156 fl. E.=Sch.2. Nur über die für die militärischen Auslagen vorgesehene, nach dem Stande der Einkunfte "ungeheure Summe" von 24 Millionen E.=Sch. oder 120 Millionen B.= Z., mehr als ein Drittel der Gesamteinnahmen des Staates, machte Wallis eine etwas ausführlichere Bemerkung. "Sie wird nur mit der äußersten Anstrengung in die Länge aufgebracht werden, und jede Aberschreitung dieses Maximums würde jedes wie immer geartete Finangluftem scheitern machen, den vollkommenften Staatsbankerott

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Da ber Naiser in der Zusammenstellung bei einem Ausgabeposten einen Rechensehler gesunden hatte, erhielt Wallis den Austrag, seinen Antrag der Genauigkeit wegen noch einmal in allen seinen Bosten durchzugehen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Dieser Rechensehler entging auch der Aufmerksamkeit des Kaisers.

herbeiführen und die Grundfesten des Staates selbst ohne Ausbruch eines Krieges unwiederbringlich untergraben." Dabei waren infolge der geplanten Berminderung der Zinsen der Staatsschulden bereits etwa 15 Millionen an "Passivinteressen" weniger eingestellt worden 1.

Für den schlimmsten Fall, daß Ungarn und Siedenbürgen die in Aussicht genommenen Kontributionserhöhungen und Subsidien nicht oder nicht rechtzeitig gewähren würden, nahm Wallis eine noch weiter gehende Zinsenreduktion bei den Staatsschulden (auf ein Drittel anstatt der Hälfte) in mögliche Aussicht 2, was eine Ersparung von ungefähr 5 Millionen E.=Sch. ergeben hätte. Er hatte jedoch, wie schon ausgeführt worden, selbst das Bedenken, daß, zumal im Ansange, nicht zu hoffen wäre, daß sich die Einlösungsscheine al pari mit dem Metallgelde halten würden. Es wäre überdies auf das Ausland Rücksicht zu nehmen und auch auf die vielen öffentlichen Anstalten, deren Fonds großenteils aus Staatspapieren bestünden und die daher in ihrer Bedrängnis den Finanzen zur Last fallen würden. Zunächst, meinte er, sich etwa damit begnügen zu müssen, die Interessen der zu 4½, 5 oder 6% verzinslichen Staatsschuldkapitalien ebenfalls auf 2% wie die vierprozentigen herabzusehen.

Febenfalls aber betrachtete er es als eine unumgängliche Notwendigkeit, an eine Erhöhung der indirekten Abgaben, die Auffindung neuer Steuern und namentlich die Einführung einer ergiebigen Erwerbs- oder Patentssteuer, sobald nach dem Verschwinden der Bankozettel "der Schrecken des fünfsachen Vetrags aufgehört" hätte, zu denken.

Schließlich hatte Wallis auch den Anlaß der Vorlegung des Voranschlages für das Jahr 1811 benutzt, um nochmals auf den äußerst gefährlichen Zustand der Finanzen, auf sein Finanzspstem und die

<sup>1</sup> Daneben betrug das Erfordernis für Besoldungen 6 800 000 fl., für Pensionen 2½ Millionen fl. Einlösungsscheine. — Unter den Einnahmen stand neben den Kontributionen der Länder im Ausmaße von 16 211 333 fl. (ohne die vorgeschlagenen Erhöhungen) die aus dem Salzgefälle mit 11 Millionen Einlösungsscheinen weitaus an erster Stelle. Tranksteuer, Zolls und Dreißigstgefäll solvie Tabaksgefäll sollten, mit je 4 Millionen veranschlagt, zusammen nur um eine Million mehr als das Salzgefälle einbringen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Als weitere Möglichkeit betrachtete er auch die Verwendung einer von der Einlösungs- und Tilgungsdeputation zurückverlangten Summe von 49 180 335 fl. Bankozetteln zur Deckung des budgetären Abgangs. Die Berechtigung zur Rückforderung hatte Wallis darin gesehen, daß der Einlösungs- und Tilgungsdeputation eine um diesen Betrag zu große Summe für die Umwechslung der Bankozettel zur Verfügung gestellt worden sei. Stiaßun, a. a. D. S. 108 fl.

dringende Notwendigkeit einer raschen Entscheidung hinzuweisen 1. Er hatte neuerlich versichert, daß er die außerordentlichen, mit seinem System verbundenen Schwierigkeiten keineswegs verkenne und daß er auch nicht den törichten Wahn hege, daß durch die Devalvierung der Bankozettel und deren Umwandlung in Einlösungsscheine allein schon alles getan und die Herstellung der Finanzen erreicht wäre 2.

Es war nun aber das lettemal, daß er es als notwendig erachtete, für die Annahme seines Shstems einzutreten. Als der Kaiser am 7. Hornung diesem Bortrag des Hoskammerpräsidenten seine Entschließung beisügte, tat er dies zugleich auch für den bereits erwähnten Bortrag vom 28. Jänner 1811 über die Erhöhung der Länderkontributionen, und mit letterer Entschließung bestimmte er zugleich auch den Tag für die Kundmachung des Batents<sup>3</sup>. Bon diesem Zeitpunkte an setze, wie schon erwähnt, die unmittelbare Borbereitung der Bekanntmachung der neuen Finanzverfügungen ein.

Am 16. Februar begann die Versendung der neuen Tarise für Tabak, Salz, Brief- und Postwagenporto, sodann die der neuen Verordnungen

¹ "Übrigens kann ich nicht umhin, wiederholt zu bemerken, daß die Lage der Finanzen schauderhaft ist; . . . daß das Haupt- und Grundübel in dem Übermaße des Papiergeldes liegt; daß, wenn diesem nicht bald abgeholsen wird, die Hilfe sodann zu spät sein würde; daß bei längerer Beibehaltung des dermaligen Systems das Desizit von Tag zu Tag progressiv zunehmen, mit ihm der jäheste Abgrund sich nur zu bald rettungslos öffnen und ein förmliches Stillstehen der Staatsmaschine ersolgen muß."

² "Dies jedoch", hatte er zum Schlusse ausgeführt, "erlaube ich mir nicht allein, sondern halte mich sogar verpflichtet, gehorsamst anzusühren, daß nach meiner Ansicht das von mir vorgeschlagene Shstem mir noch am meisten dem Zweck entsprechend und aussührdar zu sein scheint, daß solches aber, als mit sehr großen Opfern verdunden, die lautesten Klagen hervordringen wird, daß solches auf die unerschütterlichste Beharrlichseit und allergrößtmöglichste Sparsamkeit derechnet ist, und daß die baldige Ergreisung dieses oder eines anderen von dem dermaligen ganz verschiedenen, reif überdachten und wohl berechneten Finanzschstems von Tag zu Tag dringender und unausschiedlicher wird." (Bortrag vom 2. Hornung 1811. Hostammerarchiv. 51/G.Pr. 1811.)

<sup>3</sup> Am 8. Hornung erhielt Wallis die kaiserliche Entschließung vom Bortage, in der es heißt: "Um alles dassenige, was der Kundmachung und Wirksamkeit des neuen Finanzpatents vorausgehen muß, vorbereiten und mit Verläßlichkeit darauf rechnen zu können, daß das gedachte Patent am nämlichen Tage in allen Meinen deutschen Provinzen kundgemacht werde und in seine Wirksamkeit treten wird, bestimme Ich zum Tage der Kundmachung und Wirksamkeit des neuen Finanzpatents den 15. März saufenden Jahres." (Hoskammerarchiv. 50/G.Pr. 1811.)

über die Zollentrichtung, die Wegmauten, die Zahlung der Steuern und Abgaben, die Zahlung der Löhnungen und Reluitionen und anderer Verfügungen. Die Übersendung der in großer Zahl benötigten Druckegemplare erfolgte teils durch hierzu beorderte Kassenosfiziere oder Beamte, teils mit dem Postwagen in Kisten mit falscher Inhaltsangabe zu Händen der Länderchefs. Dabei hatten diese letzteren jedoch auch selbst noch die Drucklegung einzelner Kundmachungen und Verordenungen im Sinne des Patents "mit aller Vorsicht und Geheimhaltung" zu veranlassen. Der Hosftanzlei, deren Wirkungskreis die von Wallis erlassenen Verordnungen großenteils betrasen, wurden diese erst am 15. März mitgeteilt.

Mit den vom Hoftammerpräsidenten schon am 1. März 1811 erlaffenen, selbstverständlich erst später hinausgegebenen "Allgemeinen Vorschriften für die öffentlichen Kassen in Beziehung auf die neuen Finanzverfügungen" 1 wurde die Durchführung der neuen Verrechnung geregelt. Wie in § 5 dieser Borschriften besonders ausgeführt wird, waren alle Teuerungsprozente und Teuerungsbeiträge der in einer festen staatlichen Besoldung oder in einem solchen Lohne sowie in einem Pensions= oder Provisionsbezuge Stehenden mit 15. März 1811 ein= zustellen und waren alle diese Beträge wie auch die festen Gehalte der Seelsorger, Schullehrer, Arzte usw. weiterhin in dem festgesetzen einfachen Betrage in der Baluta der Einlösungsscheine, zunächst jedoch mit Bankozetteln in fünffachem Betrage, auszuzahlen 1. Sonstige Bezüge dagegen, wie Tag-, Wochen- und Fuhrlöhne sowie Auslagenvergütungen, wie sie je nach Umständen von Zeit zu Zeit geregelt worden waren, sollten dagegen nur mit einem Fünftel in Einlösungsscheinen oder mit dem alten Bankozettelbetrage verrechnet werden 2.

Erst am 20. Juni 1811 wurde das Patent erlassen, welches die näheren Bestimmungen über die Einlösungsscheine sowie auch deren Beschreibung enthält. Am 15. Juli begann die Ausgabe des neuen Papiergeldes, worauf vom 15. August an die Bankozettel gegen Ein-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Diäten und teilweise auch die Reisepauschalien der Beamten wurden jedoch nur mit dem halben Betrage in Einlösungsscheinen oder dem zweieinhalbssachen in Bankozetteln bestimmt.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Mit einer am 11. Juni 1811 erlassenen Ergänzung der Kassavorschriften wurde der fünfsache Bankozettels oder einsache Einlösungsscheinbetrag nachsträglich vom 16. März an auch für Sterbequartale, Erziehungsbeiträge, Gnadensgehälter, jährliche Unterstützungen, Aushilsen und Almosen, denen der Perszentualteuerungszuschuß zugekommen war, sestgesetzt.

lösungsscheine umgewechselt werden konnten und nach und nach außer Umlauf zu setzen waren.

Da die nach dem Patente vom 18. Mai 1810 durch die Umwechstung gegen Rupfergeld eingegangenen Bankozettel nach Abzug des Metall= wertes und der Prägekosten zur Vertilgung bestimmt waren und daher einen Teil der Zuflüsse des Tilgungsfonds bildeten, wurden tatsächlich 5 Millionen Bankozettel am 26. August 1811 im Verbrennhause auf dem Glacis öffentlich vertilgt und wurde demnach die Summe der auszugebenden Einlösungsscheine um eine Million (auf 211159750 fl.) verringert. Am 4. März 1812 wurden endlich auf Befehl des Kaisers im Münzhause in Gegenwart von Vertretern der Bürgerschaft und der Tilgungsbeputation alle Bankozettelformen, Matrizen, Stempel usw. öffentlich vernichtet.

## 9. Das weitere Vorgehen des Hoffammerpräsidenten und die Abwehr neuer Angriffe auf sein System.

Die Aufnahme, welche das Devalvierungspatent bei der Bevölkerung der österreichischen Länder gefunden hat und über welche in den nächst= folgenden Abschnitten das Hervorstechendste mitgeteilt wird 1, war keineswegs banach angetan, Ballis in der weiteren Verfolgung seiner Plane zur Beilung ber Finangen zu beirren. Die größte Gefahr drohte seinem System aber von ungarischer Seite. Der Palatin bemühte sich auch nach erfolgter Entscheibung, den Kaiser von dessen Befolgung und Durchführung abzubringen. Er kannte die Stimmung des Landes und, nachdem endlich nach langem Zögern und Verhandeln der ungarische Landtag am 22. Juni einberufen worden war, beeilte er sich, noch vor dessen für den 25. August festgesetztem Zusammentritte eine Grundlage für eine ersprießliche Tätigkeit desselben zu schaffen. Das Einberufungs= ichreiben bot hierfür insofern immerhin eine Handhabe, als es zwar das Finanzpatent ausdrücklich als Ausfluß der königlichen Hoheitsrechte bezeichnet, für die Bestimmung der Art und Weise der Durchführung und Vollendung der Neuerungen des Finangspftems aber gleichwohl die Mitwirfung der Ständevertretung Ungarns zuließ. Der Palatin höffte jedoch, noch weitaus mehr zu erreichen. Am 2. Juli 1811 legte er dem Kaiser "auf dessen bestimmten Befehl", obwohl er sich selbst für

Dortselbst finden auch noch einige hier nicht berührte Berfügungen des Hofkammerpräsidenten Erwähnung.

zu wenig bewandert in den Finanzwissenschaften hielt, welche nicht nur längeres Studium, sondern auch praktische Kenntnisse erfordern würden, einen Vorschlag vor, der, "da in dieser Sache die in Hungarn zu treffenden Verfügungen zu jenen passen müssen, welche für die ganze Monarchie zu ergreisen notwendig ist, auf das Ganze einen Bezug hat" <sup>1</sup>. Es handelte sich demnach um nichts anderes, als von Ungarn aus das Wallissche Finanzsustem aus den Angeln zu heben. Er versicherte seinen Bruder, daß sich die öffentliche Meinung "vorzüglich in Hungarn" bestimmt und laut für eine auch unter den größten Opfern durchzussührende Realisserung des Papiergeldes äußere, während jede andere Maßnahme eine weniger günstige Aufnahme fände und in ihrer Ausführung schon durch das allgemein verbreitete Mißtrauen in die Finanzverwaltung gehindert würde.

Er empfahl nun, von der Gesamtsumme, in welcher Einlösungsscheine ausgegeben werden sollten, einen Teil in Obligationen umzuwandeln, den anderen zu realisieren 2. Ersteres sollte mit allen Scheinen zu 20 und 100 fl. beziehungsweise von 100 und 500 fl. B.=3., wovon etwa hundert Millionen in Umlauf wären, geschehen 3. Die Obligationen sollten mit 2% in klingender Münze verzinst und ebenso auch im Lause von 25 Jahren mittels Berlosung von jährlich 4 Millionen zurückgezahlt werden.

Diese bedeutende Verminderung der Menge des repräsentativen Geldes würde die Warenpreise herabdrücken und auch wieder bares Geld in den Umlauf ziehen, dabei aber auch die einzelnen Besitzer größerer Scheine nicht zu sehr schädigen oder beeinträchtigen, da sie ja im Bedarfsfalle ihre Obligationen ohne Zweisel bei guter Areditlage verkausen könnten. Die allerdings zu erwartende Stockung in Handel und Industrie würde allmählich wieder verschwinden.

Eine weitere Berfügung begründete der Palatin in nachstehender Beise: "Es scheint ferners erwiesen zu sein, daß zu großer eingebildeter

<sup>1</sup> Staatsarchiv. Staatsratsakten ad 1725 von 1811.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bon 212 159 750 fl. Einlösungsscheinen entfielen nach seiner Annahme 100 Millionen auf größere Scheine (zu 20 und 100 fl.), 61 Millionen auf die jährlichen Einkünste des Staates, abgesehen von 4 Millionen fl. K.-M. aus dem Ebelmetallertrag der Bergwerke. Es verblieben sonach noch 51 159 750 fl. Diese letzte Summe, etwa um ein Drittel der in Einlösungsscheinen zu leistenden Abgaben vermehrt, demnach etwa 73 160 000 fl., nahm er als obere Grenze der Beträge an, deren Realisierung vielleicht angestrebt werden würde.

<sup>3</sup> Es waren tatsächlich nur etwa 400 Millionen Bankozettel.

Reichtum das Hauptübel des Ofterreichischen Staats sei, daß dieses Ubel bei dessen jetiger Lage, der eingerissene übelverstandene Spekulationsgeist und die verdorbene Moralität, nur durch eine zeitliche Berarmung zu heben sei." Der Staat solle nach dem Sinne des Patents vom 20. Hornung die Einlösungsscheine — neuerlich, wie der Valatin hätte hinzufügen müssen 1 - als dem Konventionsgelde gleich erklären und sich nur in solchen die Abgaben leisten lassen sowie auch seine Auslagen mit diesen bestreiten, wodurch deren Kredit bedeutend gehoben würde. Da sie wegen ihrer geringen Anzahl in stetem Umlauf ver= bleiben würden, ergäbe sich die Möglichkeit, mit einer verhältnismäßig kleinen Summe ihre jederzeitige Auswechslung gegen klingende Münze in Aussicht zu stellen 2. Schon diese Ankündigung würde den Wert des Papiergeldes erhöhen; vollen Kredit allerdings würde es erst er= langen, wenn sich jedermann von der jederzeitigen Möglichkeit der Realisierung tatsächlich überzeugen könnte. Einem außerorbentlichen Andrang bei den Realisierungskassen empfahl er durch "die so bekannten Hilfsmittel einer langsameren Auswechslung und Berzögerung der Zahlungen" und durch Ansammlung einer größeren Summe für das erste Jahr zu begegnen.

Die wichtige Frage, ob die eingelösten Scheine vertilgt und "dadurch die Masse des zirkulierenden Gelbes noch mehr vermindert werden" sollte, oder ob deren Aufbewahrung als Fonds für künftige Zeiten, etwa behufs Erleichterung der Realisierung, vorzuziehen wäre, beant= wortete der Balatin nicht 3.

Als für die Durchführung dieser Magnahmen erforderlichen Fonds in klingender Münze nahm er für die Verzinsung und Rückzahlung ber Obligationen einen sich fortschreitend vermindernden Jahresbetrag

<sup>1</sup> Auf jedem Einlösungsschein war dies zu lesen.

<sup>2 &</sup>quot;Der Staat würde durch diese Verfügung keinesdings geschmälert; sobald nämlich die Einlösungsscheine realisiert werden könnten, würde auch ihr Wert jenem bes Konventionsgeldes gleich sein, mithin das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe bes Staates fich wieder herstellen; durch das Fallen der Preise wurde vielmehr in letteren eine Verminderung sich ergeben, deren Betrag zu einem Geldvorrate oder dazu verwendet werden konnte, die Lasten der Kontribuierenden in gleichem Mage zu vermindern."

<sup>3</sup> Es scheint dem Verfasser dieses Vorschlages, der auch im übrigen zahlreiche Widersprüche und Unftimmigkeiten aufweift, entgangen zu fein, daß bie aufbewahrten Einlösungsscheine weber zirkulierendes Gelb gewesen wären, noch auch zur Realisierung zu verwenden waren.

von zunächst 6 Millionen fl. an, für die Sicherung der Einsbjung den fünften Teil des Höchstetrages der Summe, für welche eine Einslösungsforderung nach seiner Annahme zu erwarten wäre, und zwar mit einem Betrage von jährlich 14632000 fl., der sich ebenfalls von Jahr zu Jahr vermindern würde.

Nun war der Palatin doch soweit von dem Stande der Staatskassen unterrichtet, daß er es für notwendig hielt, für die Ausmittlung
eines Jahresbetrags von 20632000 fl. in klingender Münze auf besondere Borkehrungen anzutragen. Er empfahl, den Ertrag der Gold- und Silberbergwerke im Ausmaße von etwa 4 Millionen fl. für die Realisierung der Einlösungsscheine zu verwenden und ebenso die aus dem in angemessenn Zeiträumen durchzusührenden Verkause aller leichter entbehrlichen Kameral- und geistlichen Güter in klingender Münze eingehenden Summen im Ausmaße von etwa 1 Million jährlich.

Auch den noch erübrigenden, mehr als dreimal so großen Betrag aufzubringen, hielt der Palatin bei der großen Menge verborgen gehaltenen Goldes und Silbers und bei dem Wohlstande aller Klassen zwar für schwierig, aber nicht für unmöglich. Es könnte durch Repartition wie bei einer Besteuerung geschehen oder noch besser durch eine mit Begünstigungen verbundene Inlandsanleihe oder auch durch eine Awangsanleihe, "wodurch der Besitzer klingender Münze verhalten würde, selbe gegen billige Prozenten an eine bestimmte Kassa abzuliefern, aus welcher dann die beisteuernde Individuen, welche jelbst keine klingende Münze besitzen, die ihnen erforderliche Quantität an selber gegen Erlag des Betrags in Einlösungsscheinen und Aufzahlung der Brozenten erhalten könnten". Er beantragte ferner ein Berbot der Verarbeitung und Verwendung von Gold und Silber und ein Gesetz über die Ablieferung der bereits verarbeiteten Edelmetalle an die Münze. welche sie gemünzt nach Abzug des Schlagschapes beren Besitzern wieder zurückftellen sollte. Auch in einer Erhöhung des Wertes (Münzfußes) ber Gold= und Silbermungen sah er ein gutes Reizmittel zur Heraus=

<sup>1 &</sup>quot;Man kann nach dem Urteile der aufgeklärtesten Finanzschriftsteller als Erundlage dieser Berechnung annehmen, daß man Papiergeld mit dem fünften Teil seines Gesamtbetrages in klingender Münze ohngehindert realisieren könne."— Da die schon erwähnte Summe von 73 160 000 fl. willkürlich angenommen ist, gilt dies natürlich noch mehr von obiger, der der Palatin selbst wohl nicht sehr traute: "eine Summe, welche vielleicht (das erste Jahr ausgenommen) nicht wohl überstiegen werden wird . . ."

locung der verborgenen klingenden Münze, dessen Anwendung freilich noch weitere Überlegung und genauere Kenntnis der allgemeinen Münzeverhältnisse ersorderte.

Das größte, einem Erfolge dieser Maßnahmen entgegenstehende Hindernis lag, wie der Palatin weiter aussührte, in dem Mißtrauen, welches In= und Ausland der österreichischen Staats= und Finanz= verwaltung entgegenbrachten. Um dieser Schwierigkeit zu begegnen, sollte die Aussührung der neuen Finanzmaßregeln ganz den Ständen der einzelnen Länder überlassen werden. Die Regierung sollte "nebst den ihr zu Gebote stehenden Realisierungs=Witteln sich auch der Leitung des ganzen Geschäfts so wie des Papiergeldes ganz auf selbe entledigen". Hier kommen die Interessen Ungarns durch dessen Anwalt bei der Krone mit besonderer Deutlichkeit zum Ausdruck.

Die Einlösungsscheine sollten auf die einzelnen Länder der Monarchie nach dem Maßstabe der Bevölkerung, der Erwerbs= und Bermögens= umstände aufgeteilt, mit einem Provinzialstempel versehen und sodann auch nach den allgemein vom Landesfürsten im Einvernehmen mit den Ständen festgesetten Grundsäten unter der Aufsicht von ständischen Landesdeputationen amortisiert und realisiert werden. Eine aus allen Ländern beschickte Zentraldeputation sollte die Gebarung der ersteren prüfen und überwachen und über das einzuhaltende Verfahren ent= scheiben, ihre eigenen Arbeiten aber dem Landesfürsten zur Ginsicht und Bestätigung vorlegen. Auch hier sollte also die verhafte öster= reichische Staatsverwaltung ausgeschaltet sein und es wird die Wirkung dieser Einrichtung geradezu verlockend geschildert: "Der Staat würde mit einmal sich alles Papiergeldes befreien, seine Finanzen verbeffern, Einnahme und Ausgabe ins Gleichgewicht bringen." Bürde dieser Beg nicht eingeschlagen, so wäre, um wenigstens mit der Zeit einigen Erfolg zu erzielen, zum mindesten größtmögliche Offentlichkeit und klare und jedermann begreifliche Darstellung der nach einer wohlüberdachten Methode auszuführenden Magregeln dringend nötig.

Bei der Anwendung der Borschläge des Palatins auf Ungarn, wobei dieses ohne Siebenbürgen und die Militärgrenzen dem Reichstum und den inneren Kräften nach dem dritten Teile der Monarchie gleich gehalten werden sollte, hätte dieses Land jährlich 6814000 fl. klingensder Münze für die Umwandlung und Einlösung von 70719917 fl. E.Sch. zur Verfügung zu stellen gehabt. Bon den durch die schon erwähnten Bestimmungen über den Verkehr mit Gold und Silber zu erzielenden

Beträgen abgesehen, sollte diese Summe teils vom Staate, teils von den Ständen aufgebracht werden. Ersterer hätte ein Drittel des Edel= metallertrags der Bergwerke, sowie eine große Zahl von Kameral= und Stiftungsfondsgütern 1, die teils verkauft oder versteigert, teils verpfändet (auf 32 Jahre "instribiert") werden sollten, zur Verfügung zu stellen. Den sodann noch fehlenden Betrag hätte einerseits die höhere Geistlichkeit entweder durch Abgabe der mit rund einer Million ange= nommenen Hälfte des jährlichen reinen Einkommens 2 an den Reali= sierungsfonds oder durch Aufnahme eines Anlehens von 20 Millionen in klingender Münze beizusteuern, andererseits der Adel, die königlichen Freistädte und die privilegierten Distrikte durch ein jährliches Subsidium ober ebenfalls durch Aufnahme eines Anlehens. Der schon durch die Militärkontribution und die hohen Salzpreise belastete "Kontribuent" wäre "von allem Beitritt zu dem Amortisierungs= und Realisierungs= fond loszusprechen", es sollte ihm aber dafür die Bedeckung des jährlichen Staatsbefizits, von dessen Verschwinden der Palatin also offenbar doch nicht ganz überzeugt war, aufgetragen werden.

Da das Land eine "konstitutionelle Versassung" habe, verlangte der Palatin, daß der Finanzplan dem Reichstag vorgelegt werde; da sich die Stände aber stets gegen die Abernahme eines Teils des Papiergeldes oder einer Garantie für dasselbe gewehrt hätten und auch weiterhin wehren würden 3, empfahl er eine solche nicht zu sordern, vielmehr die beabsichtigte Maßregel als einen von den Ständen "zum allgemeinen Wohl, zur Sicherung des in Papiergeld bestehenden Privatvermögens, zur Aufrechterhaltung der Landesindustrie und der Preise der Produkten, in Verbindung mit dem Staat zu leistenden Beitrag" zu bezeichnen 4.

<sup>1</sup> Die ungarische Kammer sollte den Stiftungsfonds für biese Guter angemessene Ersat leiften.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Nach einer Berechnung des Jahres 1784 hatte dieses reine Einkommen bereits 1 304 840 fl. betragen.

<sup>3 &</sup>quot;Und nicht ganz unrecht," bemerkt der Palatin hierzu, "weil sie es eben für einen großen Vorteil für den österreichischen Staat halten, daß Hungarns Staatsvermögen mit keinem Papiergeld, mit keiner Schuldenlast behaftet, daß die Stände diese Reiches selbst in dem nämlichen Falle sind, mithin dei unvorgesehenen Umständen dem Staate mit desto mehr Erfolg und Kredit eine Hise darbieten können". Wan ersieht hieraus, wie gut sich der Erzherzog bereits in die Gedankengänge der ungarischen Stände, deren so oft gepriesene Selbstosigkeit und Uneigennützigkeit zur selben Zeit dei den schon berührten Landtagsverhandlungen neuerlich jedem Einsichtigen klar werden konnte, hineingesunden hatte.

<sup>4</sup> Der Palatin gab auch zu erwägen, ob nicht zugleich die Errichtung einer

Diese Berbindung mit dem Staat sollte, worüber der Palatin keinen Zweisel aufkommen ließ, nur darin bestehen, daß dieser fürs erste die nötigen Geldmittel bewillige, während die Ausführung der Maßregel den Ständen "gänzlich und unbedingt" überlassen würde.

Der Kaiser wies die Borschläge seines Bruders nicht zurück, sondern ließ sie von einer engen Konferenz durchberaten, der er zu allem überflusse noch befahl, sie mit dem bereits angenommenen Finanzsystem, das doch davon so sehr weit abstand, zu kombinieren. Die Konferenz — es waren neben Wallis Graf Metternich, Zichy und Baldacci bei der Beratung - erklärte, nachdem der Hoftammerpräsident die neuen Vorschläge im einzelnen geprüft und erläutert hatte, einstimmig, daß der Finanzplan des Erzherzogs dermalen nicht zur Ausführung geeignet sei. Wallis begnügte sich aber nicht damit, dem Kaiser dies mitzuteilen, sondern übermittelte diesem auch noch eine eingehende Ausarbeitung 1, in welcher alles seinem Finanzspstem Widersprechende in dem Entwurfe des Palatins beleuchtet und zugleich zurückgewiesen wird. Dessen ziffermäßige Angaben und Berechnungen erklärt er unter Vorlegung mehrerer Zusammenstellungen für unrichtig und daher auch die auf diesen beruhenden Vorschläge für unbrauchbar. "Seine k. Hoheit geruhen, dieffalls nicht gehörig berichtet worden zu sein," meinte er, der freilich aus eigener Erfahrung wußte, wie schwer genaue Angaben zu erlangen waren. Er hielt es für das allergrößte und allerverderblichste Bagestück, in einem Zeitpunkte, da sich die allgemeine Verarmung Europas an klingender Münze mit Riesenschritten nahte, das Papier= geld ganz verschwinden machen zu wollen, wie dies die öffentliche Meinung angeblich forderte; er war aber auch ganz entschieden gegen eine augenblickliche, gewaltsame, stärkere Berminderung des Papier= geldes, da ihm die 212 Millionen für den Verkehrsbedarf eher zu wenig als zu viel schienen.

"Auf die Verkettung der Umstände und auf die krampshaften Bewegungen, welche sich seit dem 15. März ergeben haben und welche allerdings noch einige Zeit fortdauern und vielleicht noch zunehmen werden, ist nicht zu achten, und darf man sich um so weniger irre machen lassen, als die Ausgabe der Einlösungsscheine erst seit dem 15. Juli

wohlorganisierten Nationalbank ober eines Fundi publici für die Unterstützung nützlicher Unternehmungen des Landes ober auch einzelner Privater angekündet werden sollte.

<sup>1</sup> Bortrag v. 20. Juli 1811. (Staatsarchiv. Staatsratsakten. 1725 v. 1811.)

angefangen hat, die Wirkung sich erst dann, wenn durch diese Auswechslung eine sehr große Summe Bankozettel außer Kurs gekommen, hiermit eine sehr bedeutende Berminderung des Papiergeldes reell erfolgt sein wird, zeigen kann und es natürlich ist, daß Egoismus und Agiotage alles ausbieten, um den Einlösungsscheinen, deren Ausgabe sie rückgängig zu machen hofften, entgegenzuarbeiten."

Wallis verweist sodann auf die Mißtrauen erweckende Unzweckmäßigsteit, soeben erst ausgegebenes Papiergeld sogleich wieder außer Umslauf zu setzen, und auf die Unmöglichkeit, die für die vorgeschlagenen Operationen nötigen Gelbbeträge aufzubringen.

"Wenn eine solche Realisierung möglich wäre, so würde man sich nicht auf eine Devalvierung auf das Fünftel beschränkt haben und jedermann hätte sich gern mit dem Zehntel und noch weniger des Bankozettelnennwerts begnüget. Allein gerade weil eine solche sogleiche unbeschränkte Realisierung schlechterdings unmöglich ist, hat man bei der Devalvierung auf ein Fünftel stehen bleiben muffen. Wenn das übrig bleibende Papiergelb auf jedesmaliges Verlangen in Münze umgewechselt werden könnte, dann würde es bald nicht allein pari, sondern mit Aggio gehen und alle Verlegenheiten hätten auf einmal wie mit einem Zauberschlag ihr Ende erreicht. Allein dies ist schlechter= bings auszuführen unmöglich und gerade dermalen weniger als je, wo die Staatskassen an Konventionsmunze beinahe ganz aufliegen. Wenn das Papiergeld nicht gleich realisiert werden kann, so erübrigen nur zwei Mittel zur Aufrechterhaltung desselben - Zutrauen ober Not. Das erstere ist freilich leider verschwunden, kann aber bei einem zwedmäßigen, tonsequenten, ruhigen und festen Benehmen wieder zurückkehren, allein das zweite Mittel, nämlich Not, ift leider nur zu sehr vorhanden und muß bei der Lage und der nicht abzuwendenden Verarmung von Europa immer fühlbarer werden; hierauf ift mein System gegründet, und diese Grundlage scheint mir in jeder hinsicht richtig berechnet zu sein." Den Gedanken, die eingelösten Scheine nicht

¹ "Auch ist es ein in der Theorie des Papiergeldes anerkanntes Axiom, daß bei Berminderung des Papiergeldes vor allem die kleineren Zettel außer Umlauf zu bringen. Es ist schon dem Finanzvorschlage des nunmehrigen mährischschlesischen Gubernial-Bizepräsidenten von Stahl, nach welchem alle Gattungen von Bankozetteln bis auf jene von 50 und 10 Gulden in Obligationen umgewandelt werden sollen, der Borwurf nicht ohne Grund gemacht worden, daß dies willkürlich und unbillig wäre, und daß eine Operation auf das Papiergeld alle Gattungen desselben gleich treffen soll."

zu vertilgen, sondern für die Zukunft aufzubewahren, weist Wallis als sehr gefährlich und alles Vertrauen vernichtend noch ganz besonders zurück; eine jährliche Summe von 20632600 fl., die übrigens für die Durchführung der Pläne des Palatins nicht ausreichen würde, aufzusbringen, erklärt er sehr bestimmt als eine platte Unmöglichkeit, ebenso auch nur einen Jahresbetrag von 15632000 fl. im Wege einer Repartition oder einer Anleihe zu erhalten. Mit großem Nachdruck warnt er auch vor dem nach Theorie und Ersahrung sehr verderblichen Vorschlage einer Erhöhung des Golds und Silbermünzsußes.

Die Ausführung der neuen Finanzmaßnahmen ganz den Ständen zu überlassen, hielt er für bedenklich und wegen der damit verbundenen Beschränkung der Rechte des Landessürsten für ganz unangemessen zigegen die Abstempelung der den einzelnen Ländern zuzuweisenden Scheine sah er sich veranlaßt, sogar in einem besonderen Bortrage Stellung zu nehmen; für alle Fälle aber erklärte er den für Ungarn in Aussicht genommenen Teilbetrag von 70 Millionen für viel zu klein 2.

Schließlich beleuchtete der Hofkammerpräsident auch noch die den ungarischen Kontriduenten zugedachte scheinbare Wohltat der Befreiung von der Teilnahme an der Bestreitung der Auslagen für die Papiergelds operationen mit dem Hinweise darauf, daß zur Bedeckung des jährslichen Abganges in der Gebarung des Staates ungefähr 12 Millionen Einlösungsscheine nötig seien, die ohne Beitrag des Adels und ohne indirekte Steuern schlechterdings nicht auszudringen wären.

Die Aussührungen des Hofkammerpräsidenten waren so beweissträftig und überzeugend, daß auch der Kaiser die zwingende Notwendigsteit einsah, das bereits angenommene System beharrlich und ohne Abweichungen weiter zu verfolgen, und die Wiener Regierung bemühte sich denn auch gelegentlich der langwierigen Verhandlungen des ungarischen Landtages, dies auch in Ungarn zu ermöglichen, nachdem der Kaiser seinen unerschütterlichen Beschluß bekanntgegeben hatte, alles

<sup>1 &</sup>quot;Den Kredit der Stände zu benützen, dahin geht allerdings auch mein Antrag, allein ihren Wirkungskreis zu vergrößern und den Landesfürsten gleichsam von ihnen abhängig zu machen, dagegen werde ich stets stimmen und Eurer Majestät mit aufgehobenen Händen kniefällig abraten."

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Während der Palatin bemerkt hatte, daß Ungarn allein seinen Kräften nach den dritten Teil der Monarchie ausmachte, betonte Wallis, daß Ungarn mit Siebenbürgen schon geographisch drei Fünstel betrüge, wobei jedoch die deutschen und böhmischen Erbländer weit mehr als das Doppelte gegenüber Ungarn an Abgaben leisteten.

Erforderliche zu tun, um die ungarischen Stände zur Gewährung der zur Rettung der Monarchie nötigen Beiträge zu vermögen.

Ballis hatte aber nun zugleich auch noch einen zweiten Gegner seines Systems zurückzuweisen. Balbacci, nunmehr nach Schittlersberg Präsident des General-Rechnungsdirektoriums, hatte die Beratung über die Entwürfe des Palatins nicht vorübergehen lassen, ohne unter Hinweis auf die sich täglich verschlimmernde Lage seine eigenen Pläne, selbst auf die Gefahr hin, des Eigensinns und der Rechthaberei geziehen zu werden, neuerlich zu empsehlen, die Berrufung alles Papiergeldes wieder zu beantragen und darauf sein Finanzspstem zu begründen.

Er hielt es für eine ausgemachte Sache, daß das nun bereits seit mehr als einem Vierteliahr auf ein Fünftel herabgesetzte Übermaß des Papiergeldes das Hauptübel gewesen wäre und daß der Zweck der Finanzoperation nicht erreicht worden sei, da das neue Papiergeld icon vor seinem Erscheinen bedeutende Verluste erlitten 1 und die Teuerung alle Schranken überstiegen hätte. Nur neue Maßregeln tönnten, wie Balbacci annahm, der zunehmenden Zerrüttung Ginhalt gebieten. Vor allem "Verbannung und Vernichtung alles vom Staate ausgehenden Papiergeldes und Ginführung einer echten, einzig wahren und unwandelbaren Geldwährung"! Die Vorschläge des Palatins leisteten den Forderungen der Gerechtigkeit nicht vollständig Genüge; sie näherten sich zwar seinen eigenen Grundsätzen, aber diese würden nicht mit der unumgänglich nötigen Folgerichtigkeit eingehalten. Nach wie vor und nun sogar mit zu fester Überzeugung gewordenem Glauben erklärte Baldacci das System der Konsolidierung als notwendig, gerecht und dauernde Hilfe versprechend. Es genüge nicht, wie der Palatin annahm, das vom Staate ausgegebene Papiergeld auf die einzelnen Provinzen zu verteilen, es müßte vielmehr von unabhängigen Bankanstalten ein neues Umlaufsmittel (Bankscheine) unter der Oberaufsicht bes Staates geschaffen werden, für welches die Stände die Saftung zu übernehmen hätten 2. Bewährte Brivatgesellschaften wären

<sup>1 &</sup>quot;In die seit einigen Tagen wieder erfolgte Besserung läßt sich nach Regeln der Theorie und Erfahrung kein Bertrauen setzen. Bielmehr ist das gewaltige Schwanken im Grunde für die Privatverhältnisse noch schädlicher als ein langsames, fortwährendes Sinken." Ausarbeitung v. 12. Juli 1811.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> "Die Kreierung dieser Zirkulationsmittel muß von den Bankanstalten selbst und gleichsam nur als ein ihriges Unternehmen geschehen; sie dürsen endlich — die Oberaufsicht ausgenommen, auf welche die Staatsverwaltung nicht Verzicht leisten kann — weder von dieser abhängig sein, noch etwas mit ihr gemein haben."

als Unternehmer der Provinzialbanken den Ständen vorzuziehen. Den seit der Devalvierung der Bankozettel eingetretenen Anderungen der Wertsverhältnisse entsprechend mußte Baldacci auch seine früheren Borschläge in einigen Punkten umgestalten. Er empfahl nun, die Einsssungsscheine nur zum halben Nennwert (oder zu einem Bankozettelskurse von 1000) in Obligationen umzuwandeln und den bereits sesten Zinsenbetrag der Obligationen ebenfalls auf die Hälfte zu vermindern. Es wären also 100 Millionen Obligationen mit einer Zinsensumme von 6 Millionen auszugeben, während die der alten Obligationen ungefähr  $7\frac{1}{2}$  Millionen betragen würde. Es sollten auch statt 130 nur 65 Millionen Bankscheine ausgegeben werden 1.

Bei Anwendung seines Finanzspstems rechnete Baldacci auch auf größeres Entgegenkommen des Palatins und Ungarns und — wenn seinen Worten Glauben zu schenken ist — sogar auch auf die Unterstügung des Grasen Wallis. Er meinte, daß "die Tätigkeit, die Energie, die Standhaftigkeit und die Geisteskraft des Herrn Hofkammerpräsidenten für die beharrliche und konsequente Ausführung sowohl der Hauptsals der Hilfsmittel, wenn sie genehm gehalten werden sollten, bürgt".

Nochmals mußte sich nun also Wallis der Mühe unterziehen, die Berderblichkeit und Unaussührbarkeit der Konsolidierungspläne Balbaccis zu beweisen 3. Er erklärte vor allem, daß der Zeitpunkt, sich von den Wirkungen seines Systems zu überzeugen und über dieses abzussprechen, durchaus noch nicht gekommen war und daß er nach wie vor überzeugt sei, daß die gedieterische Not "nach den krampshaften Zuckungen des Augenblicks" das österreichische Papiergeld aufrechterhalten und immer mehr besestigen werde 4.

<sup>1 &</sup>quot;Allein ich wäre dafür, die Banken zur Herausgabe von 100 Millionen zu berechtigen, weil mir dieser Betrag eines Teils nicht zu groß und anderen Teils für die Industrie und für den Verkehr vorteilhaft scheint."

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> In dem ersten Entwurfe dieser Ausarbeitung vom 12. Juli 1811 fehlen diese offenbar unpassenden Worte.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Die Denkschrift trägt den Titel: Erinnerungen des Hoftammerpräsidenten über die Anträge des Präsidenten des Rechnungsdirektoriums von Baldacci, und ist irrtümlich vom 20. Juli 1810 statt 1811 datiert (ad 1725 v. 1811).

<sup>4 &</sup>quot;Die ungeregelt zugenommene Teuerung und die Verschlechterung der Kurse haben mich in meiner Überzeugung nicht wanken gemacht und konnten es auch nicht, weil es vorauszusehen war, daß bei einem mehr als zwanzigjährigen übel die Ordnung der Dinge und das Gleichgewicht nicht so bald eintreten konnten und daß viele konvulsivische Bewegungen aller Art noch durch längere Zeit vorhersscriften 165. I.

Er betrachtete die ihm keineswegs unerwartet eingetretene Berschlechterung des Börsenkurses nicht als eine in der Wesenheit des Papiergeldes begründete Erscheinung, sondern vor allem als das Ergebnis der Bemühungen der Agioteure, den Einlösungsscheinen, sosen sie deren Ausgabe nicht noch rückgängig machen konnten, den Hals zu brechen. Eine ununterbrochene und fortschreitende Verschlechterung des Kurses des neuen Papiergeldes befürchtete er nicht, wie sich bald zeigen sollte, mit vollem Rechte. An der Hand einiger Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit bekräftigt Wallis seine überzeugung, daß eine völlige Vernichtung des Papiergeldes die Verlegenheiten und die Not des Staates nicht nur nicht vermindern, sondern vielmehr grenzenlos machen würde. Er verwies auf das bedächtige und dabei so zielbewußte Vorgehen in England, das zwar nicht einsach nachgeahmt, aber doch grundsätlich zum Muster genommen werden konnte 2.

gehen müssen, weil, so lang Einlösungsscheine nicht in großer Wenge ausgestoßen und Bankozettel bagegen eingezogen sind, die Verminderung des Papiergeldes nur virtuell und nicht reell ist und von keiner bedeutenden Birkung sein kann, weil endlich die ungünstige Bitterung des heurigen Jahres Getreide-, Wehleund Gemüsepreise in die Höhe treiben mußte und die Teuerung des Schlachtviehes in vielen anderen von Jahren her rührenden Ursachen und namentlich in der uns gezweiselten Abnahme desselben und in dem Kriege zwischen Rußland und der Türkei liegt."

¹ "Die früheren Beispiele von gänzlicher Bernichtung des Papiergelbes in Frankreich und in Amerika können weder zum Maßstad noch zur Nachahmung dienen, weil damals die Seltenheit der Münze in Europa noch gar nicht eingetreten war, Frankreich durch die Schreckensregierung der Guillotine beinahe alles Privat-vermögen an sich gerissen hatte und Amerika als Freistaat von unbedeutender Industrie Maßregeln ergreisen konnte, die in einer geregelten Monarchie nicht angegangen wären."

An der Verrufung der Bankozettel in Westgalizien und in Illyrien aber hätte man mit voller Deutlichkeit die Vernichtung des Wohlstandes und die äußerste Not an Münze als unmittelbare Folgen einer plötslichen vollskändigen Beseitigung des Papiergeldes wahrnehmen können.

2 "In Großbritannien, wo Wohlstand und Industrie zu Hause sind, wo Nationalund Privatreichtum so außerordentlich groß ist, wo Privaten so viele klingende Münze besitzen und wo die Regierung auf Gemeinsinn und Patriotismus im vollsten Maße zählen kann, verliert das Papiergeld gegen Münze dreißig Prozent, die Münze scheint aus dem gewöhnlichen Umlaufe verschwunden zu sein, Gold und Silber wird zurückgehalten und von Privaten in großer Menge der Zirkulation entzogen, und dennoch hat das Parlament nach reisen Beratschlagungen beschlossen, die Zahlungen in Papier fortwähren zu lassen, die Bank zur Ausstoßung so viel Papiergeldes, als sie braucht, ohne Beschränkung zu ermächtigen, die Anzahlung Die neuen Borschläge Balbaccis zurückzuweisen, mochte Wallis wohl nicht schwer fallen. Daß eine neuerliche Devalvierung des Papiergeldes und Herabsetung der Zinsen der Staatsschuld auch den Kredit der erst auszugebenden Obligationen außerordentlich geschädigt und die Hilf- und Planlosigkeit der Regierung ganz offenkundig gemacht hätte, konnte füglich nicht bestritten werden, ebensowenig die große Ungerechtigkeit, den Besißern älterer, teilweise sogar aus Zwangsanleihen stammender Obligationen nunmehr nur ein Biertel des ursprünglichen Zinsenbetrags (1 dis  $1\frac{1}{2}$ %) auszahlen zu wollen. Er meinte, daß es noch eher anginge, die Einlösungsscheine ohne Entgelt zu verrusen oder mit 1% zu verzinsen, als bei den Staatsgläubigern eine weitere Zinsenherabsehung, die übrigens von den auswärtigen Mächten gewiß nicht zugegeben werden würde, vorzunehmen.

Schließlich nahm der Hoftammerpräsident, die Provinzialbanken, wie sie Baldacci plante, auf das entschiedenste verwersend, auch zur Frage der Errichtung von Banken in Ofterreich Stellung.

"Wenn die Geldverhältnisse einstens auf einen festen Fuß geregelt sein werden, wenn Zutrauen zurückgekehrt und die Lage von Europa minder prefär fein wird, dann mag allerdings eine allgemeine Bant 1, welche in den Provinzen ihre Filialen hätte, auch für den österreichischen Staat von Nupen sein, und es mag einst in der Folge von Jahren oder Umständen an der Zeit sein, diesen Gegenstand in Anregung zu bringen. Allein jett ist durchaus daran nicht zu denken, und die folgenreiche Gründung einer Bank stellt sich mir als unmöglich dar. Denn in dem Momente, wo alles Papiergeld mit einem Schlage vertilgt werden will, wo also eine Krisis und wenigstens zeitweise Lähmung und Berlegenheit entstehen muß, ist es gar nicht benkbar, daß die Bank die zu ihren Geschäften nötigen großen Kapitale erhalten sollte und daß irgend jemand ein solches Wagestück begehen wollte. Auch halte ich mich über= zeugt, daß in dem Momente des Widerrufs des Staatspapiergeldes unmöglich ein Privatpapiergelb an die Stelle des ersteren gesetzt werden fönne, sowie denn auch es überhaupt mit Brivatpapiergeld weit schwieri= ger und miglicher als mit dem Staatspapiergelde stehen muß."

Bei der großen Verschiedenheit der Verfassungen und der Ver-

in klingender Münze fortwährend zu untersagen, die Krisis ruhig und mit Festigkeit zu bestehen und sich hierdurch weber irreseiten noch abweichende Maßregeln abstropen zu lassen."

<sup>1</sup> Er seste biesen Ausbrud nachträglich für "Staatsbant" ein.

hältnisse ber einzelnen Provinzen hielt es Wallis für notwendig, alles sorgfältig zu vermeiden, was diese "noch mehr isolieren und gleichsam individualisieren könnte". Provinziales Papiergeld zu gestatten, wäre nicht nur an sich ein höchst bedenkliches politisches und finanzielles Wagestück, sondern auch für den Verkehr mit dem In- und Ausland äußerst nachteilig. Die Vorrechte der Stände zu vermehren, ihnen auf diesem entscheidenden Gebiete die Zügel zu überlassen, widerstreite den Rechten des Landesfürsten und dem Geiste der Zeit.

Abrigens hielt Wallis einen Erfolg der Baldaccischen Bankpläne bei dem unbedeutenden Kredit der Stände der deutschen und böhmischen Provinzen dortselbst für ausgeschlossen, die Errichtung einer ständischen Bank in Ungarn und Siebenbürgen aber, wo überfluß an Urstoffen und Rohprodukten, sowie auch an gemünztem und ungemünztem Gold und Silber herrsche, für höchst nachteilig 1. Es mußte wohl überzeugend wirken, wenn Wallis endlich auch noch mit einigen trockenen Ziffern tam, um den Vorschlägen seines Gegners den Gnadenstoß zu versetzen. Die Staatskassen verfügten nur über einen Borrat von 319642 fl. 21 kr. in Konventionsmünze, über 1109107 fl. 37 fr. an gemünztem und ungemünztem Gold und Silber?. In einem Zeitpunkte, da der Staat somit die Armee und die Beamten nicht einmal zwei Wochen lang in Münze hätte bezahlen können, auch nur daran zu denken, das Papiergelb außer Umlauf zu setzen, schien ihm geradezu unstatthaft. Die Aufgabe ber Staatsverwaltung mar seiner Aberzeugung nach vielmehr, alles aufzubieten, um den Kredit der Einlösungsscheine zu erhalten und ja nicht ahnen zu lassen, daß sich der Staat in einer so großen Berlegenheit befinde, oder gar daß er sich mit dem Gedanken einer Bernichtung des Papiergeldes, der ja durch die Verhandlungen des ungarischen Landtags selbstverständlich auch in Osterreich hätte bekannt werden muffen, beschäftige.

In diesem Falle gelang es Wallis sogar, seinen alten Widersacher

¹ "Wenn auch noch die Begriffe von Geld, Geldeswert und Münze in Ungarn heller und allgemeiner werden sollten, was wäre dann alles für den Landesfürsten und die deutschen Erbstaaten zu besorgen, wenn die Stände auf dieses Mittel pochend und dessen Ausbehnung erwägend, große Kapitalsummen in Münze sich zu verschaffen wüßten; dann wären Widersetlichkeit, Herabsetung des königlichen Unsehens, Losreißung und Folierung sehr natürliche Folgen davon, und es läßt sich gar nicht berechnen, was hieraus für Unheil geschehen könnte."

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Auch diese Summe war größtenteils für im August 1811 fällige Zahlungen gebunden.

Bichy, bem überdies bie Ungarn zugedachte Rolle zweifellos ganz annehmbar erschienen wäre, auf seine Seite zu ziehen; auch ihm schien nun alles darauf anzukommen, an dem nun einmal angenommenen System sestzuhalten.

Der gleichen Meinung gab bei den Beratungen Graf Metternich Ausdruck, der, wie er es schon früher getan, die Bernichtung des Papiergeldes für schlechterdings unmöglich hielt und von einer Abänderung des Finanzspstems und der für dessen Durchführung bereits gewählten Mittel unabsehbares Unglück befürchtete.

Balbacci allerdings blieb auch nach den Beratungen der Überzeugung, daß sein allerdings mit großen Schwierigkeiten verbundener Plan allein wahre Hilfe bringen könnte und wenigstens die Möglichkeit böte, zu einer dauerhaften Berbesserung der Finanzen zu gelangen.

Ebensowenig wie durch seinen Bruder Josef ließ sich der Kaiser durch den Präsidenten des Generalrechnungsrediktoriums, der ihm nun schon viele Jahre als gewichtiger Berater gedient hatte, zu neuen Berssuchen auf dem Gebiete der Staatsfinanzen verleiten 1.

Aber nicht nur abzuwehren hatte der Hofkammerpräsident im Sommer 1811, sondern er mußte es auch für die Befriedigung der unabweislichen, an die Finanzen gestellten Ansprüche selbst mit neuen Borschlägen versuchen. Es waren vor allem drei Neuerungen, die er sich durchzusehen bemühte, die Fundierung der unverzinslichen Schuld durch verbindliche Abernahme eines bestimmten Teils der Einlösungsscheine durch die Stände aller Erbstaaten zur Amortisierung und Realissierung im Berlosungswege, serner Steuererhöhungen oder Einsührung neuer Abgaben, vor allem die Besteuerung der in einigen Teilen der Monarchie noch von allen Steuern besreiten Klassen, und endlich die Gründung einer Reservekasse.

Der Erzherzog-Palatin trat diesem Plan mit Ausnahme des letzen, in seiner Allgemeinheit wenig besagenden Punktes sofort entgegen. Die erste Neuerung erklärte er für unwirksam, sosern der Staat nicht zugleich das Papiergeld sowie auch dessen Herstellung vollskändig den Ständen überließe, was weder Ballis noch der Naiser zugeben wollten. Aber selbst wenn dies zugestanden würde, hielt er die Bereitwilligkeit der ungarischen Stände zur Abernahme eines Teils der Scheine für

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Den Bortrag des Hoftammerpräsidenten über das Ergebnis der Beratungen über die Borschläge des Erzherzogs Josef und Baldaccis ließ der Kaiser allerdings unerledigt liegen.

sehr unwahrscheinlich, da sie "jede Garantie und dahin deutende Berpflichtung, sowie jede länger dauernde jährliche Last scheuen", da auch kein Geset des Landes eine derartige Berpflichtung enthalte und die öffentliche Meinung in Ungarn dem Papiergeld sehr abgeneigt sei. Zugleich wies er die Berechnungsgrundlage des Hoftammerpräsidenten zurück, der 100 Millionen, also etwas weniger als die Hälfte der Scheine, von Ungarn übernommen wissen wollte. Besonders scharf widerstreitet der Palatin dem Gedanken, den Abel Ungarns einer jährlichen Abgabe von Grund und Boden oder auch indirekten Steuern zu unterwerfen. Nach den Fundamentalgesetzen des Landes sei dies nicht zulässig, ja nach Artikel 8 des Jahres 1741 sei es sogar verboten, über diesen Gegenstand auf dem Reichstage auch nur zu verhandeln 1.

Wallis ließ jedoch troß dieser scharfen Zurückweisung nicht von der Hosffnung ab, von Ungarn größere sinanzielle Leistungen zu erlangen. Er mußte sich um solche um so mehr bemühen, als sich troß bedeutender und verschiedenartiger Mehrbelastung der deutschen, böhmischen und galizischen Länder bei der Feststellung des Voranschlags für das Militärziahr 1812 ein Abgang von 9794650 fl. in schwerer Münze (bei einer vorgesehenen Einnahme von 3400000 fl. K.-M.) und von 20764886 fl. in Einlösungsscheinen (bei vorgesehenen Einnahmen von 57301962 fl.) ergab. Aber dies war nicht seine einzige Sorge. Vielmehr war er nun zur Überzeugung gelangt, daß sich die Einlösungsscheine durchaus nicht zu halten vermöchten, wenn sie nicht fundiert würden und wenn nicht zu ihrer allmählichen Tilgung ein Amortisationssonds gegründet würde 2.

<sup>1 &</sup>quot;Da zudem die allgemeine (!) Stimmung sich wider einen solchen Antrag erheben würde, so kann ich nicht anraten, in dem gegenwärtigen Augenblick, wo Mangel und Teuerung (unter welchen gerade der grundbesitzende Abel doch am wenigsten gelitten haben dürfte) ohnehin Mißmut verbreitet, diesen Gegenstand auch nur in Anregung zu bringen, und auf keinen Fall kann ich es übernehmen, ihn zu proponieren oder durchzusehen." (Staatsratsakten 1811. ad 1726.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> "Selbst in England hat das Papiergeld eine gesehmäßige Gleichstellung mit Gold und Silber erhalten müssen, und die Verhältnisse sind überhaupt von der Art, daß nun wohl niemand mehr bei einigem reiseren Nachdenken mit Ernste an die Möglichkeit, das Papiergeld in der österreichischen Monarchie wie mit einem Zauberschlag verschwinden zu machen, glauben wird. Wäre aber eine solche Maßeregel auch wirklich möglich und ausstührbar (die Umwechslung der Scheine durch klingende Münze war ausgeschlossen), dann erst würde ein unabsehdares Unglücksich verbreiten, Ackerdau, Viehzucht, Industrie und Handel, welche in früheren Zeiten gerade durch das Papiergeld sich in der österreichischen Monarchie überhaupt und in Ungarn insbesondere so mächtig gehoben hatten, wären zugrunde gerichtet,

Den durch das frühere Übermaß herabgedrückten Kredit des Papiergeldes gedachte er dadurch wieder herzustellen, daß zunächst jährlich
2 Millionen fl. Einlösungsscheine im Berlosungswege in klingende
Münze umgewechselt und außerdem, bis zum Berschwinden der Kursdifferenz, 4 Millionen vertilgt würden. Diese Summe von 6 Millionen
hielt er für höchst wahrscheinlich genügend, "wenn man aus dem Grundsaße einer langsamen, sesten, dauerhaften und wohlberechneten Finanzherstellung ausgeht".

Hiervon sollte Ungarn bis zum Höchstausmaße von 100 Millionen jährlich 1885 372 fl. für die Amortisierung, 942 686 fl. für die Realisierung beisteuern. Daneben rechnete er mit einem Beitrage Ungarns von 12 Millionen, Siebenbürgens von 3 bis 4 Millionen zur Deckung wenigstens eines Teils des Jahressehlbetrags. Nunmehr für die Aufstringung dieser Summen in Ungarn indirekte Steuern empsehlend, überließ er, der Beschränktheit seines Wirkungsgebietes gemäß, alles weitere den Berhanblungen der Stände, denen der König späterhin entsprechende "Landtagspropositionen" vorlegen ließ. Mit seinen Borschlägen verband Wallis einen warmen Appell an den Gemeinssinn, an stete Einheit der Kraft und des Willens, und schließlich erinnerte er an die Blätter der Geschichte, die rühmlichst bewährten, daß die Ungarn gerade in den wichtigsten und entscheidendsten Momenten sich selbst zu übertressen gewohnt wärgn.

In großer Eile hatte Wallis in Schloßhof am 30. August 1811 das umfangreiche Schriftstück nicht nur selbst entworsen, sondern nach ersfolgter Gutheißung auch, um es sogleich dem Palatin, wie es dessen kaiserlicher Bruder angeordnet hatte, zukommen lassen zu können, noch selbst am gleichen Tage säuberlich abgeschrieben. "Weil sie mit keinem Zeichen einer Beilage versehen war," schickte der Kaiser aber irrtümlicherweise die Abschrift dem Hoskammerpräsidenten wieder zurück, und als dieser sie tags darauf dem Kaiser neuerdings zusandte, hatte es sich dieser bereits wieder anders überlegt und behielt er sie "zum gehörigen Gebrauch" zurück. Sie wurde niemals verwertet. So hatte der tatkräftige und rasch zugreisende Mann gegen Widerstände aller Art zu kämpsen.

und es wäre einer Monarchie, wie der öfterreichischen, die beinache kein anderes Zirkulationsmittel als Papiergelb hat, in jeder Beziehung sehr schlecht geraten, das Papiergeld auf einmal aufzugeben und auf diese wesentliche Erleichterung durchaus Berzicht zu leisten."

Später wurden allerdings die Forderungen des Hoftammerpräsidenten dem ungarischen Landtag vorgelegt 1, der endlich nach monate-langen stürmischen Verhandlungen den Jahresbeitrag von 12 Millionen für den Tilgungssonds bewilligte, zugleich aber die Übernahme der Garantie für 100 Millionen Einlösungsscheine wie die Annahme der Reduktionsskala verweigerte.

Obwohl Wallis auch im Jahre 1812 an seinem System nicht irre geworden mar, hatten ihm doch vor allem die großen Schwierigkeiten, welche sich in Ungarn ergeben hatten, einen beträchtlichen Teil seiner Hoffnungen zerstört. Daß auch nur in drei Jahren das Papier= dem Metallgeld schon wieder gleichwertig werden würde, ließ sich, wie er ausführte, überhaupt nicht erwarten, niemals aber, wenn in der Be= handlung Ungarns keine Anderung einträte. "Solange die größere hälfte der Monarchie nicht mit der kleineren gleich behandelt werden barf, solange nur die deutschen Staaten alle neuen Lasten tragen muffen, solange dieser Mikstand nicht gehoben ist und solange bei Bestand des= selben die politischen und militärischen Ralfüls immer nur dahin gehen, als bestünde dieser Unterschied nicht und wäre der österreichische Staat nur eine und die nämliche, gleichen Gesetzen unterliegende Gesamt= monarchie, solange können die Finanzen sich nicht erholen, solange mussen alle Unternehmungen scheitern, solange ist an Rettung und längere Dauer der Monarchie gar nicht zu benken, und auf diese Weise stehen die schauerlichste Zukunft und der jäheste Abgrund der Monarchic bevor" 2.

Erst mit Restript vom 1. August 1812 wurden die Bestimmungen über die provisorische Regelung 3 der Privatverhältnisse zwischen Schuldenern und Gläubigern in Ungarn kundgemacht und zwar mit Inbegriff der so sehr angesochtenen Skala oder Tabella. Nicht weniger als 41 Paragraphen umfaßt die Kundmachung, die diese Frage so ein-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die zunächst für die ständische Deputation des ungarischen Landtags bestimmte übersetzung der Darstellung Ballis' vom 30. August 1811 trägt den Titel: Conspectus necessitates Status publici Aerario Caesareo Regio incumbentes exhibens. (Staatsratsakten 1811. 1727.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bortrag des Grafen Wallis v. 8. April 1812 über einen Finanzplan des Obergespans Peter Balogh, vorgetragen in der engen Konferenz am 12. Okt. 1812. (Kab. Akten. K. Franz-Akten. 1812. 664.)

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> "donec in futuris Regii Comitiis accedente benigno Consensu Nostro Regio aliud quid sancitum fuerit, '

gehend behandelt, damit womöglich alle Zweifel behoben und Meinungsverschiedenheiten vermieden würden, was freilich doch keineswegs erreicht wurde.

## 10. Die Kundmachung des Devalvierungspatents und dessen unmittelbare Wirkung in Wien, Nieder- und Oberösterreich.

Als der Tag der Kundmachung des verhängnisvollen Patents— es war ein Freitag— herannahte, waren Hof und Regierung von ängstelichster Besorgnis erfüllt, und der Kaiser kam noch im letzten Augenblick zur Überzeugung, daß wenigstens für Wien besondere Vorsichtsmaßregeln ergriffen werden müßten, damit die öffentliche Ruhe nicht gestört werde.

Sager, der selbst "tein Besorgnis widriger Ereignisse" fühlte, suchte zu beruhigen. Freilich scheint auch der Leiter der Volizeihofstelle doch nicht so ganz ohne Besorgnis gewesen zu sein, denn er hatte schon am 13. März mit dem Präsidenten des Hoffriegsrats Bereinbarungen über die Art der etwa nötig werdenden Unterstützung der Polizei durch das Militär 1, von welchem ein Teil in steter Bereitschaft gehalten werden sollte, getroffen. Um 10 Uhr nachts wurden am 14. März sämtliche 12 Polizeidirektionsbezirksleiter der Stadt und der Vorstädte unter Gelobung strengster Verschwiegenheit in das Geheimnis eingeweiht, wobei ihnen aufgetragen wurde, "nur im freundschaftlichen Bege, ohne sich das Ansehen als Beamte zu geben," die sich etwa hier und da ergebenden Jrrungen aufzuklären und das besondere Augenmerk auf alle Marktplätze und Gewerbsleute zu richten, wenn aber Unruhen entstehen sollten, in ihrer Diensteseigenschaft einzugreifen, jedoch behutsam vorzugehen. Für alle Punkte stärkeren Verkehrs wurden die Rollen für die Zeit von 5 Uhr früh an genau verteilt, die Polizeiwachposten wurden verstärkt und Militärreserven in die Polizeikasernen gelegt.

Auch die Magistratsreferenten und das Marktpersonal wurden vom Stadthauptmann in gleichem Sinne angewiesen, insbesondere das vermittelnde officium boni viri auszuüben und durchaus im Einversnehmen mit der Polizei vorzugehen.

Besonders übermacht werden sollte zunächst der Sandel mit Lebens=

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Den Truppen sollte übrigens am Morgen bes 15. März sogleich "ein Borsgeschmad" gegeben werben, daß das neue Patent Begünstigungen für sie enthielte, durch welche man sich eine "zusagendere Assistenz im Falle der Not" versprechen zu können glaubte.

mitteln, sodann der Verkehr in den anderen Kaufläden; späterhin sollten namentlich die Gast- und Schankhäuser wie auch die Kaffeehäuser beaufsichtigt werden, wo die Wirkung des Patents auf die Stimmung der Bevölkerung am besten verfolgt werden konnte.

Daß etwas Außerordentliches im Zuge war, konnte die Regierung schon deshalb nicht gang verheimlichen, weil sie behufs rechtzeitiger und gleichmäßiger Kundmachung des Patents den Beginn der Amtszeit in einigen Amtern für den 15. März schon für 5 ober 6 Uhr früh anordnete, zu welcher Zeit die Abergabe der versiegelten, die Patents= abdrücke und die damit zusammenhängenden Weisungen enthaltenden Bakete zu erfolgen hatte. Neben einigen Angestellten der Hoftammer war auch Wallis selbst die ganze Nacht zum 15. März hindurch für sein Werk tätig. So überreichte er am Kundmachungstage schon eine Viertel= ftunde nach Mitternacht dem Obersttämmerer Grafen Brbna, der zugleich Bräsident der Tilgungsdeputation war, drei vom 15. März datierte, das Patent betreffende kaiserliche Handschreiben; zu gleicher Zeit wurde dem Minister der auswärtigen Geschäfte Grasen Metternich durch den Bräsidialsekretär der Hofkammer Grafen von Merch ein kaiserliches Handschreiben mit einer Note des Grafen Wallis vom 15. März eingehändigt. Schon um 5½ Uhr früh wurden beispielsweise der Wiener Bürgermeister Wohlleben, der Appellationsgerichtspräsident und der Oberste Kanzler, dem zwei faiserliche Handschreiben vom 12. Hornung und je eines vom 14. Hornung und 15. März durch einen Sekretar der hoftammer übergeben wurden, aus ihrer Ruhe aufgestört.

Zweifellos bilbete das so wohl gehütete Geheimnis des Finanzpatents in den weitesten Kreisen eine große Überraschung. In Wien
scheint es allerdings einzelnen Mitgliedern der bevorzugten Stände,
des Abels und des Militärs gelungen zu sein, vorzeitig Kunde zu erhalten und diese auszunützen. Auf welchen Wegen ersteres erreicht
wurde, ist nicht bekannt geworden, und ganz gegen seine Gewohnheit
verlangte der Kaiser in diesen Fällen auch nicht, daß dies zu erforschen
versucht werde. Immerhin ließ es sich der Vizepräsident der Polizeihofstelle nicht entgehen, mit der größten Vertraulichkeit dem Kaiser
einige zum Teil, wie es scheint, schon stadtbekannte Mitteilungen hierüber
vorzulegen, über deren Richtigkeit er sich nur ein äußerst zurüchaltendes
Urteil zu fällen gestattet. So soll die Erzherzogin Maria Beatrix, des
Kaisers Schwiegermutter, mehrere Tage vor dem Erscheinen des Patents
in auffallender Weise Gold- und Silbermünzen, wo sie nur aufzutreiben

waren, angekauft haben und auch die Kaiserin am 13. und 14. März mehrere größere Rechnungen bezahlt, neue Waren bezogen und schon früher auch ihrer Umgebung Winke über ein den Bankozetteln abträgsliches Patent gegeben haben.

Daß Fürst Johann von Liechtenstein durch schleunige Begleichung ausstehender Rechnungen und durch Weinankauf wenigstens für seine Person der Wirkung des Patents vorzubeugen suchte 1, sand der Kaiser nicht anstößig. Wie weit das Geheimnis des Patents am Vortage der Kundmachung bereits in die Kreise des Militärs gelangt war, ließ sich um so weniger sesststellen, als am 14. März in Wien von dem Inhalt des Patents auch unter der übrigen Bevölkerung schon manches verslautete.

Wallis sand übrigens trothem das Geheimnis diesmal sehr streng gewahrt. Erst später zeigte sich, daß es in Galizien schon lange verraten worden war 2, und wurde auch bekannt, daß der preußische Legationsrat Piquot schon am 13. März seinem Hose einen eingehenden Bericht über das Patent übersendet hatte.

Die für den Kundmachungstag, wie es scheint, über das nötige Maß getroffenen polizeilichen Borsichtsmaßregeln wurden zwar für alle Fälle großenteils zunächst noch weiter aufrechterhalten, aber der große Burf wurde bereits als gelungen betrachtet. Einige unbedeutende Anstände bei einzelnen Gewerbsleuten (Fleischern, Greißlern, Tabatstrafikanten), wobei es sich um mißverständliche Auffassungen mehrerer Patentsbestimmungen handelte, waren rasch behoben worden.

Wie der Polizeioberdirektor auf Grund der eingegangenen Berichte allerdings nicht ohne einige Schönfärbung noch am 15. März meldete, war der größte Teil des Publikums mit dem neuen Patente nicht nur

<sup>1</sup> Es wurde auch erzählt, daß er seine Dienerschaft und die Handwerksleute bis auf den 14. März vorausbezahlen ließ.

² In einer Lemberger Korrespondenz v. 18. März heißt es: "Ich mußte herzslich darüber lachen, als Sie mir schrieben, daß noch nie ein Geheimnis so gut als das gegenwärtige verwahrt worden sei. Acht Tage vorher hat man hier allentshalben gewußt, daß die Bankozettel auf den fünsten Teil herabgesett werden würden . . . Man hat die Stala, nach welcher Schulben bezahlt werden sollen, auf den Fingern hergezählt. Bon seiten des Guberniums war man aber auch hier geheimnisvoll. Bon den Juden behauptet man, daß sie durch Silse ihrer goldenen Schlüsseln das in der Hauptstadt bestandene Geheimnis durch die Wiener Stadtstore heimlich passieren zu machen gewußt hätten, und auf diese Art sei es nach Lemberg gekommen."

ganz zufrieden, sondern fand er diese Finanzoperation zum Wohle des Staates und seiner Bewohner sogar sehr zweckmäßig. Der Kaiser soll von der Stimmung der getreuen und guten Bewohner Wiens sehr gerührt gewesen sein, nahm die einlaufenden Berichte "zur angenehmen Wissenschaft" und gab den Auftrag, die Länderchess und auch den Erzherzog-Palatin unverzüglich davon zu verständigen, daß die großen Maßregeln nicht nur mit der edelsten, eines guten Volkes ganz würdigen Ergebung, sondern auch mit Beifall aufgenommen worden waren, der dafür bürge, daß man von deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit ergriffen und durchdrungen sei. Die Bewohner der Hauptstadt des Reiches sollten demnach als leuchtende Vorbilder dienen.

Es kann keinem Zweisel unterliegen, daß, wenn auch jene Berichte nicht als ungefärbt betrachtet werben mögen, eine wirklich nennenswerte Unruhe der Bevölkerung in größerem Ausmaße nicht wahrnehmbar geworden ist. Neben dem Charakter der Bevölkerung im allgemeinen war dies wohl hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, daß der Inhalt des Patents und dessen schwerwiegende Folgen in weiteren Kreisen erst nach und nach bekannt geworden und begriffen worden sind und daß dafür gesorgt war, eine einheitliche Auffassung nicht zur Geltung kommen zu lassen, da ja Beamte und Wilitär i eine wesentliche Besserung ihrer Lage erhoffen konnten.

Auch im übrigen wurde natürlich sehr bald erkannt, daß von den einzelnen Bestimmungen des Patents durchaus nicht alle in gleicher Beise getroffen wurden. Das größte Mißfallen erregten nach den einzgelangten Berichten die Verfügungen über die Bezahlung alter Schulden, als ob es nur Schuldner und keine Gläubiger gegeben hätte.

Daß bei einer berart einschneidenden Maßnahme dem Wohl der großen Mehrheit Opfer gebracht werden mußten, wurde bald eingesehen, und es erhob sich sodann bei der Beurteilung der Berechtigung der Stala vor allem die eine Frage, ob der Schuldner oder der Gläubiger mit Rücksicht auf Staatswirtschaft und Billigkeit mehr geschont zu werden verdiente.

Der Gläubiger hatte, soweit er sich mit festen Zinsen von etwa 5 ober 6% begnügt hatte, den Druck der Zeit schon von Tag zu Tag mehr empfunden, während der Schuldner, der das Geld zu Speku-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Offiziere des Regiments Hiernonhmus Colloredo beabsichtigten sogar, in ihrer Kaserne am 15. März eine Illumination zu veranstalten. Als dies nicht gestattet wurde, beschlossen sie, dem Kaiser eine Dankadresse zu überreichen.

lationen, Käusen, Gewerben, vielleicht auch Wuchergeschäften verwendet hatte, mit jedem Tage aus der Not der Zeit Ruten ziehen und sein Vermögen vergrößern konnte. Wenn Gläubiger, darunter Witwen, Waisen und Greise, vier Fünftel des Stammkapitals verloren, so wurde allerdings ein großer Teil derselben zu Bettlern; Schuldner aber wurden in vielen Fällen eigentlich nur minder reich, sie behielten die Möglichkeit weiteren Erwerds. Aber auch viele Besitzer kleiner verschuldeter Realitäten, Fabrikanten, Handelsleute, Gutsbesitzer, Landeleute, die persönlichen Kredit gesunden und diesen für Verbesserungen ihrer Betriebe und Wirtschaften zu verwenden gedacht hatten, insbesondere auch die durch die feindlichen Invasionen Geschädigten, die für den Wiederausbau mit geborgtem Gelde gesorgt hatten, hielten sich für verloren. Es wurden denn auch verschiedenartige, die Gläubiger und Schuldner möglichst gleichmäßig berücksichtigende Vorschläge gemacht.

Die Annahme solcher Vorschläge war wohl nicht zu erwarten, wenn die nachstehende, in Wien vielverbreitete angebliche Außerung des Grasen Wallis wirklich gefallen ist: "Der Staat wurde in die Rot- wendigkeit versett, eine Bataille zu liefern; dabei gibt es Tote, Blessierte, und viele der übrig Bleibenden werden befördert. So das Finanz- patent: Manche werden ihr ganzes Vermögen verlieren, mithin tot, manche wieder einen Teil desselben, folglich nur blessiert, viele aber gewinnen durch dieses Patent, diese sind jene, so befördert werden; wenn nur am Ende die Bataille gewonnen ist." Dieser Außerung hätte die allerdings unbegründete Besürchtung vieler Leute entsprochen, daß dem Staatsbankerott viele Brivatbankerotte solgen würden.

Nachdenklich stimmte viele auch, daß die Regierung den Aredit des neuen Geldzeichens selbst nicht hoch einzuschäßen schien, da sie nicht nur die Steuern und sonstigen Abgaben fünffach vorschrieb, sondern daneben auch die Beamten mit dem fünffachen Betrage besoldete in der Annahme, daß sie anders nicht würden das Leben fristen können.

An dem Erfolge der neuen Finanzmaßnahme wurde in den versichiedensten Kreisen und Schichten der Bevölkerung bald ebensosehr wie an deren Aufrechterhaltung und Durchführbarkeit gezweifelt. Es kam für die Regierung vor allem darauf an, weitere Steigerungen der Preise der wichtigsten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände zu verhindern.

<sup>1</sup> Bericht bes Polizeioberdirektors Siber v. 28. März 1811. ad 1262.

Die schlechteste Aufnahme scheint das Patent in den ungarischen Kreisen der Hauptstadt gefunden zu haben, worüber Wallis dem Kaiser wohl nicht ohne Befriedigung, berichtete: "Eine von den Hoffnungen, daß Ungarn mit einbezogen werden möchte, scheint mir erfüllt zu sein. Dies beweist das Schimpsen und der Lärm, welchen die Ungarn sich hier erlauben."

Das die Pläne der Regierung am meisten störende Ereignis, das zugleich auch den einzigen scharfen Mißton in die dem Kaiser vorgelegten Berichte brachte, war die Festsetzung des Kurses der erst angekündigten Sinlösungsscheine. Schon in den frühen Morgenstunden des Kundmachungstages trasen die Wiener Großhändler Verabredungen, nach welchen an der Börse für die Sinlösungsscheine ein Kurs von 165 bis 168 gegen Konventionsgeld auf Augsburg durchgesetzt werden sollte. Diese Pränotierung vom 15. März erregte auch im Publikum, ebenso wie die Erhöhung des Vankozettelkurses auf 880, unliedsames Aussehn. Übergens ersuhren obige Kurse am gleichen Tage noch eine weitere Verschlechterung, die erst später bekannt wurde.

Die Erbitterung über die Wiener Börse als Urheberin des Sinkens der Kurse war eine allgemeine. Sie wurde auch von der Regierung geteilt und zeitigte verschiedenartige Vorschläge zur Beseitigung dieses Abels<sup>2</sup>.

Wallis meinte zwar zunächst, daß die Staatsverwaltung hier nicht behindernd aufzutreten hätte. Er war von Anfang an überzeugt, daß die durch das Finanzpatent getroffenen Bankiers, die in der Folge aufhören müßten, Herren alles Privatvermögens zu sein, alles aufbieten würden, den Kurs zu verschlechtern und das neue System herabzusezen. Nur böser Wille und das verderbliche Spiel der Agioteure veranlaßten

¹ Der Wiener Polizeioberdirektor berichtete am 16. März: "Man spricht laut über die Börsenwucherer und Juden, man sagt, daß selbe nur die schlechteste Absicht haben und alle Kniffe anwenden, jede gutgemeinte und zum Wohl des Staates abzweckende Finanzoperation, besonders die gegenwärtige, womit man so sehr zusprieden ist, zu vereiteln. Das Publikum wünscht nichts sehnlicher, als daß die Börse ganz aufgehoben oder selbe so beschränkt werde, daß sie nicht mehr schäblich sein könne."

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> So empfahl ber Grazer Gouverneur Graf v. Bissingen schon am 18. März, alle Börsengeschäfte so lange vollständig einzustellen, dis sich die zu solchen Geschäften Berechtigten herbeiließen, gegen Entrichtung einer angemessenen Wechselsgebühr auf jeweiliges Begehren für inländische Valuta die nötigen Auslandsewechselbriefe ohne Weigerung auszustellen.

nach seiner Überzeugung die unbegründeten sprunghaften Kursunterschiede. Als aber der Kurs bereits dis auf  $183^{5}/_{6}$  gestiegen war, beeilte er sich, dem Kaiser am 18. März doch Mittel anzugeben, die gegen die Kursverschlechterung angewendet werden könnten, wozu er bemerkte, daß diesem Unwesen zu begegnen schwerer sei, als man anfänglich glauben wollte, und daß dies die reisste Erwägung, und große Vorsicht ersordere. Er unterschied hierbei direkte und indirekte Mittel. Erstere wären die Sperrung der Vörse 1 oder die Bestimmung eines gesetzlichen oder Zwangskurses 2, welche beide Mittel er ablehnte.

Größer war die Zahl der indirekten Mittel, die Wallis zumeist auch zur Anwendung empfahl. Eine Verfügung, die Börsenkurse weder drucken noch in die Zeitungen einschalten zu lassen, welche späterhin in weiten Kreisen der Bevölkerung tatsächlich verlangt worden ist, lehnte er ebenfalls als nicht geeignet und auch nicht genug wirksam ab 3.

Eine gute Wirkung dagegen erhoffte der Hofkammerpräsident von seiner unmittelbaren und nachdrücklichen persönlichen Einflußnahme auf die hervorragenderen, einzeln zu berufenden Personen des Kreises der Bankiers, denen auch mit der Abforderung äußerst schwerer finanzieller Opfer gedroht werden sollte. Der Kaiser gab hierzu seine Zustimmung, doch sollte dies "mit der gehörigen Behutsamkeit" ausgeführt werden. Beitere indirekte Mittel, welche gutgeheißen wurden, waren

<sup>1 &</sup>quot;Dieses Mittel würde nicht Mut, wohl aber Furchtsamkeit am Tag legen und schon in der Hinschicht den Zweck versehlen, daß das Verkehrgeschäft mit dem Auslande stocken und bei Abgang einer öffentlichen Börse-Anstalt noch viel teurer werden würde."

<sup>2 &</sup>quot;Die Geschichte von Schweden, in welchem Staate allein eine solche Maßregel bestanden hat, läßt über die Unanwendbarkeit einer solchen Maßregel keinen Zweisel übrig." — Um die Mitte des 18. Jahrhunderts wurde in Schweden die Erhaltung des Parikurses sür Papiergeld künstlich, aber nur kurze Zeit, versucht. Auch hier scheint Wallis auf Coeverden (Anhang) zurückzugehen, wogegen das zweisellos sehr lehrreiche Beispiel, das Schweden mit den anfänglich zinstragenden Reichsschuldscheinen gab, die später als Papiergeld dienten, das dare Geld und die einlösdaren Noten aus dem Verkehr verdrängten und schließlich zu zwei Drittel ihres Wertes von der Reichsbank eingelöst wurden, keine Beachtung gesunden zu haben scheint. (S. Knut Wicksell, Vorlesungen über Nationalökonomie. 2. Bd. Deutsche übersetzung. Jena 1922. S. 50.)

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> "Wenn diese Drucklegung und Einschaltung in die Zeitungen nicht bestünde, würde ich gewiß nicht darauf antragen. Allein da sie schon besteht, würde die Abstellung dieser übung auf der einen Seite Furcht und Angstlichkeit verraten und auf der anderen Seite die Hinausgabe der Schlußbriese nicht verhindern."

ununterbrochene, strenge Sorge für einen richtigen, die Nachstage nach Bankozetteln veranlassenden Eingang der ausgeschriebenen Steuern, baldiger Beginn des Güterverkaufs, wodurch dem Papiergeld ein Abstluß verschafft und die öffentliche Meinung befestigt würde, und endlich unausgesetze, tätige und vorsichtige Beobachtung der Bechsler und Großhändler durch die Polizei, welche Aufgabe Hager sogleich überstragen wurde.

Schon am 19. März brachte Graf Ballis das erste der empsohlenen indirekten Mittel zur Anwendung, und wie der Polizeioberdirektor meldete, hatte die den Großhandlungsdeputierten Herz und Epelt gehaltene Strafpredigt bei mehreren Mitgliedern ihres Gremiums große Bestürzung hervorgerusen. Die Genannten erhielten den Auftrag, mit Zuziehung eines Ausschusses der Börse sogleich über die Mittel zur Verbesserung des Kurses zu beraten. Bürden sie hierzu nicht ernstlich beitragen, so drohte ihnen Ballis, er würde schon ihre Kassen zu finden wissen und schlimmstenfalls auch die Börse sperren lassen.

Im Einvernehmen mit den Großhändlern Arnstein und Esteles, Gehmüller, Puthon und Josef Müller stellten diese nun den Antrag der Errichtung einer Caisse d'Escomptes durch ihr Gremium und verssprachen, "da sie sich durch die Drohungen des Hofkammerpräsidenten sehr zusammengedonnert fühlten," alles zur Verbesserung des Kurses aufzubieten.

An der Bereitwilligkeit der Großhändler, eine solche Kasse zu gründen, zweiselte übrigens die Regierung um so mehr, als jene zu ihrer Sicherung zunächst die Einlegung eines bedeutenden staatlichen Fonds abwarten wollten und auch eine Beteiligung von Privaten, insbesondere von "Kavalieren", bei denen sich das Konventionsgeld hauptsächlich befinde, verlangten. Eskeles, der übrigens vielsach als Verteidiger des Patents, ja sogar als Befürworter einer noch schärferen Devalvierung galt, hielt sich von der Börse ganz fern und zog es vor, mit jüdischen Großehändlern und Mäklern in seinen Bohnräumen zu verhandeln, wo er allerdings auch von der Polizei nicht ganz unbelauscht blieb.

Nach wie vor bestimmten diese Kreise den Kurs nur nach ihrem Vorteil und gaben sie hiermit auch die Losung für die übrigen Preise aus.

¹ So berichtete wenigstens der Polizeioberdirektor am 19. März 1811 mit Erwähnung des Gerüchtes, daß der Kaiser, Herzog Albert von Sachsen-Teschen und andere Personen 10—12 Millionen zur Errichtung dieser Estomptkasse beitragen wollten.

Dabei schoben sie sich gegenseitig die Schuld an dem schlechten Kurse zu. Die Regierung betrachtete als den Hauptschuldigen den sehr unterrichteten und redegewandten Großhändler Leopold von Herz, der die Deputierten des Gremiums fast vollständig beherrschte 1. Aus aufgesangenen Briefen konnte ersehen werden, daß von Wien aus in einzelnen Städten Osterreichs sowie auch im Auslande 2 durch ungünstige Meldungen und auch falsche Angaben den Plänen und Hoffnungen der Regierung entgegengearbeitet wurde.

Noch Anfang Juni wurden die Deputierten des Großhandlungsgremiums und die Vorsteher des bürgerlichen Handelsstandes von Wallis neuerlich verwarnt und ihnen mit der Ungnade des Kaisers gedroht; aber die daraushin augenblicklich eingetretene kleine Besserung des Kurses verschwand schon nach wenigen Tagen wieder. Wallis müsse, so war ihre Meinung, so tanzen, wie sie pfissen.

Schon am 16. März berichtete der Polizeioberdirektor seiner Hoffstelle über die von Hausinhabern beabsichtigten Zinserhöhungen und über Preissteigerungen bei Handels- und Gewerbsteuten, die das Patent unverschämterweise mit allerlei Kniffen und Känken zum Vorwand nähmen 3. Die Erbitterung richtete sich namentlich gegen die Müller,

¹ Hager melbet bem Kaiser über diesen besonders scharf überwachten Mann: "Er ist gleichsam die Seele der Deputierten. Allein er ist auch ganz Kaufmann und noch ganz Jude, da, wo es darauf ankommt, den Privatsäckel zu füllen und das Mark des Staates auszusaugen . . . Er trifft jedesmal richtig den Herzsteck der Großhändler, von jeder Finanzoperation des Staates den möglichst größten Borteil mit der möglichst kleinsten Beisteuer zu akkaparieren." (Vortrag v. 20., resolv. 29. März 1811.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> So wurde erzählt, daß der Kurs in Augsburg bei Bekanntmachung des Batents auf 700, in Dresden auf 600 gestanden, auf Veranlassung der Wiener Größhändler aber sogleich auf 960 gesetzt worden sei.

<sup>3 &</sup>quot;Es ist bekannt, daß bisher die Preise der Wohnzinse, Waren, Viktualien usw. nach dem Kurs der Bankozettel von 800, 1000, auch 1200 schon sehr erhöht worden; selbst wenn diese Kurse wieder gefallen sind, blieben diese Preise dennoch unverändert. Als kürzlich die neue Vermögenssteuer ausgeschrieben worden, vermehrten die Hausinhaber und Gewerbsleute die ohnehin schon ershöhten Preise abermal sehr beträchtlich. Nun wird durch dieses neue Patent die Vermögenssteuer ausgehoben und die schon bezahlte zurückgestellt, der hohe Kurs der Bankozettel von 803 wird auf 500 heradgesetzt, allein statt diese auch nun schon zum zweitenmal erhöhten Preise zu vermindern, ist man zum drittenmal bemüht, neue Erhöhungen und zwar nach dem fünfsachen Werte der Bankozettel einzusühren. Auf diesen Wegen kann der Staat nie eine wohlsgemeinte nützliche Anstalt durchsehen; man wünscht nichts sehnlicher, als daß Schriften 165. I.

Mehlverschleißer, Bäcker und Fleischer, die Stimmung gegen die Börse wurde immer gespannter, und es wurde gesordert, daß die Negierung in einer öffentlichen Kundmachung die schädlichen Absichten und betrügerischen Listen der Agioteure und Wucherer ausbecke und gegen jene, die dadurch nicht gebessert würden, als Staatsverräter mit Todest und Festungsstrase, mit Vermögenskonsiskation und Abschaffung vorgegangen werde. Als wirksamstes Mittel gegen die Preiserhöhungen wurde die Festsetung von Höchstreisen, "das Maximum", verlangt, und auch die Polizeioberdirektion gab die Notwendigkeit mehrsacher neuer Satungsbestimmungen zu.

Die zunächst immerhin noch vereinzelten Warenpreissteigerungen mehrten und erhöhten sich schon im Lause weniger Tage ganz beträchtlich<sup>1</sup>, so insbesondere bei Zucker, Reiß, Mehl, Schmalz, Wein und auch bei einigen Fleischgattungen. Am auffälligsten zeigte sich die Wirkung des Patents bereits am 16. März auf dem Getreidemarkte, wo die Preise bei schwacher Beschickung bedeutend, bei Hafer dis auf das Doppelte stiegen <sup>2</sup>. Auch andere Waren wurden plöplich viel teurer <sup>3</sup>. Viele Leute wollten sich die Bestimmungen des Patents über die Schuldenrückzahlung zunute machen und ihre Steigerungen durch angebliche versfünfsachte Schuldverpslichtungen begründen. Allgemein und laut erhob sich gegen solche wucherische Habsucht die Stimme der Bevölkerung, die hiergegen von der Regierung geschützt zu werden hofste und verlangte.

Die Muße bes dem Kundmachungstage folgenden Sonntags gab eingehenderen Erörterungen über die große Neuerung reichlicheren

ber Staat diese Natternbrut von elenden Wucherern züchtige, und gegen selbe die zu ihrem (!) Gebot stehende Gewalt mit der größten Strenge ausübe." (Bericht Sibers an Hager.)

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Der Zuckerpreis stieg schon am 16. März von 12 und 13 auf 16 sl., Wehl wurde um 8—12 Kreuzer teurer verkauft. Das Pfund Schweinesleisch kostete 28, Kalbsleisch 18 Groschen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Hafer wurde um 14 fl. verkauft, der Beizenpreis stieg von 14 bis 25 fl., der Kornpreis von 15 bis 20 fl., der Gerstenpreis von 10 bis 16 fl. Die Erhöhung der Mautgebühren rechtsertigte die Preissteigerungen nur zu einem geringen Teile; irrige Deutungen des Inhalts des Patents, vor allem aber "die keine Grenzen der Billigkeit kennende Gewinnsucht" waren, wie Hager versicherte, deren Hauptursachen.

<sup>3</sup> So wurden 3. B. für ein grobes Hemb 50 fl. verlangt, für ein Paar Stiefel 100 fl.

Spielraum, und dies trug begreiflicherweise nicht dazu bei, die Stimmung zu heben. Etwas kleinlaut hebt denn auch der Polizeibericht vom 18. März mit der Bemerkung an, daß sich "bei dem richtig und gut denkenden Teil des Publikums" die gute Stimmung für das neue Finanzpatent noch immer erhalte. Man sand es zwar nicht nur billig, sondern auch höchst notwendig, daß jedermann dem Staate Opfer bringe, hingegen höchst ungerecht und empörend, daß gerade jene, die sich schon seit vielen Jahren durch Ausnützung des schlechten Bankozettelkurses bereichert und ihre Warenpreise auss höchste überspannt hatten, nun mit Hilfe der neuen Finanzoperation noch neuen Reichtum sammeln wollten, anstatt auch ihrerseits dem Wohl des Staates Opfer zu bringen.

Von augenblicklicher guter Wirkung auf die Haltung weiter Kreise der Bevölkerung war das zur Erläuterung des Finanzpatents bestimmte Regierungszirkular vom 18. März, dessen Schlußabschnitt eine ernstliche Warnung enthält. "Da der wahre Wert der Bankozettel durch die in dem Finanzpatente enthaltenen, ebenso weisen als wohltätigen Maß= regeln offenbar gewonnen hat und es daher einem bloßen Frrmahne oder wohl gar bösem Willen zugeschrieben werden müßte, wenn die Herab= setzung des Nennwertes der Bankozettel zum Anlasse einer verhältnis= widrigen Teuerung der Feilschaften genommen werden sollte, so wird es die Regierung nicht nur für ihre erste Pflicht achten, auf die Beobachtung der bereits bestehenden Satungen mit aller Strenge zu wachen und die ihr untergeordneten Behörden zu einer Genauigkeit zu verhalten, sondern sie wird noch überdies nach Umständen zu noch eingreifenderen Magregeln schreiten und vorzüglich diejenigen, welche sich nicht aus Unwissenheit, sondern aus schändlicher Gewinnsucht mutwillige Preiserhöhungen erlauben, der wohlverdienten Ahndung unterziehen 1."

Die merklichste Mißstimmung erzeugte die Berteuerung des Mehls und der von vielen Fleischern angekündigte, sehr bald zu erwartende Mangel an Fleisch, nachdem die Zusuhr aus Ungarn sogleich nach der Patentseröffnung eingeschränkt worden war. Auch die regelmäßige Zusuhr von Nahrungsmitteln vom Lande (Butter, Gier, Milch, Kindschmalz, Grünwaren) ging bald bedeutend zurück. Das Ansteigen der Lebensmittelpreise veranlaßte überdies einen bedenklichen Vorkauf,

Das Zirkular war auf Beisung der Polizeihofstelle vom 17. März kundgemacht worden. Ofterreichischer Beobachter, Bien, Nr. 76, v. 21. März 1811, S. 308.

und die Kausseute hielten mit ihren Waren zurück, welches Vorgehen den Absatz der Fabriken erschwerte und Einschränkung der Fabriksarbeit besorgen ließ. Fabriksarbeiter beiderlei Geschlechts und Handwerkszgesellen kündigten bereits hohe Lohnforderungen (bis zum fünfsachen Betrage) an.

Am 20. März melbete Hager bem Kaiser, daß die Gärung in den Begriffen sich in Wien nun nach und nach zu legen scheine 1, und wenn tatsächlich immer mehr Beruhigung wahrgenommen werden konnte, so dürfte es wohl hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben sein, daß die Polizeibehörde mit großer. Strenge da einschritt, wo bedeutend erhöhte Preise verlangt wurden und wo die vorgeschriedenen Borräte der Verkäuser wirklich oder angeblich sehlten und die Warenabgabe verweigert wurde, sowie auch, wo die Käuser eine ungebührliche Behandlung ersuhren. Insbesondere sollten einzelne Exempel einesteils zur Beruhigung der Bevölkerung, andernteils zur Abschreckung aufgestellt und bekannt gemacht werden. Zahlreiche Gewerdse und Handelsleute, so insbesondere Fleischer, Fleischselcher, Müller, Melbler, Gastwirte, wurden zur Verantwortung gezogen 2. Die Strasen waren nach den

<sup>1</sup> Die Bauerkleute bagegen irrten, wie Siber berichtete, vielsach immer noch in ber Dunkelheit und glaubten, höhere Preise beanspruchen zu können.

<sup>2</sup> Die Vorsteher der Fleischhauerinnung wurden "in Rücksicht des nicht vorhandenen Ochsenvorrats" mit eremplarischen Strafen bedroht und zunächst mit Gelbstrafen von 500 fl. Bankozetteln belegt. Die Kompanieführer der Fleischhauer wurden, da ihr Kleisch- ober Ochsenvorrat statt für 3 nur für kaum 2 Wochen reichte, bestraft. Ein Fleischerknecht, der den Runden erzählte, fie wurden bald überhaupt kein Kindkleisch mehr bekommen, wurde zu acht, zwei andere wegen Berweigerung der balfte der verlangten Fleischmenge sowie wegen groben Benehmens gegen bie Raufer ju gehn und acht Stockstreichen verurteilt. Gine Rleischhauermeisterin erhielt wegen Beleidigung einer Partei seche Stunden Polizeiarrest. Allen Badern wurde die Lieferung guten Brotes im bestimmten Gewichte und höfliche Behandlung ber Aunden nachdrudlichft eingeschärft. Den Mehlverschleißern wurde unter Androhung bes Gewerbeverluftes aufgetragen, fich mit auch ber gesteigerten Nachfrage entsprechenden Borraten zu versehen. Gin Müller, der seinen Mehlladen drei Tage geschlossen hielt, wurde mit dreitägigem Arrest bestraft. Mehrere Schneidermeister hatten ihre zu hohen Lohnforderungen mit Freiheitsstrafen zu bugen, ebenso ein Gartnergehilfe, der statt eines Taglohns von 10 fl. mehr als das Doppelte verlangt hatte. Ein Hauseigentümer, der "aus Anlaß bes Patents" einen Zinsbetrag von 12 auf 15 fl. erhöht hatte, wurde mit einer Gelbstrafe von 50 fl. Bankozetteln ober mit 12stündigem Volizeiarrest belegt. Zwei Tischlergesellen, die von ihrem Meister einen übertriebenen Lohn forderten und die Arbeit verließen, wurden sogleich ins Polizeihaus geschafft.

Beisungen der Polizeihofstelle und des Statthalters ohne Berzug mit möglichster Offentlichteit zu vollziehen und solche Arten auszuwählen, welche den Schuldigen in den Augen des Publikums der verdienten Schande preisgaben. Einige Dominien drohten den Dorfgemeinden mit der Beschlagnahme der Lebensmittel bei Unterbrechung der Zusuhr nach Wien, die sodann auf ihre Untosten erfolgen würde, was in Wien mit Genugtuung aufgenommen wurde. Auch wegen abfälliger Außerungen über das Finanzpatent, über das alte und neue Papiergeld oder über den Grasen Wallis wurden zahlreiche Geld- und auch Polizeisarreststrasen verhängt.

Am 20. März ermächtigte ber Kaiser Hager auch ausdrücklich, für alle Länder anzuordnen, daß jene, welche unmäßige Preissteigerungen vornähmen, genau ausgeforscht und zur Aufklärung vor das Amt gesordert würden, und daß, "falls sich Bosheit und Habsucht als der Erund offenbaret, dieselben ohne weiteres als Betrüger und als Menschen, die boshafterweise die öffentliche Ruhe in Gesahr bringen, mit einer angemessenen Polizeistrafe belegt, woserne aber nur Unverstand und Dummheit als Ursache sich zeigte, über den Inhalt des Patents gehörig belehret, aber zugleich ermahnet würden, daß man sie bei nochmaliger Betretung ohne weiters strenge ahnden werde 1".

Als von vielen Seiten Bünsche und Vorschläge hinsichtlich einer Ausdehnung der amtlichen Preisfestsetzung auf noch nicht einer Satzung unterworfene Lebensmittel und andere Handelsgegenstände laut geworden waren, sah sich die Polizeihofstelle im Einvernehmen mit der Hofkammer veranlaßt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und sämt= lichen Länderchefs die entsprechenden Weisungen zu erteilen. Sie hielt die infolge des Finanzpatents eingetretenen Handelsstockungen und Breissteigerungen, ob sie nun auf Unverstand oder Gewinnsucht zurudzuführen wären, nur für vorübergehende Erscheinungen, denen die Polizei größtenteils durch rasches Eingreifen beizukommen vermöchte. Gerade in solchen Augenbliden mußte die Staatsverwaltung in der Anwendung allgemeiner Zwangsbestimmungen äußerst vorsichtig und behutsam sein, um nicht mit der Beseitigung des einen Übels ein anderes größeres, den Mangel an Waren, herbeizuführen. Hohe Preise zögen die Berkäufer auf den Markt, und der hierdurch entstehende Überfluß drücke die Preise wieder herab. Erzwungene Preisherabsetungen

<sup>1</sup> Vortrag Hagers v. 17., resolv. 20. März 1811. ad 1262.

aber schreckten von den Märkten ab und lähmten die Produktion. Es erging daher der Auftrag, den Frrtum, als könnte die Staatsverwaltung die Preise nach Willfür festsehen, zu berichtigen und auf allen geeigneten Wegen hierüber aufklärend zu wirken. Damit kam diese Frage jedoch noch nicht zur Ruhe, da die Meinungen allzusehr auseinandergingen.

Der Statthalter Niederösterreichs, Graf Saurau, wünschte sogar die Aushebung der Kindsleischsaung, um hierdurch Bettbewerb und damit bessere und billigere Versorgung zu schaffen, während der Biener Polizeioberdirektor gleich anderen die Einführung neuer Satungen empfahl. Hager suchte jedoch zwischen Schrankenlosiskeit und Zwang einen Mittelweg zu sinden. Er hielt vor allem wegen der Erhöhung der direkten und indirekten Steuern eine verhältnismäßige Steigerung der Preise für unvermeiddar und bat den Kaiser, über die einzuhaltende Richtung möglichst bald eine Konferenz abhalten zu lassen. Die Beratung oblag der gleich darauf eingesetzen besonderen Hostommission für die Ausssührung des Finanzsystems.

Am 24. März melbete Hager bem Kaiser, daß die anfänglichen Besorgnisse nach und nach schwänden, die Märkte wieder mehr beschickt und die Preise niedriger würden i; nur die unmäßige Gewinnsucht einzelner Gewerbs- und Handelsleute mache der Polizei noch zu schaffen. Troßdem aber betonte er hiermit im Widerspruche auch selbst nun die dringende Notwendigkeit der auch von den Regierungsstellen in Prag, Brünn und Graz bereits mehrmals verlangten Herausgabe von Preissatzungen.

Der Kaiser hielt jedoch eine berartige Berfügung nicht für notwendig, wollte jedes Zeichen von Angstlichkeit und jedes unnötige Aussehen vermieden wissen und empfahl neuerlich vor allem Ruhe und Besonnensheit. Die Polizei erhielt daraushin nur den strengen allgemeinen Austrag, darüber zu wachen, "daß die Gewerbsseute in der Habsucht und Grobheit sich nicht übernehmen".

Am letten März 1811 schien der Polizeihofstelle jede Gefahr einer unmittelbaren verhängnisvollen Wirkung des Patents bereits gänzlich gebannt. Sie meldete dem Kaiser, daß man täglich mehr Ursache habe, mit der Stimmung und dem Benehmen der Wiener Bevölkerung zufrieden zu sein, was ja auch für die übrigen Landesbewohner, wenn auch nicht entscheidend, doch von großem Belange war.

 $<sup>^1</sup>$  Der Preis für Korn betrug nur mehr 14—15½ fl., für Gerste 8—11 fl., für Hafer  $7\frac{1}{2}$ —10 fl.

Eine merkliche Verschlechterung der Stimmung in Wien trat ein, als sich die Regierung genötigt gesehen hatte, vom 1. April 1811 an einer allerdings nur mäßigen Erhöhung ber Preise für der Satung unterliegende Waren zuzustimmen; dies um so mehr, als daraufhin auch alle Handels- und Gewerbsleute die Preise der übrigen Waren unverhältnismäßig steigerten 1, wie die Polizeioberdirektion annahm, auf Grund geheimer Berabrebungen der Mitglieder des handels= gremiums. Abermals wurde der Wunsch lauter geäußert, daß alle notwendigen Lebensmittel und Feilschaften der Satung unterworfen würden, und man nahm an, daß die Regierung diesem Wunsche nachkommen werde. Obwohl nun gar nicht beabsichtigt war, ohne besondere dringende Anlässe ein allgemeines Breismarimum zu bestimmen, sah sich die Wiener Stadthauptmannschaft veranlagt, dem Gerüchte noch besonders entgegenzutreten und das Großhandlungsgremium wie auch den bürgerlichen Handelsstand durch ein Zirkular vom 16. April zu beruhigen 2.

Es war wohl nur ein Sturm im Wasserglase, der durch dieses Zirkular hervorgerusen wurde. Nicht die Bevölkerung lehnte sich dagegen auf, wohl aber fanden die Polizeioberdirektion und die Polizeihofstelle die ohne amtliche Ermächtigung hinausgegebene Kundmachung äußerst ungeschickt und unzweckmäßig. Sie waren, wie sie meldeten, auftrags-

¹ So stiegen z. B. die Preise für Kleiderstoffe auf das Anderthalbsache, Hutspreise von 30 auf 40 fl. — Nachdem das Pfund Rindfleisch um 4 kr. teurer geworden war, verlangten die Wirte für jede Portion (etwa ⅓ Pfund) um 4 kr. mehr. — Perzen und Seise waren vor der Berlautbarung der neuen Satungspreise nur in unzureichender Menge erhältlich, da viele Seisensieder ihre Läden nicht öffneten oder von ihren Vorräten nur wenig abgaben, wofür sie zur Rechenschaft gezogen wurden.

<sup>2 &</sup>quot;Es hat sich im Publikum die Sage verbreitet, als ob die Staatsverwaltung gesonnen wäre, nicht nur auf bearbeitete Produkte, sondern auch auf rohe Früchte und auf Artikel verschiedener Handelszweige ein Maximum des Preises sestzuseten, welcher nicht überschritten werden dürfte. Diese Sage ist ganz falsch, da nicht nur kein gehöriges Ebenmaß zu diesen Preisbestimmungen gefunden werden könnte, sondern auch der dadurch eingesührte Zwang das sicherste Mittel wäre, die Industrie in allen ihren Zweigen zu hemmen, und das Verhältnis des Preises der Produkte, Früchte und Handelsartikeln sich am richtigkten durch die Konkurrenz und das wechselseitige Übereinkommen zwischen Käusern und Verkäusern selbst reguliert." — Eine ähnliche Aufklärung war auch den Dominien des Brünner Kreisamtes zugekommen, was von der Regierung nicht gebilligt wurde.

gemäß 1 bemüht, den weitverbreiteten Jrrmahn zu zerstreuen, als ob die Staatsverwaltung die Steigerung der Preise durch Bestimmung eines Maximums hemmen könnte, und das Publikum über die Schädlich= teit eines Maximums zu belehren, und wurden in ihrer, freilich vielfach erfolglosen Aufklärungsarbeit behindert, wenn auf diese Beise der nie rastenden und nie zu sättigenden Gewinnsucht der Handelsleute die Bersicherung gegeben wurde, daß das Maximum niemals eingeführt werden könnte, und wenn diese hierdurch geradezu zu willkurlichen Preissteigerungen aufgefordert würden. Auf kaiserlichen Befehl wurde denn auch nach längeren Erhebungen ber Stadthauptmannschaft ein sehr scharfer Verweis erteilt, und dem Statthalter wurde das faiserliche Mißfallen bekanntgegeben, weil er diese Sache nicht verhindert hatte. Dennoch wurde ein Widerruf der Kundmachung nicht angeordnet; boch sollte dem Handelsstand und den Innungen der Wahn benommen werden, als wären sie zu jeder willfürlichen Preissteigerung und Bedrückung der Bevölkerung berechtigt und unter allen Umständen vor der Bestimmung eines Preismaximums gesichert. Auch wurde die Polizei= hofstelle angewiesen, "wucherischen Preiserhöhungen von Fall zu Fall burch Ernst und Strenge zu begegnen und hierbei die größte Bachsamteit zu beobachten" 2. So blieb es also wohl wieder beim alten, oder vielmehr die Preise stiegen auch weiterhin.

Während die Aprilsatungspreise, wie schon erwähnt, die Stimmung der Biener Bevölkerung doch nicht allzusehr verschlechtert hatten, waren gleichzeitig verschiedene unbegründete Gerüchte aufgetaucht, welche aufregend und störend wirkten. So wurde eine bedeutende Erhöhung des Salzpreises (bis zu 1 fl. für das Pfund) und eine Verdoppelung der Tabakpreise, ja sogar auch eine neue Devalvierungsmaßregel, die Herabsetung des Bankozettelguldens auf 6 kr., sowie eine neuerliche Schädigung der Besitzer von Staatsobligationen befürchtet. Es wurde eben die Beständigkeit der neuen Finanzverfügungen überhaupt besehen bie

¹ Graf Wallis, der bei Zwangsbestimmungen äußerste Vorsicht und Behutsamteit empfahl, bemerkte: "Sehr hohe und unverhältnismäßige Preise sind ohne Zweisel eine sehr unangenehme Erscheinung; allein da sie nicht in einem Mangel gegründet ist, so trägt das livel den Keim der nahen Zerstörung schon selbst in sich, indem eben diese hohen Preise die Verkäuser wieder anziehen und der hierdurch erzeugte übersluß die Preise wieder herabsetzet. Allein eine erzwungene Preisherabsetzung schreckt von den Märkten ab, lähmt die Produktion und bringt Mangel hervor, der immer das fürchterlichste übel bleibt, das abgewendet werden muß."

<sup>2</sup> R. Entichl. v. 12. Juni 1811 auf den Bortrag Hagers v. 25. Mai.

zweifelt, da die Verordnungen der Regierung gewöhnlich nach kurzer Beit wieder zurudgenommen wurden. Laute Magen veranlagte die sich immer steigernde Verteuerung und Verschlechterung des Weins 1. Diese wurde bekämpft und gleich einigen anderen neuen bedeutenderen Preiserhöhungen, sowie der Unterlassung von Preisaussetzungen und dem geflissentlichen Zuruchalten von Waren aus Gewinnsucht mit scharfen Verweisen und Warnungen wie auch mit von der Polizei gang willfürlich bemeffenen verhältnismäßig hohen Gelbftrafen geahndet und auch abgestellt. Von Müllern, Bädern, Gaftwirten und anderen Leuten bei den Bauern vorgekaufte größere, deren Bedarf übersteigende Lebensmittelmengen wurden diesen abgenommen und zum öffentlichen Verkauf gebracht. So gelang es, für Wien und Niederösterreich empfindlichere Warenknappheit zu verhindern, im Gegensaße zu Oberösterreich, wo die Bauern in manchen Gegenden überhaupt nichts gegen Bankozettel verkaufen wollten, und daher wohl vorüber= gehender Mangel namentlich an Fleisch und Getreide eintrat. Die Regierung suchte durch Mittel der Aberredung und des Zwanges die ungestörte Versorgung der Bevölkerung zu sichern, und hager melbete bem Kaiser schon am 5. April, daß im Publikum wieder Ordnung und Ruhe herrsche.

Es war wohl nicht nur die Folge weitverbreiteter Wünsche, sondern auch verschiedenartiger Spekulationsversuche, wenn schon wenige Wochen nach dem Erscheinen des Patents die Gerüchte von dessen Ausstebung oder weitgehender Abänderung namentlich in Wien und in Ungarn eine so große Beachtung fanden, daß sich der Kaiser am 15. April versanlaßt sah, die Polizeihosstelle zu beauftragen, diesen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuarbeiten, auf die Ersinder und Verbreiter derselben sorgsamst zu achten, sie zur Verantwortung zu ziehen und zu bestrasen. Die Wiener Großhändler sowie der bürgersliche Handelsstand waren durch den Statthalter im Namen des Kaisers besonders zu verwarnen.

Als mit 1. Mai neuerliche bedeutende Satungspreiserhöhungen

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Seit dem Erscheinen des Finanzpatents war der Maßpreis bei großer Bersichlechterung des Weins von 1 auf 2 fl. gestiegen. Die Wirte schoben die Schuld auf die Hauer auf dem Lande, welche seichte Angabe, wie der Polizeioberdirektor meinte, keine Rücksicht verdiente. Es stünde in der Macht der Weinschänker, durch Berweigerung der Zahlung die Weinbesitzer zu geringeren Preisen zu verhalten.

bei Rindfleisch, Bier 1, Kerzen, Seise und anderen Waren eintraten, wurden die Klagen abermals lauter, ohne daß es jedoch zu Ausschreitungen kam, die allerdings. für die Zukunft, wenn es mit den Steigerungen so weiter ginge, befürchtet wurden. Vielfach wurden die Ungarn als Urheber der Teuerung bezeichnet, die mit ihren Lebensmittelwaren zurüchlielten oder diese nur zu überspannten Preisen abgaben.

Bie der Biener Polizeioberdirektor berichtete, zeige ein Teil des Publikums Mißtrauen gegen die Staatsverwaltung. "Man sagt, das neue Finanzpatent habe die beste Stimmung hervorgebracht, und nun werde von den Feinden desselben alles aufgeboten, um dieses Patent zu unterdrücken. Der täglich zum Nachteil der Einlösungsscheine steigende Kurs auf der Börse (der Quelle allen Abels in der öffentlichen Opinion, wie Hager beifügte), die willkürlichen Preissteigerungen der Hausinhaber, Gewerbsleute, Geldwucherer, welche sich selbe durch unrichtige Auslegung des Finanzpatents und mit Vorspiegesung des Börsenkurses erlauben, tragen einzig dazu bei, jede wohlgemeinte und notwendige Staatsanstalt zu vereiteln."

Die Polizeihofstelle erhielt hierauf nur den Auftrag, Maß, Gewicht und Qualität aller der Satung unterliegenden Feilschaften sorgfältigst zu überwachen, nötigenfalls nach der Strenge des Gesetes zu strafen und insbesondere bei Bierbrauern und Schänkern häusig unvermutete Untersuchungen vorzunehmen. Und am gleichen Tage erging eine zweite Beisung an diese Stelle, wonach fortan die Großhändler, Juden und Geldmäkler und überhaupt alle Berbreiter von falschen Gerüchten genau beobachtet und, die sich etwas zuschulden kommen ließen, zur Berant-wortung und Strafe gezogen werden sollten 2.

Auch im Juni steigerten sich infolge der Kursverschlechterung die Klagen; es nahm aber vor allem, wie Hager dem Kaiser berichtete, die Erditterung gegen die Wechsler und gegen Ungarn zu. Dabei war die befürchtete neuerliche satungsmäßige Preiserhöhung für Kindsseisch und Kerzen in diesem Falle ausgeblieben; nichtsatungsmäßige Waren aber wurden auch weiterhin immer teurer 3. Mangel an Kupfergroschen

¹ über die die Behörden irreführenden Kunst- und Gewerdskniffe der Fleischhauer und Bräumeister zog man namentlich los. Erstere kauften mit ansehnlichen Borschüssen versehen, ohne Kontrolle, die Schlachttiere und trieben dabei allen Unfug mit geheimen Beradredungen; letztere lieferten fast nur minderwertiges und schlechtes Getränk zu gar nicht entsprechenden Preisen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Entschl. v. 10. Mai 1811 auf zwei Vorträge Hagers v. 3. und 6. Mai 1811.

<sup>3</sup> Der Preis für das Pfund Schweineschmalz stieg in einer Woche von 3 auf 31/5,

und Kreuzern machte sich vielfach fühlbar. Zum Teil noch mehr als die Preise der wichtigsten Bedarfsgegenstände stiegen die anderer Waren, und den Kausseuten war wenig darum zu tun, ihre Vorräte selbst bei hohen Preisen zu verkaufen, da sie diese bei dem steigenden Kurse nur wieder zu höheren Preisen ergänzen könnten; selbst Luxuswaren, insbesondere Gold= und Silber=, sowie Seidenarbeiten wurden zurück= gehalten.

Daß Ungarn ber Durchführung bes Finanzpatents wiberstrebe — bas Gerücht von einem in Debreczin und an anderen Orten deshalb ausgebrochenen Aufstande war weit verbreitet —, wurde mit großem Unwillen aufgenommen.

In einem aufgefangenen Schreiben aus Wien vom 11. Juni 1811, bas allerdings auch als Warnung vor Eskontierungsgeschäften dienen sollte, wird die Lage, wie sie sich den Blicken eines Wiener Großhändlers darstellte, geradezu trostlos geschildert 1. "Aller Glauben an Einlösungsscheine geht verloren, die Finanzen tun nichts, und so leider sieht man tagtäglich, ja jede Minute die Menschen verarmen, die sonst reich waren; wer aus diesem unübersehbaren Unglück einige Trümmer retten wird, wird glücklich sein."

Als der Statthalter Graf Sauran dem Handelsstand wegen des so sehr hinaufgetriebenen Kurses nach vorhergegangener Warnung und Androhung der kaiserlichen Ungnade in Wallis' Auftrage eine Küge erteilte, wurde dies von der Bevölkerung sehr beifällig aufgenommen. Wie die Polizeihofstelle Ende Juni den Kaiser beruhigend versicherte, hatte die Stimmung in Wien noch keinen bedenklichen Charakter ansgenommen, da kein Mangel an Lebensmitteln und an Verdienst "vorzüglich bei den niederen Volksklassen" eingetreten war; doch wurde rasche und energische Hilse von allen ebensosehr ersehnt wie von der Weisheit des Kaisers erwartet.

Dabei mehrten sich freilich die Besorgnisse, daß die Bankozettel zuletzt gänzlich wertlos würden. Auch die Polizeioberdirektion unter-

sobann auf  $3\frac{1}{2}$  fl., für Rindschmalz von 3 fl. 48 fr. auf 4 fl., nach einigen Tagen auf 5 fl., für Kalbfleisch von 1 fl. 14 fr. auf  $1\frac{1}{2}$  fl., sobann auf 1 fl. 42 fr., der für das Achtel Grieß von 6 auf  $6\frac{1}{2}$  fl.

<sup>1</sup> Nach diesem Schreiben von Popper (Wien) an Popper (Prag) verlangten bie größten Wiener Handels- und Bankhäuser 30% selbst auf die besten Wechselbriefe und betrug der Diskont der Bankozettel 20%. S. auch Arnold Winkler, a. a. D. S. 22 f.

brückte ihre Bebenken keineswegs. Großenteils herrsche, wie sie berichtete, gänzliche Hoffnungslosigkeit; man male sich die Zukunft mit schrecklichen Farben; der gesunkene Kurs, der die Rohstofsbeschaffung behinderte, und die Teuerung würde, so wäre zu sürchten, Berdienstund Nahrungslosigkeit herbeiführen, die Industrie lähmen und schließlich "unliedsame Auftritte" herbeiführen. Freilich gab es auch Leute, die sich mit dem Gedanken trösteten, daß der Staat selbst die Entwertung der Bankozettel wünsche, um diese wohlseiler einlösen zu können.

Der Warenvorkauf allerdings, der sich nach dem Erscheinen des Finanzpatents entwickelt hatte, nahm rasch ab, zumeist wohl wegen der Teuerung der Lebensmittel, die in erster Linie den Kleinhändlern zugeschrieben wurde, weshalb auch der Vorschlag auftauchte, den Verfauf der Waren nur deren Erzeugern zu gestatten.

Daß so vielen Fremden, die, erdichtete Geschäfte vorschüßend, um sich von Schulden zu erholen oder auch nur um wohlseiler leben zu können, von auswärts nach Wien kamen, der die Teuerung noch verschärfende Aufenthalt gestattet wurde, erregte große Erbitterung. Auch die Beamten sahen nun wieder einer traurigen Zukunft entgegen, sosern nicht bald durch energische Mittel dem Wuchergeiste der Gewerdseleute und "mit nie erhörter Strenge und Strase" dem unpatriotischen Sigennuße der Wechsler und Geldmäkler Einhalt geboten würde. Nicht nur Großhändler und Kaufleute sollten nach dem allgemeinen Wunsche dazu verhalten werden, das versteckte Konventionsgeld herausezugeben, sondern besonders auch die "Chevaliers", und man erwartete auch wieder eine baldige neue Finanzoperation für die Hebung des Kurses, sowie eine neue Steuer auf liegende Güter, die nur in Gold oder Silber zu entrichten wäre.

Am meisten wurde jedoch, wie es scheint, über das Landvolk geklagt, das beinahe nichts mehr seil halten wollte und das der Käuser, die gegen Bankozettel zu kausen wünschten, nur spottete. Die Spannung und Unzufriedenheit war bereits so groß, daß mit dem baldigen Ausdruche von — wenn auch nicht planmäßigen — Unruhen gerechnet wurde. Troß der lauten allgemeinen Klagen über die Teuerung ließ sich die Regierung nicht abhalten, für den Juli 1811 die Satungspreise für Kindsseisch, Kerzen, Seise, Brot und Semmeln neuerdings zu erhöhen. Dazu kam noch, daß sich zahlreiche Gewerdsleute, namentlich in der von den Wienern häusig aufgesuchten näheren Umgebung der Hauptstadt, nicht einmal an die Preise und Gewichtsbestimmungen der Satuns

gen hielten, weshalb eine schärfere Aberwachung und strengere Bestrasung der Schuldigen angeordnet wurde 1. Daß die große und immer zusnehmende Zahl der Höferinnen in Wien nicht Abersluß und Wohlseilheit der Waren, sondern vielmehr Verteuerung verursachte und Müßigsgängerei züchtete, wurde nicht in Abrede gestellt. Das von diesen bei den Landleuten auf dem Obstmarkte zusammengekaufte Obst insdessondere, das sonst immerhin als Nahrungsaushilse gedient hatte, ersreichte außerordentlich hohe, das Kursverhältnis noch überschreitende Preise. Bei der Bestechlichkeit der Markts und Polizeiorgane war, wie berichtet wird, dem Unsug des Aufkausens der Marktware schwer zu steuern.

Als die Kindsseich= und Brotsatung für August eine neuerliche Preiserhöhung brachte, wurden die Klagen über die Teuerung begreiflicherweise abermals lauter; doch war, wie die Polizeihofstelle beruhigend
versicherte, noch nicht wahrzunehmen, daß sich das Volk deshalb Abbruch
täte. Das Interesse an den Schwankungen des Kurses ging zurück,
zumal da nunmehr die unmittelbare Ursache der Teuerung viel mehr
in dem Zurückhalten der Erzeugnisse seitens der Güterbesitzer und Landleute erblickt wurde. Von den Beschlüssen des bevorstehenden ungarischen
Landtags wurde nicht nur eine Kursbesserung erwartet, sondern auch
die Wiederaufnahme der Lieserung von Früchten und Waren aus
Ungarn, wo die Annahme der Einlösungsscheine übrigens vorerst zu-

<sup>1</sup> So heißt es in einem an die Ortsobrigkeiten des Viertels unter dem Wiener Walbe gerichteten Kreisschreiben bes Traiskirchener Kreisamtes v. 31. Juli 1811: "Die tägliche Erfahrung bestätigt, daß die unter Mag und Gewicht stehenden Gewerbsleute, sowie überhaupt die meisten Handwerksleute einerseits durch übervorteilung des Publikums und übermäßige Gewinnsucht in kurzer Zeit zu einem ganz unverhältnismäßigen, fie nur übermütig, faul und nachlässig machenden Wohlstande gelanget sind, andererseits eine Lebensweise angenommen haben, welche sie nötiget, unbillig und gewissenlos mit ihren Mitburgern zu verfahren. Die nämliche Erfahrung bestätigt aber auch zugleich, daß sich Gewerbs- und Handwertsleute niemalen so weit vergessen und auf Rechnung des Publikums gemästet hätten, wenn die Dominien und Ortsobrigkeiten, denen die Staatsverwaltung die Handhabung der Gesetze, Ordnung und Gerechtigkeit zur Pflicht macht, mit wahrem Eifer für die gute Sache zu Berke gegangen sein würden, wenn sie in der Auswahl ihrer Beamten, welchen die Leitung der Geschäfte und die Ausübung des Richteramtes anvertrauet ist, vorsichtiger gewesen wären, und wenn sie darauf mit verfänglichem Ernste gedrungen hätten, daß biese unbefangen, strenge und mit Recht die Gewerbs- und Handwerksleute zur genauesten Pflichterfüllung, Ordnung und Billigkeit anhalten." — Der Kreishauptmann erwartete, daß in der Folge die

meist abgelehnt wurde 1. In Wien selbst wurde von der einheimischen Bevölkerung der Annahme der neuen Scheine keine Schwierigkeit bereitet 2, wohl aber vielsach auf dem Lande. Der Mangel an Kupfergelb und kleinen Bankozetteln machte sich hierbei natürlich besonders unangenehm fühlbar, und es traten Stockungen im Kausverkehr ein, weil die Umwechslung und Annahme größerer Bankozettel, wie der zu 100 fl., einsach verweigert wurde.

Die Ausgabe und Verwendung der Einlösungsscheine wirkte übrigens, wie die Polizeihofstelle annahm, bei der fortschreitenden Teuerung auch insofern ungünstig, als begreislicherweise die Zählung und Rechnung nach dem Nennwert der Bankozettel auch weiterhin beibehalten wurde 3.

Auch für den September wurden die Kindfleisch=,4 Kerzen= und Seisenpreise neuerlich erhöht. Wegen des Mangels an Kreuzern und Groschen wurden die meisten Warenpreise so gestellt, daß sie mit 15= und 30=Kreuzer=Stücken bezahlt werden konnten, was ebenfalls die Teuerung steigerte.

Als die Satung für Oktober keine weitere Erhöhung aufwies, die Beinpreise sogar teilweise zurückgegangen waren, bildeten die un-

"Herrn Zettel befiel in diesem Jahr Im Monat März der graue Star, Er ließ drum — Gott sei es besohlen — Zulest den Okulisten holen. Nach vielem Stechen, Jammern, Schrei'n, Bekam er endlich einen Schein, Und sah gleich auf der Stelle besser. Doch scheint ihm auch noch jest ein Thaler größer Als ein Künsguldenstück zu sein."

Rlagen darüber, daß die der Satung unterliegenden Gewerbsleute "tun, was sie wollen", aushören würden. (Druck im Archiv f. Inneres u. Justiz. Polizeiakten. 22 ad 3515.)

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Wiener Polizeioberdirektion berichtete am 18. Aug. 1811, daß die ungarischen Frucht- und Schweinehändler die Einlösungsscheine nur soweit annahmen, als sie selbe in Wien sogleich wieder weitergeben konnten.

<sup>2</sup> Großer Beliebtheit erfreuten sie sich allerbings auch hier nicht. Oft zu hören foll bas nachfolgende Spottgebicht gewesen sein:

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> "Diese Täuschung bürfte schwinden, sobald der Rennwert der Einlösungs-scheine zum Maßstabe im Kause und Berkause allgemeiner angenommen wird." Bortrag Hagers v. 10. Sept. 1811.

<sup>4</sup> Das Pfund kostete nun bereits 1 fl. 4 fr.

mäßigen und fast allgemeinen 1 neuen Mietzinserhöhungen den Saupt= gegenstand ber Beunruhigung und Erbitterung. Wegen bes großen Wohnungsmangels konnten die Parteien keinen Widerstand leisten. Daß der Staat gegen diese Habsucht nicht schützte, erregte allgemeinen Unwillen. Dazu kam noch, daß vielfach auch die Einführung einer Fenstersteuer befürchtet wurde.

Schon mit Beginn des Herbstes machte sich größere Arbeitslosigkeit bemerkbar, die sich auch in das folgende Jahr hinein immer noch ver= mehrte. Da auch die Teuerung weiter stieg, verdüsterte sich die Stimmung der Bevölkerung immer mehr. Drüdende Not herrschte nun wieder in vielen Kreisen, namentlich bei den vom Staate Besoldeten. Das Wiener Bersatamt mußte viele Parteien, die Schmuckgegenstände verpfänden wollten, wegen Geldmangels zurückweisen.

Den Soldaten wurde durch große Beurlaubungen, durch Be= schränkung der Exerzierzeit und des Dienstes, Gestattung und Begünsti= gung von Nebenerwerben zu helfen gesucht; sie erhielten einen kaum zu= reichenden Fleischbeitrag zum Lohne, auch auf Veranlassung der Regierung gesammelte Spenden (Kartoffeln, Rüben und andere Gemüse, auch Kochmehl) von Dominien, Gutsbesitzern und Gemeinden. Troßdem war ihre Lage zumeist kläglich, die Unzufriedenheit groß; oftmals unternahmen einzelne von ihnen räuberische Überfälle.

Die Klagen über die noch immer weiter steigende Teuerung mehrten sich auch im Jahre 1812. Für die von festen Einkünften lebenden Bersonen waren die außerordentlichen Zinserhöhungen das Empfindlichste, da sie ein Drittel, ja sogar die Hälfte ihres Einkommens für ihre Wohnungsmieten zu entrichten hatten. Das Gerücht, daß der Raiser die Höchst= grenze der Zinse bereits festgesett hätte, wurde daher mit großem Jubel aufgenommen, dem alsbald die Enttäuschung folgte. Da an eine Bermehrung der Einlösungsscheine nicht gebacht wurde, der Staat daher keine Mittel für Gehaltszulagen zur Verfügung hatte, waren Beamte, Bensionisten und Militärpersonen gang kleinmütig und hoffnungslos. Die neue Ausschreibung der Klassen= und der Personalsteuer (Ropf= steuer) erhöhte zu Beginn des Jahres 1812 die Unzufriedenheit nament= lich bei der ärmeren Bevölkerung 2. Die mit Patent vom 7. Dezember

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bielfach wurden die Bankozettelbeträge nun schon vom Kündigungstermine (Michaeli) an ganz im gleichen, mitunter sogar in höherem Rennwerte in Einlösungsscheinen verlangt, teilweise wohl auch nur in einem geringeren Ausmaße.

<sup>2 &</sup>quot;Rur wenige Menschen aus der gebildeten und vermöglichen Klasse gab es,

1811 angeordnete Bermehrung der außer Handel gesetzten Warengattungen wurde zumeist gleichgültig <sup>1</sup>, dagegen die Einberufung der Bankozettel zu 1 und 2 fl. bis zum 31. Januar mit großer Sorge und Furcht vor einer Stockung des ganzen kleinen Verkehrs ausgenommen. Eine Unzahl der verschiedenartigsten Gerüchte durchschwirrte nach wie vor die Stadt und das Land. So wurde von vielen die Ausgabe einer neuen Silbermünze erwartet, die im Inlande 20, im Ausland 10 fr. gelten sollte, von anderen dagegen die Ausgabe eines neuen Papiergeldes, Kammerscheine oder Kammertratten genannt, besürchtet; auch von einer gewaltsamen Beseitigung der ungarischen Versassung wurde in weiten Kreisen gesprochen.

Als der Frühjahrszinstermin herannahte, mußten viele Beamten verkaufen oder verpfänden, was ihnen noch geblieben war. Als den Offizieren eine zweite Brotportion bewilligt wurde — die Soldaten erhielten gleichzeitig eine Aushilfe mit Hülfenfrüchten —, verminderte sich deren Unzufriedenheit nur wenig, zumal da gleichzeitig der Preis des Kommißbrotes, das sie zu verkaufen pflegten, von 15 auf 8 kr. E.=Sch. herabgesetzt wurde.

Gerade am Jahrestage der Devalvierungsverkündigung erhielt Hager einen in den düstersten Farben gehaltenen vertraulichen Stimmungsbericht, der sogleich auch dem Kaiser vorgelegt wurde. Die Besorgnisse vor der wachsenden Kriegsgesahr und vor den Folgen der ungeheueren Küstungskosten, vor einer neuerlichen überslutung mit Papiergeld ergriffen immer weitere Kreise. Auch in diesem Berichte wird die schreckliche Lage der Staatsbeamten, Offiziere und Soldaten, sür welche auch die übrige Bevölkerung der Hauptstadt Partei ergriff, besonders hervorgehoben. Man fand es von der Regierung unverant-

welche in diesen Steuern einen tröstenden Beweis fanden, daß man die Staatsauslagen auf keine Art durch Bermehrung des Papiergeldes bestreiten wolle." Bericht Sibers v. 24. Jänner 1812.

<sup>1 &</sup>quot;Nur über die Entbehrung des Kaffehs wird besonders von dem weiblichen Geschlechte, welches ihn meistens für eine Medizin angesehen wissen will, häufig geklagt." Ebenda.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Als der Präsident des General-Rechnungsdirektoriums seine Berwunderung darüber äußerte, daß die zur Eidesleistung berusenen Beamten so anständig gekleidet erschienen, wurde ihm bedeutet, daß gewiß ein Drittel derselben seinen ganzen Reichtum auf sich trüge, das zweite die verpfändeten Kleider nur für eine Stunde ausgebeten und das dritte die Kleider nur für diesen Zweck von Bekannten ausgeborgt hätte.

wortlich, diese in dem jammervollen Zustande schmachten zu lassen und zum Betteln ober zum Berhungern zu zwingen 1.

Auch die übergroße Vermehrung der Handelsgewerbe durch Inund Ausländer rief sehr berechtigten Unwillen hervor. Der Finanzminister, meinte man, mache sich ein besonderes Vergnügen baraus, in jedem Hause einen Großhändler zu sehen.

Dabei nahm man als sicher an, daß die Ausgaben des Staates nicht ihre volle Deckung in den laufenden Einnahmen finden würden — der tatsächliche Fehlbetrag war und blieb ein Geheimnis —, und sah man das weitere Schicksal des in Einlösungsscheinen übriggebliebenen Restes der Bermögen im ungünstigsten Lichte. Einen besonders schlechten Eindruck machte die Ankündigung der Ausschung der Auslosung der Lotterielose. Biel geklagt wurde auch darüber, daß der Kaiser verhindert werde, sich einen richtigen Einblick in die Lage der Bevölkerung zu verschaffen. Er sollte nicht nur auf Bälle und in die Komödien geführt werden, sondern auch nach dem Beispiel Josefs unangesagt die Spitäler, die elenden Bersorgungshäuser und andere von Not erfüllte Orte bessuchen.

Als aber auch dieser Winter, dem die Regierung mit großer Besorgnis entgegengesehen hatte, immerhin ohne Ruhestörungen und auch ohne

<sup>1 &</sup>quot;Da ber größte Teil ber Beamten kaum 3—400 fl. an jährlichem Gehalt in Einlösungsscheinen beziehe und folglich, wenn für bas schlechteste Quartier in ber äußersten Vorstadt 150-200 fl. abgezogen würden, so bleibe für den Tag nicht so viel übrig, als ein lediger Mann dazu braucht, um nur einen hungrigen Magen zu stillen; was soll damit der Familienvater machen, der nicht nur für Gesunde, sondern auch oft für Kranke zu sorgen hat . . . Die kaiserlichen Amter gleichen bermalen wieder, und zwar weit auffallender als jemals, Schreibstuben, wo Geldgeschäfte gemacht werden: unter beständigen Rlagen, Jammern, Schimpfen und Außerungen naber Verzweiflung werden Beamte entweder von ihren Gläubigern überlaufen, bedroht und geängstigt, oder sie sind untereinander selbst beschäftiget, Anleihen zu erbetteln, Berschreibungen auszustellen, gegenseitige Abund Zurechnungen zu machen, Rleider oder sonst etwas vom Werte zu verhandeln, zu versetzen oder unter sich auszuspielen. Am häufigsten und nicht ohne Rührung kann man diese Szenen und Gruppierungen bei den Buchhaltungen sehen, welche zusammen mehrere hunderte von Beamten zählen, deren Gehalt 3-400 fl. beträgt. Die Oberbeamten, selbst in beklemmter Lage, hüten sich vor ernstlichen Ermahnungen zur Ruhe und Dienstbeschäftigung, denn die Erklärung ist gewöhnlich, man habe mit seiner Familie keinen Groschen im Sause, und man wolle gerne arbeiten, wenn der Herr N. N. die Güte haben wollte, nur einige Gulden vorzustreden." (Polizeiatten. 1812, 1061 ad 181.)

außergewöhnliche Aufregungen vorübergegangen war, und als sich die ersten Spuren einer anhaltenden Besserung des Geldkurses und bald darauf auch die Borboten einer sehr reichen Ernte zeigten, hielt es die Regierung in ihrer finanziellen Notlage sogar für möglich, sich neue Einnahmsquellen zu verschaffen.

Daß sie es nicht ohne ängstliche Befangenheit tat, ist daraus zu ersehen, daß sie sogleich Berichte aus allen Ländern über die mahrge= nommenen Wirkungen ihrer neuen Magnahmen einforderte. wollte wissen, welchen Eindruck die neue Erhöhung der Tabakpreise hervorgerufen hatte, wie die Requisitionssteuer aufgenommen worden war, ob sie als Nachahmung des französischen Requisitionssystems betrachtet würde und ob und wie sich die Grundbesitzer und Hauseigentümer für diese schadlos zu halten trachteten. Zugleich verlangte sie Auskunft darüber, ob das in Frankreich festgesetzte "Marimum der Getreidepreise" von der Bevölkerung für nachahmenswert gehalten werde und wie sich die staatlich Besoldeten über das Verhältnis ihrer Entlohnung zu ben Warenpreisen äußerten. Wie weit die Besorgnisse der Regierung gingen, zeigte aber vor allem die Frage, "ob der Wahn, daß die hungarischen Stände nicht vermocht worden seien, einen Teil der allgemeinen Staatslasten zu übernehmen, die Stände auch anderer Provinzen zum Bersuche einer Renitenz verleite". Die Regierung konnte mit den eingelangten Berichten immerhin fast durchwegs zu= frieden sein.

Die durch die neuerliche Erhöhung der Tabakpreise hervorgerufene Unzufriedenheit der hierdurch Betroffenen war nicht nachhaltig. Der Tabakverbrauch ging wohl zurück. Mancher entsagte dem gewohnten Genusse, andere suchten Ersaß in anderen Kräutern 1.

Benn die Biener Regierung Bidersetlichkeit der Stände einzelner Länder nach ungarischem Borbilde <sup>2</sup> befürchtete, so hatte sie hierzu wohl kaum einen ausreichenden Anlaß. Nur zu gut wußten diese, daß sie ohne die Privilegien, welche die Berfassung Ungarns gewährte, im Grunde genommen doch nur dazu da waren, zu gehorchen. Der Gedanke der Festsetung eines höchstpreises für Getreide nach französse

<sup>1 &</sup>quot;Der gemeine Mann sucht sein Bedürfnis im nächsten Felbe, rauchet Eichen-, Beichsel- ober Birkenblätter, Huflattig, und stopft sich seine Pfeise mit Erdäpfel- kraut." (Bericht bes Linzer Polizeidirektors v. 14. Juli 1812.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Eine Entscheidung über Ungarns Stellungnahme zu den finanziellen Forderungen war noch nicht erfolgt.

jchem Muster scheint im Lande nur wenige Anhänger gefunden zu haben 1. Bei der den französischen wie den inländischen Zeitungen auferlegten Beschränkung in der Kritik war wohl eine stärkere Wirkung dieser Maßregel auf die Bewohner der österreichischen Länder nicht zu erwarten gewesen.

Die Ausschreibung der für Rüstungszwecke bestimmten sogenannten Requisitionssteuern allerdings beeinträchtigte die Stimmung der Bevölkerung erheblich; ein übriges taten späterhin noch die Ende Mai tundgemachten erhöhten Satungspreise für Kindfleisch, für Kerzen und Seife, von welch letterer sogar bessere, aus dem Auslande ein= geführte Ware billiger verkauft wurde. Große Unzufriedenheit erregte es auch, daß sich die kranken Armen die teueren Arzneimittel nicht mehr kaufen konnten und daß der Preis des Holzes fast unaufhörlich weiter stieg. Laut und ohne Zurüchaltung machte man nun auch wieder dem Unwillen Luft; der Kälte und Unempfindlichkeit des Kaisers wurde mit Kälte und Verdrossenheit erwidert. Man bezeichnete ihn als den "Niemand", da er die Regierung der ganzen Monarchie einigen Aristo= kraten überlasse, welche die Not des Volkes nicht kannten. Dabei waren jedoch die Preise vieler Waren im großen schon beträchtlich gesunken, auch die des Getreides, ohne daß sich jedoch im allgemeinen Verkehr ein wohltuender Unterschied in den Preisverhältnissen gezeigt hatte.

Als dies aber gegen die Mitte des Monats Juni eintrat, als insbesondere das Mehl und das Schweineschmalz bedeutend billiger wurden, als auch die ärmeren Leute in und um Wien wieder anfingen, sich, wenn auch nicht mit Fleisch, so doch mit Mehlspeisen satt zu essen 2, da schien alles im Staat wieder gut zu werden. Man pries sogar die Boraussicht des Grasen Wallis und begriff nicht, daß gerade damals so viel von der angeblich von Ungarn erzwungenen Demission des Hoftammerpräsidenten gesprochen wurde. Es könnte doch nichts Gutes daraus entspringen, meinte man, wenn jedes Jahr ein neuer Koch

<sup>1</sup> Nur in außerordentlichen Fällen wäre, wie z. B. der Syndikus der Stadt Bels meinte, eine Ausnahme zu machen; ein solcher wäre bei dem Erlasse des Devalvierungspatents gegeben gewesen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Einer der Vertrauten schreibt hierüber: "Das Fallen der Mehlpreise und des Schweineschmalzes hat auf die Stimmung der ärmeren Klasse und des ärmeren Landmanns so vorteilhaft gewirkt, daß man ohne übertreibung behaupten kann, sie habe sich seit acht Tagen um den dritten Teil verbessert." Er gibt allerdings nicht an, wie dies berechnet ist.

eine neue Suppe zu kochen anfange, wenn berjenige, ber sich in die Sache "erft recht hineinstudiert habe", wenn er sie verstehe, einem anderen Plat machen musse, der erft von vorn zu lernen beginnen mußte.

Gar mancher frühere Gegner wurde nun sogar schon zum Lobredner der Regierung und insbesondere des Grafen Wallis. Nur die "durch schnelles Reichwerden auf Kosten des Staates verwöhnte Klasse der Rommerzianten" sah sich zu Klagen über die nötigen Ginschränkungen veranlaßt 1. Übrigens zeigte sich, daß auch unter diesen viele, und gerade diejenigen, welche über die neuen Steuern am lautesten klagten und jammerten, auf dem früheren Fuße weiterlebten, wenn sie auch lieber gesehen hätten, daß ber Staat seine Auslagen durch die Ausgabe weiterer Hunderte von Millionen von Einlösungsscheinen gedeckt hätte. Die auffallende Erscheinung, daß sich der Kurs, ohne daß der Staat einen Kreuzer barauf verwendete, gleichzeitig mit der angeblichen Verarmung der Bevölkerung und dem Rückgang der Industrie und des Sandels besserte, mahrend die Regierung "in den belobten goldenen Zeiten" der Blüte der Produttion nur vergebliche, große Opfer gebracht hatte, um dies zu erreichen, wurde viel erörtert. Der Verschwendung, welche zur Zeit der Bankozettel herrschte, stand eben kein reeller

<sup>1</sup> In einem Wiener Vertrautenberichte v. 28. Juli 1812 heißt es: "Der fremde Kaufmann, welcher die Stimmung dieser Residenzstadt nach den Außerungen seiner Gilbe beurteilen muß, würde unstreitig sie mit den schwärzesten Farben und als im höchsten Grade bedenklich schilbern; denn sowie mit jedem Tage der Luzus abnimmt, sowie die bürgerlichen Familien zu einer sparsamen, folglich vernünftigeren Lebensweise zuruckfehren, wie Geld- und Papiermäklereien und die seit einigen Jahren ins ungeheure gestiegene Konsumtion sich vermindern, dagegen Steuern und Auflagen burch die außerordentlichen Staatsbedürfnisse notgezwungen sich vermehren, ebenso nimmt bas Wehklagen aller jener zu, die burch den bisherigen mit dem Papiergelde scheinbar bestrittenen Aufwand der Nation reich wurden und nun auf einmal sich genötigt sehen, ihre Equipagen abzuschaffen, kleinere Quartiere zu beziehen und ihre fürstlich tostbaren hausgeräte zu vertaufen. Raum würden Menschen dieser Klasse einer Teilnahme des Bublifums sich erfreuen fonnen, wenn sie nicht viele Tausende mit in ihre Spekulationen gezogen und vorzüglich auch aus dem Auslande herbeigezogen hätten, die nun brotlos als Bettler alle Turen belagern und nicht nur Mitleib, sondern auch Besorgnisse für den Winter erregen; man macht deshalb verschiedene Vorschläge, die in der Hauptsache sich darin vereinigen, daß alle Ausländer, welche keinen Erwerb haben, in ihre Heimat zurückgesenbet, alle Fabrikanten und Handwerker aber verhalten werden möchten, alle jene Gesellen, welche sie für den Winter nicht mehr zu behalten gesonnen sind, längstens bis Michaeli zu entlassen, damit die Ausländer noch bei auter Witterung sich nach Hause begeben könnten." (ad 181/1812.)

Kredit gegenüber; mit der beginnenden Sparsamkeit kehrte er zurück.

Schon am 29. August 1812 konnte Hager dem Kaiser die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Ausländer infolge der fortschreitenden Besserung des Kurses "keine Rechnung mehr in dem hiesigen, ihnen sonst wohlseilen Aufenthalte sinden". Biele Fremde behaupteten nun sogar, daß es in Wien weit teuerer sei als im Ausland. Dabei hatte der Kückgang der Preise, namentlich der Kleinhandelspreise, mit der Beränderung des Kurses nicht Schritt gehalten 2; vor allem freilich waren die hohen Mietzinse geblieben.

Die ausgiebigsten Ermäßigungen der Preise wurden für den September erwartet; die Aushebung der Satzung für die in Abersluß vorshandenen Seisensiederwaren wurde beifällig ausgenommen. Als die Kindsleischsatung jedoch nur um 3 kr. niedriger aussiel und das Brotzgewicht nur eine unbedeutende Erhöhung ersuhr, wurde wieder mehr über den Mangel an Kücssicht und Sorgsalt der Berwaltung geklagt. Diese hatte eben wohl nicht die Verbraucher allein im Auge; doch scheint die Marktordnung und Preisüberwachung allerdings bereits etwas weniger streng gehandhabt worden zu sein. Die Bäcker in Wien sollen selbst zugegeben haben, daß sie bei dem Brot bis zu 400 % verdienten.

Es wurde demnach das Gerücht, daß Wallis an der Spike einer neuen "Wohlseilheitskommission" die Aufsicht über die Sakungen, die überdies auf zahlreiche weitere Gegenstände ausgedehnt werden sollten, übernehmen werde, von der großen Mehrheit der Bevölkerung mit Freude aufgenommen, und man erwartete kräftige Maßregeln, wie sie dieser einst in Prag mit unerschütterlicher Festigkeit und Strenge durchgeführt hatte, durch welche auch in Wien "das goldene Reich der

<sup>1 &</sup>quot;Ganz Europa gestand es ein, daß man in Osterreich herrlich und im Überfluß leben könne; bennoch hatte dasselbe keinen Kredit; benn ganz Europa sah auch ein, daß weder die Regierung noch der Untertan das Geld achte, daß sich die Nation in dem erklärtesten Zustande der Verschwendung besinde, daß folglich dieser Zustand unmöglich Zutrauen verdiene, da er nicht lange dauern könne. Iht, wo die Nation zur vorigen Ordnung der Dinge, zur ordentlichen Staatswirtschaft und Sparsamkeit zurücksehrt, ist hört zwar das jubelnde Leben auf; aber der Kredit kehrt von dem Augenblicke zurück, wo man dem Grundsah wieder huldigte, nicht mehr auszugeben, als man einnimmt, oder im Falle dringender Not so viel einzuheben, als man auszugeben gezwungen ist." (Vertrautenbericht v. 5. August 1812.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Der Rinbsleischpreis war für August gar nicht, der Preis für Brot und Gebäck nicht im Berhältnis zu den bereits sehr gefallenen Getreidepreisen herabgesett worden.

Fleischhauer, der Bäcker und Müllner" beendet würde. Nur die vom Staate Besoldeten waren großenteils noch nicht zu Anhängern des Hosstanten geworden, da er ihnen, angeblich gegen den Bunsch des Kaisers, eine unmittelbare und raschere Besserung ihrer Notlage vorenthielt. Zur Einlösung der verpfändeten Gehaltsbogen, zur Bezahlung drückender Schulden und zur Beschaffung der Vorsorgen für den Binter reichte natürsich die durch den Kückgang der Teuerung herbeigeführte Besserung der Lage nicht hin. Hier war also auch weiterhin Geduld die wichtigste Tugend.

Die Oktobersatung entsprach zwar den Erwartungen auch noch nicht ganz <sup>1</sup>; doch war vor allem Hoffnung und Zuversicht neu belebt und damit schon das meiste gewonnen, und Hager meldete dem Kaiser am 18. Oktober, daß sich die Stimmung in Wien bedeutend zu bessern ansfange. Die von vielen vorhergesagte Fixierung des Kurses der Einslösungsscheine mit 120 oder nach dem Reichssuße, die am 1. November bekannt gemacht werden sollte, scheint von der Regierung gar nicht in Erwägung gezogen worden zu sein, die bei einem Stande von 130 immerhin hoffen durste, daß die Erreichung des Paristandes nicht mehr allzusern wäre.

Gelb= und Erwerbsmangel machte sich gegen das Ende des Jahres hin zwar mehr und mehr fühlbar, ohne jedoch Störungen der Ruhe hervorzurusen. Neben den Mietzinsen waren es nun namentlich die Preise des Brennholzes, der Arzneien, der Milch und des Mehls, über deren dem Kursstande und auch den Sahungspreisansähen durchaus nicht entsprechende höhe noch geklagt wurde.

Da die Ernte fast in der ganzen Monarchie sehr gut ausgefallen war, wurde nun der Wunsch laut, daß der übermäßigen Gewinnsucht der Müller durch Wiedereinführung der Satzung ein Ende bereitet würde. Auch bei dem Biersatzungspreise sollte die gute Gerstenernte mehr zum Ausdruck kommen. Arbeits= und Dienstlöhne, sowie Handwerks= und Industrieerzeugnisse waren zunächst noch großenteils auf durch die Lebensmittelpreise nicht mehr gerechtsertigter Höhe geblieben, und

Die die wahren Einkaufspreise verheimlichenden Fleischer verdienten nach eigenen Geständnissen mehr als 50%, die Apotheker bei einzelnen Waren mehr als 200%; die Brennholzpreise wurden im allgemeinen durch die von den kaiserlichen und den Staatsherrschaften für ihre Ware geforderten Preise bestimmt. Auch in den dem Staate gehörigen Häusern waren große Zinsskeigerungen vorsgekommen, womit ein böses Beispiel gegeben war.

man erwartete, daß sich die Preise ohne Eingriff der Regierung von selbst allmählich einander angleichen würden 1. Dieses Mißverhältnis der Preise machte sich auf dem Lande, wo bei ebenfalls bereits bedeutend gebesserter Stimmung wohl auch über die hohen Abgaben geklagt wurde, vielleicht noch mehr geltend als in der Stadt.

Die Novembersatung mit einem Aindsleischpreise von 11 statt 15 kr. löste fast ungetrübte allgemeine Zufriedenheit auß; eine gleichzeitige nicht unbedeutende Erhöhung der Zollgebühren fand daher wenig Beachtung.

Als im Laufe des November nach und nach die Katastrophe der französischen Armee, die Flucht Napoleons aus Rußland und sodann die Niederlage an der Beresina bekannt wurden, traten die so lange gehegten wirtschaftlichen Sorgen angesichts der neuen politischen Hoffnungen, die sich hiermit auftaten, noch weitaus mehr zurück. Es war ein unglückliches Verhängnis, daß die nach jenen großen Ereignissen zu erwartende Besreiung Osterreichs von der französischen Zwangssherrschaft noch kriegerische Waßnahmen ersorderte, welche die finanziellen Verhältnisse vollständig änderten. Hiermit schwand für die Wallisschen Resormen die Möglichkeit, zu ihrer vollen Auswirkung zu gelangen, und damit auch die, ein abschließendes Urteil über diese zu fällen.

Auch in Niederösterreich außerhalb Wiens wurde das Patent ohne Störung der Ruhe aufgenommen; es begegnete bei den Landleuten im allgemeinen großem Unverständnis, und die hierdurch verursachten falschen Deutungen wurden von Händlern, Krämern und Handwerkseleuten vielfach trefflich ausgenützt, wogegen die mit deren genauester Aberwachung beauftragten Kreisbehörden mit aller Strenge und schonungslos einzuschreiten hatten 2. Abrigens scheint vielfach die

<sup>1</sup> Dieses Migverhältnis der Preise soll der frühere Hoftammerpräsident Graf Zichn, als Baldacci das Wallissiche Finanzspstem als Depauperationssystem bezeichnete, in derber Weise durch die Bemerkung gekennzeichnet haben, daß er vier Schweine verkausen müsse, um die Kosten des Husbeschlags für ein Reitpferd hereinzubringen, und zwölf Ochsen, um sich ein ordinäres Kleid auschaffen zu können.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die für den 18. März 1811 abverlangten Berichte sind zumeist ziemlich zurüchaltend und gefärbt. — Die biederen Gebirgsbewohner von Gaming nahmen ansgeblich "die väterliche Forsürge des Kaisers mit gerührtem dankbaren Herzen an". — Der Pfleger von Hainstetten wußte den herrschaftlichen Untertanen den Zweck des Batents so gut zu schilbern, daß "allgemeine Frohlockung das einzige Los derselben" zu sein scheine. — Der Stadtmagistrat von Waidhofen a. d. Ybbs

Erhöhung der Salz- und Tabakspreise, sowie der Mautgebühren mehr verstimmt zu haben, als die Bankozetteloperation.

Es war natürlich für die Obrigkeiten keine leichte Aufgabe, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß der durch das Finanzpatent zum Verschwinden gebrachte Teil des Vermögens keinen reellen, sondern nur einen eingebildeten Wert hatte. Von den vier Kreishauptmännern äußerte nur der des Viertels unter dem Wiener Walde größere Besorgnisse für die nächste Zukunft und störte damit die Einheitlichkeit des günstigen Stimmungsberichtes des Statthalters, der, hierüber ungehalten, diesem Beamten Schwarzseherei und Hypochondrie vorwarf,
während Hager dessen von den übrigen Berichten abweichende Darstellung aus dem Umstande erklärte, daß in diesem Viertel 60 große
Fabriken ihren Sit hatten. Übrigens traten die befürchtete Handelsstockung und deren üble Folgen auch hier nicht in größerem Ausmaße ein.

Von noch ernsteren Bebenken erfüllt waren bagegen die niederösterreichischen Stände, die dem Kaiser schon am 14. April 1811 die Unhaltbarkeit ihrer Lage vorstellten. Die ebenso notwendige als bedeutende Verminderung des Papiergeldes müsse für alle Erzeuger die Birkung haben, daß die Preise, nach dem Nominalwerte der Bankozettel berechnet, merklich fallen müßten, und daß die Möglichkeit, zu erwerden und die Erzeugnisse zu guten Preisen abzusehen, sehr vermindert würde. Benn dieses Fallen im Verhältnis zur Verminderung des umlausenden Geldes einträte, könnte die auch mit einem großen Teile der erhöhten indirekten Steuern belastete, Ackerdau treibende Bevölkerung Niederösterreichs nicht bestehen, da ihr zur Deckung ihrer sehr angewachsenen Ausgaden und Abtragung ihrer Lasten zumeist nur das Getreide zur Verfügung stünde 1. Die Stände erbaten schließlich eine Herabsehung der Kontribution, Moratorien für die Kückzahlung

berichtet dagegen, daß große Berwirrung herrsche und alle Preise in gefährlicher Beise rasch anstiegen.

¹ "Denn dieser Stand hat größtenteils nur ein Produkt — die Körner —, da die Viehzucht des Landes — die Industrie einiger Güterbesitzer abgerechnet — sich noch auf der niedersten Stufe besindet und sich ohne große Vorauslagen und ohne Veränderungen, welche die Mitwirkung der Regierung erheischen, nie dis zur Mittelmäßigkeit heben kann, der Weindau gewöhnlich nur den Zehentherrn und Spekulanten bereichert und der Holzverkauf in dem größten Teile des Landes, bei den Bauern aber sast durchgehends, nicht stattsindet." ("Vorstellung an Seine k. k. Majestät, die in Gemäßheit des neuen Finanzpatentes erhöhte Landeskontribustion betreffend." Archiv f. Inneres u. Justiz. V. F. 2, N.-Oft. 1811, Mai 48.)

alter Schulden nach der Stala und auch eine nachträgliche gesetliche Erleichterung hinsichtlich der Behandlung des Waisenvermögens.

Im Laufe des Jahres 1812 wurde die Bolksstimmung, nachdem sich die Überzeugung immer weiter verbreitet hatte, daß die großen Opfer umsonst gebracht worden wären, stets ungünstiger. Biele die Regierung verspottende Reime flogen von Mund zu Mund. Man nahm an, daß sie selbst kein Mittel wisse, sich und die Bevölkerung aus der Berlegenheit zu ziehen. Der Kreishauptmann von St. Pölten, Anton Leopold von Koschmann zu Hörburg, beschwor die Regierung, vor allem fest zu bleiben, um das Bertrauen des Volkes wieder zu gewinnen. Teuerung und den Handel beeinträchtigende Geldnot stiegen auch hier an; das Korn kostete schon so viel in Einlösungsscheinen wie früher in Bankozetteln², und es wurde nachträglich sogar die Zeit der Papierzgelbslut mit ihrer Wohlseilheit gepriesen.

Das schlechte Beispiel der Wiener Hauseigentümer wirkte auch auf dem Lande warenverteuernd. Der Korneuburger Kreishauptmann ersklärte, als er von der Landesregierung davon in Kenntnis gesetzt war, daß man eine Beschränkung der Zinssteigerungen nicht beabsichtige, da man hierdurch "dem Eigentumsrechte zu nahe treten" müßte, daß er den die Preise hinauftreibenden Bewohnern seines Kreises nicht weiter entgegentreten könnte, da doch offenbar die Regierung durch die Reduzierung des einzigen vom Staate garantierten Geldes dem Eigentum auch nicht zu nahe getreten wäre 3. Auf die neuerliche Erhöhung der Tabakpreise antworteten viele mit der Erklärung, nach dem Beispiele des Staates bei der Festschung der Preise ihrer Waren vorgehen zu wollen. Aber bald begannen auch hier die widrigen Eindrücke wieder zu weichen. Die reiche Ernte machte die Bevölkerung für die Besserung der Stimmung, die sich von Wien aus rasch verbreitete, besonders leicht empfänglich. —

Auch in Oberöfterreich wurde das Patent ohne Störung aufge-

¹ Er empfahl, die einmal angekündigten Maßregeln mit unerschütterlicher Festigkeit durchzuseten, nur ein einzigesmal genau und überall das zu erfüllen, was versprochen wurde. "Ich bin innig überzeugt, daß der 15. März 1811 weniger wichtig für die Staatsverwaltung war, als es der Tag sein würde, an dem sie etwa ankündigen oder eingestehen müßte, daß jene große Maßregel widerrusen werde oder nicht durchgeführt werden könne." (Bericht v. 12. April 1812.)

<sup>2</sup> Auf bem Langenloiser Markt kostete ber Meten bis zu 50 fl. Bankozettel. Größere Ginfuhr aus Babern verhinderte weitere Steigerungen.

<sup>3</sup> Bericht v. 24. April 1812.

nommen, zunächst vielfach gar nicht oder falsch verstanden. Rur in Stepr mar ber Eindruck des Patents fo ftart, daß am Rundmachungstage gar nicht gearbeitet wurde, und im Mühlviertel steigerte sich die Aufregung bis zu lauten Ausbrüchen großer Unzufriedenheit. Erst als ber Wiener Börsenkurs vom 16. März in Ling bekannt geworden mar, gingen auch dort die Breise aller nicht tarierten Waren stärker in die Höhe 1, während sie im übrigen Lande sich nicht einmal in dem um diese Jahreszeit gewöhnlichen Maße änderten. "Der vernünftige Teil des Bublifums" in den Städten war, wenigstens nach der Meldung bes Linger Polizeidirektors, alsbald mit dem Inhalt des Patents gang einverstanden; dagegen stand die Landbevölkerung, teilweise noch durch die Grenznachbarn irregeführt, den Neuerungen lange urteils- und ratlos gegenüber, mar jedoch von ihrem großen Schaden überzeugt 2 und von äußerstem Mißtrauen erfüllt. Sier sollten andauernde Belehrungen durch die Obrigkeiten und die Geistlichkeit zur Einsicht verhelfen. Es mußte viel aufklärende Arbeit geleistet werden, bis sich, wie beispiels= weise der Syndikus der Stadt Wels angab, jedermann davon überzeugt hatte, daß die Verkaufspreise und aller Handel und Wandel eigentlich nur dem Namen nach verändert worden seien. Nach turzer Beit stiegen die Lebensmittelpreise, insbesondere die Getreidepreise, auch hier in besorgniserregender Weise, oft ganz sprunghaft 3, ohne daß hierfür außer Gewinnsucht und Mißtrauen gegen das Papiergeld irgendein Grund aufzufinden gewesen wäre, da mit Ausnahme von Fleisch, das hier und da zeitweise zu mangeln begann, alles in ausreichender Menge vorhanden war. Die Bauern wegen der Preise zur Berantwortung zu ziehen, scheute sich die Regierung in der Besorgnis,

 $<sup>^1</sup>$  Der Zuckerpreis stieg bis zum 18. März von 16 und 17 sl. für das Pfund auf 20 und 22 sl.; der Preis sür Ol von 4 auf 5 sl., für Reis von 36 auf 40 Groschen. Der Taglohn (2½ sl. für Arbeitsleute, 1½ sl. für Taglöhner) blieb einstweisen in Linz noch unverändert.

<sup>2 &</sup>quot;Der Bauer, welcher mit seinen Bankozetteln ein reicher Mann zu sein glaubte, bunket sich nun arm, weil er sein Bermögen auf bas Fünfte herabgesetzt findet."

³ So kostete der Mehen Weizen Anfang Mai 20—21 fl., stieg bis auf 43 fl. und stand Ende Mai auf 29 fl. Auch dies war noch unverhältnismäßig hoch, denn im bahrischen Janviertel kostete er 1 fl. 40 kr. R.W. und sand kaum Abnehmer. Hafer stieg von 6 auf 10 fl. — Als der Stadtpfarrer von Efferding seinen Kornsvorrat um 14 fl. verkauft hatte, nachdem der Preis bereits auf 20—24 fl. gestiegen war, wurde ihm die Anerkennung des Kaisers ausgedrückt, der "sein edles Besnehmen in die Wiener Zeitung aufzunehmen" befahl.

sie dadurch vom Besuche der Wochenmärkte abzuhalten. Der Satzungspreis für Kindfleisch wurde im Mai gleich um ein Drittel, von 36 auf
48 kr., erhöht. Den Bäckern, die bei zu kleinem Gewichte durchschnittlich
zu einem Drittel über dem vorgeschriebenen Preise verkauften, wurde
das Brot weggenommen und deren Bestrafung dem Magistrat aufgetragen 1.

Die Stimmung im ganzen Lande blieb auch im Juni ruhig und ziemlich gut, wenn auch die aufmerksam versolgte fortschreitende Versschlechterung des Papiergeldkurses allgemeines Mißvergnügen erzeugte, wie auch die weiter zunehmende Teuerung, die sich jedoch durchaus nicht mehr auf alle wichtigen Lebensmittel erstreckte<sup>2</sup>. Die Sahungspreise waren teilweise herabgesetzt; doch pflegten sie auf dem Lande, wo die Obrigkeiten größtenteils selbst Verkäuser waren, nicht beachtet zu werden, während in der Hauptstadt und den Kreisstädten wohl noch auf deren Einhaltung gesehen wurde. So kam es, daß man in den Städten billiger lebte als auf dem Lande<sup>3</sup>.

Es war, wie der Polizeidirektor versicherte, wirklich der allgemeine Bunsch, daß die Bankozettel um einen geringeren Bert als 12 Kreuzer in gutem Gelde eingelöst würden, weil nur durch eine schnelle Hinwegschaffung des Papiergeldes die Wohlfeilheit und die frühere glückliche

<sup>1 &</sup>quot;Bon allen Klassen ber Menschen wird nichts als vom Fallen und Steigen bes Kurses gesprochen; selbst der Bauer versteht sich auf selben und rechnet, um recht sicher zu sein, alle seine Feilschaften weit über dem Kurse; mit Belehren kann man ihn nicht zurecht weisen; er gibt zur Antwort, die Dominien gehen uns mit dem Beispiel vor, und Papier ohne gutem Gelde bleibt Papier." (Bericht des Linzer Polizeidirektors v. 2. Juli 1811.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Als Beweis für die tägliche Berteuerung der Lebensmittel aller Art sollte ein dem Berichte des Polizeidirektors in gewohnter Weise beigelegter Preisausweis dienen. Dieser dietet aber vielmehr einen Beweis dafür, daß die Klagen über zunehmende Teuerung offenbar zu einer stereotypen Berichtsformel geworden waren.

<sup>3</sup> Der Linzer Polizeibirektor betrachtete die durch die Entwertung des Papiergelbes hervorgerufene Teuerung als eine im Grunde nur erkünstelte, da an keinem Gegenstand Mangel wäre. "Ja ließe sich bei der österreichischen Nation, die leider aus zu heterogenen Teilen bestehet, eine allgemeine Stimmung hervorbringen, so würde der beispiellose Kurs niemanden beirren, weil man überzeugt ist, daß eine Nation, welche in ihre Staatsverwaltung und in sich Vertrauen setzet, mit einem großen Teil des Papiergeldes wohl bestehen und auch glücklich sein kann, besonders da Osterreich durch die Fortschritte ihrer Industrie sich schon großenteils vom Ausslande unabhängig gemacht hat."

Ordnung wieder hergestellt werden könnte. Die Vorgänge an der Biener Börse erregten gegen diese als die Urheberin der großen Kurs-schwankungen Unwillen in weiten Kreisen.

Eine neuerliche, teilweise sehr bedeutende Preissteigerung 2 trat ein, als neben den Einlösungsscheinen nicht, wie erwartet worden war, auch Münze ausgegeben wurde; oftmals wurden erstere als Zahlung gar nicht angenommen 3 und hielten die Erzeuger ihre Waren zurück. Dazu kamen noch die sehr zahlreichen, namentlich zu Spekulationszwecken gemachten Aufkäuse 4. Die Satzungspreise, die teilweise noch herabgesetzt, teilweise auch erhöht waren, wurden nun auch in den Städten vielsach nicht mehr eingehalten. Die größte Not herrschte unter den Salinensarbeitern des Salzkammerguts, die mit ihrem kargen Lohne, wie auch der Regierung bekannt war, kein Auslangen sinden konnten 5.

Im August und September 1811 scheint die Teuerung ihren Höhe= punkt erreicht zu haben. Ein großer Teil der Satungspreise war be=

<sup>1 &</sup>quot;Das Publikum ist vorzüglich über die Wiener Börse aufgebracht, weil man nicht einsieht, warum bei der dermaligen Lage der Monarchie, wo alles auf tiesen Frieden deutet, der Kurs so unerhört herabsinkt, und die Einlösungsscheine, welche nicht einmal erschienen sind, öffentlich in den Börsezetteln nach beliebigen Spekulationen bald hinauss und bald herabsessetzt werden."

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Der Preis für den Meten Weizen stieg im Juli 1811 von 40 nach und nach bis auf 90 fl., ging dann auf den Märkten von Wels und Stehr wieder auf 58 bis 60 zurück; Korn kostete 27—28 fl., Hafer 14 fl. Der Preis für ein Pfund Butter stieg von 3 auf 4 fl., für ein Ei von 4 auf 6 kr.

 $<sup>^3</sup>$  Die Agiotage bemächtigte sich berselben sofort. Sie wurden auch mit  $3-5\,\%$  gegen alte Bankozettel eskomptiert.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Der Linzer Polizeidirektor berichtet hierüber am 2. Aug. 1811: "Die Herabwürdigung des Papiergeldes hat sicher einen großen Anteil an der Teuerung;
dazu kommt noch die große Anzahl der berusenen und unberusenen Spekulanten,
welche sich seit Jahren in das unendliche vermehrt haben; alles wird von ihnen
gekauft, gleichviel was es sei; genug, wenn es eine Weile liegen bleibt, sind sie
eines ansehnlichen Gewinnes sicher. Seit der Erscheinung des Finanzpatentes hat
die Kausgier noch mehr zugenommen. Alles will kausen, sowohl zum eigenen Bedarf Borräte, als Waren aller Art zum Wiederverkauf, weil sich jedermann überzeugt hält, daß man das, was man jetz um 5 st. Bankozettel haben kann, um ein st.
Einlösungsschein nicht erhalten wird. Wohlseiler wird es nur dann werden, wenn
die enorme Masse des Papiergeldes vermindert werden wird."

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Der Wochenlohn auch der verheirateten Arbeiter betrug 6 fl. in Bankozetteln; die Provisionisten erhielten wöchentlich 1 fl.. Dabei kostete ein Laib Brot bereits 1 fl. 40 kr. Korn und Schmalz erhielten die Arbeiter allerdings zu ermäßigten (Limito») Preisen.

beutend erhöht 1, und die diesen nicht unterliegenden Lebensmittel stiegen ebenfalls neuerlich beträchtlich im Preise. Über Fleischer und Bäcker wurde besonders viel geklagt, die deshalb noch strenger überwacht wurden; auch die schlechte Beschaffenheit des nur mehr zu geringem Teile aus Gerste und Hopfen hergestellten, dabei aber sehr versteuerten Biers wurde viel getadelt. Unter der Teuerung litt insbessondere das Militär in den Städten, das keine ausreichende Verköstigung mehr fand.

Im Oktober endlich wurden nicht nur die Satungspreise großensteils, freilich nicht bedeutend, ermäßigt, sondern sanken auch einige der übrigen Lebensmittelpreise, so insbesondere die der Hülsenfrüchte, während die anderen wenigstens unverändert blieben 2.

So konnte balb, nachdem nach reicher Ernte auch die Teuerung des Getreides erheblich nachgelassen hatte 3, eine merkliche Besserung der Stimmung im Lande sestgestellt werden. Wie dem Kaiser beruhigend mitgeteilt wurde, tat sich denn auch das Volk in Oberösterreich keinen Abbruch; es war bei guter Stimmung. Politische und öffentliche Angelegenheiten waren überhaupt nicht Sache der Obderennser, wie der Polizeidirektor bemerkte. Es sehlte nur noch, daß die Gewerdsleute der Besserung des Kurses entsprechend ihre Preise heradgeset hätten. Die Einlösungsscheine gewannen immer mehr das Vertrauen der Bewölferung und wurden ohne Widerrede auch von den Bauersleuten im fünfsachen Werte gegen Vankozettel angenommen. Obwohl Arbeitse verdienst leicht gefunden werden konnte, nahm die Vettelei in Linzaußerordentlich überhand, wogegen die Stadt bei dem schlechten Stande ihrer Finanzen nicht aufzukommen vermochte.

¹ Hür das Pfund Rindfleisch betrug der Sat im August 1 fl., der für Mundmehl stieg von 1 sl. 47 auf 2 fl. 55, für Einbrennmehl von 40 kr. auf 1 sl. 4 kr., für
feinere Gerste von 2 fl. 40 auf 3 fl. 20. Für September wurden die letzteren drei
Satungen mit 3 fl. 18 kr., 1 sl. und 4 fl. 42 kr. kundgemacht. Das Brotgewicht war
im September bereits gegen das für Juli festgesetzte um etwa ein Biertel verringert. Von Linsen und Erbsen kostete das Maßl im Juli noch 2 fl. 24 kr., im September 6 fl. Schmalz stieg im August von 9 auf 12 fl. für die Maß, die Milch zeitweise dis auf 30 kr. Die im September eingetretenen Ermäßigungen waren gegenüber den Steigerungen ganz verschwindend klein.

<sup>2</sup> Nur der Eierpreis stieg von 6 fr. auf 7 fr. 2 Pf.

<sup>3</sup> Der Mittelpreis für Weizen ging von 58—60 auf 41 fl. 45 kr. zurück, ber Haferpreis fiel von 14 auf 10 fl. 23 kr., der Kornpreis allerdings blieb auf 28 fl. stehen. (Vortrag des Vizepräsidenten der Polizeihofstelle v. 5. November 1811, der erst am 27. Mai 1814 in Paris vom Kaiser zur Kenntnis genommen wurde.)

Im allgemeinen begann man sich an die neuen Verhältnisse zu gewöhnen und war man damit zufrieden, daß sich die Regierung nicht durch "daß Zetergeschrei des Haufens" bei der Durchsührung des Finanzplans beirren ließ <sup>1</sup>. Bis zu Beginn des Jahres 1812 unterlagen die Preise zumeist keinen größeren Schwankungen und waren teils gestiegen, teils gefallen; im Laufe des Januar aber traten bereits wieder größere Steigerungen ein, die sich dann weiter fortsetzten <sup>2</sup>. Der Eindruck der Berhandlungen des Preßburger Landtags auf die Stimmung im Lande scheint ein sehr ungünstiger gewesen zu sein. Der Kredit der Einlösungsscheine begann darunter zu leiden <sup>3</sup>, und wurde diesen oftmals ein noch übleres und rascheres Ende, als den Bankozetteln beschieden war, vorausgesagt.

Die Wirkung der Verminderung der Papiergeldmenge zeigte sich, wie der Linzer Polizeidirektor berichtete, namentlich darin, daß die Bevölkerung sich einzuschränken und mit den neuen Scheinen viel haushälterischer umzugehen begann, und daß bald auch die Handwerkszleute über Wangel an Verdienst zu klagen ansingen. Das am 1. Februar kundgemachte Patent vom 4. Januar 1812 über die Wertsestzung der neuen Kupfermünzen 4, das vielsach mißverstanden wurde, hatte eine neuerliche bedeutende Lebensmittelpreissteigerung zur Folge, deren Ende vorerst nicht abzusehen war.

Nach und nach kehrte die frühere Trostlosigkeit besonders bei den vom Staate Besoldeten 5 wieder ein, da die Berkäuser alles nach dem Kurs berechneten und für Dinge, die früher ein dis zwei Gulden Bankozzettel gekostet hatten, nun zwei und drei Gulden Einlösungsscheine verz

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bericht des Linzer Polizeidirektors v. 1. Nov. 1811.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> So stieg der Weizenpreis im Jänner auf 55—60, der Kornpreis auf 30 bis 35 fl., Hafer kostete 13—16, Gerste 23 fl. Bankozettel. Der Preis der Eier stieg von 10 auf 11, für Wilch (Waß) von 24 auf 28 kr., für Sprenggries (Waßl) sogar von 4 auf 6 fl.

<sup>3</sup> Es kam vor, daß die Scheine nur zu 20 kr. R.M. gerechnet wurden.

 $<sup>^4</sup>$  Es wurden neue Aupfermungen zu 3, 1,  $\frac{1}{2}$  und  $\frac{1}{4}$  Areuzer (ben Zentner zu  $213\frac{1}{3}$  fl. Wiener Währung gerechnet) ausgegeben.

<sup>5 &</sup>quot;Die Handels-, die Gewerdsleute, die Produzenten, ja selbst jeder Taglöhner haben Mittel genug in Händen, sich zu entschädigen, dem Besoldeten aber bleibt keine Entschädigung übrig, jeder Betrag, um den er gesteigert wird, geht für ihn unwiderbringlich verloren . . . Wo man hindlickt, sieht man verdrießliche, verzweissungsvolle und mißmutige Menschen, die sich nur an dem solatium miseri trösten." (Bericht des Linzers Polizeidirektors v. 14. Juli 1812.) — Der Kurs der Einlösungsscheine betrug damals 230.

langten. Bei den Wohnungen in Linz und anderen Städten, ja auch in Dörfern waren die Zinse von 100 fl. Bankozettel im Jahre 1798 auf 400 bis 500 in Einlösungsscheinen gestiegen. Bei dem empfindlichen Geldmangel und dem damit verbundenen Rückgang des Erwerds und der Hemmung des Handels hatte auch die allgemeine Not wieder zusgenommen. Das über ganz Europa liegende schwere Berhängnis erforderte dabei geduldiges Ausharren. Die Requisitionssteuern zur Erhaltung der Truppen bildeten zwar keine überraschung, wurden aber von sehr vielen Dominien und von minder vermöglichen Bauern, die viel eher Naturallieserungen als Geld abzugeben bereit waren, für uneinbringlich erklärt. Auch hier aber trat schon nach wenigen Wochen, nachdem eine überaus reiche Ernte eingebracht worden war und das Papiergeld immer mehr Kredit gefunden und die Teuerung zu weichen begonnen hatte, eine immer rascher fortschreitende Besserung in der Stimmung der Bevölkerung ein.

## 11. Die Aufnahme des Devalvierungspatents und bessen Folgeerscheinungen in Steiermark und Kärnten.

Die auch in Steiermark weit verbreiteten Devalvierungsgerüchte zu entfräften und zurückzuweisen, war der Grazer Polizeidirektor im amtlichen Auftrag eifrig bemüht gewesen. Als tropbem die Kundmachung des Borausgeahnten erfolgte, war die Aufregung natürlich um so größer. Während man aber in Wien, wo freilich ein unverhältnis= mäßig größeres Aufgebot von Polizeibediensteten zur Verfügung stand, durch mündliche Aufklärungen und rasches Eingreifen in den einzelnen Fällen migverständlicher Auffassung der Patentsbestimmungen auszukommen gedachte, hatte man in Graz noch am Kundmachungstage selbst die Notwendigkeit eingesehen, die gefährliche Lücke des Patents, die sich bei einer Nebeneinanderhaltung der §§ 3 und 18 ergab, sofort auß= zufüllen. Waren nämlich nach § 3 die Bankozettel auf den fünften Teil ihres Nennwertes herabgesett und nach § 18 die Satungen auf Fleisch, Brot usw. nach dem bisherigen Rennwerte der Bankozettel zu berechnen, so lag natürlich die Annahme nahe, daß für satungsfreie Waren eine andere Art der Berechnung ohne weiteres zulässig wäre. Es sollte also im wesentlichen die Bestimmung des § 18 des Patents auf alle Lebensmittel und wichtigsten Bedarfsgegenstände ausdrücklich ausgebehnt werden und zwar so rasch als möglich, damit einer mut=

willigen Verteuerung auf Grund falscher Auslegung des Patents vorgebeugt würde. Der Grazer Kreishauptmann Freiherr von Spiegelfeld erklärte hierzu, daß er selbst zwar tein Freund der Tagen sei, daß aber besondere Umstände auch besondere Vorkehrungen ersorderten 1. Dieser Ansicht neigte auch der Gubernialrat und Bolizeidirektor Franz von Carneri zu; das Ratskollegium des Landesguberniums hielt jedoch jede Ausbehnung der Preissatzung auf weitere Warengattungen für untunlich; jeder Zwang sollte vermieden werden. Immerhin aber veranlagte die unglückliche Fassung des § 3, daß die Bankozettel gegen Einlösungescheine und Konventionsmunze auf den fünften Teil ihres Nennwertes (nämlich der Bankozettel von 1 fl. auf 12 kr. usw.) bestimmt werden, die steierisch-kärntnerische Landesstelle, zu versuchen, sofort durch ein öffentlich verteiltes Laufschreiben zu verhindern, daß die Verkäufer, sich an den Buchstaben des Gesetzes haltend, für ihre Waren den fünffachen Preis forderten, wie dies begreiflicherweise vielfach geschah.

"Die neue Finanzoperation gibt nicht nur allein keine Veranlassung, die bisherigen Preise der Feilschaften, welche ohnehin nur durch das Schwanken der Valuta des Papiergeldes ihre gegenwärtige Höhe erreicht haben, noch mehr zu erhöhen, sondern es ist vielmehr nicht zu bezweiseln, daß solche bald in das vormalige Verhältnis werden zurüczgebracht werden. Um also alsen Mißverständnissen zu begegnen und einer im Bidrigen notwendig werden dürsenden Taxierung der Feilschaften auszuweichen, wird hiermit bekannt gemacht, daß bei dem Verkause, wenn sich die gegenwärtigen Verkausspreise nicht in einem angemessenn Verhältnisse vermindern, auch die Vankozettel und Kupfermünzen in ihrem bisherigen ganzen Nennwerte angenommen werden müssen in ihrem bisherigen ganzen Nennwerte angenommen werden müssen, so wie dieses durch den § 18 des heute kundgemachten Finanzpatents vom 20. v. M. bei Vezahlung für Lebensmittel, die einer Sahung unterliegen, bereits bestimmt vorgeschrieben ist."

Das Grazer Areisamt ging mit einem am 16. März an alle Bezirks-Obrigkeiten erlassenen Aundschreiben noch weiter, indem es das Patent auf Grund der für unansechtbar gehaltenen Ansicht von der unmittelsbaren wechselseitigen Abhängigkeit von Geldmenge und Warenpreisen zu erläutern versuchte.

Der Bericht ift vom 14. März datiert; es war demnach auch in Graz das Geheimnis wenigstens bei dem Gubernium schon vorzeitig gelüftet worden.

Durch das Patent sei die Menge des Papier- und Kupfergeldes auf ein Fünftel herabgesetzt worden. "Hieraus entstehet bei richtiger Ansicht der Dinge die natürliche Folge, daß der Breis der Waren und Feilschaften in dem Nennwerte der Einlösungsscheine und der neuen Baluta auch um vier Fünfteile sich verändern und auf ein Fünfteil herabkommen müsse. Denn der Preis der Waren richtet sich im ganzen nach ihrem wechselseitigen Berhältnis mit der Menge des umlaufenden Geldes. Es ift also offenbar, daß Waren und Feilschaften, welche von nun an in Einlösungsscheinen oder in dem nunmehrigen auf ein Fünfteil verminderten Werte der Bankozettel und Kupfermünzen verkauft werden, auch um ein Fünfteil des vorigen Preises zu verkaufen seien, oder daß, wenn bei dem Verkaufe der Waren die Bankozettel um ihren vorigen vollen Nennwert angenommen werden, die Breise auch nicht höher, als wie sie vorher bestanden sind, ge= fordert werden können. . . . Durch die neue Finanzoperation ist eigent= lich gar kein Grund zur Erhöhung der Preise der Waren und Feilschaften vorhanden, als derjenige, der in der Erhöhung der Aufschläge und Abgaben liegt; allein dieser Grund kann allenfalls eine mäßige, kann aber teineswegs eine große Erhöhung der Preise rechtfertigen, und eine große Erhöhung der Preise bei Waren und Feilschaften im vorigen Nennwerte der B. Z. und Kupfermunzen wurde also eine mutwillige Verteuerung sein, welche die Regierung (auch nur auf turze Zeit) nicht gleichgültig ansehen würde, sondern durch wirkende Magregeln zurückhalten müßte"1.

Es war jedenfalls ein weiterer Beweis außerordentlichen Diensteisers, wenn der Erazer Kreishauptmann in der Überzeugung, "daß die Landleute, Arbeiter und Gewerdsleute nicht würden begreifen wollen, daß die Herabsetung der Preise eine natürliche Folge der Herabsetung des Geldes sein müsse," noch am Tage der Kundmachung des Patents dem Gubernium eine Zusammenstellung der Preise zahlreicher Lebensemittel und Bedarfsgegenstände sowie auch der Arbeitslöhne vorlegte, wie sie am 14. März bestanden und in der Folge sollten nicht überschritten werden dürsen <sup>2</sup>, die jedoch nicht bekannt gemacht worden ist.

<sup>1</sup> Gine ähnliche Belehrung und Ermahnung sollte vom Ordinariat durch die Geistlichkeit ausgegeben werden, damit das Landvolk angeeisert werde, mit den Landesprodukten nicht zurückzuhalten und keine zu hohen Preise für solche zu sordern. (Polizeiakten. 1811. 1502 ad 1262.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Das Pfund Schweineschmalz z. B. kostete 1 fl. 51 tr. Bankozettel, Butter 1 fl. 44, ein Ei 2 tr., die Maß Milch 18 tr., eine Maß Cssig 36 tr., Leinöl 4 fl., Wein 2 fl., Branntwein 4 fl., eine Gans 7 fl., eine Henne  $2^1/2$  fl., die Klaster Brennholz verschiedener Sorten 18—30 fl. Ein Taglohn wurde mit 1 fl. berechnet. Schristen 165. 1.

Die Kundmachung dieser Höchstreise hätte die erwünschte Wirkung wohl nicht erzielt; vermutlich wäre troßdem die Wahrnehmung zu machen gewesen, daß nicht so sehr das Finanzpatent selbst, als vielmehr die unmittelbaren Folgerungen, welche die Fabritsbesißer und Kausleute daraus zogen, bei den Verbrauchern die merklichste Unzufriedenheit und Beunruhigung verursachten. Es war auch ein ungünstiges Zusammenstressen und steigerte noch die Verwirrung, daß der Beginn der Messe (Mitsastenmarkt) sogleich der Kundmachung des Devalvierungspatents solgte. Schon am 16. März wurden in Graz für die meisten Waren um 20 bis 30 % höhere Preise gefordert, besonders groß waren die Steigerungen der Mehlpreise 1; sie betrugen 50 und mehr % (auch die Getreidepreise stiegen in zehn Tagen um mehr als die Hälfte), weshalb denn auch die Wiedereinsührung der Taxierung für diese Waren wenigstens für einige Monate vom Kreishauptmann vorgeschlagen wurde.

Das Gremium der Kausseute, das sich ohne Ermächtigung versammelte und deshalb verwarnt wurde, konnte sich zunächst zwar über eine allgemeine Einschränkung der Kreditierungen, aber nicht über die Festseung der neuen Preise einigen, die einstweilen zumeist auch um 50% erhöht wurden. Der Obmann des Gremiums berief sich darauf, daß ja der Staat als Fabrikant und Handelsmann mit der Erhöhung der Preise für Tadak, Salz und Schießpulver das Beispiel gegeben habe, und daß er auch deshalb den Beamten erhöhte Besoldungen und Besitzern öffentlicher Obligationen höhere Zinsen gewähre, damit sie die vorauszgesehene Verteuerung der Lebensmittel und Waren ertragen könnten.

Tropdem ging aber, wie Carneri der Polizeihofstelle meldete, alles über Erwartung gut, da "im ganzen im Durchschnitt in der Hauptsache die Herabsehung des Nennwerts alles als notwendig ansieht". Aus diesen Einschränkungen möchte man schließen, daß diese Ansicht doch nicht allzussehr verbreitet gewesen sei.

Die von Tag zu Tag weiter fortschreitenden Preiserhöhungen veranlaßten den Gouverneur, auf den Grazer Handelsstand unmittelbar einzuwirken. So erzielte er durch ernstliche Drohungen umd Ermahnungen, daß sich alle Spezerei= und Materialwaren= und die größeren Schnitt= warenhändler sowie auch die Grießler am 26. März verpflichteten, ihre Waren durch 14 Tage zu den vor der Erlassung des Patents geforderten Preisen abzugeben, dis sie die Preise der aus Wien zu be-

 <sup>1</sup> Als die Mehlhändler oder Melbler in Graz für den Scheffel Mehl statt 1½ fl.
 6 fl. Bankozettel verlangten, wurde dieses Borgehen sogleich abgestellt.

schaffenben neuen Warenvorräte kennen würden. Eisenhändler und Leberer wurden in gleicher Beise vom Magistrat und Kreisamt bearbeitet, worauf auch die Schufter ihre Forderungen ermäßigten.

Tatsächlich waren auf dem Wochenmarkte vom 27. März die meisten Breise wieder auf das frühere Ausmaß zurückgegangen 1 und der Bolizeidirektor drohte allen Kaufleuten, die doch höhere Preise forderten, mit Strafen, solchen, die den Marktbesuch einstellten, mit dauernder Ausschließung von diesem.

hager erblickte in diesen Ergebnissen einen neuen Beweis bafür, daß der Sit aller übel, die aus einer übermäßigen Preis= und Lohn= steigerung entstehen könnten, bei ben Wiener Sanbelsgremien und namentlich auf der Börse zu suchen sei, und daß nur die Anwendung sehr energischer Maßregeln gegen den unverschämten Bucher vieler Wiener Handelsleute und Großhändler eine allgemeine Abschreckung nicht nur in Wien, sondern auch in den anderen Städten der Monarchie und auf dem Lande bewirken könnte.

Tatsächlich hatte in den kleineren Städten und auf dem Lande das Beispiel der Landeshauptstadt bei der Preisbestimmung rasche Nachahmung gefunden; in Bruck a. d. Mur und Judenburg mußte den Handelsleuten mit allgemeiner Taxierung und bei Zurückbehaltung der Borräte mit Versiegelung der Verkaufsläden und dauernder Gewerds= entziehung gedroht werden.

Schwieriger war es, die Beischaffung von Lebensmitteln zu mäßigen Preisen rasch zu erreichen. Immerhin hoffte der Gouverneur, den Nahrungsmittelbedarf der Landeshauptstadt trop der Zurückehaltung der Waren seitens der Bauern und des fast vollständigen Ausfalls der Rufuhr aus Ungarn durch strenge Maßregeln sichern und teils durch Belehrung, teils auch durch Androhung strenger Strafen unmäßige Preissteigerungen verhindern zu können. Die größte Sorge und Berlegenheit bereitete die Beschaffung der nötigen Fleischmenge, da die Bauern der Umgebung, die sogar selbst noch Fleisch wie auch Brot in der Stadt auftauften, ihr Rindvieh gar nicht oder nur zu derart erhöhten Breisen abgeben wollten, daß die Satung für April von 33 auf 57 fr. hätte erhöht werden müssen, was die Regierung sich jedoch keinesfalls getraute zuzugestehen. Die Entscheidung des Grafen Wallis anrufend, ichlug das Gubernium, das überdies durch Beamte eine größere Menge

<sup>1</sup> Auch die Getreidepreise waren etwas gefallen.

Ochsen kausen ließ, um die Fleischer kontrollieren zu können, vor, entweder die wöchentliche Biehlieferung zu mäßigen Preisen auf die einzelenen Gemeinden aufzuteilen, oder den Fleischern dei nur mäßig erhöhter Satung (von 33 auf 38 kr. B. J.) unverzinsliche staatliche Vorschüsse zugewähren, die durch nachträgliche, auf mehrere Monate verteilte Satungserhöhungen oder durch eine mäßige Afzise, also jedenfalls von den Verbrauchern, hereingebracht werden sollten. Einstweilen wurden den Fleischern wie auch den Bäckern nachdrückliche Strasen sür den Fall angedroht, daß sie sich nicht an die Vorschriften hielten oder die Kunden reizten. Am widerspenstigsten benahm sich die Zunst der Seisensieder, die mit ihren Vorräten in Erwartung höherer Preise nicht herausrücken wollten. Das Kreisamt erließ eine öffentliche Aufsorderung, unmäßig scheinende Preisansätze sogleich anzuzeigen; eine "Polizeikommission" hatte darüber zu urteilen, ob diese tatsächlich unmäßig und ob sie auf Unverstand oder auf Hablucht und Vosheit zurückzusühren wären.

Nach endlosem Hin= und Herreden für und dawider, wobei "das Raisonieren im Öffentlichen so ziemlich und über die Erwartung leidentslich" war, gewann, wie Carneri berichtete, in Graz die Meinung die Oberhand, daß die freilich harte und drückende Finanzmaßregel denn doch gut durchführdar und wirkungsvoll wäre, wenn die Sinlösungsscheine sogleich erschienen wären und sie bis Ende Jänner 1812 ganz sicher nach Bedarf mit barem Konventionsgeld eskomptiert würden und wenn für die Schulbenzahlung entsprechende Stundungsscisten in Kraft träten.

Obwohl all dies nicht zutraf, lauteten aber die Berichte, welche von den Erazer Amtsstellen erstattet wurden, bald immerhin recht beruhigend. Rasch war die Ordnung in Handel und Berkehr wieder sast völlig hergestellt worden. Gleichwohl kam der Polizeipräsident alsbald auf den Borschlag der Einführung einer allgemeinen Taxierung für die am wenigsten entbehrlichen Lebensmittel zurück. Für andere Waren mit Ausnahme der Gegenstände überslüssigen Auswands sollten die Kaufsleute die Preise auf schwarzen Taseln vor ihren Kausläden anzugeben verpslichtet werden 1). Als weder ratsam noch aussührbar wurden diese Vorschläge vom Kaiser zurückgewiesen.

<sup>1</sup> Dies wird in nachstehender Weise begründet: "Was man immer dagegen einwenden kann, ist nichts, wenn ich die seit so vielen Jahren in eines jeden kaufmännischen Herzen eingeätste Sucht, unmäßig zu verdienen und statt in 30 Jahren in 3 Tagen womöglich reich zu werden, beherzige. Der Sünder, er mag noch so verstodt und unverschämt sein, so scheut er doch das Licht, und so auch der Kauf-

über die Schuldenstala freilich wurde auch hier von Anfang an viel geklagt, und "die Kapitalisten", nämlich die Besitzer staatlicher Obligationen, wiesen auf die Unfolgerichtigkeit hin, daß die Kegierung bei der Bewertung der Obligationen nicht auch auf den Zeitpunkt der Einzahlung der klingenden Münze oder der Bankozettel Kücksicht genommen hatte, zumal da die neuen Obligationen großenteils mit bedeutendem Gewinn eingewechselt worden waren 1).

Schon am 4. April melbete Carneri, daß die nicht einen Augenblick durch irgendeine Störung unterbrochene Ruhe andauere und daß die Bevölkerung, da am 1. April teine neue Satung ausgegeben worben war, in der größten Zufriedenheit lebe. Diese wurde allerdings beeinträchtigt, als am Tage dieser Meldung nach langwierigen Berhandlungen mit den Metgern, den Bäckern, an welche von der Regierung größere Betreibemengen abgegeben worben waren, ben Seifensiebern und Flecksiedern hinterdrein neue Satungspreise kundgemacht werden mußten, wobei die beträchtliche Erhöhung des Rindfleischpreises (von 33 auf 38 fr.) besonders unangenehm berührte, zumal da eine noch weitere Erhöhung nur durch das Zugeständnis einer gleich großen Breissteigerung für Kalbfleisch hatte vermieden werden können. Die Landes= stelle mußte sich übrigens auch noch weiters dazu verstehen, den Fleischern für jedes Pfund Rindfleisch 7 fr. zu vergüten, die auf irgendeine andere Beise ohne alles Aufsehen bei den Verbrauchern hereingebracht werden sollten. Die Brottare wurde daneben nur wenig verändert.

mann, wenn er noch so sehr in seinem sinstern Gewölbe womöglich gerne das Mark aus den Beinen der Käuser ziehen wollte, will doch immer als ein billiger Mann öffentlich erscheinen, und wenn er mit aller Unverschämtheit und Dreistigkeit im sinstern Gewölde seine Preise übertreibt, so dürfte er sich doch besinnen, überspannte Preise auf seine Tasel öffentlich anzuhesten." (Bericht Carneris v. 30. März 1811.)

<sup>1</sup> Der Grazer Arcishauptmann meldete hierzu: "Die reichen Leute überhaupt sind durch die Finanzoperation etwas verstimmt, teils weil viele Quellen der Bermehrung ihres Acichtums sich dadurch wirklich verändern, teils weil sie bei der Reduktion der Bankozettel nicht mehr so große, in ihren Ohren wohlklingende Summen aussprechen können . . Die meisten Leute zeigen dei Gelegenheit dieser Operation jenen Egvismus, der dem Beodachter schon seit mehreren Jahren als eine leidige Folge unseres Finanzübels demerkdar war. Jeder sinnt nach, ob er nicht etwas verloren habe. Fast keiner ist so billig, das, was er disher gewonnen hat, auch in Anschlag zu dringen . . . Aber nur wenige sreuen sich darüber, daß durch die große wohlberechnete Operation, die das Patent vom 20. Hornung enthält, die öffentliche Wohlsahrt, die Gesamtheit der Staatsbürger gewonnen hat." (Bericht v. 29. März 1811.)

Unter den zahlreichen mehr oder minder ausführlichen Berichten dieser Zeit über die unmittelbare Wirkung des Finanzpatents, welche aus den einzelnen Ländern nach Wien und großenteils auch dis in die Hände des Kaisers gelangten, ragt einer insosern hervor, als er, seine Aufgabe allerdings überschreitend, den Versuch unternimmt, aus dem Patente sustematisch die nächsten Folgerungen für die nötigen Reuerungen auf dem Gebiete der staatlichen Wirtschaftsverwaltung zu ziehen. Es ist dies der Vericht des steiermärkischen Kreisamtes Vruck an der Mur, das zunächst die Gründe der bereits eingetretenen Preissteigerungen sestzustellen und sodann die dagegen anzuwendenden Mittel untersucht, ohne daß letztere bei der Regierung oder der Zentralstelle, wie dies ja Vorschlägen der Unterbehörden gegenüber üblich war, eine eingehendere Beachtung gefunden hätten.

Da dieser Kreis seinen Bedarf an Lebensmitteln überhaupt nicht zureichend selbst decken konnte, war hier ein stärkerer Eingriff der Regie= rung wohl geboten. Das Kreisamt empfahl, den Anforderungsweg ein= zuschlagen und entweder die festgestellten größeren Vorräte "gegen billigen Preis" an die Polizeigewerbsleute abzugeben oder den Bedarf durch "Anschläge auf die Gemeinden" zu decken, wobei jedem Eigentümer die nötige Menge für den eigenen Bedarf bis zur nächsten Ernte und für die Aussaat zu belassen wäre. Da aber nicht nur die Preise der Lebens= mittel, sondern auch die anderer Handelsgegenstände, so namentlich des Leders und des Gisens, sowie der Schnittwaren unmäßig gestiegen waren, empfahl das Kreisamt, auch solche, wenigstens für einige Zeit, einer Taxierung auf Grund der tatsächlichen Gestehungskosten zu unterwerfen. Auch der Errichtung ordentlicher Biehmärkte und des Berbots, außer den Märkten bei Strafe der Beschlagnehmung vor= und aufzu= taufen, sowie des Verkaufs der Getreide= und Weinvorräte der Staats= herrschaften ohne Versteigerung zu niederen Preisen und in kleinen Mengen unter ausdrücklichem Ausschluß aller Spekulanten, "von denen wohl freilich nicht jeder kennbar ist", wird als Mittel zur Herbeiführung einer größeren Wohlfeilheit Erwähnung getan. Bestrafungen wegen Nichtbefolgung der zum Schuße der Verbraucher angeordneten Maßnahmen 1 sollten zum abschreckenden Beispiel öffentlich bekannt gemacht werden.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Der Kreishauptmann fand hierbei die eifrige Unterstützung des Bürgermeisters, der die Berschleißpreise der Greißler, die mindestens einen halben Wonat unverändert bleiben mußten, auf der Gerichtstafel anschlagen ließ und die Bäcker, als sie zu wenig Brot herstellten, durch 24 stündigen Arrest zu besserer Erkenntnis brachte.

183

Um auch den erhöhten Lohnforderungen zu steuern, bestimmte das Kreisamt selbst die Höhe der Taglöhne und einiger Gesellenlöhne und drohte zugleich auch jenen mit Strase, welche freiwillig mehr bezahlen, sowie den Obrigkeiten, welche die Einhaltung der Säße nicht genau überwachen würden.

Nachdem bekannt geworden war, daß Zunftgenossen und andere Gewerbsleute sowie auch sogar Landleute in heimlichen Zusammenskünften über Preissteigerungen Verhandlungen pflogen und Beschlüsse saßten, wurde eine strenge Überwachung und Behandlung nach dem Strafgesehe über Polizeiübertretungen angeordnet. Verabredungen über Preiserhöhungen wurden übrigens auch aus Graz gemeldet, wo beispielsweise die Papiererzeuger ihre Tarife gleichmäßig erhöhten, die sie aber nicht beibehalten durften. Eine größere Anzahl von Gewerbetreibenden und Händlern (so namentlich Buchdrucker und Buchhändler, Gerber, Gastwirte) wurden wegen ungehöriger Preissforderungen vom Magistrat mit zum Teil sehr beträchtlichen Gelbstrafen belegt<sup>2</sup>.

Daß die Organe der Regierung hier wie auch anderwärts scharf eingriffen, war um so mehr begründet, als die Aufregung über das Patent tatsächlich schon nach einigen Wochen großenteils geschwunden war, während das andauernde Steigen der Preise, das sich doch nicht verhindern ließ 3, diese immer wieder neu entfachte. Dazu kam als eine weitere nachhaltige Wirkung des Patents, daß sich bald auch die besorgte Frage aufdrängte, ob es bei diesem sein Bewenden haben würde. Nach der Versicherung des Erazer Polizeidirektors hielt die große Menge die standhafte Aufrechterhaltung der Erundsätze der nun einmal notwendigen

<sup>1</sup> Der Taglohn für einen männlichen Tagwerker betrug 18 kr. Einlösungsscheine, für eine Tagwerkerin 15 kr., Maurergesellen und Zimmerleute erhielten 30, Poliere 36 kr. Einlösungsscheine; die Meiskergebühr betrug von jedem Gesellen 6 kr. Bankozettel. Die Kinbsleischtage betrug zu dieser Zeit 30 kr. Bankozettel oder 6 kr. Einslösungsscheine.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> So hatten z. B. zwei Buchdrucker aus altem Borrat eine französische Gramsmatik statt um 3½ um 6 bzw. 7 fl. verkauft und wurden hierfür mit 25 fl. bestraft. — Ein Gastwirt, der nach der Patentskundmachung die Maß Bein um 12 kr. teurer verkaufte, wurde mit 200 fl. bestraft.

<sup>3</sup> Eine Einschränkung ausschließender, für Erzeuger und Verbraucher meist gleich nachteiliger Handelsbesugnisse wurde von vielen Seiten empsohlen und teilsweise auch eingeleitet. So gestattete z. B. das Alagenfurter Areisamt jedermann die Fleischausschrotung, der das Pfund Fleisch 1 kr. unter der Satung verkaufen würde.

neuen Finanzmaßnahme für unerläßlich, jede Abänderung für verderblich.

Berschiedene von Wien aus rasch verbreitete Gerüchte, so namentlich das von einer Abforderung alles Goldes, Silbers und Konventionsgeldes, verstummten in Graz, nachdem sie von der Regierung als ganz unbegründet erklärt worden waren, bald wieder 1. Schwieriger gestaltete sich die Aufklärung auf dem Lande, wo Obrigkeiten und auch Geiftliche ihr entgegenarbeiteten 2. Daß eine Herabsehung des Rapitalbetrags der öffentlichen Fondsobligationen (vermutlich auf die Hälfte) erfolgen sollte, wurde hier wie auch anderwärts fast allgemein als sicher ange= nommen: den neuen Besitzern der durch wucherische Kursspekulationen erworbenen Papiere gönnte man freilich diese Schädigung. Ubrigens wurden alle Länderchefs beauftragt, hierüber beruhigende Aufklärungen zu erteilen. Die Einhebung der Steuern und Abgaben im fünffachen Betrage wurde für das Sahr 1812 schon für unmöglich erachtet; die Erhöhung der Salzpreise fanden die landwirtschaftlichen Kreise überaus drudend und schädlich. Rach wie vor wurde die Wiener Börse vielfach angegriffen 3 und über die Kursveränderungen geklagt. "Da durch die

¹ Länger erhielten sich die wohl nicht grundlosen Besürchtungen vor neuen triegerischen Verwicklungen, über welche viele Mutmaßungen laut wurden, die dann als Tatsachen weitererzählt wurden. "Inzwischen ist es dahier in diesem Punkte noch weit komischer als irgend in einer anderen Stadt, denn ich verdürge mich E. E., in Zeit von drei Stunden jedes Gerücht, so Sie nur immer verbreitet wissen wollen, in der ganzen Stadt, und wenn es selbst von Abdera käme, als heilig wahr in Umlauf zu bringen, wozu die große Menge der hier sich einsindenden Militärpensionisten beinahe aus allen Gegenden Europas, die den ganzen lieben Tag in dem berühmten Jacomini-Kassechaus, dem bekannten Tempel der Erstindung, der Lüge und der Verleumdung zubringen, beitragen." Dies hätte aber auch sein Gutes, denn das Finanzpatent würde vielsach in Ruhe gelassen, weil die Leute einen anderen Ballen zum Spielen hätten.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Obrigkeiten sollen ausgestreut haben, daß die Bankozettel noch durch mehrere Jahre in Umlauf belassen werden würden, um den Bauer zu bewegen, mit Bieh und Getreide nicht so sehr zurückzuhalten. — "Selbst der Geistliche spekuliert und handelt, und so dürfte es wohl um die Belehrung sehr schlecht aussesehen." Der Polizeidirektor hielt es für dringend notwendig, alle herrschaftlichen in landeskürstliche Obrigkeiten zu verwandeln.

<sup>3 &</sup>quot;Die Biener Börse, die den Kurs der Einlösungsscheine so sehr heradwürdiget, wird noch immer als sehr nachteilig angesehen, wiewohl man auch vielfältig sich zu überzeugen ansängt, daß dieser Börsenkurs gegen das Ausland mit dem Inland nichts zu schaffen hat. Inzwischen muß ich doch sagen, daß er auf

traurigen Zeitläufte mehr ober weniger sich alles bem Wucher, der Kipperei und dem Plusmachen ohne alles Gefühl für Recht und Billigsteit gewidmet hat, so liegt schon darin ein großer Grund, daß nunmehro alles die Köpfe sich zerreißt, wie es nur seinen Handel und Wandel und seine Spekulation einrichten kann, um für jeden Fall nicht nur, wie man zu sagen pflegt, mit heiler Haut durchzukommen und aller möglichen künftigen Gesahr zu entgehen, sondern wo möglich das Maximum zu gewinnen. Aber auch der rechtliche, billige, gutdenkende Mann sindet sich in der größten Verlegenheit und weiß sich bei jedem Kontrakt oder sonstigen Unternehmung nicht zu raten, inwieweit er sich beim Kauf und Verkauf gegen Einlösungsscheine, die so viel verlieren, einlassen solle."

Der schlechte Kurs der neuen Scheine lähmte die Hoffnung auf die Wiederherstellung geordneter Finanzverhältnisse 1 und damit auch auf die Kückehr "der glücklichen Borzeit in betreff der Lebensmittel". Da sich viele ohne Kücksicht auf ihren wirklichen Bedarf unmäßige Warensvorräte einzuschaffen und so ihre Bankozettel loszuwerden bemühten, schritt die Teuerung um so rascher fort. Es war übrigens keineswegs immer nur der Wiener Börsenkurs maßgebend; vielmehr wurde der Kurs, wie Carneri berichtet, oftmals durch die zahlreichen eingewanderten oder sich vorübergehend in Graz aushaltenden Ausländer bestimmt, die mit gutem Gelde versehen bei geringen Ausgaben herrlich sebten 2.

Im Gegensatz zu diesem Wohlleben nahmen Hunger, Not und Bettelei sehr zu, wobei sich der vollständige Mangel an kleiner Scheidemünze be-

bie öffentliche Meinung, die nichts überlegt und berechnet und einzig nach den Ziffern beurteilt, einen höchst schädlichen Eindruck für den Aredit der Einlösungsscheine hervordringt." (Bericht des Grazer Polizeidirektors an die Polizeihofstelle v. 30. April 1811.)

<sup>1 &</sup>quot;Alles durch die Bank vom ersten Bankier und Gewerdsmann bis zum Bandelkramer und Schuhflicker beschäftigt sich mit dem Kurs, und wenn schon die wenigken mit dem Kurs zu schaffen haben und sonach auch keine Berechnung nach dem Kurs zu machen im Fall sind, so schreit doch alles insolge des so sehr herabgesetzen Kurses, daß das Papier wenig oder keinen Wert habe. Dadurch geschieht es, daß sonach alles nach und nach, der Produzent wie der Fabrikant, der Gewerdsmann und der Arbeiter, die Preise erhöhen und die Teuerung sehr zunimmt." (Bericht Carneris v. 31. Mai 1811.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> "Dabci sind sie noch unbescheiden und, wo sie gehen und stehen, prahlen sie sich mit ihrem guten Geld und loben den österreichischen Staat, gleich als ob sie im gelobten Land wären, welches sie auch mit Recht sagen können, weil sie nirgends in der Belt so wie bei uns leben können."

sonders empfindlich fühlbar machte <sup>1</sup>. Der Unwillen über die Teuerung war um so größer, als man in Steiermark äußerst billig zu leben gewohnt war <sup>2</sup>; überall wurde die bange Frage laut, wie weit es wohl noch kommen werde, und die Stimmung wurde eine im allgemeinen recht unruhige <sup>3</sup>.

Die Unsittlichkeit nahm von Tag zu Tag zu, was sich, wie der Polizeisdirektor berichtet, namentlich bei den Dienstboten deutlich zeigte, denen freilich zumeist der Teuerung nicht entsprechende und zu unerlaubtem Nebenerwerb verleitende Löhne bezahlt wurden 4. In der Stadt Graz, die wegen der hohen Olpreise größtenteils ohne Beleuchtung bleiben mußte, wie auch in deren Umgebung wurde die Unsicherheit immer größer; Raubs

<sup>1 &</sup>quot;Wer keine kleine Scheibemünze besaß, konnte um weniger als 15 kr. nichts kaufen. Wenn auch mit den Bankozetteln im Durchschnitte sehr verschwenderisch umgegangen wurde, ging die Freigebigkeit der Menschen doch zumeist nicht so weit, einen Bankozettel oder ein 30 kr. oder 15 kr.-Stück zu verschenken, und so wurden die Armen meistens mit einem Helfgott abgespeist."

<sup>2</sup> Der Weizenpreis war schon Ende Mai bis auf 23½ fl., der Kornpreis auf 15 fl. gestiegen, im Juni schon auf 30 fl. und 19 fl. und wurde auch im Juli noch bedeutend erhöht. Die Kreuzersemmel wurde für Juli mit einem Gewichte von nur 1 Lot ½ Quintel, das schwarze Roggenbrot für 12 kr. mit 1 Pfund 3 Quintel satungsmäßig bestimmt. Der Kindsselfchpreis war für Juni mit 48, sür Juli schon mit 55 kr. sestgeset; Kalbsleisch kostete bereits mehr als 1 fl., das Pfund Schmalz 5½ fl. In Klagensurt kostete das Pfund Kindsleisch zeitweise sogar 1¾ fl., das minderwertige Vier dortselbst im August 32 kr. — Steiermark wie auch Kärnten pflegten ihren Getreidebedarf auch in guten Jahren nicht ganz aus eigenen Erzeugnissen zu decken, sondern durch ungarische zu ergänzen, wogegen in der Kindviehzucht gewöhnlich ein Überschuß erzielt wurde. Die Regierung hatte sich schon seit vielen Jahren mit der Frage der Ernährung der Bevölkerung und insebesondere auch der des Getreidehandels besaßt. S. auch Hermann Mennert, Kaiser Franz I. Zur Geschichte seiner Regierung und seiner Zeit. Wien 1872.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Der Bolizeibirektor befürchtete allerbings Erzesse nicht unmittelbar. "Insprissen wenn die Fleischhauer mit dem Fleisch und die Bäcker mit dem Brot das Bublikum etwas mehr zu necken sich erlauben würden, so könnte leicht ein Aufstritt sich ergeben." (Bericht v. 30. Juli (richtig Juni) 1811.) — Dazu kam, daß die Bolizeiwachmannschaft der unzureichenden Entsohnung wegen den anstrengenden Diensk häusig verweigerte.

<sup>4 &</sup>quot;Der männlichen Dienstboten sind keine guten zu sinden, und die weiblichen sind im Durchschnitt alle Huren oder Betrügerinnen." Biele nahmen nur Dienste an, um den Rachsorschungen der Polizei zu entgehen. Es sehlte eine neue Dienstbotenordnung und wurde auch die Errichtung eines Dienstbotenamtes empsohlen sowie die einer "freiwilligen und gezwungenen Arbeitsanstalt". — "Nur bei der Polizei kann das Tableau der Drangsalen, die dadurch der bürgerlichen Gesellschaft zugehen und den Umsturz aller Moralität nach sich ziehen, eingesehen werden."

anfälle und Einbrüche mehrten sich. Als die Einlösungsscheine endlich erschienen, fanden sie in Stadt und Land keineswegs vertrauensvolle Aufnahme und kamen sie nur langsam in Berkehr.

Obwohl im Juli noch einige Lebensmittelpreise nicht unbeträchtlich stiegen, scheint doch der Höhepunkt der Teuerung in Graz damals ungefähr erreicht worden zu sein. Bei im allgemeinen guter Fechsung und reichslicherem Angebot gingen vor allem die Getreidepreise bald wieder merklich zurück, und wurden daraushin auch andere Wochenmarktwaren, später namentlich auch das Holz wohlseiler. Die gleichzeitig eingetretene Besserung des Kurses erweckte immerhin einige neue Hoffnung. Ein um jene Zeit vom Klagensurter Kreishauptmann Franz v. Fradeneck unternommener Versuch, die Beischaffung der nötigen Lebensmittel zu mäßigen Preisen durch Aushebung der Taxen und Freigebung der Lebensmittelversorgungsegewerbe zu erzielen, wurde sehr bald wieder aufgegeben, da der Wegsall der überwachung alsbald zu den übertriebensten Spekulationen Anlaß geboten hatte.

Erst im Oktober begannen die Einlösungsscheine mehr in Umlauf zu kommen; zwischen Furcht und Hoffnung schwankend, erwartete alles einen wirksamen Abschluß der Finanzmaßnahmen, das Erscheinen guten Geldes und damit die Wiederkehr besserr Zeiten. Gegen Ende des Jahres waren die Lebensmittelpreise dem Kurswerte nach bereits niedriger als im benachbarten Ilhrien und kam allmählich auch wieder mehr Scheidemünze zum Vorschein, da die Außerkurssetung des Kupfers erwartet wurde.

Der Grazer Polizeidirektor, der als genauer Beobachter die Stimmung der Bevölkerung in den kritischen Monaten mit großem Eiser ausgehorcht hatte, glaubte zu Beginn des Jahres 1812 die unmittelbare allgemeine Birkung des Finanzpatents bereits so weit zu überblicken, daß er meinte, sein Urteil über diese in einem Berichte an die Polizeihosstelle vom 10. Januar zusammenfassen zu können, der nicht auf augenblickliche Beruhigung berechnet war, wozu kein Anlaß vorhanden gewesen wäre:

<sup>1</sup> Auf dem Schranenmarkte vom 2. August erzielte in Graz der Weben Beizen erster Gattung immer noch einen Preis von 37½ fl., der geringerer Gattung von 30¼ fl., Korn wurde um 21 fl. 22 kr. dis 24¼ fl., Hafer zuhöchst um 9 fl. 36 kr. verkauft. — Die neuerdings zu genauer Einhaltung der Sahungspreise angehaltenen Fleischer erklärten, ihre Gewerbe nach zwei Monaten aufgeben zu wolsen. Obwohl der Biehstand ansehnlich vergrößert war, schieste das Gubernium eine Biehseinkaufskommission nach Ungarn, um die steirischen Bauern leichter bei der Biehsverwertung in Schach halten zu können.

"Es ist meines Erachtens nicht möglich, bessere Untertanen auf diesem Erdboden als die steirischen und überhaupt alle Untertanen der österreichischen Provinzen zu finden.

Wir haben das Beispiel vom Finanzpatent, durch welches das Bermögen des Untertans einen so großen Abbruch erlitten hat. Es sei nun reell oder imaginär gewesen, gleichviel, jeder Staatsgläubiger sowie der Private glaubte ein Bermögen nach dem Nominalwert des Geldes zu besitzen; und wenn schon unendlich viele ihr Bermögen in barem Konventionsgelde dargeliehen haben und nunmehro sich verkürzt sehen, so sügte sich doch alles ruhig und gelassen. Daß allen der Berlust schmerzte, daß alles mehr oder weniger darüber klagte, daß allen über die ungewisse Jukunst bange war und im ganzen noch ist, ist wahr; aber alles, einige Hauptschreier ausgenommen, bleibt, wie gesagt, gelassen und ruhig.

Die Einlösungsscheine kamen. Man wollte ihnen anfangs allen Arebit versagen, und nichts war natürlicher als dieses, da sie Papier sind und gegen das dare Geld weit über die Hälfte verlieren. Nunmehro sind sie im vollen Aurs, und kein Mensch verweigert deren Annahme. Der Aredit derselben gehet in kacto so weit, daß die Feilschaften alle durch die Bank nicht nur nicht steigen, sondern vielmehr vielsältig im Preise fallen 1."

Diese günstige Auffassung der Lage ist um so bemerkenswerter, als die Wirtschaftsverhältnisse Steiermarks und Kärntens sich teilweise nicht in den gewohnten Bahnen bewegten. Neben großem Geldmangel 2 war es namentlich die Unterbrechung des Verkehrs mit Ilhrien, die den Absat vieler Erzeugnisse, namentlich des Weins, sehr erschwerte und beschränkte, und dazu kam das Darniederliegen zahlreicher wichtiger Gewerbe und insbesondere der Niedergang der Eisengewerke<sup>3</sup>.

Tatsächlich zählte ein großer Teil der Eisen= und Bleigewerke in Steier= mark und Kärnten zu den schwerst getroffenen Opfern der Devalvierung. Der Eisenpreis wurde dortselbst von 60 st. B. J. für den Zentner auf 12 fl. herabgesetzt, und die Ararialeisenwerke mußten sogar mit den Preisen noch weiter heruntergehen, um aus dem Verschleiß die nötigen Betriebs= gelder aufzubringen 4, was auch die Privaten zur Verschleuderung ihrer

<sup>1</sup> Archiv f. Inneres u. Justig. Polizeiakten. 1812, Nr. 270.

<sup>2</sup> Der Distont stieg bis über 30%.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> In Obersteicrmark, so auch in Eisenerz, fanden bald große Arbeiterscutsassungen statt.

<sup>4</sup> Es war dies ein Mittel der Finanzverwaltung zur Erzwingung niedrigerer Preise. (Franz v. Krones, Freiherr Anton v. Baldacci über die inneren Zustände Osterreichs. S. 66.)

Erzeugnisse (neben Robeisen namentlich Sensen und Sicheln) zwang, nachdem wegen der Entwertung der Bankozettel viele Leute ihr Bermögen durch Einkauf von Waren, vielfach eben auch des wegen seiner Dauerhaftigkeit und vielfältigen Berwendbarkeit besonders zur Aufbewahrung geeigneten Eisens, zu sichern getrachtet hatten.

Die neue Wertbestimmung der Kupfermünze vom 1. Februar 1812 brachte diese plöklich in so großen Mengen zum Vorschein, daß sie im Klein= handel vielfach zurückgewiesen wurde 1. Es traten nun neuerliche Preis= erhöhungen ein, obwohl die Wochenmärkte reich beschickt waren 2.

Die Metger erklärten, ohne Satzungserhöhung, nachdem eine solche auch in Wien eingetreten war, nicht mehr schlagen und verkaufen zu können, und verlangten von den Käufern bei dem Einkauf von Rindfleisch vielfach die gleichzeitige Abnahme von (noch teurerem) Kalbfleisch, was ihnen jedoch verboten wurde.

Große Beunruhigung riefen auch die im Februar 1812 vorgenommenen neuerlichen unverhältnismäßig großen Erhöhungen der Wohnungsmiet= zinse hervor, deren Ursache zum Teil in dem Umstande gesehen wurde, daß zahlreiche Allyrier ins Land gekommen waren, die ihre Renten und Geldbezüge in klingender Münze ausbezahlt erhielten und daher leicht in Einlösungsscheinen höheren Forderungen genügen konnten. Bei alle= dem blieben die Preise in Graz immer noch ziemlich weit unter den Wiener Preisen 2.

<sup>1</sup> Alle Bruchteile ber Scheibemunze wurden überfluffig, da niemand nach Pfennigen oder halben Areuzern rechnete.

<sup>2</sup> Bis Anfang März stieg der Preis für Weizen auf 6 fl. 54 fr. bis 8 fl. 24 fr.; der für Rorn auf 51/4 fl. bis 6 fl. 9 fr., der für Gerfte bis auf 5 fl. 54 fr., der für Hafer auf 2 fl. 9 fr. Einlösungsscheine.

<sup>3</sup> Die Satungspreise für Rindfleisch waren für Jänner 1812 in Bankozetteln 55 fr., für Februar und März in Einlösungsscheinen 12 fr., für Kalbfleisch je 1 fl. 5 fr., 13 und 15 fr., für weiße Seife 3 fl. 5 fr., 37 und 41 fr., während die Märzsatung für Wien für Fleisch mit 16-18 fr., für Seife mit 49 fr. festgesett war. Die Badersatung weist für Marz burchwegs eine Besserung auf; die Kreuzer-(Einlösungsschein) semmel war von 3 Lot  $2\frac{1}{4}$  Quintel auf 3 Lot  $3\frac{1}{2}$  Quintel gestiegen, die Mundsemmel um 1/2 Quintel auf 2 Lot 2 Quintel, das weiße Schwungbrot (zu 3 fr.) um 3 Quintel auf 15 Lot 3 Quintel, das schwarze Roggenbrot von 26 Lot 1 Quintel auf 27 Lot 3/4 Quintel, während die entsprechenden Gewichte für Wien nur 3 Lot 2 Quintel, 2 Lot 1 Quintel, 13 Lot 2 Quintel und 18 Lot 1/4 Quintel betrugen. Da 1/4 Quintel ungefähr einem Gramm gleich ist, war die Berechnung eine offenbar sehr genaue. Die Bäcker und Fleischer hatten freilich bedeutend höhere Sakungspreise geforbert.

Nahezu unerschwinglich waren vor allem drei Dinge: Quartier <sup>1</sup>, Holz und Leder für Beschuhung. Namentlich von den Beamten und dem Militär wurde hierüber laut geklagt.

Die wachsende Kriegsgefahr verschärfte noch die Sorge um die Zukunft. Immer noch zwischen Furcht und Hoffnung, wünschte man allgemein, daß der Kaiser bei dem erwarteten Zusammenstoße Rapoleons mit Rußland neutral bleiben könnte. Natürlich wurde auch der weiteren Ent= wicklung der finanziellen Verhältnisse nur mit höchst banger Erwartung entgegengesehen, und der Grazer Polizeidirektor berichtete am letten März 1812 hierüber in ungewöhnlich düsteren Worten: "Der Kredit auf die Finanzoperation wird augenscheinlich immer schwächer, und da tagtäglich die Zahl derjenigen sich vermehrt, die durch das Finanzpatent überhaupt und besonders durch die Skala von einem großen Teil ihres Bermögens sich entblößt sehen, so ergibt sich von selbst, daß diese, insoweit sie noch was besitzen, für diesen Rest in der größten Besorgnis sind und durch ihr lautes Jammern und Klagen auch bei den übrigen den Mut und das Bertrauen sinken machen." Da nur strenge Sparsamkeit bei Militär und Zivilverwaltung noch eine Hoffnung auf Herstellung der Finanzen hätte aufkommen lassen, mußte natürlich schon die zunächst notwendig gewordene Aufstellung eines Beobachtungskorps? als höchst gefährlich erscheinen. Selbst die Wiedererlangung der illnrischen Provinzen wurde vielfach gar nicht gewünscht, da sie als bereits ganz ausgesogen galten und für ihre Berwaltung nur gutes Konventionsgeld hätte Verwendung finden können.

Im Mai machte die Teuerung neue Fortschritte und stiegen insebesondere Gemüse und alle Gartenerzeugnisse in ganz unverhältnismäßiger Weise im Preise. Der Straßenbettel hatte wieder mehr überhandgenommen, obwohl Felde und sonstige Handarbeiten wieder mehr Kräfte ersorderten. Das Krankene und das Findelhaus, deren Fonds durch das Patent so sehr geschwächt worden waren, konnten für die Versorgung der Kranken und Kinder kaum mehr auskommen. Die allgemeine Sittlichkeit litt nach wie vor schwer 4.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> "Die Hausherren schätzen sich äußerst billig, wenn sie nun in ebensovielen Einlösungsscheinen als zuvor in Bankozetteln ihre Zinse fordern. Biele begehren noch weit mehr." (Bericht Carneris v. 29. Febr. 1812.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Zur Schonung der Finanzen wurden die Kosten desselben mittelst einer besonderen deutscherbländischen Kopfsteuer bestritten.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Rindfleisch kostete nun 15 kr., Kalbfleisch 18 kr.; die Kreuzersemmel wog nur 3 Lot ½ Quintel, das schwarze Roggenbrot (3 kr.) 22 Lot 2 Quintel.

<sup>4 &</sup>quot;Leider sieht es mit der Moralität schlimm aus und nur auf Kosten dieser,

Auch in dem bei Ofterreich verbliebenen Reste Kärntens, dem Alagensurter Kreise, hatten sich nach und nach ähnliche Zustände entwickelt,
obwohl die Verhältnisse des Landes im allgemeinen ein leichteres Aberwinden der Schwierigkeiten hätten erwarten lassen. Das Finanzpatent
war dort am ruhigsten ausgenommen worden und war auch mit den
geringsten unmittelbaren Virfungen auf die Preise in Kraft getreten.
Sollte der Alagenfurter Kreishauptmann richtig beodachtet und geurteilt
haben, wenn er behauptete, daß der denkende Teil des Volkes die Weisheit des Kaisers gepriesen hätte und daß dieser Teil die Meinungen der
übrigen bestimmte? Es war eben vor allem ein dünnbevölkertes Land
mit ausgebreiteter landwirtschaftlicher Erzeugung, in dem der Handel
keine größere Kolle spielte.

Schon am 29. März 1811 wurde berichtet, daß die Zeit vorüber zu sein scheine, da große Mißverständnisse über den herabgesetzen Wert der Bankozettel eine Preisvervielsältigung hätten augenblicklich veranlassen, oder da betrügerischer Eigennut den Unverstand irgendeines Käusers hätte mißbrauchen können. Die Preise waren zwar wohl schon einigermaßen verändert, doch hatte sich gar nicht die Notwendigkeit ergeben, irgendeinen boshaften Versuch übermäßiger Preissteigerung mit Strenge zu unterdrücken. Troßbem ließ sich jedoch in der Folge eine immer weitergreisende Verteuerung auch hier nicht hintanhalten, wobei zu nicht geringem Teile das Beispiel der Händler in den anderen Ländern maßgebend war.

Die Steigerung der Preise der wichtigsten Lebensmittel war schließlich nicht nur recht erheblich, sondern auch ganz ungleichmäßig. Die Preise waren ziffermäßig in Einlösungsscheinen viel höher, als sie einige Jahre

nämlich durch Huren, Stehlen, Betrügen, Übervorteilen, Schulbenmachen und durch Aufzehrung des besitzenden Bermögens schleppt sich ein großer Teil der Familien und einzelnen Menschen sort." (Bericht Carneris v. 31. Mai 1812.)

<sup>1</sup> Von dem Wochenmarkte des 14. bis zu dem des 21. März stiegen z. B. die Preise sür Getreide nur um etwa ½ bis 2 fl. für den Mehen (Weizen von 19 fl. 3 kr. auf 21 fl., Roggen von 13 fl. 24 kr. auf 14 fl. 51 kr., Hafer von 7 fl. 3 kr. auf 7 fl. 39 kr.), die sür Hülsenfrüchte noch weniger (Bohnen z. B. von 12¾ fl. auf 13 fl. 3 kr.). — Eine Woche später betrugen diese vier Preise im Durchschnitte 22½, 17, 7½ fl. und 15 fl. 21 kr. — Daß die Rindsleischsahung für April von 30 auf 33 kr. gesteigert wurde, war in der Erhöhung der Atzise (von 5 auf 25 fl. für den Ochsen) begründet.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Benn dieser damals zugleich den Bunsch äußerte, daß die Einlösungsscheine möglichst spät, erst nach Einziehung eines großen Teils der durch die Steuersahlungen eingehenden Bankozettel, ausgegeben würden, damit der Mangel an Papiergeld deren Erscheinen erwünscht mache, blieb er damit ganz allein.

früher in Bankozetteln gefordert worden waren <sup>1</sup>; die Erhöhung betrug beispielsweise in Magenfurt, wo die Lage verhältnismäßig günstig war, um die Mitte des Jahres 1812 im Vergleiche zum Jahre 1804 im Durchschnitte etwa zwei Drittel, bei manchen Waren aber sogar das Viersache und noch mehr, hätte sich demnach in Bankozettel, die damals allerdings bereits außer Kurs gesetzt waren, umgerechnet dis auf das Zwanzigsache und darüber erstreckt.

Am meisten litten unter den Preisverhältnissen natürlich auch hier die vom Staate Besoldeten, und das Kreisamt wies auf die unvermeidlichen ungünstigen Birkungen auf den Dienst und die Moralität hin. Das Aufsuchen von Rebenverdiensten wurde zur Rotwendigkeit, und die Beispiele von Pflichtverletzungen mehrten sich.

Die bereits erwähnte Frage ber Einführung eines Getreidepreissmaximums fand in Steiermark und Kärnten immerhin eine etwas aufsmerksamere Beachtung. Begreiflicherweise wurde eine solche Neuerung ganz verschieden beurteilt. Als Maßregel gegen den Bucher wurde sie in den Kreisen der Verbraucher zwar als höchst zweckmäßig und nachs

<sup>1</sup> Es war der Preis für Rindfleisch von 10 fr. Bankozettel auf 15 fr. Einlösungsscheine, für Kalbfleisch von 9 auf 15, für Schweinefleisch von 7 auf 20, für Schmalz von 24 auf 48 fr., für Rergen von 24 auf 37 fr., für Seife von 21 auf 36 fr., für DI von 33 fr. auf 1 fl. 12 fr. für je ein Bfund gestiegen. Die Mag (1.4 1) Bein kostete statt 24 fr. Bankozettel nunmehr 48 fr. Ginlosungsscheine, Bier ftatt 3 fr. nun 7 fr., Milch ftatt 2 fr. nun 4 fr. Das Pfund Reis war im Preise von 18 auf 38 fr. gestiegen, ber Meten Erbapfel von 12 auf 40 fr., 100 Stud Rrautköpfe kosteten statt 1 fl. nunmehr 5½ fl. Besonders groß (zehnfach bzw. fünfzigsach) war die Preissteigerung der Rüben, wovon ein Megen 30 statt, wie vorher, 3 fr. kostete. Der Beizen- und Roggenmehlpreis war für ein Magel von 22 auf 39 und von 18 auf 25 fr. gestiegen; die Mundsemmel (zu 4 Lot) kostete ftatt 1 nun 2 fr. Verhältnismäßig geringer war die Erhöhung der Getreidepreise, da der Meten Korn statt um 5 fl. 9 kr. noch um 6 fl. 19 kr. verkauft wurde, Weizen ftatt um 6 fl. 18 fr. um 9 fl. 45 fr. und Gerfte ftatt um 4 1/2 um 6 1/4 fl., bagegen war der Strohpreis von 3 kr. für den Zentner auf 1 fl. 54 kr. gestiegen. Auch die Bekleidungsgegenstände waren im Preise wesentlich gestiegen. Eine Elle mittelfeinen Tuches kostete statt 5 nunmehr 8 fl., Leinwand statt 2 fl. nun 3 fl., ein mittelfeiner hut statt 41/2 nunmehr 13 fl., ein Paar Schuhe statt 3 fl. 41/2 fl., Stiefel ftatt 8 fl. 13 fl. In engeren Grenzen hielten sich die Lohnsteigerungen. So wurden für einen Rock 31/2 statt 21/2 fl., für eine Weste 48 statt 45 fr., für eine Hose 1 fl. 12 fr., statt 48 fr. bezahlt. Der durchschnittliche Jahreslohn für eine "ordinäre Dienstmagb" war von 18 auf 30 fl. gestiegen. Der Zins für eine Wohnung von 2 Zimmern mit Küche war im Durchschnitte von 100 fl. Bankozetteln auf 180 fl. Einlösungsscheine erhöht.

ahmenswert betrachtet; doch wurde auch befürchtet, daß dadurch die nach guter Ernte zu erhoffende Senkung der Preise unter das Maximum vershindert würde 1. Andere, wohl zumeist landwirtschaftliche Kreise sprachen sich entschieden gegen eine solche Preissestletzung aus und erwarteten vielmehr von der Aushebung aller Preissatungen Wohlseilheit der Waren 2.

In weiteren Bevölkerungskreisen aber gab das Vorgehen Frankreichs, das die Wiener Regierung vielleicht nachzuahmen gedächte, offenbar keinen Anlaß zu großen Hoffnungen oder ernsten Befürchtungen.

Erst im Juli 1812 gingen die Lebensmittelpreise zunächst wohl infolge sehr guter Ernteaussichten, obwohl die Störungen des Handels und der Industrie in diesen Ländern noch nicht durchaus behoben waren, bedeutend zurück und besserte sich zugleich die allgemeine Stimmung. Nun aber hielt die Auswärtsbewegung an und machte große Fortschritte, die bald auch eine andere erfreuliche Ursache hatten, nämlich die stetige und rasche Besserung des Kurses der Einlösungsscheine, die das Vertrauen zu den Maßnahmen der Regierung wiederherzustellen begann und neuen frohen Mut ausstemmen ließ.

Als der Grazer Polizeidirektor nach längerer, durch eine größere Auslandsreise verursachter Unterbrechung am 30. November 1812 wieder einen Stimmungsbericht (über die Monate September dis November) vorlegte, konnte er mit sichtlichem Bergnügen von dem glücklichen Um-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bericht des Grazer Kreisamtes v. 8. Juli 1812.

<sup>2</sup> Bericht bes Brucker Kreisamtes v. 21. Juli 1812. — Besonders scharf trat das Klagenfurter Kreisamt, angeblich die Meinungen der zwar nicht genauer unterrichteten Bewölkerung wiedergebend, einem folchen Blan entgegen: "Inzwischen wird doch erkannt, daß ein solches Maximum, dessen Erfindung in die unselige Epoche des Terrorismus fällt, weder ein humanes, noch auch ein für die Dauer zwedmäßiges Mittel sei. Man glaubt, baß solche Magregeln mit ben Grundsägen einer wahren Gerechtigkeit, welche die öfterreichische Regierung auf eine von ganz Europa anerkannte Beise bewährt hat, wenig verträglich seien, und man besorgt vielmehr, daß eine solche Nachahmung so wenig der öffentlichen Meinung zusagen werde, daß nur durch militärische Ginschreitung die Ausführung erzwungen werden konnte. Mit banger Besorgnis würde jeder wahre Freund seines Baterlandes in die Zufunft bliden, weil dadurch das durch so viele Stürme der Zeit fest verschlungen gebliebene Band zwischen der Regierung und dem Grundbesitzer sich nur zu bald lösen würde. Man hält dafür, daß es gar nicht an der Zeit sei, den Grundbesiger jest durch ein Maximum zu beschränken, wo die ihm auferlegten Giebigkeiten sehr beträchtlich sind und er das Mittel zu deren Bestreitung einzig nur in dem höheren Berkaufspreise findet." Ein großer Teil der Grundbesitzer wurde zugrunde gehen, und so müßten derartige Gewaltschritte erschütternde Folgen nach sich ziehen. (Bericht v. 12. Juli 1812.)

schwung, der bereits eingetreten war, melben: "Die Einlösungsscheine, die seit einigen Monaten so sehr im Kredit steigen, erregen im Inland sowohl als in dem Ausland vieles Auffehen, und unsere hohe Finanzstelle oder vielmehr unser Finanzminister zwingt dem in- und ausländischen Publikum velle nolle das Vertrauen auf seine Finanzoperation ab, und es ist drollicht zu sehen, wo immer man hingeht und fragt und spricht, wie alles die Mäuler nur groß aufsperrt und in voller Verwunderung ausruft: ja das hätte ich nicht geglaubt . . . Die seit einiger Zeit auffallend gesunkenen Breise der notwendigsten Lebensartikeln und vielfältig auch anderer Waren vollenden nun vollends den Kredit in die Einlösungsscheine, und es ist auf einer Seite sehr erfreulich, den Jammer und das Elend so vieler Familien, besonders aber der Beamten und der von ihren trockenen Geldrenten lebenden Familien durch die eingetretene Wohlfeilheit zum großen Teil gestillt zu sehen, sowie auf der anderen Seite es sehr spaßig ist, zu sehen, wie alle die verdammten Bucherer und unerfättlichen Blusmacher, sowie andere grobe und unvernünftige Raisonneurs Augen und Mund groß aufsperren und ihre wenige Zufriedenheit und heimlichen Groll wegen vielfältig fehlgeschlagener Spekulationen kaum unterdrücken können."

Biele Leute konnten sich vor Freude kaum fassen, da es nun wieder möglich wurde, sich langentbehrte Nahrungsmittel zu mäßigen Preisen zu beschaffen. Tatsächlich war der Preisrückgang bei vielen Waren sehr groß, so insbesondere bei Fleisch, Brot, Kartosseln, Kraut und Küben, auch Butter und Schmalz. Verhältnismäßig hoch und den Lebensmittelpreisen zumeist nicht mehr entsprechend blieben zunächst namentlich die Holzpreise, die Wohnungsmietzinse und die Lohnsorderungen aller Handwerksleute, gegen welche die Regierung selbst unmittelbar Stellung zu nehmen entschlossen war. Über die Ausschreibung und Eintreibung der Steuern

¹ Das Pfund Rindfleisch kostete in Graz nur mehr  $7 \frac{1}{2}$  kr., Kalbsleisch 9 kr., Schweinesleisch 10 kr. Die Kreuzersemmel hatte ein Gewicht von 6 Lot 2 Duintel, das Dreikreuzer-Roggenbrot von 1 Pfund  $7 \frac{1}{2}$  Lot. 2 Maßel Erdäpfel (der 32. Teil eines Mehens) kosteten 3 kr., das Pfund Butter und Schmalz durchschnittlich 24 kr. Sier und seinere Gemüse waren, wie auch Bier, im Preise noch nicht entsprechend stark gefallen, doch wurde dies in Bälbe erwartet. Sine Maß leidlichen Weinskonnte man in Privatschenken schon um 18 kr. erhalten; in Untersteiermark war wegen des Aussuhrverbotes ein solcher Übersluß an Wein, daß er gar nicht mehr ausbewahrt werden konnte.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Der Polizeibirektor beabsichtigte, alle Zunstworsteher zusammenzurusen, ihnen bas Sündenregister aller Gewerbsleute vorzuhalten und sie, unter Androhung der Freigebung der Gewerbe, aufzusordern, sich eines besseren zu besinnen. (Bericht v. 30. November 1812. Polizeiakten. 1812, ad 270.)

allerdings wurde von den steirischen Ständen vielsach geklagt; doch war der Polizeidirektor überzeugt, daß sich nach und nach alles gütlich fügen werde, und daß die Zahlungen in dem reich gesegneten Jahre mit ganz vorzüglicher Getreide= und Weinernte entsprechend geleistet werden würden. Dabei bemühte er sich bei jeder Gelegenheit, auf den großen Unterschied in der Behandlung der Bevölkerung in den abgetretenen Gebieten, auf die Belastung derselben mit direkten und indirekten Steuern und deren höchst willkürliche und rüchsichslose Eintreidung durch die französisch= italienische Regierung hinzuweisen, wegen welcher dortselbst die öster= reichische Regierung allgemein als die humane bezeichnet wurde.

## 12. Die Wirkung der Devalvierungsverfügung in Böhmen, Mähren, Schlesien und Galizien.

Da in Böhmen, wie bereits erwähnt, ganz anders geartete Neuerungen erwartet worden waren, mußte die Überraschung, als das neueste Finanzpatent die Entschlüsse der Regierung enthüllte, um so größer sein. Dies kommt denn auch in den von den Kreishauptleuten abverlangten Berichten zum Ausdruck, die, mit höchst ungleicher Ausführlichkeit abgesaßt, kein einheitliches Bild gewähren, obwohl sich dabei das ziemlich gleichmäßige Bestreben geltend gemacht zu haben scheint, allzu grelle Farben zu vermeiden. Diese Farben waren in dem zusammensassenden Berichte, mit dem der Prager Oberstburggrasenamtsverweser Graf Franz Kollowrat diese Berichte der Polizeihosstelle vorlegte 2, sast ganz geschwunden und noch mehr in dem, sämtliche Berichte einbegleitenden, dem Kaiser erstatteten Bortrage der letzteren, in welchen die Stimmung insbesondere mit Beziehung auf das Finanzpatent als "ganz beruhigend" bezeichnet wird.

Die kreisamtlichen Berichte sind übrigens teilweise insofern nicht von der oft wahrnehmbaren Oberflächlichkeit derartiger Stimmungsschilberungen, als sie die Bevölkerung nicht als eine einheitliche Masse betrachten, sondern zu unterscheiden versuchen. Und zwar werden einerseits die

<sup>1 &</sup>quot;So wird aller Orten unsere Regierung selbst von vielen teils dummen, teils infamen ehemaligen Anhängern des französischen Systems betitelt."

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Es heißt darin: "Im allgemeinen ist die Stimmung des Landvolkes fort- während beruhigend, das neue Finanzpatent wurde mit Ruhe und Ergebung, hier und da selbst mit Beisall ausgenommen und augenblicklichen, durch Mißverstand oder übertriebene Gewinnsucht entstandenen übermäßigen Preissteigerungen schnell gesteuert." Nur in vier von den sechzehn Kreisen hätten sich, namentlich wegen Preissteigerungen, größere Anstände ergeben.

Handelsleute als Gegner des Patents von den landwirtschaftlichen Erzeugern, die vielfach sogleich mit ihren Waren zurückzuhalten und höhere Preise zu fordern begannen, andererseits die aufgeklärten und denkenden Leute von den unwissenden und übelwollenden geschieden, welch letztere die Finanzmaßregel zunächst und wohl auch nach den durch Amter, Ortsedbrigkeiten, Bürgermeister und andere Personen vorgenommenen Beslehrungen bekämpsten und zurückwiesen. Wuchergeist und Unverstand reichten einander oftmals die Hände, um gegen das Wohl des Staates zu arbeiten. Daß Leute ohne Vermögen das Patent beisälliger aufnahmen, als begüterte, ist nur natürlich, um so mehr, als letztere vielfach nicht einssehen wollten, daß ihr Reichtum mehr in der Einbildung als in Wirklichkeit bestanden hatte. Daß die unhaltbaren Zustände bedeutende Opfer und einen starken Zugriff verlangten, wurde wohl in den meisten Kreisen, die nicht, wie viele Handelsseute, den Wegsall der Wuchers und Agiotages Spekulationen beklagten, eingesehen, und so scheint denn tatsächlich zus

Aus Budweis wird berichtet: "Der erste Eindruck, den die Kundmachung auf die ungebildete Klasse der Gewerbsleute, der Kapitalisten, des Landvolks und der Befiter ber mit Schulden belafteten Realitäten machte, war etwas erschütternd und ungunstig, indem jeder glaubte, von seinem Bermögen vier Fünfteile zu verlieren." — Besonders ausführlich berichtet der Kreishauptmann von Jungbunzlau über die Unzufriedenheit der Fabrikanten und Manufakturisten, insbesondere der Reichenberger Gegend, die eine allgemeine Stockung in Handel und Gewerbe, große Teuerung, gänzlichen Berluft des Staatsfredits und unvermeibliche Bankerotte voraussagten. Es wurde diesen ihre egoistische Haltung vorgeworfen und versucht, ihre falschen Ansichten über das Patent zu widerlegen. "Wenn noch vor einigen Monaten durch den mächtigen Ginfluß der Bankiers, der Wechsler und Bucherer der Kurs der Bankozettel gegen Konventionsgeld wie 1 gegen 10 und 12 stand, da hatte dies nichts zu bedeuten, denn die Fabrikate hielten ja auch einen gleichen höheren Preis, und der Fabrikant und Handelsmann konnte dem Dinge ruhig zusehen, und wenn biefes schreckliche Sinken ber Bankozettel bas Privateigentum bes von den trockenen geringen Zinsen eines anliegenden Kapitals lebenden Privaten zu untergraben ober den von blogem Gehalt, Penfionen oder ähnlichen Renten lebenden Staatsbürger auf den Punkt der drudenoften Not zu bringen drohte, so waren diese Wahrnehmungen für den in Glanz und überfluß lebenden Kabrikanten, Handelsmann und stärkeren Gewerbsmann zu unbedeutend, um hiervon eine teilnehmende Notiz aufzufassen." Nach und nach kehrte auch dort, wie versichert wird, Zuversicht, Beruhigung und Ergebung ein.

¹ So berichtet z. B. der Königgräßer Kreishauptmann, daß sich besonders unter den Verkäufern auf den Wärkten einige dumme, vielleicht auch boshafte Wenschen fanden, die die Preise nach dem Erscheinen des Patents auf das Fünfsache erhöhen wollten, und daß die hellbenkenden Köpfe das Patent mit Enthusiasmus aufsgenommen hätten. —

meist ruhige Ergebung in das Schickal nach der ersten Verblüffung Platz gegriffen zu haben, wobei sich freilich auch hier die Sorge um die Erhaltung eines guten Kurses für die neuen Scheine sogleich einnistete.

Die nächste unmittelbare Wirkung bes Patents war auch hier eine Steigerung der Preise vieler Waren, insbesondere des Getreides, des Biers, des Eisens, der Bekleidungsgegenstände; die Landbevölkerung glaubte zunächst vielsach, ihre Verkaußpreise auf den fünfsachen Betrag erhöhen zu müssen; auf den Märkten traten vorübergehende Stockungen ein 1. Die neue Festsehung der Begmanten, des Salz- und Tabakpreises nach der Baluta der Einlösungsscheine erregte häusige Nagen. Die größten und meisten Besorgnisse erweckten auch hier die Bestimmungen über die Rückzahlung der Schulden nach der Patentskala.

In der Landeshauptstadt trat namentlich eine größere Beruhigung ein, nachdem das Gremium der Abvokaten von der Landesregierung durch eine warnende Zurechtweisung von seiner ungünstigen Beeinslussung der Stimmung abgebracht worden war <sup>2</sup>. Schon am 28. März berichtete der Prager Oberstdurggrafenamtsverweser, daß auch dort zum mindesten die Maßregel der Devalvierung der Bankozettel beinahe allgemein gestilligt werde. Da aber die sortschreitende, teilweise mit Abgabenserhöhungen begründete Berteuerung vieler Waren nicht verhindert werden tonnte, hielt Kollowrat die Krise noch lange nicht für überwunden. Auch hier dachte man an die Festsehung eines Preismazimums, an besondere Maßregeln zur Berhinderung übermäßiger Wohnungszinssteigerungen und auch an ein nötigenfalls zu erlassendes allgemeines Moratorium, was alles jedoch auf den Widerstand der Hosftammer und auch der Polizeihosstelle stieß.

Im April verschlechterte sich die Stimmung tatsächlich fast im ganzen Lande, zumal da viele Grundbesitzer und Bauern mit ihren Erzeugnissen, sofern sie diese nicht über die Grenze ausschwärzten, sehr zurücksielten, um nicht mehr Bankozettel zu erhalten, als sie unbedingt benötigten, und auch Ankäuse im Aussande durch den schlechten Kurs und die hohen Fracht-

<sup>1</sup> Eine auschauliche Schilderung dieser Verhältnisse bietet auch Karl Grünsberg, Studien zur österreichischen Agrargeschichte und Agrarpolitik. II. (Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung u. Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Leipzig XXI, 1897. S. 158ff.).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bereits am 22. März berichtete Graf Kollowrat, daß die Klasse der Gutsgesinnten merklich die Oberhand zu gewinnen beginne und daß die ärgsten Schreier verstummt seien. — Wie in Wien, suchten auch in Prag, wie Hager dem Kaiser meldete, die Juden die Finanzoperation zu diskreditieren.

kosten erschwert waren. Für wichtige Bedarfsgegenstände wurde schließlich von vielen jeder Betrag bezahlt 1.

Die Schulb an den übertriebenen Preissteigerungen, welchen die Regierung oft vergeblich zu steuern suchte, wurde besonders der Bersichlechterung des Geldkurses, den Wien bestimmte, beigemessen. Graf Kollowrat versicherte demgegenüber, daß er den Prager Handelsstand, der gewiß nicht mehr tauge als der Wiener und stets bereit sei, bei jeder Gelegenheit dem unmäßigsten Eigennuh auf Kosten des Patriotismus zu fröhnen, ununterbrochen strenge im Auge behalte 2. Er betrachtete es als die schwierigste Aufgabe der Regierung, die Ordnung auf den Märkten und die Erhaltung für die arme und für die Mittelklasse noch erschwingslicher Warenpreise zu erreichen, was jedoch nicht gelingen wollte.

Während die Stimmung auf dem Lande trot der zunehmenden Zurückbehaltung und Verteuerung aller Waren, da sich doch ein großer Teil der Bevölkerung selbst ausreichend zu versorgen vermochte, auch weiterhin noch die Regierung nicht wesentlich beunruhigte, verschlimmerte sich diese in Prag aller Bemühungen der Behörden ungeachtet bald in Besorgnis erregendem Maße bei fast allen Klassen der Bevölkerung 3. Sine weitere Finanzoperation wurde daher als dringend notwendig erachtet, wenn eine vollständige Stockung des Verkehrs vermieden werden sollte. Kollowrat hielt aber, "um jedes Ausliegen der Stadt Prag zu verhindern", auch noch andere Maßnahmen für unerläßlich, die er teils selbst durchführte, teils in Wien vorschlug.

Er ließ die verfügbaren Getreidevorräte auf den Staats- und erzbischöf-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Für eine Klafter Holz, die vor 6 Jahren noch 5—6 fl. gekostet hatte, wurden bereits 40—50 fl., für das Pfund Eisen statt 4 kr. sogar 1 fl. 24 kr. gefordert, für einen Ochsen 700—800 fl. — Ein Taglöhner hätte selbst mit 2 fl. täglich nicht sein Auslangen gefunden.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Note Kollowrats an Hager v. 11. Mai 1811.

<sup>3</sup> Er berichtete am 12. Juni 1811: "Der große Hause sieht bei den enormen Preisen, auf welche die unentbehrlichsten Feilschaften bereits gestiegen sind und täglich noch mehr steigen, mit Bangigkeit den Wintermonaten entgegen, wo sich der Berdienst in eben dem Maße mindert als sich die Bedürsnisse mehren. Der Handelsstand klagt über Berlust, den er durch das Schwanken des Kurses erlitten haben will und zeichnet sich überhaupt durch seine selbstsüchtige, gewinnsüchtige Tendenz auß; der Grundbesisser, von denen mehrere verschuldet sind, klagt über die täglich trüber werdende Aussicht auf eine schlechte Ernte und die dadurch sich mehrende Schwierigkeit der Steuerentrichtung — wodurch er seine ungeheuren Preissteigerungen rechtsertigen will —, einzelne Parteien endlich, welche durch das allerhöchste Finanzpatent eine Berminderung ihres Vermögens erlitten zu haben glauben, sind stets bereit, in alse diese Klagen einzustimmen."

lichen Gütern erheben, um sie auf die Prager Märkte bringen zu lassen. Weil dies jedoch weitaus nicht genügte, sollten, da tatsächlich im Lande kein Getreidemangel herrschte, 100000 Meten Korn auf das ganze Land unter dem Borwande einer Militärbedarfsdeckung ausgeschrieben, nach und nach in die Hauptstadt gebracht und an die Müller und Bäcker zum Durchschnittspreise der Monate Mai und Juni 1811 verkauft werden. Obwohl die Prager Regierung für den Fall der Abweisung dieses Borschlags ziede Berantwortung für zu befürchtende Unruhen, Plünderungen und andere Jügellosigkeiten ablehnte und auch die Polizeihosstelle kein anderes Mittel zur Verhinderung der "Brotverlegenheit" oder "Ausliegenzheit an Brot", die freilich auch Wien und den meisten Landeshauptstädten drohte, anzugeden wußte, erfolgte diese Abweisung doch durch die Hofskammer, die mit großer Entschiedenheit die Anträge als unanwendbar, schädlich und den Zweck versehlend bezeichnete 3.

Der Kaiser verbot benn auch die Ausführung dieser zum Teil freisich sichon durchgeführten Pläne ohne Ausnahme. "Die Ursachen der Getreidessteigerungen sind in Böhmen die nämlichen wie in allen übrigen Provinzen. Wenn die Regierung Angstlichseit und Furcht verrät, Erhebungen der Getreidevorräte, wäre es auch nur auf Staatsgütern veranlaßt oder gar in der Hauptstadt der Provinz unverhältnismäßig niedrige Preise erstünsteln und den Bedarf der Hauptstadt und der Landstädte durch Landesslieserungen decken wollte, dann erst würde und müßte das Steigen der Getreidepreise ein immer weiter um sich greisendes, progressiv steigendes, in seinen Folgen nicht zu berechnendes, das volle Seitenstück zu dem Jahr 1804 ausmachendes Abel werden." Vor allem kam es offenbar darauf an, die Bevölkerung die Besorgnisse der Staatsverwaltung nicht ahnen zu lassen.

Ohne daß es zu den befürchteten Unruhen kam, verging auch der Juni mit Klagen über die immer noch steigende Teuerung und verschiedensartigen Besserungsvorschlägen; man hielt in Wien die Schilderungen aus

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Diese konnten selbst durch Strafen und Militärezekution nicht dazu gebracht werden, die vorgeschriebenen Borräte für 4 Bochen zu ergänzen.

<sup>2</sup> Auch für die Städte Oberösterreichs war ein ähnlicher Lieferungsplan vorsgelegt worden.

<sup>3</sup> Entschl. v. 26. Juni 1811. — Mit einer zweiten Entschl. v. 4. Juli 1811 wurde Kollowrat angewiesen, durch gehörige Aufsicht, Bestimmung angemessener Preise und pünktliche Eintreibung der Steuern eine bessere Marktbeschickung und durch Konkurrenz verhältnismäßige Preise anzustreben und durch Festigkeit, Ruhe und Bermeidung aller Angst und unzeitige Besorgnisse andeutenden Maßregeln das Publikum zu beruhigen.

Böhmen für arg übertrieben 1. Das Mißtrauen gegen das Papiergeld wurde dortselbst immer noch größer. Man besorgte das Schickal der französischen Staatsgläubiger teilen zu müssen, denen zunächst Assignaten, dann Mandate, darauf Bons, schließlich aber gar nichts mehr gegeben worden sei. Oftmals wurden Verkäuse auf Kredit gegen Bezahlung nach dem Januar 1812 zu dem Preise und in dem Gelde abgeschlossen, wie sie dann gelten würden. Der die kühnsten Erwartungen der Geldspekulanten übertrefsende Kurs der Bankozettel wurde als eine "ganz unerwartete schreckliche Gegenkatastrophe" betrachtet. Gewerbe, Industrie und Handel gingen immer mehr zurück, und auch die vom Staate Besoldeten litten, vergeblich Unterstützungen fordernd, wieder schwer unter der Geldentwertung, so daß sich in den Städten allgemeine Trostsosigkeit zeigte. Zu den Sorgen der Bevölkerung des Flachlandes kam im Sommer auch noch die durch Regenmangel verursachte Schädigung der Getreide-, Futter und Gemüssernte, nachdem auch der Viehstand durch Seuchen geschwächt worden war.

Als zu jener Zeit Goethe von Karlsbad aus — es war am 21. Juni 1811 — einen Ausflug nach Schlaggenwalb unternahm und dortselbst, wie er in seinem Tagebuch verzeichnete, von dem Wirte "Jum Roten Ochsen" mit der Forderung einer gar zu ansehnlichen Summe für das Mittagessen überrascht wurde, zog er es vor, diesen Betrag dem Kreisshauptmann mit einer Beschwerde über die "Repperei" einzusenden und in einem Promemoria zugleich vorzuschlagen, daß es die Behörde in Hinst nicht mehr den Gastgebern überlassen, daß es die Preise allein zu bestimmen; es sollten diese vielmehr, wie in Italien, von Wirten und Reisenden im voraus vereindart werden?. Er hatte sogleich erkannt, daß es sich hier nicht um eine vereinzelte Erscheinung handelte 3.

<sup>1</sup> Hager vermied es, ben Bericht des Prager Stadthauptmanns über die Bolksstimmung im Juni 1811 dem Kaiser vorzulegen, und verlangte die nacheträgliche Einsendung eines "kastigierten Stimmungsberichtes", was der Stadthauptmann mit seiner Bitte um Abberusung beantwortete, da er die Lage nicht zu beschönigen vermöchte. Übrigens langte alsbald doch ein zweiter Bericht ein, der aber auch in recht düsteren Farben gehalten ist.

<sup>2 &</sup>quot;Das bisher in Deutschland übliche Zutrauen, daß man in einem Gasthof einkehrt, Bewirtung verlangt und bem Wirte überläßt, zulest die Rechnung zu machen, kann bei der gegenwärtigen Krise, bei dem Schwanken des Silbers und Papiergelbes in hiesigen Gegenden wohl kaum mehr stattsinden. Vom Wirte ist es kaum zu verlangen, daß er die alten Preise halte, und nicht von den Gästen, daß sie sich neue sollen gefallen lassen." — Der Schlaggenwalder Wirt wurde zu einer Strafe von 10 fl. und Ermäßigung seiner Forderung um fast die Hälfte verurteilt.

<sup>3 &</sup>quot;Der niedere Stand bes Papiergelbes hat einen allgemeinen Leichtfinn be-

Als die lange erwarteten Einlösungsscheine endlich in Umlauf gesetzt waren und auch Aursbesserungen eintraten<sup>1</sup>, konnte wohl einige Beruhigung wahrgenommen werden, die aber neuerlicher Enttäuschung und Unzufriedensheit wich, als die Teuerung nicht in der erwarteten Beise nachließ, ja sogar noch weiter stieg. Das weit verbreitete Gerücht, daß am 15. Septemsber eine erfreuliche Aundmachung — viele erhofsten eine Festsetzung von Preistazen — zu erwarten wäre, besserte das Angebot von Getreide und brachte damit auch eine Berbissigung desselben. Die Berhandlungen des ungarischen Landtags erregten Unwillen und Besorgnisse.

Nach und nach seizte sich bei den einzelnen Berufsklassen das Urteil über die Birfungen des Finanzpatents, insbesondere die der Ausgabe der Einlösungsscheine, und über den Wert des neuen Papiergeldes sest. Es war äußerst ungünstig. Die Klasse der ersten Erzeuger erklärte sich außerstande, bei der Belastung mit immer neuen Abgaben und Zahlungen auch nur zum ehemaligen Marktpreis zu verkausen. Diese wie auch der Handelsstand forderten die Ausgabe klingender Münze. Ein inneres Anlehen auf geprägtes und ungeprägtes Gold würde, wie sie meinten, keinen Schwierigkeiten begegnen², die Ausschleppung guten Geldes müßte mit den strengsten Strasen bedroht werden. Viele wünschten eine Verlängerung des Moratoriums. Arbeitslosigkeit war in vielen Industriegebieten Vöhmen eingetreten, insbesondere die Leinen- und Vaumwollwarenindustrie war teilweise zum Stillstand gelangt; in Prag ging der Arbeitsverdienst wegen der Einschränkung, die sich die meisten "Particuliers" auferlegten, zurück und stieg daher die Unzufriedenheit<sup>3</sup>.

Der Mangel kleinen Teilungsgelbes, der oftmals Geschäftsabschlüsse hinderte, wurde schwer empfunden. Beit verbreitet war die Meinung, daß die Einlösungsscheine im Bert um ein Drittel herabgesetzt und in neue Konventionsscheine umgewandelt werden würden. Höchst abfällige Außerungen über das Finanzpatent, welche sich in französischen Blättern,

günstigt und alle Welt verwirrt gemacht; der Zustand war von der Art, daß er auch den Besonnensten zur Berrücktheit hinriß."

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bu Beginn des Juli betrug der Kurs nach den Börsenzetteln 1245 in Bankozetteln oder 249 in Einlösungsscheinen, im Privatverkehr sogar angeblich schon 1100.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> 70 Millionen, meinte man, wären gewiß leicht durch die Landstände aufzutreiben.

<sup>3</sup> Zur Verhütung nächtlicher Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wurden im Ottober 1811 gemeinsame Patrouillen der Garnison, der Polizeiwache und der Bürgermiliz eingeführt. — In jenem Monat wurden in Prag von der Stadthauptmannschaft 331 Personen verhaftet, darunter 78 wegen Diebstahls, 61 wegen Bettelns, 5 wegen "Vorkäuflerei".

namentlich der Gazette de Paris, fanden und auch in auswärtige deutsche Blätter übergingen, erhöhten das den Einlösungsscheinen entgegenzgebrachte Mißtrauen, ebenso auch Nachrichten über entdeckte Versuche, das neue Papiergeld zu fälschen. Daneben erregten auch die unmäßigen Zinssteigerungen der Hausbesitzer zum Gallitermin große Unzufriedenheit. Die vom Landespräsidium eingeleitete Sammlung von Kornvorräten, die Errichtung einer "Brotverbackungsanstalt" sowie von Rumsordsuppenstüchen, die Beischaffung billigen Vrennholzes für die Armen der Stadt Prag wurde, wie berichtet wird, dankbar gewürdigt. Später wurde Vrot, Suppe und Vrennholz auch ganz unentgeltlich abgegeben und die Errichtung von Wärmestuben durchgeführt. Trohdem wurden wegen der großen Teuerung für den Winter Angrisse auf das Leben und die Sicherheit des Eigentums befürchtet.

Allerdings wurden jedoch im Oktober bereits vereinzelte Stimmen laut, welche keineswegs so düster klangen und die Wirkungen des Finanzpatents günstiger einschätzten 3. Der Oberstburggraf meldete zwar von immer noch zunehmender Verteuerung, insbesondere des Getreides infolge der großenteils mißratenen Ernte; er fügte jedoch beruhigend bei: "Das eigentliche Raisonnieren gegen die Regierung hat, vorzüglich bei den unteren Volksklassen, abgenommen, welches zum Teil von dem Umstand herzurühren scheint, daß sich die Zusammenkünste in den Vier- und Schankbäusern beträchtlich vermindern und um 9 Uhr abends an allen öffentlichen

<sup>1</sup> Die meisten forberten ben ursprünglichen Bankozettelbetrag in Einlösunge- scheinen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Wohlfeile Brotbackung für Erwerbs- und Vermögenstose wurde pfarrweise burchgeführt.

<sup>3</sup> So berichtet z. B. der Bürgermeister von Eger am 26. Okt. 1811: "Man sieht es ein, daß die allzu große Menge an Papiergeld die Teuerung herbeigeführt hat, und fängt an, das noch bestehende Papiergeld zu schäßen . . . Auch läßt man nach, Borräte wie ehedem aufzukausen, um das Papier, wie man sich ausdrückte, wegsubringen. Der Landmann, der, wenn er sonst etwas zu verkausen angeredet wurde, sich sonst äußerte, "was will ich mit dem Papier machen", fängt an, seine Erzeugnisse an Mann zu bieten, und klagt, daß er sie so leicht nicht mehr andringt, und wenn er sie andringt, nicht sogleich dare Bezahlung erhalten kann. Mehrere Artikel, als Getreide, Hopfen, Wolle, sind im Preise gefallen. Dies alles sieht das Bolk als Vorboten wohlseilerer Zeiten an und wünscht nur das Ende Jänner k. I. herbei. . . . Selbst die Kausseute fangen an, ihre Preise in etwas heradzusehen, weil sie Mangel an Abnehmern hatten." — Der Kreishauptmann von Gitschin berichtete am 30. Okt.: "Die Einlösungsscheine werden allenthalben nicht nur im Handel und Wandel öffentlich angenommen, sondern auch gegen die verrusenen Bankozettel sehnlichst gesuchet."

Orten in der Stadt (Prag) Ruhe und Stille herrscht, während sonst bis Mitternacht gezecht und gelärmt wurde."

Nach unerwarteter, aber nur zu rasch vorübergehender Besserung des Kurses und nach dem Austauchen verschiedenartiger Gerüchte 1, welche Beunruhigung verbreiteten, verschlechterte sich die Stimmung in Prag gegen Ende des Jahres, wie der Stadthauptmann berichtete, weiter, da der im Finanzpatent verheißene Wohlstand auch nach dem großen, wie man nunmehr annahm, vergeblich gebrachten Opfer von vier Fünsteln des Bermögens sich durchaus nicht einstellen wollte. Es wurde der Rezgierung vorgeworfen, daß sie weder sür die Fundierung noch für eine allmähliche Tilgung oder Auswechslung des neuen Papiergeldes gegen gutes Geld irgendwie gesorgt hatte, und daß sie immer nur mit neuen Auslagen und Steuern komme, die schließlich zu einer vollständigen Verzarmung und zur Verzweiflung der Bevölkerung führen müßten. Auf dem Lande war die Stimmung unterdes im allgemeinen besser und zuversichtzlicher geblieben.

Immerhin fand Kollowrat benn auch zu Beginn bes Jahres 1812, baß die Volksstimmung im allgemeinen "bermal noch gerade keinen Stoff zu Besorgnissen für die Staatsverwaltung" bot, obwohl die Klagen der Beamten 2 und des Militärs merkbar lauter und bitterer geworden waren und auch die neuen unerwarteten, mit dem Patent vom 20. August 1806 nur für 5 Jahre vorgeschriebenen Steuern (Personal 3 und Klassensteuer) "laute Behklagen" verursachten und bei dem großen Notstand auch nur schwer eingebracht werden konnten. Dazu kam, daß im Februar mehrsmaligen, verhältnismäßig ruhig aufgenommenen Erhöhungen der Satungsspreise eine neuerliche (mit Ausnahme der Fleischpreise) folgte und daß zugleich auch die Getreidepreise noch mehrmals beträchtlich anstiegen. Abermals wurde von der Regierung auch Abhilse gegen die übermäßigen Steigerungen der Mietzinse gefordert. Nach der Einziehung der Bankos

¹ Insbesondere wurde von vielen neben großen Steuererhöhungen erwartet, daß die Einlösungsscheine "abermals um ein Fünftel herabgesett" werden und so-dann zur Hälfte mit gutem Gelde, zur Hälfte mit neuen Konventions-Bankozetteln eingelöst werden würden.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bei den Gehältern im einsachen Betrage in Einlösungsscheinen lebten die Beamten, wie berichtet wird, um mindestens 25 % teurer als vor der Devalvierung.

<sup>3</sup> Viele erklärten sich außerstande, diese Steuer von 1 fl. W. W. für den Kopf zu bezahlen, namentlich Taglöhner mit vielen Kindern, sowie Dienstboten, sür welche die Abgabe bei einem jährlichen Liedlohn von 10—12 fl. für Knechte, 5 bis 6 fl. für Mägde zweisellos außerordentlich hart war.

zettel machte sich überdies großer Geldmangel besonders drückend fühlbar, in bessen Gesolge die Arbeitslosigkeit, der die Regierung wohl durch bessondere Arbeiten, auch bei Straßens und Brückenbauten, zu steuern trachtete, noch mehr zunahm 1.

Ein Jahr nach der Ankündigung der Einlösungsscheine im Wallisschen Patente erhob sich, wie aus Prag berichtet wurde, immer noch die lauteste Stimme des Unmuts gegen diese, und es wurde das gänzliche Verschwinden ihres Kredits befürchtet.

Während der durch das Finanzpatent verursachte ziffermäßige Vermögensverlust sogar allmählich in Vergessenheit zu geraten schien, er= hoben sich immer mehr Klagen über die rätselhafte Untätigkeit der Regie= rung, der man das fortschreitende Sinken des Wertes des Papiergeldes und als bessen Folge die anhaltenden Preissteigerungen zur Last legte. Auch für April wurden die Satungspreise erhöht 2. Das Militär erhielt eine unzureichende Aushilfe, die Beamtenschaft nicht einmal diese. Ms in den ersten Tagen des Mai plötlich eine erhebliche Besserung des Kurses eintrat 3, erwachte neue Zuversicht und die Hoffnung, daß sich nun bas Ende der Leidenszeit nahe. Aber schon nach zwölf Tagen war auch diese neue Hoffnung zerftört und damit auch der Rest von Glauben an den guten Willen der Regierung, den Geldkurs auf eine dem allgemeinen Wohl entsprechende Beise dauernd zu bessern. Im Verkehr war übrigens immerhin eine Erleichterung eingetreten, da tatfächlich viel zurückgehaltene Konventionsmünze in den Umlauf gekommen war. Als die Hoftammer den Länderstellen die Weisung erteilte, in Konventionsmunze vorge= schriebene Leistungen an den Staat nur in solcher und nicht in Scheinen anzunehmen, wurde der Kredit der letteren neuerlich geschädigt. Am meisten freilich geschah dies nach wie vor durch die ungeklärte äußere Lage, die drohende Kriegsgefahr und schon durch die Kosten einer etwa länger andauernden bewaffneten Neutralität. Erst im Juni 1812 gingen bei reichlichem Angebot die Lebensmittelpreise vielfach bedeutend zurud 4,

¹ Nach einem Berichte bes Bubweiser Areishauptmanns v. 31. Jänner 1812 waren übrigens im benachbarten Bayern Gelbmangel, Stillstand bes Handels und auch Unsicherheit noch weit mehr bemerkbar als in Böhmen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Fleischsatung betrug im April und Mai 16 fr.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Vielfach nahm man als Ursache eine gelungene Spekulation einiger Wiener Handelshäuser an, teilweise auch den starken Geldbedarf für Interessenzahlungen zum Georgitermin.

<sup>4</sup> Der Meten Weizen kostete 10 fl. 59 fr., Korn 8 fl. 17 fr., Gerste 7 fl. 49 fr., Hafer 5 fl. 10 fr.; ber Breisrückgang gegen ben Bormonat Mai betrug 2 fl. 2 fr.,

Mehl wurde hier und da sogar unter der Satzung verkauft. Die Bettelei hatte bereits sehr abgenommen, und auch die Diebstähle verminderten sich bei weiter zurückgehenden Preisen.

Der Monat August brachte bereits einen außerorbentlich großen Preisrückgang bei Getreibe, teilweise um mehr als die Hälfte, und so wurde
ausnahmsweise schon um die Monatsmitte die Brot- und Mehlsatung
abgeändert; auch die Preise für September wurden herabgesett. Der
reiche Erntesegen trug zur Hebung der Stimmung wesentlich bei, und man
hoffte nun doch, daß die Regierung das vormalige gute Verhältnis zwischen
Erzeugern und Verbrauchern wieder herstellen werde. Die Vesserung des
Papiergelbkurses hielt nun doch länger an und so wurde auch die durch
die Küstungskosten nötig gewordene neuerliche Einhebung einer Kopfsteuer von 1 fl. W. W. weniger schwer empfunden.

Als jedoch die Preise weiterhin nicht der Kursbesserung entsprechend weiter zurückgingen, ertönten neue Klagen der Verbraucher über die Gutsbesitzer und Landleute, die sich ihrerseits wieder über die hohen Steuern und Taglöhne beschwerten. Am wenigsten scheinen die Hand-werker, insbesondere Schuster und Schneider, dei Berechnung ihres Arbeitslohns auf die Ermäßigung der Brot- und Fleischpreise Kücksicht genommen zu haben, weshalb die Aushebung der Jünste und Innungen und Vermehrung der Arbeiter gesordert wurde 2. Kausseute und Fabristanten litten, bei geschwächtem Absah, unter dem allgemeinen Geldmangel.

Das größte Hindernis rascherer Beruhigung und Besserung der Lage bildete aber zweisellos die bereits angeordnete Rekrutierung und Aufstellung starker Reserven. Tropdem aber machte die Erleichterung auch weiterhin Fortschritte; für den Oktober wurden die Satungen neuerdings herabgesetzt; freilich blieben auch neue, teilweise sehr drückende Steuers

<sup>1</sup> fl. 26 fr., 23 fr. u. 33 fr. — Im August waren diese Getreidepreise bereits auf 7 fl. 3 fr., 4 fl., 3 fl. 18 fr. 2 Pf. und 3 fl. 18 fr. 3 Pf. gefallen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Fleischpreise wurden um 2 kr. ermäßigt, das Brotgewicht (bei dem 12 kr.-Laib) um 1 Ksund 2 Lot erhöht.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> "Die bei bem stattgehabten Umlauf der großen Masse von Banknoten eins mal gewohnte Neigung der Gewerbsleute nach Gemächlichkeit und Luzus, wodurch sie stets außer den Schranken eines mäßigen bürgerlichen Gewinns erhalten wurden, hält das Publikum für die vorzüglichste Ursache des fortdauernden Gewerdsswuchers." (Bericht des Prager Stadthauptmanns v. 4. Okt. 1812. Polizeiakten. 1812, ad 313.)

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Der bereits zurückgegangene Preis für Rinbsleisch sank von 13 auf 12 kr., für Bier sogar von 8 auf 6 kr.; das Brot wurde abermals um 4 Lot schwerer. Die Getreidepreise waren zumeist auch gesunken.

forderungen (Nassensteuer und 50 % Zuschuß, Kopfsteuer [2 fl.] für 1813, Requisitionssteuer des Handelsstandes 1) nicht aus. Durch in französischen Blättern, so auch in dem Osterreichs Finanzsystem nicht eben günstig beurteilenden Journal de l'Empire, enthaltene Nachrichten, daß die Einslösungsscheine gegen 150 Millionen neuer Bankozettel ausgewechselt werden sollen, wurde neue Beunruhigung geschaffen, die allerdings nach der Ankündigung einer neuen Erhöhung der Jölle an Stelle anderer Finanzmaßregeln bald wieder verschwand.

Auch in den beiden letzten Monaten des Jahres 1812 wurden die Satungen neuerlich herabgesetzt, nachdem auch die Getreidepreise großenteils weiter gesunken waren 3. Die zahlreichen für die Militärsökonomiekommission arbeitenden Handwerksleute klagten über die ihnen offenbarzum Zwecke einer Lohnherabsetung und zur Schonung der Staatskassen aufgenötigten, meist auf Auszahlung am 1. Mai 1813 lautenden Restzettel, die sie nur mit großem Verlust (2 Großen vom Gulden) verkausen konnten. Da die anderen Klagen aber großenteils verstummt waren, konnte die Regierung wohl in der Überzeugung bestärkt werden, den richtigen Weg eingeschlagen zu haben. —

Auch in Mähren verlief der Kundmachungstag und die Folgezeit in Ruhe, wenngleich das Patent namentlich in den Städten großen Eindruck machte. In Brünn wurden zunächst insbesondere noch nähere Aufklärungen über die unklar scheinenden Bestimmungen hinsichtlich der Schuldenrückzahlung sowie auch Verfügungen über die Festsetzung der Preise der nicht einer Taxe unterworfenen Lebensmittel, namentlich des Getreides, ferner auch des Brennholzes, dessen Verkauf einige wenige Waldbesitzer wie ein Monopol ausnützten, erwartet.

Obwohl die bäuerliche Bevölkerung des Landes dem Patente großenteils verständnis- und teilnahmslos gegenüberstand, übte es doch auch hier eine unverkennbare Wirkung aus. Von großem Mißtrauen erfüllt, verweigerten einerseits die Bauern an vielen Orten die Annahme von Bankozetteln; andererseits forderten sie, wie sie meinten, berechtigterweise, die

<sup>1</sup> Eine für die Bilbung eines Nequisitionsfonds bestimmte kontingentierte Abgabe.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Vom Dezember an wurde das Brotgewicht neuerlich erhöht, die Rindfleischsatung von 12 auf 11 fr. ermäßigt.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Die Durchschnittspreise betrugen für den niederöfterr. Meten Weizen 5 fl. 36 (59 fr 2 Pf. weniger als im Bormonat), für Korn 3 fl. 34 fr. (20 fr. weniger), für Gerste 2 fl. 25 (18 fr. weniger), für Hafer dagegen 1 fl. 15 fr. (1 fr. mehr).

fünfsachen Preisbeträge, welche ihnen die gewerblichen Abnehmer nicht zahlen wollten. Die Bochenmärkte blieben daher zunächst unbeschickt, und auch im übrigen stockte der Handel durch kurze Zeit fast vollständig, so daß sich insbesondere Mangel an Fleisch und Brot unangenehm fühlbar machte. Diesem übelstande wurde jedoch durch amtliches Eingreisen bald abge-holsen, allerdings nicht ohne daß einige Preiserhöhungen zugelassen wurden. Größere, durch die Kursverschlechterung nicht begründete Steigerungen bei nicht taxierten Waren wurden sogleich durch die Drohung mit sofortiger Sperre der Kaussachen verhindert.

Während die meisten Handwerksgesellen in den Städten sich zunächst mit kleinen, von den Meistern zugestandenen Lohnausbesserungen begnügten, erhoben die Arbeitsseute der Tuchmacher und der verhältnismäßig zahlereichen Fabriken größere Forderungen (wöchentliche Erhöhungen dis zu 8 fl.). Als die Meister und Vorsteher deshalb bei der Regierung anstragten, wurden sie abgewiesen, da es niemals Sache einer Behörde sein könnte, sich mit Arbeitssohnbemessungen und Vereinbarungen zwischen Meistern und Gesellen zu befassen, sosen nicht Verabredung zur Erstrozung hoher Löhne oder zur Arbeitsverweigerung erwiesen wäre. Die Arbeitsleute sollten durch gute und zweckmäßige Vorstellungen ihrer "Vorsgesetzen" von unverhältnismäßigen Forderungen abgebracht werden 2.

Einige Fabriksbesißer und Handelshäuser klagten vor dem Landessgouverneur sogar, daß sie zu Bettlern geworden wären und ihre Geschäfte einstellen müßten, sowie daß sie im Falle der Aufkündigung entliehener Kapitalien zahlungsunfähig würden, und es gelang ihm nicht durchwegs ihre geäußerten Befürchtungen zu zerstreuen. Einen großen Teil der Bevölkerung erfüllte es dabei offenbar mit Genugtuung, daß manche Kreise durch den Begsall übermäßiger Gewinne gezwungen wurden, ihre versschwenderische Lebensssührung aufzugeben 3.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In Znaim kostete z. B. der Metzen Weizen gegen Ende März 1811 burchsschnittlich 17 fl. 37 kr., Korn 14 fl. 43 kr., Gerste 12½ fl., Hafer 8 fl., was gegensüber früheren Preisen (Kornpreisen bis zu 20 fl.) immer noch als leiblich angesehen wurde. Auf anderen mährischen Wochenmärkten waren die Preise teils höher (z. B. 22 fl. für Weizen), teils auch bedeutend niedriger (z. B. für Korn 12 fl.).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Diese Arbeiter wurden übrigens von der Polizei besonders genau überwacht, einige unzufriedene entlassene Urbeiter wurden auch zur Berantwortung gezogen.

<sup>3 &</sup>quot;überhaupt ist das Publikum schon seit längerer Zeit denen Fabrikanten und Kausleuten wegen ihrer prächtigen Lebensart, überspannten Eigennütigkeit und Habsucht abgeneigt." (Bericht des Brünner Polizeidirektors v. 19. März 1811. Polizeiakten. 1811. 1475 ad 1262.)

Den Besorgnissen der Bevölkerung vor großen Wohnungszinssteigerungen — zahlreiche Hausbesitzer hatten sogleich eine fünfsache Erhöhung angekündet — suchte die Landesstelle rasch zu begegnen. Gleich wucherischen Handelse und Gewerbsleuten waren auch Hausbesitzer, welche wucherische Zinssteigerungen vornehmen würden, von der Polizeidirektion vorzuladen und zu belehren; es sollte ihnen ihr niedriger Eigennut vorgehalten und, wenn dies nichts nüßen würde, behufs gerechter Bestrafung die Anzeige höheren Orts erstattet werden.

Um irrige Deutungen und unbegründete Besorgnisse überhaupt zu beseitigen und auch strafwürdigen Spekulationsversuchen "einzelner niedrig denkender Bucherer" zu begegnen, gab die mährisch-schlessische Landeszegierung am 7. April erläuternde Weisungen hinaus, nach welchen die Bevölkerung aufzuklären wäre. Vor allem sollte darauf hingewiesen werden, daß die Umwechslung der Einlösungsscheine in bares Geld gewiß ehestensersolgen werde, und daß auch Ungarn, das unter dem schwankenden Kursder Vankozettel ebenso gelitten hätte, wie die anderen Länder, gewiß seine werktätige Unterstüßung zur Durchführung der Finanzmaßregel leihen würde. Sodann war auch die Schuldenskala zu erörtern und zwar unter hinweis auf die mit der Vermehrung des Papiergeldes zugleich eingestretene Entwertung dessselben und die Erhöhung des Wertes der Realitäten.

Ferner sollte betont werden, daß jede außerordentliche Warenpreißsteigerung durchaus ungerechtsertigt wäre, da der Wert der Bankozettel nach dem Kurse und der allgemeinen Meinung gegenüber dem guten Gelde durch das Patent nicht nur nicht herabgesetzt, sondern vielmehr ershöht und der Preiß der Waren nach dem geringen Werte des Vankozettels guldens, weniger als 12 kr. für den Gulden gerechnet, auch früher schon ermittelt worden sei. Infolge der Aushebung der bereits ausgeschriebenen Vermögenssteuer seien auch die Grundbesitzer nicht höher belastet worden

¹ Der schon vor 1799 auf den Häusern vorgemerkte Schuldenstand bliebe reell der nämliche; die später vorgemerkten Schulden aber würden durch die Skala "als reell und permanent" vielmehr vermindert. "Es kann daher der Fall einer Krida mit Wahrscheinlichkeit nur bei Käusen, so aus Gewinnsucht auf Spekulationen geschehen sind, eintreten, und dann müßten sich gewinnsüchtige Spekulanten die Folgen ihrer mißratenen Spekulation nur selbst zuschreiben." — Wenn der Vizes präsident der Polizeihofstelle die Auseinandersetzung des Landesgouwerneurs Erasen Lazanzki über die Schulden in der "musterhaften Belehrung" dem Kaiser als um so rühmlicher bezeichnet, als dieser gerade von der Stala selbst hart betroffen worden war, so scheint er entweder den Widerspruch nicht bemerkt oder die Ausführungen für unrichtig gehalten zu haben.

und sollten auch die übrigen Warenerzeuger und Händler gerade deshalb vielmehr die Preise ihrer Erzeugnisse ermäßigen, statt sie zu erhöhen.

Im Mai wurde die Stimmung in Mähren, vor allem in Brünn, bereits bedenklich. Die neuerlich wachsende Teuerung namentlich des Getreides 1, selbst in der Hanna, erzeugte äußerste Unzufriedenheit. Diebstähle und Betrügereien aller Art nahmen auch hier rasch überhand. Riemand wurde seines Lebens froh, und die Staatsverwaltung erfuhr herben Tadel, daß sie dem Bucher der gleichsam privilegierten, Teuerung, Not und Hunger herbeisührenden Grundbesitzer nicht entgegentrete, da ihr doch die Folgen dieser traurigen Lage, Krankheiten und Unsicherheit, nicht gleichgültig sein sollten.

Die Einlösungsscheine wurden von vornherein mit großem Mißtrauen aufgenommen. Obwohl, wie der Brünner Polizeidirektor berichtete, Berkehr, Erwerd und Verdienst sich von Tag zu Tag verkleinerten und das Auskommen daher schwieriger wurde, verhielt sich aber die Bevölkerung geduldig einer Besserung harrend doch auch weiterhin ruhig, auch als die Satzungspreise für Brot und Fleisch mehrmalige und bedeutende Ershöhungen ersuhren.

Aber auch hier sowie in Schlesien besserte sich die Lage nach den harten Entbehrungen des Winters, als der Bankozettelkurs und die zu erwartende gute Ernte des Jahres 1812 dem verbrauchenden Teile der Bevölkerung wieder die Möglichkeit reichlicherer Versorgung zu mäßigen Preisen gegeben hatte, während der verhältnismäßig sehr große Teil der Ackerdau treibenden Bevölkerung unter günstigeren Lebensverhältnissen zunächst wohl vielsach noch auf eine ausgiedige Verbilligung der Industrieerzeugenisse zu warten gezwungen war. —

Das Aufsehen, welches das Erscheinen des neuesten Finanzpatents hervorrief, scheint in Galizien geringer gewesen zu sein, als in den anderen Ländern, und zwar wohl namentlich deshalb, weil dessen Inhalt hier nicht geheim geblieben, sondern nach und nach in weiteren Kreisen bereits bekannt geworden war. Nach dem Berichte des Gouverneurs Grasen Goöß wurde es mit vollkommener Ergebung aufgenommen; doch hätte sich besonders die Klasse der Grundeigentümer sehr niedergeschlagen gezeigt. Letzteres war aber wohl weniger eine Birkung der Ankündigung der Devalvierung des Papiergesdes, als der hiermit gleichzeitig getrossenen Anordnung, daß die Dominikal= und Kustikalsteuer in Galizien und der

<sup>1</sup> So stieg 3. B. der Rindfleischpreis für August von 48 fr. auf 1 fl. Schriften 165. 1.

Bukowina vom 15. März 1811 an doppelt in Einlösungsscheinen oder zehnfach in Bankozetteln entrichtet werden sollte, mit welcher Berfügung eine Angleichung an die Besteuerung in den übrigen Kronländern angestrebt wurde. Das Gubernium bemühte sich, diese für die Grundherrschaften, namentlich aber deren Untertanen, die hierdurch zur Auswanderung gestrieben würden, allzu drückende neue Belastung rückgängig zu machen, und bat, die Erhöhung zum mindesten von den noch stärker belasteten Sinswohnern der Bukowina und von den Untertanen in Gasizien abzuwenden.

In noch beweglicheren Worten als für diese Erleichterung trat das galizische Gubernium gegen die Einhebung der Tranksteuer im fünfkachen Betrage auf, welche "unübersehbare verderbliche Folgen" haben würde <sup>2</sup>. Grenzenloser Unmut, Unzufriedenheit und Trägheit und sodann vollständige Berarmung würden eintreten, wenn der Genuß des Branntweins mit unerschwinglichen Kosten verbunden wäre. Bei Stockung des Absahes dieses Getränkes würde aber auch die vorzüglich den Städten das sicherste Sinkommen bietende Erzeugung desselben und daher auch der Steuerertrag zurückgehen, was die Grundobrigkeiten, welchen die Tranksteuer nicht nach dem Verbrauch, sondern nach der Kopfzahl vorgeschrieben werde, außerordentlich schädigen müßte.

Diese Erhöhung zusammen mit der der Tabak- und Salzpreise und anderen neuen Belastungen würde, wie das Gubernium warnte, den Versall der Städte und der gesamten Landwirtschaft unvermeidlich herbeisühren und die Untertanen zur Berzweislung bringen, so daß Auß- brüche der Leidenschaft zu besorgen wären. Es hielt eine Ermäßigung der die Kräfte des Landes übersteigenden Steuern für unerläßlich und schlug vor, den Steuernennbetrag des Jahres 1799 nunmehr in Einlösungs- scheinen einheben zu lassen.

Diese Vorschläge wurden jedoch ohne Rücksicht auf die vorgebrachten Bebenken in Wien nicht nur abgelehnt, sondern vielmehr wurde Hager vom Kaiser angewiesen, Goöß zu beaustragen, sich mit dem Geiste des Finanzspstems genau bekannt zu machen und sich den Grundsatz gegen=

<sup>1</sup> Archiv f. Inneres u. Justiz. Gubernialbericht Z. 10399. Abschrift. Polizeisakten. 1811. 1596 ad 238.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> "Bier, Met, vornehmlich aber Branntwein, ist dem galizischen Untertan ein unentbehrliches Lebensbedürsnis. Es gehört unumgänglich zur Erhaltung seiner Gesundheit, dient zur Stärkung seiner Kräfte, wird ihm zum höchsten Gute und beinahe zur einzigen Ergötlichkeit im Wohlergehen sowie zum Labsale und Trost bei Kränkung und Widerwärtigkeiten."

wärtig zu halten, daß die allgemeine Wohlfahrt von jedem Einzelnen große Opfer erheische, wobei übrigens bei der Erhöhung der Kontribution Galizien schon weniger getroffen worden wäre als Böhmen, Mähren und Niederösterreich 1.

Die der christlichen Bevölkerung durch den Magistrat, der jüdischen durch die Rabbiner in den Synagogen in Gegenwart von Areisbeamten erteilten Belehrungen, daß die neuen Finanzmaßregeln eine Erhöhung der Preise nicht rechtfertigten, übten keine große Wirkung. Die durch die Erhöhung der Tranksteuer und der Mautgebühren begründeten Preissteigerungen wurden bei allen dem Lebensbedarf und dem Luxus dienenden Waren weit überschritten, und der Landesregierung fiel es sehr schwer, allen übermäßigen Preisforderungen wirksam zu begegnen. Besonders rasch und noch mehr als in Wien stiegen sogleich die Preise in Lemberg 2. Um durch Zeitgewinn über die größten Schwierigkeiten hinwegzukommen, verschob das Gubernium die Ausschreibung der Naturallieferungen und Versteigerungen bis zum Mai in der Erwartung, daß bis dahin die noch sehr schwankenden Preise in ein festes Berhältnis zu dem neuen Gelde ge= langt sein würden. Dies trat jedoch nicht ein, die Teuerung nahm zeit= weise noch zu, und die Verpflegung des Landes bot nicht geringe Schwierigfeiten.

Anhaltender Regenmangel, der fast alle Mühlen außer Betrieb setze, hatte im August große Mehlnot und "Brotverlegenheit" zur Folge. Die Annahme der Einlösungsscheine wurde von einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung gänzlich verweigert; die meisten Leute waren bestrebt, die vor ihrer Einziehung stehenden Bankozettel loszuwerden, dagegen möglichst viel Aupfergeld aufzubewahren<sup>3</sup>. Willsommene Gelegenheit

<sup>1</sup> Vortrag Hagers v. 28. März, resolv. 5. April 1811.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Dortselbst wurde z. B. das Pfund Zucker, das am 14. März 9 fl. kostete, am 18. bereits um 12 fl. verkauft, der Preis für eine Elle Tuch stieg von 30 bis 34 auf 55 bis 60 fl., für einen Hut von 45—65 auf mindestens 90 fl. Der Preis für das polnische Pfund Rindsleisch, am 15. März noch 17 fr., wurde am 17. sogar mit mindestens 24 fr. sestgesett.

<sup>3</sup> Der Lemberger Polizeibirektor schlug ein allerdings sehr einsaches Gegensmittel vor: "Nur einige Briefe galizischer, sich in Wien aufhaltender Juden an ihre hierländigen Freunde über eine bevorstehende Verrufung des Kupfergeldes sind hinreichend, um die ganze Wasse des Kupfergeldes in Zirkulation zu bringen und die gemeine Klasse Menschen zu bewegen, statt Kupfer Einlösscheine aufzusbewahren." (Vericht v. 30. Aug. 1811.) — Die Wiener Polizeihosstelle trat diesem Vorschlag mit der Begründung entgegen, daß sich das Ansammeln der Münze noch steigern würde, wenn sich das Gerücht als grundlos erwiesen hätte.

zur Abstohung des Papiergelbes ergab sich namentlich, als im Herbst auffallend großer Übersluß an Kolonialwaren im Lande eintrat.

Die angedeuteten Befürchtungen des um das Wohl der Branntwein erzeugenden und verbrauchenden Kreise so sehr besorgten Gouverneurs erwiesen sich als unbegründet; langsam besserten sich trotz zunächst noch länger andauernder, drückender und zeitweise auch noch zunehmender Teuerung auch hier die Lebensverhältnisse.

Die großen im Jahre 1812 für die Armee vorgenommenen Requisitionen von Schlachtvieh und Getreide gaben wohl vielen, insbesondere dem ärmeren Teile der Bevölkerung, Anlaß zu lauten Klagen, um so mehr, als auch das Ergebnis der Ernte in diesem Lande keineswegs ganz bestriedigend war. Dieser Umstand wie auch der größere Truppenstand und die Nähe des Kriegsschauplatzes ermöglichte es den Grundbesitzern, die Preise der wichtigsten Lebensmittel höher sestzuhalten als in den übrigen Erbländern; doch blieben diese, wie Wallis den Kaiser noch Ende Februar 1813 versicherte, trothem mäßig.

## 13. Das Finanzpatent oder vielmehr die königlichen Reskripte vom 15. März 1811 und vom 1. August 1812 in Ungarn.

Das schon erwähnte Restript vom 15. März 1811 erzeugte in ganz Ungarn heftige Erregung, die nur dadurch gemildert wurde, daß die Bevölkerung allgemein glaubte, daß die Vorstellungen der Komitate bei der Regierung eine Abänderung der in diesem sowie auch der übrigen, nur im Finanzpatente enthaltenen Bestimmungen bewirken würden. Im ganzen Lande wurden sogleich Generalkongregationen ausgeschrieben und für diese sehr scharf lautende "Repräsentationen" vorbereitet. Dabei erkannten aber viele Behörden die Virksamkeit des Patents tatsächlich insofern an, als sie sich Gehalte, Taxen und Sporteln im fünssachlen Betrage in Bankozetteln auszahlen ließen, während nach Abhaltung der Kongregationen allerdings in einigen Komitaten ausdrücklich kundgemacht wurde, daß die Bankozettel wie auch das Kupfergeld im alten Kennwerte anzunehmen wären.

Der ungarische Abel versuchte zunächst, gegen die böhmische Partei oder böhmische Liga, wie die vermeintlichen Urheber des Patents genannt

¹ Es wurde dies dem Umstand zugeschrieben, daß trot der Kontinentalsperre englische Schiffe unter amerikanischer Flagge in Riga und Petersburg ungestört ein- und ausliesen und auch Rußland seinen Seehandel ungehindert sortsette.

wurden, vor allem gegen Wallis und Wrbna, Sturm zu laufen. Er hoffte diese Männer als Katgeber des Kaisers zu verdrängen und eine Zurückziehung des Patents für Ungarn oder wenigstens tiefgreifende Abänderun= gen desselben zu erreichen 1. An seiner Spite schritt der mit seinen Borschlägen unterlegene Staatsminister Karl Graf Zichn, der, in Westungarn reich begütert, sich sogleich anschickte, die Versorgung Wiens mit Getreide zu unterbinden. In Bieselburg, dem Haupthandelsplat für Getreide, wurden alle Magazine geschlossen; die dortigen "Kornjuden" machten mit dem Grafen, den sie, wie Siber berichtete, abgöttisch verehrten, sogleich gemeinsame Sache. Auch andere Gutsbesitzer schlossen sich diesem Vorgehen an. Zum mindesten sollte, da die Wieselburger Preise für den ge= samten Getreidehandel nach Österreich maßgebend waren, daselbst eine große Teuerung hervorgerufen werden. Auch das Schlachtvieh wurde zurückgehalten. Den von hager gegen diese Treibereien vorgeschlagenen energischen Magnahmen versagte der allen aufsehenerregenden Mitteln abholde Kaiser seine Zustimmung.

Die äußerst scharse Kritik, welche Zichn an dem Finanzpatent übte, wobei sich ihm übrigens Baldacci teilweise angeschlossen haben soll, wirkte in den Wiener Kreisen des ungarischen Abels, der sich vielsach insbesondere durch die Bestimmungen über die Rückahlung der Schulden schwer gestrossen fühlte, in hohem Maße den Bestrebungen der Regierung entgegen. Auch unter den Beamten der ungarischen Hoftanzlei besanden sich viele heftige Gegner des Patents. "Iste Bohema nos non taxabit" war die Losung der unzusriedenen Ungarn in Wien, welche die Abhaltung eines Landtags, der die Widerrusung des Patents erwirken sollte, forderten.

Die Aufnahme der neuen, so verschiedenartig wirkenden Finanzversügungen war aber naturgemäß auch in Ungarn durchaus nicht gleich=
mäßig. Beamte und Militär waren sehr befriedigt, Bürger und Bauern
nach dem ersten überraschenden Eindruck bald beruhigt, Kausleute und
Spekulanten zumeist höchst unzufrieden. Der güterbesigende Abel, die
sogenannten Comitatenses, wie auch die Geistlichkeit waren fast durchwegs
Gegner des Patents. Diese traten aber vor allem gegen die Erhöhung
der Kontribution auf den fünffachen Betrag auf, wie es scheint auch, um
auf diese Weise die Bürger und Bauern auf ihre Seite zu ziehen 2.

¹ Eine solche wurde von ungarischer Seite im französischen Franksurter Journal schon wenige Tage nach der Kundmachung des Patents vorgeschlagen; sie betraf die Erstredung der Devalvierung auf mehrere Jahresfristen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Kontribution wurde größtenteils in Naturalien und Fuhren, und zwar

Durch misverstänbliche ober auch beabsichtigte Nichteinhaltung der Preistagen wurde an vielen Orten Berwirrung und auch Handelsstockung herbeigeführt. Mehrere Komitate erhöhten die Preise für Getreide und andere Waren durch Beschluß auf das Fünffache. Viele Besitzer großer Güter, so beispielsweise auch das Fünffirchener Domkapitel, verboten ihren Verwaltern, Vorräte an Getreide, Vieh und Wein weiterhin, selbst für den Inlandsbedarf zu verkausen, und wiesen diese an, alle nötigen Zahlungen und Empfänge nur vorläusig, dis zu der zu erwartenden Beschlußfassung des Landtages, in Rechnung zu stellen. Oftmals wurde versucht, Gutsverkäuse rückgängig zu machen, und auch die Einhaltung von Kausverträgen ohne Preiserhöhung verweigert. Der sogleich einsetzenden großen Verteuerung aller Waren, namentlich der der Lebensmittel, wurde wohl zu steuern versucht; doch konnte den Preiselimitationen selbst mit Gewaltmaßregeln oft nicht die erwünschte Wirkung gesichert werden?

Eine Verfünffachung der Wohnungsmietzinse, der Warenpreise und der Schuldzinsen oder deren Ausbezahlung in Konventionsmunze nach

nach den Preisen des Reglements von 1748 berechnet, geleistet, nur kleine Reste in Geld. Die Erhöhung, die sich nur auf den Geldbetrag bezog, war demnach für die meisten Kontribuenten nicht bedeutend.

¹ Es wird aus Pest berichtet, daß ein Bauer für ein Paar junger Gänse statt etwa 6—8 sl. 100 sl. verlangte. Für den Zentner Wolle, der 1810 noch 352 sl. und vor dem Erscheinen des Patents 700 sl. gekostet hatte, wurden 1300 sl. gefordert. Für eine Elle Tuch, die in Wien um 20 sl. zu haben war, sollen in Pest und Osen Ansang April 1811 nicht weniger als 300 sl. verlangt worden sein, für eine Wahlseit mit vier Speisen 50 sl., ohne daß die Behörden gegen diesen Wucher wirksam einschritten.

<sup>2</sup> So wurden 3. B. in Bregburg alle Fleischhauer, nachdem sie ohne Erhöhung der Limitation auf ihre Gewerbe verzichten zu muffen erklärt und einige Bugeständnisse zurückgewiesen hatten, in Arrest gesett. Als sie baraufhin auf ihre Gewerbe tatfächlich verzichteten, sah sich der Magistrat genötigt, die Ausschrotung felbst zu übernehmen, und zwar nicht ohne ben Breis für bas Pfund Rindfleisch von 30 auf 36 fr. zu erhöhen. Als er tropdem bei immer weiter steigenden Biehpreisen in fünf Wochen schon 50 000 fl., zulett täglich mehr als 2000 fl. daraufgezahlt hatte, wurde, nachdem eine beantragte monatliche gleichmäßige Fleischteuerungsabgabe von 1 fl. für jeden Kopf der Bevölkerung, die großenteils gar nicht mehr in der Lage war, Fleisch einzukaufen, doch als zu ungerecht erkannt worden war, bie Limitation, die nicht über die Wiener Satzung erhöht werden burfte, in ber Beise umgangen, daß jeder Stadtbewohner bei einem Steueramte oder Viertelmeifter einen Schein über seinen täglichen Fleischbedarf zu beforgen hatte, auf Grund bessen er das Fleisch beziehen konnte, sofern er für das Pfund 6 kr. mehr als den Limitationspreis bezahlte, von welchem Aufschlage nur das Militär und die Geiftlichkeit freiblieben.

dem Nennwerte, welche viele Hauseigentümer, Händler und Gläubiger sogleich anstredten, wurde jedoch in der Folge immerhin zumeist verhindert. Dabei war größerer Warenmangel keineswegs sestzustellen, obwohl, wie berichtet wird, namentlich von reicheren Juden, die sich der Bankozettel entledigen wollten, große Aufkäuse vorgenommen wurden.

Als der Erzherzog-Palatin über besondere Aufforderung des Kaisers <sup>1</sup> der absichtlichen, böswilligen Untätigkeit der Komitatsbehörden etwas nachdrücklicher zu steuern versuchte, begannen allmählich wenigstens stellen-weise wieder einigermaßen geordnetere Verhältnisse im Handels- und Geschäftsverkehr einzutreten. Bestimmte Mitglieder der Komitats-kongregationen wurden als Kommissäre mit der Überwachung der Preise und der Bekämpfung des Wuchers betraut, denen es freilich oftmals nicht einmal gelang, ein weiteres Ansteigen der Preise über das bereits erreichte hohe Ausmaß zu verhindern.

Die hierdurch am meisten betroffene Mittelklasse benahm sich tropbem ohne Zweisel viel ruhiger als Abel und Geistlichkeit. Allerdings wünschte und erwartete auch jener Teil der Bevölkerung eine Anderung der Bestimmungen des Patents durch den Landtag; er nahm aber an der Sache selbst doch großenteils natürlich weniger Anteil, weil er in seiner Bermögenslage zumeist eine verhältnismäßig geringe Beeinträchtigung zu befürchten hatte. Gewohnheitsmäßig schloß sich allerdings ein großer Teil dieser Leute den Magnaten und dem reichen Klerus, unter deren Einfluß er sich befand, in vielen Gegenden an.

Während tatsächlich schon nach ungefähr einem Monat die größte Gärung vorüber gewesen zu sein scheint und an vielen Orten der Handel wieder neu ausledte, waren die Führer des Adels und der Geistlichkeit bemüht, nach außen hin den Schein andauernder tiefster Erregung des ganzen Landes in geräuschvoller Weise hervorzurusen.

In der Pester Generalkongregation wurde hestig gegen "die Wiener Haarbeutel", gegen "das deutsche Ministerium" losgezogen, das nur auf Mittel sinne, das Konventionsgeld aus Ungarn zu ziehen. Die Ungarn wären immer gegen den letzten Krieg (1809), die Hauptursache der sinanziellen Not, gewesen. Daß viele Grundherren mit Bankozetteln ihre verpfändeten Güter ausgelöst, die verschuldeten entlastet hatten, wie der Judex Curiae einigen besonders ungestüm austretenden Magnaten in Stuhlweißenburg vorhielt, fruchtete wenig. Mehrere von diesen bereisten

<sup>1</sup> Handschreiben v. 8. April 1811.

jogar bas Land, um gegen bas Patent Stimmung zu machen, deffen Rundmachung die Komitate verweigerten, da das Land nicht patentmäßig, sondern nur gesetmäßig regiert werden dürfe. Während die Vester General= kongregation nach bewegten Berhandlungen schließlich die Belassung des Wertes der Bankozettel und die Ausgabe von Konventionsgeld sowie die baldige Ausschreibung eines Landtages erbat, forderten die meisten anderen, teilweise in tumultuarischen Versammlungen und in sehr scharfer Form die ausdrückliche Zurücknahme des Patents. In vielen Kreisen erwartete man sogar die Erzwingung des Widerrufs durch die Insurrektion. Besonders harten Angriffen war die Stala ausgesett, die zwar vielfach als gerecht, dabei aber doch auch als politisch höchst verderblich betrachtet wurde, da sie viele Tausende von Schuldnern, auch reiche und wohlhabende Leute, zu Bettlern mache 1. Das ausgestreute Gerücht, daß der Kaiser von Rußland, um die Ungarn zu gewinnen, alle Bankozettel gegen Gold- und Silbermünzen einwechseln würde, dürfte wohl nicht allzu viele Gläubige gefunden haben.

Wie aus zahlreichen gerichtlichen Prozessen, die der Veröffentlichung des Patents rasch solgten, zu entnehmen, griff dieses in die privaten Verhältnisse in der verschiedensten Weise ein, wie es natürlich auch manche Lebensgewohnheit mehr oder weniger beeinflußt hat. Große Rechtsunssicherheit ergab sich namentlich auch daraus, daß viele Komitatsunagistrate teils selbst gegen das Patent auftraten, teils dessen Verämpsung und Verwerfung duldeten.

Bährend das Verlangen nach Einstellung der Vollziehung des neuen Finanzschstems und nach Einberufung der Landstände zur Beratung der sinanziellen Maßnahmen in Bien als eine vermessene Forderung betrachtet wurde, nahm der Kaiser die von einigen wenigen der 46 Komitate vorgebrachten bescheidenen Bedenken und Gegenvorstellungen gnädig auf; den vier Komitaten, die sich bereitwillig den Anordnungen sügten und auch die Kontribution in fünssachen Betrage einheben ließen, wurde am 7. Mai sogar seine Zufriedenheit besonders bekanntgegeben, wogegen am folgenden Tage an alle Komitate ein Kestript erlassen wurde, welches das Mißfallen des Kaisers über die den Reuerungen bereiteten Biderstände, wie auch den unabänderlichen Willen, seine Verfügungen besolgt zu sehen, zum Ausdruck brachte.

¹ Nur die Juden, welche die meisten Schulden ausständig hatten, und daher zumeist durch die Stala gewannen, sollen große Freude über deren Erscheinen, das ihnen weitere Bereicherung in Aussicht stellte, gezeigt haben.

Eine nachhaltige Wirkung blieb diesem Mahnrufe an sehr vielen Orten des Landes verjagt. Mehrere Gespanschaften baten nun um die ausdrückliche Enthebung von der Bollziehung der ohne Verletung der Berfassung nicht ausführbaren Magregeln 1.

Es war jedoch keineswegs eine Folge der ablehnenden Haltung gegen das Finanzpatent, wenn der König den ungarischen Landtag am 22. Juni für den 25. August 1811 einberief. Diese Einberufung war in Wien längst beschlossen; doch waren monatelange Beratungen über beren Zeitpunkt gepflogen worben. Diese lange Berzögerung war jedoch für die Wiener Regierung anscheinend nicht unvorteilhaft: denn es war immerhin in der Zwischenzeit teilweise Ernüchterung und Beruhigung eingetreten. Es zeigte sich dies in vielen Fällen, als die Landtags= ablegaten von den einzelnen Komitaten ihre Instruktionen erhielten 2. Sie sollten vor allem dafür sorgen, daß in Zukunft die Rechte der Landstände auch hinsichtlich des Finanzwesens gewahrt würden, daß insbesondere ohne Mitwirkung der Vertretung des Landes Papiergeld nicht ausgegeben und dessen Wert nicht willkürlich geändert werde 3. Eine Aufhebung des Finanzpatents zu erreichen, scheinen die meisten Komitate

einige verlangten allerdings kurzweg die Zurücknahme desselben nicht mehr gehofft zu haben. Sie wünschten aber, daß die Privaten nach dem Verlufte von vier Fünfteln ihres Vermögens von weiteren Opfern verschont blieben und daß den Kontribuenten keine neuen Lasten auferlegt, die Verlegenheiten des Staates vielmehr durch Herstellung des Kredits und eine kluge Staatswirtschaft behoben würden 4.

<sup>1</sup> Einige "besonders halsstärrige" Komitate erhielten sogar drei ihre Haltung mißbilligende königliche Reskripte. In das Neutraer Komitat, das "auf eine höchst ahndungswürdige Art" die Bollziehung der Finanzmahnahmen gänzlich unterließ. wurde eine besondere königliche Untersuchungskommission geschickt. — Dem Obergespan des Dedenburger Romitats, dessen Generalkongregation das Kinangreskript nicht anzunehmen beschlossen hatte, Fürsten Nikolaus Eszterházh, von welchem die Biener Regierung Unterstützung ihrer Plane erwartet hatte, ließ der König mehrfach fein Migfallen ausbruden.

<sup>2</sup> Ein Auszug dieser Instruktionen befindet sich im Archiv des Bundesministeriums f. Finanzen (C. 19).

<sup>3</sup> Während das Ausmünzungsrecht als Regale betrachtet wurde, sollte die Ausgabe von Kapiergelb von bem Ginvernehmen mit den Ständen abhängig fein, "weil der Wert des Geldes immer einverftandlich mit ben Standen festgeset werben foll", wie es in ber Sabolczer Inftruktion heißt.

<sup>4</sup> Unter den zahlreichen und verschiedenartigen Vorschlägen der einzelnen Komitate befinden sich Verminderung des Militärstandes, gesetzliche Einschränkung

Freiwillige, den Kräften der Stände angemessene Opser zur Hebung dieses Kredits wurden wohl angeboten, jedoch nur mit dem Vorbehalt, daß daraus weder eine dauernde oder jährliche Zahlungsverpslichtung erwachse, noch der Besitz und die Rechte der Stände beeinträchtigt würden. Mehrere Komitate empfahlen die Verrusung und Vertilgung des gesamten Papiergeldes; das Wieselburger erklärte sich sogar bereit, auch auf das letzte Fünstel der Vankozettel, das Veregher auf die Hälfte dieses Vetrages zu verzichten, falls das letzte Zehntel gegen Konventionsegeld eingelöst würde.

Die Schulbenstala wurde zumeist ganz abgelehnt; doch wären immerhin einige Komitate mit der Beseitigung der empsindlichsten Härten
durch einige neue, eine billige Ausgleichung der Forderungen und Rechte
ermöglichende Sonderbestimmungen zusrieden gewesen. Das Zempliner
Komitat empsahl beispielsweise als Maßstad "das Gleichgewicht des
Eigentums zwischen den Parteien"; das Preßburger erklärte sich bereit,
in Ermangelung besserer Auskunstsmittel die sogenannte Skala anzunehmen, aber nicht die Wiener Skala, sondern eine nach der jeweiligen
Entwertung der Bankozettel in Ungarn zusammengestellte, die überdies
auch für alle Schulden der Arars maßgebend sein sollte. Vor allem
wünschten jedoch die meisten Komitate die sinanzielle Not des Staates
und die Zwangslage der Regierung dazu auszunüßen, eine lange Reihe
der verschiedenartigsten, zumeist politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen, alten und neuen Forderungen vorzubringen, die sich mit dem
Finanzpatent zumeist gar nicht berührten.

Größeres Entgegenkommen als die ungarischen zeigten im allgemeinen die kroatischen Stände. Bor allem schlugen sie vor, daß alles ungemünzte Gold und Silber ausnahmsloß zu den vom Landtag in Konventionsgeld zu bestimmenden Preisen abgeliefert und die Berarbeitung von Gold und Silber durch drei Jahre streng verboten werde, sodann die Errichtung eines Nationalsonds zur Begründung des Nationalstredits mit einer nur vom Landtag sestzusehenden und zu überwachenden Berwendungsbestimmung für den davon absallenden Nupen; weitere Beiträge zur Deckung der Staatsbedürsnisse zu gewähren, lehnten auch sie ab. Für diesen unumgänglich nötigen Fonds erbaten sie einen Teil

bes Luzus, Berbot und Bestrafung der Aussuhr baren Gelbes, Begrenzung der Preise der unentbehrlichen Gegenstände durch den Landtag. Das Temeswarer und Borsoder Komitat verlangten rundweg die Aufhebung der Zollgrenze zwischen Herreich und Ungarn.

ber königlichen Einkünfte. Sie verlangten ferner die Errichtung eines ähnlichen Fonds "in den übrigen k. k. Staaten". Da sich das jus monetandi des Königs nach den Gesetzen nur soweit erstreckte, als vollgewichtiges Geld gemünzt würde, daher eine Anderung des Münzsußes nicht ohne Beistimmung der Stände durchzusühren war, lehnte auch Kroatien jede Bürgschaft für die wider das Geset in Umlauf gebrachten Einlösungsscheine sowie deren Annahme ab 1. Zur Eindämmung der wucherischen Spekulationen erbaten sie für alle Handwerkszund Fabrikszerzeugnisse Preisbegrenzungen, wie solche bereits im Jahre 1625 aufgestellt worden waren. Die Schuldenskala wurde auch hier abgelehnt.

Im Laufe der langen, zeitweise sehr stürmischen Berhandlungen des ungarischen Landtags, von welchem der König am 2. September die Beteiligung an der Schaffung eines Tilgungsfonds für die Einslöungsscheine, die Erhöhung der Subsidien und die Bestimmung der bei Schuldenzahlungen zu beobachtenden Grundsätze, womit wohl die Annahme der Biener Stala gemeint war, forderte, wobei das Finanzpatent selbst in seinem Bestande gar nicht mehr in Frage kommen sollte, wurde der Widerstand gegen die Verfügungen der Wiener Regierung immer mehr angesacht, wenn auch die Magnatentasel den scharsen Beschlüssen der Ständetasel, welche die Aushebung des Patents zu erreichen suchte, ab und zu entgegentrat. Beide Taseln einigten sich am 12. September in der Verwahrung, daß den Landtagsbeschlüssen durch das Patent, wenn auch dessen Durchsührung nicht verhindert werden könnte, kein Zwang auserlegt würde 2. Als die Regierung nach wie vor auf der Anerkennung der Wirksamkeit des Finanzpatents sür

¹ hinsichtlich der Amortisierung der Einsösungsscheine verwiesen die Stände darauf, daß die Stadt Wien nach den Patenten vom 13. Juli 1762, 10. Juli 1771 und 13. Juni 1785 die Bürgschaft für 44 Millionen fl. Bankozettel übernommen hätte und daher für die Tilgung einer gleichen Summe in Einlösungsscheinen einen angemessen Fonds beizustellen hätte, und daß für die Tilgung der Bankozettel bereits im Jahre 1803 die ungarischen Dreißigstgefälle, die Taxen und der Salzspreiß erheblich erhöht worden wären.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> In der eingehenderen Schilderung der Berhandlungen, welche Anton Springer (Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden 1809, I. Teil (Leipzig 1863) S. 182ff., bietet, wird auch darauf hingewiesen, daß Ungarn mit den Nachbarprovinzen nur den Regenten gemeinsam hatte, diesen im übrigen aber ganz fern stand: "Mit ihnen Lasten zu teilen, hieß nach der ungarischen Aufssafzung, sich für dieselben opfern; dazu aber sühlten die Ungarn keinen Antrieb, sowenig als sie sich zur Ausübung der Tugend der Dankbarkeit verpflichtet wähnten."

Ungarn beharrte, kam ihr der Landtag endlich wenigstens insofern entgegen, daß er einen Ausschuß für die Bemessung des Beitrags zum
Tilgungskonds wählte. Allein der Landtag verweigerte hierauf die
verlangte Abernahme der Garantie für die Einlösungsscheine und den
Fondsbeitrag. Wenn das Finanzsystem für alle Provinzen des Reiches
dasselbe sein müsse, so wäre es nach der ungarischen Verfassung, wie
erklärt wurde, notwendig, daß sich die Regierung zunächst mit dem
Reichstage einige, und daß sodann das von diesem als Geset Angenommene auch für die übrigen Erbländer zu gelten habe. Der Schlüssel sür
die Teilung der Haftung für die Staatsschuld nach der Größe und
Bevölkerungszahl des Königreichs wurde als ungerecht zurückgewiesen.
Auch der Vorschlag, die Hilfe des Landes von der vollständigen Zurücknahme des Finanzpatents abhängig zu machen, wurde in Erwägung
gezogen.

Ein besonders schwerer Kampf entbrannte um die Schuldenstala, deren Berwersung den ungarischen Ständen nicht nur grundsätlich, sondern auch nach sachlichen Erwägungen unvermeiblich erschien. Die bedeutsamste Abweichung von den Absichten der Wiener Regierung lag ohne Zweisel darin, daß man in Ungarn die Kückzahlung und Berzinsung der Schulden nicht in Einlösungsscheinen, sondern in Konventionsmünze seitgesetzt und wegen des großen Mangels an Münze ein allgemeines Moratorium eingeräumt wissen wollte. Auf eine derartige Zerstörung des ohnehin sehr gefährdeten und unzureichenden Kredits des neuen Papiergeldes konnte die Regierung natürlich, ohne sich selbst aufzugeben, nicht eingehen.

Als sich endlich nach monatelangem Berhandeln mit aller Deutlichsteit gezeigt hatte, daß der Widerstand der Stände, die sich statt der verslangten Subsidien und der Haftungsübernahme nur größere Mengen von Korn und Hafer zu liesern bereit erklärten, nicht zu brechen war, sanden die Beratungen des Landtags am 20. Mai 1812, ohne daß sie ein Ergebnis auf dem Gebiete der sinanziellen Auseinandersetzung gestracht hätten, ihr Ende. Aber erst nach mehr als zwei Monaten wurde die nächste Schlußfolgerung aus dem Widerstreite der Meinungen gezogen, indem am 1. August das Finanzpatent vollinhaltlich auch in Ungarn als Provisorium eingeführt und auch tatsächlich zur Geltung gebracht wurde.

Es wurden nun mittelst eines umfangreichen Restripts die im Finanzpatent selbst nur weitaus flüchtiger behandelten Bestimmungen für die sich aus der Devalvierung ergebenden neuen finanziellen Beziehungen zwischen Privaten nebst der so hartnäckig bekämpften Schuldenskala kundgemacht 1, nachdem sich in Ungarn selbst sowie auch im Berkehr Ungarns mit den anderen Erbländern infolge der so lange ungeklärten Lage schon große Berwirrung gezeigt hatte und viele Streitigkeiten zwischen Schuldnern, die ihre Schulden rasch in Bankozetteln bezahlen, und Gläubigern, die diese Beträge nicht annehmen wollten, entstanden waren. Einige der neuen ausdrücklichen Bestimmungen dieses Reskriptssscheinen auf den mit dem Patent bereits gemachten Ersahrungen zu beruhen.

Daß der Gewaltstreich der Krone von den ständischen ungarischen Machthabern heftig angeseindet wurde, ergab sich schon aus der politischen Lage; außerhalb Ungarns wurde er zumeist günstig beurteilt 2. Ein beträchtlicher Teil des unzufriedenen, um seine Verfassung besorgten magharischen Abels sowie auch der vom Ausland stark beeinflußten serbischen Bevölkerung des Landes setzte seine Hoffnungen vor allem auf einen Sieg der Waffen Rußlands.

Auf viel schwächeren Widerstand als in Ungarn war das Finanzpatent in Siebenbürgen gestoßen, wo der Landtag nur bezüglich einiger Teilbestimmungen Anderungen zu verlangen beschlossen hatte 3. Schließlich mußte in allen Erbländern die Überzeugung zum Durchbruch kommen, daß die Verhältnisse der Monarchie auf dem Gebiete des Geldwesens vollständige Einheitlichkeit geboten.

¹ § 1 sautet: "Cum Clavis Exaequationis, seu Scala in reliquis Nostris haereditariis Provinciis vigens ab eo inde Tempore, quo Chartacea Pecunia a Valore conventionalis Monetae differe coeperat, periodicum Schaedarum bancalium Cursum de Mense in Mensem in se complectatur, hinc praefatam Clavim juxta hic advolutam Tabellam in Regno etiam Hungariae pro Norma Solutionum per Privatos mutuo sibi praestandarum ad amussim observandam, benigne defigimus." Das Restript enthält nebst einer langatmigen begründenden Einsleitung 41 Paragraphen über die Privatvertehrsbestimmungen allein (Gelbsichulden, Pachtungen, Gutsvertäuse, Berpfändungen, Erbschaften, Zessionen, Wittum, Mündelgelder und Pensionen usw.), für welche das Finanzpatent, einige berselben gar nicht berührend, nur acht ausweist.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> In Wien sah man barin vielfach ben Beginn eines neuen Systems, ber Angleichung Ungarns an die anderen Erbländer auch in der Berfassung.

<sup>3</sup> Sie betrafen die Behandlung der Pachtverträge, der Zessionen, der rückständigen Zinsen, die Gewährung von dreisährigen Woratorien (mit Ausschluß der Sächlischen Nation und ohne Ausdehnung auf die Handelsschulden) u. a.

## 14. Das Ende des Wallisschen Finanzsuftems.

Wie die langen, Ofterreich aufgezwungenen Kriege der Jahre 1792 bis 1809 die Einnahmsquellen des Staates erschöpft und zur fortschreitenden Entwertung des Papiergeldes und schließlich zu dessen Devalvierung geführt hatten, so war es auch die Borbereitung eines neuen Krieges, welcher allerdings nicht gerade unmittelbar aufgezwungen war, der das Finanzsystem des Grafen Wallis zu Fall brachte.

Unter dem Eindrucke der Vernichtung der französischen Heere in Rußland wurden in Wien schon um die Wende des Jahres 1812 die aller Voraussicht nach unvermeidlichen Vorkehrungen zur Herbeischaffung neuer Geldmittel für Rüstungszwecke ins Auge gefaßt und von einer zu diesem Zwecke zusammenberusenen Konferenz beraten.

Genau zwei Jahre nach bem dem Devalvierungspatente beigesetzten Tagesdatum, am 20. Februar 1813, scheint Wallis bei diesen Beratungen den letzten großen Kampf für sein Finanzsystem ausgesochten zu haben 1. Seit seinem Amtsantritte bei der Hoskammer war er nicht nur für größere Ordnung und Sparsamkeit im Bereiche der ihm unterstellten Berwaltung eingetreten, sondern auch für die möglichste Einschränkung der Auslagen für die Armee. So war er angesichts der finanziellen Rotlage des Staates nach und nach zum Haupte der sogenannten Friedenspartei in Wien geworden. Er hatte den engen Zusammen-hang von Politik und Wirtschaft nicht aus dem Auge verloren. Nur ein Reich mit geordneter Staatswirtschaft glaubte er auch den zu erwartenden großen politischen und kriegerischen Aufgaben gewachsen 3.

So hatte er benn auch die Kriegsauslagen des Jahres 1812, wenn auch nur unter großen Opfern der Bevölkerung, aus den laufenden

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die von J. Raudnit (Das österreichische Staatspapiergelb usw., S. 98) aufgestellte Behauptung: "Das Wallissche Finanzsystem war zusammengebrochen, noch ehe die Ereignisse des Jahres 1813 über Osterreich kamen", ist nach dem Vorangeführten wohl nicht gerechtsertigt.

<sup>2</sup> Un der Spite der "Kriegspartei" stand sein alter Gegner Baldacci.

<sup>3</sup> Wie sehr er mit dieser Auffassung in Gegensatz zu dem ihm keineswegs abgeneigten Erzherzog Johann geraten war, zeigt dessen Tagebuchauszeichnung vom
25. April bis 9. Mai 1812, wo es u. a. heißt: "Wallis hat kein Geld... Er sagte,
der Kaiser sei außerstande, einen Krieg zu führen; ist das eine Basis zu einem Plan?
Und jetzt muß es doch geschehen, und wie? Muß sich nicht die Finanz nach den
Berhältnissen der Politik richten? Das ist die Folge, wenn nicht eine Einheit ist,
wenn jeder einzeln handelt, wenn kein strenger Arm das morsche Gebäude zusammenhält." (Krones, Aus stillen und bewegten Jahren. S. 147.)

Einnahmen des Staates zu decken gewußt und noch am Schlusse bes Jahres 1812 durch die Ausschreibung einer neuen Steuer, der Industrialund Erwerbsteuer, das Abgabensystem zum Zwecke der Erschließung neuer Einnahmsquellen ausgestaltet, und so suchte er auch, nachdem die Notwendigkeit, in die befreienden Kriegshandlungen einzugreisen, immer sichtbarer geworden war, auch für die bevorstehenden folgenschweren Ereignisse des Jahres 1813, soweit es in seinen Kräften stand, vorzusorgen.

Das erste und größte Hindernis, auf welches er hierbei stieß, waren neue Vorschläge, welche Zichy bereits bis zum Entwurse eines Durchssührungspatentes ausgearbeitet hatte und nun beim Kaiser durchzusehen suchte. Viele glaubten damals, daß dieser ungarische Sdelmann neuerbings an die Spiße der Hossammer berusen werden würde 1. Er empfahl die Errichtung einer Leihs und Estomptebank unter der Leitung der Einlösungse und Tilgungsdeputation in Verbindung mit der Ausgabe von 30 (anfänglich vielleicht nur 15) Millionen Bankscheinen, die von allen Staatskassen und auch im Privatverkehr als Wiener Währung angenommen werden müßten. Diese Scheine hätten bemnach eine neue, zweite Gattung des österreichischen Papiergeldes dargestellt.

"Durch die Bankscheine mit gezwungenem Kurse würde," wie Wallis in einem eingehenden besonderen Votum ausführte, "die Anomalie und besondere Eigenheit entstehen, daß in den österreichischen Staaten ein doppeltes Papiergeld — nämlich ein Staatspapiergeld und ein Privatpapiergeld — gesetlich zirkulieren würde. Daß selbst ein zweisfaches Staatspapiergeld nebeneinander nicht bestehen könne, ist ein aus der Natur der Sache sließender und selbst durch die neueste Ersahrung bewährter Sat, denn der Nurs der Einlösungsscheine konnte sich, solang noch Bankozettel im Umlause waren, ungehindert die Bankozettel nur zu einem Fünstel reduziert, hiemit in ihrem Verhältnisse zu Einlösungsscheinen galten, nicht heben."

Von diesem entscheidenden Hindernisse der Durchführung des Zichnschen Plans abgesehen, sah Wallis auch keine Möglichkeit, die vorgeschlagene Bank ausreichend zu dotieren. Daß dies nicht, wie Zichn annahm, durch die von ihr selbst ausgegebenen Bankscheine geschehen konnte, war klar; an der ausreichenden und raschen Beschaffung der unbedingt nötigen Hypotheken aber zweiselte er. Auch ihrer Art und

<sup>1</sup> Krones, Zur Geschichte Bsterreichs im Zeitalter ber französischen Kriege und ber Restauration. €. 217.

Einrichtung <sup>1</sup> nach könnte, wie er annahm, die neue Bank, die ein Mittelbing zwischen Reichs- und Privatbank darstellen würde, zu einer Zeit, da der Staat wegen seiner großen Geldverlegenheiten keinen Kredit haben könnte und die Privaten weniger denn je in der Lage wären, Barsonds zusammenzuschießen, nicht auf entgegenkommendes Vertrauen der Bevölkerung rechnen. Durch die Ausgabe neuen Papiergeldes mit Zwangskurs würde der Zwed der Devalvierung der Bankozettel vereitelt, die ihrem Versprechen untreu gewordene Staatsverwaltung versöre alles Vertrauen der Bevölkerung, die Privatverhältnisse kämen durch die dreisache Währung der Einlösungsscheine, der Bankscheine und der Konventionsmünze in unabsehdare Verwirrung <sup>2</sup>, die Kurse würden sich in regellosen Sprüngen verschlechtern <sup>3</sup>, die reelle Vedeckung der Ausgaben des Staates würde versiegen, das Desizit des Staates in geometrischer Progression steigen, und den größten Ungerechtigkeiten und Unzukömmlichkeiten würde Tür und Tor geöffnet.

Besonders eingehend begründete Wallis seine Besürchtungen für die nächste Zukunft des Staates im Falle einer Bermehrung des Papiergeldes. "Papiergeld, insosern man darunter Papiermünze ohne Realissierung gegen Metallmünze verstehet, hat keinen anderen verglichenen Wert als zu dem Bedürfnisse der Anforderung. Eine Bermehrung des Papiergeldes ohne Bermehrung dieser Anforderung ist in der Tat eine Berminderung seines verglichenen Wertes, die sogar nach aller Wahrscheinlichkeit weit das natürliche Verhältnis überschreiten würde, weil die Unbestimmtheit der Meinungen und der Einbildungskraft sogleich

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ballis verwies zum Bergleiche auf die Bank von Frankreich mit ihrem Fonds von 90000 Aktien und auf das Reglement der Dänischen Reichsbank, deren ursprünglicher Fonds auf einer Forderung von 6% in barem Silber von dem Berte alles unbeweglichen Eigentums beruhte.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bekanntlich überwand Ofterreich nach dem Kriege des Jahres 1866 auch die Schwierigkeiten des gleichzeitigen Bestandes dreier verschiedener Geldgattungen, der Staatsnoten neben Banknoten und Metall-(Silber-)geld. S. Georg Friedr. Knapp, Staatliche Theorie des Geldes, S. 357 ff.

<sup>3 &</sup>quot;So lang ein Papiergelb ohne Aussicht zur Realisierung im Umlause ist und von dem Pari der Konventionsmünze losgerissen stehet, zeigt schon die Kursdisserunz, daß noch zu viel Papiergeld vorhanden sei und daß jede neue Emission, sei es schon des nämlichen oder eines anders benannten Papiers — denn sobald beide einen gezwungenen Kurs haben, läuft das Ganze auf ein Wortspiel hinaus (!) — die Differenz noch größer stellen und die Verschlechterung der Kurse notwendig herbeisühren und diesfalls um so schneller und nachteiliger wirken müßte, als die Opinion hierbei einen so großen Spielraum hat."

in die Einwirkung kommen. Eine Vermehrung des Papiergeldes selbst dann, wenn ihr die gleiche Vermehrung der Anforderung zur Seite ginge, würde für den besten, obschon nicht wahrscheinlichen Fall alles im alten belassen und also zwecklos sein. Die Emission von 20 oder 30 Millionen fl. Bankscheine wäre daher zwar eine Vermehrung des Papiergeldes, allein keine Vermehrung, wohl aber eine Verminderung der eigentlichen Geldmasse, weil das neue Papiergeld mit dem alten zussammengenommen einen weit geringeren Wert an Konventionsmünze als die gegenwärtigen Einlösungsscheine vorstellen würde.

In eben dem Maße, als die Kurse sich verschlimmern, in eben dem Maße, als das Papiergeld sich unaufgehalten von der Metallmunze losreißt, in eben dem Maße wird die Staatseinnahme weniger Metall= münze vorstellen und daher minder wert sein, in eben dem Mage werden die Preise aller Dinge steigen, in eben dem Mage werden die Ausgaben bes Staates, als des größten Verzehrers, zunehmen, in eben dem Maße werden die Besoldungen, Pensionen und Löhnungen nicht hinreichen, in eben dem Maße wird in der Staatseinnahme nirgends das Auslangen zu finden sein. Den Beamten, Pensionisten und Solbaten werben Buschüsse bewilliget werden muffen, und in dem Mage, als dies geschieht, werden die Preise abermals steigen und die Kurse sich verschlimmern. Hierdurch werden die ehehinigen, kaum beseitigten Unzukömmlichkeiten neuerdings eintreten, der Staat wird in den nämlichen zum Abgrund führenden Zirkel geraten, das Reich der Papierschere wird wieder beginnen, alle von den Untertanen gebrachten Opfer werden fruchtlos gewesen sein, in wenigen Monaten wird die Menge des Papiergelbes sich abermal ungeheuer vermehren, der Staat wird neuerdings dahin kommen, wohin er im Jahre 1810 geraten war, das Papiergeld wird von selbst wertlos und das Elend grenzenlos und unheilbar werden."

Da Wallis die Ausführung des Zichpschen Plans ohne den gänzlichen und endgültigen Sturz der Staatsfinanzen für unmöglich hielt, erklärte er jede Mitwirkung an dieser unbedingt ablehnen zu müssen.

Aber auch anderen bei den Beratungen vorgeschlagenen Hilfsmitteln konnte er nicht zustimmen. Der Staats= und Konferenzminister Graf Metternich verkannte die Schwierigkeiten, welche sich aus der ungescheut ausgesprochenen Vermehrung des Papiergeldes ergeben würden, nicht und trug daher darauf an, daß ein solches Papiergeld (Tratte, Bank=, Steuer= oder Areditschein) ausgemittelt werden solle, das ohne Iwangskurs die Staatsverwaltung in die Lage brächte, ihre außer= Edristen 165. I.

orbentlichen Auslagen und Aufwendungen zu decken. Wallis getraute sich nicht, damit zu rechnen, daß ein neues Papiergeld, das die Not des bereits um jeden Kredit gebrachten Staates völlig deutlich machen müßte, freiwillig angenommen werden würde.

Ebenso bestimmt wie gegen Zichys Vorschlag sprach sich Wallis auch gegen den Gedanken aus, dem Staate durch eine weitgehende Vermehrung des Kupfergeldes aus seiner finanziellen Not zu helfen. Er hielt ungefähr 10% der Papiergeldmenge für den richtigen Vetrag des Kupfergeldes und hatte, da dieser bereits weit überschritten war, die Einstellung der Kupferausmünzung angeordnet. Übermaß an als Scheidemünze geringhältiger geprägtem Kupfergeld verdränge, wie Wallis ausführte, die schwere Münze aus dem Umlaufe und schädige selbst das in das Papiergeld gesetze Vertrauen. Die Zerrüttung der österreichischen Finanzen hätte in Hinsicht des Kupfergeldes beinahe eine noch größere Höhe als in Hinsicht des Papiergeldes erreicht?

Lehnte asso Wallis die Vermehrung des Papiergeldes wie die der geringhaltigen Kupfermünze mit aller Entschiedenheit ab, so mußte er doch auch zugleich bekennen, daß er bei den großen und fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, den Staatseinnahmen neue ergiedige Zusstüssse zu verschaffen, keine Möglichkeit sah, die für die Kriegsvorbereitunzgen geforderte Summe von 20 bis 24 Willionen fl. W. W. schnell bereitzusstellen.

Um wenigstens einen größeren Teilbetrag rasch zu erhalten, hatte er die Einhebung eines Klassensteuerzuschlags beantragt; doch war er bereit, eine von Balbacci vorgeschlagene, in mehrsacher Hinsicht den Borzug verdienende Einkommensteuer, über welche die Zentralsinanz-hoskommission bereits beriet, an dessen Stelle treten zu lassen.

Er erwartete von der Einführung dieser neuen, überdies nicht sogleich einzubringenden Steuer auf keinen Fall eine Summe von auch nur 8 Millionen und mußte daher, des schweren bereits auf den deutschen

<sup>1</sup> Es waren ungefähr 32 Millionen fl. W. W. in Umlauf.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Zur Berhinderung einer Entwertung der Einlösungsscheine und einer Bersicheuchung der Konventionsmünze war mit Patent v. 4. Jänner 1812 die Berspslichtung zur Annahme von Kupsergeld, das in Prägungen von zweierlei Bert in Umlauf war, ausdrücklich eingeschränkt worden.

<sup>3</sup> Die Grundlage der Einhebung der Alassensteuer bildete das Patent v. 1. November 1799, das eine progressive perzentuelle Besteuerung der reinen Jahreseinkünste von 100 fl. an nach einer von dem Umsange und Standorte des Geverbes abhängigen Abstufung oder Alassisistation anordnete.

Erbländern lastenden Druckes ungeachtet, auch noch weitere Einnahmsquellen zu erschließen beantragen, "weil die Rüstungen bestimmt geboten sind, solche sich nicht rückgängig machen lassen und zu erwarten stehet, daß die Anstrengungen nicht von allzu langer Dauer sein werden".

Nun erwartete Wallis von der bereits in Durchführung begriffenen Erwerbsteuer ein Ergebnis von etwa drei Millionen und hoffte er weitere etwa 8 Millionen durch verschiedene hohe Zuschläge auf Steuern und andere Abgaben aufzubringen 1. Nötigenfalls sollten die Steuern, da es sich um Aufrechterhaltung des Staates handle, für diesen außer= ordentlichen Zeitpunkt unter Ausschaltung der Dominien durch staat= liche Behörden unmittelbar bei den Kontribuenten eingetrieben werden. Sollten die großen Anstrengungen der Monarchie wider Verhoffen länger fortgesett werden muffen, so bliebe, wie Ballis, auf das Beispiel Preußens und Bürttembergs hinweisend, annahm, noch die Ausschreibung einer dreiprozentigen Stammvermögenssteuer übrig. Jede Maßregel aber, die von dem Grundsate abwiche, daß das Bolk das, was der Staat kostet, aufbringen musse, erklärte er für schädlich und im Grunde nur die Lasten des Volkes vermehrend. Er machte kein Sehl daraus, daß ihm die Politik seine finanziellen Kreise störte und daß er vor allem einen raschen Abschluß der kriegerischen Ereignisse herbei= sehnte, um die volle günstige Auswirkung seines Finanzsystems feststellen zu können. In dieser Erwartung trat er nach wie vor mit unerschütter= licher Überzeugung für das von ihm geschaffene Papiergeld ein.

"Die Einlösungsscheine haben sich bisher gehalten und ungehindert vielfältiger Stürme von außen und innen zu einem besseren Kurse ershoben. Dies läßt sich aber, so wie ich es früher und gleich bei Borlegung meines Finanzplans vorhergesagt hatte, nur durch das unumgängliche Bedürfnis, durch die großen Anforderungen des Staates in diesem Münzpapiere, durch die Seltenheit der Einlösungsscheine und durch die immer mehr Besestigung erhaltende überzeugung, der Staat werde seinem Worte treu bleiben, in seinen Maßregeln nicht wanken und hiersnach die Zahl der Einlösungsscheine in keinem Falle vermehren, erklären.

¹ Durch einen Kontributionszuschlag von 25% (im Ausmaße von 3674894 fl.), einen die Maß Bier nicht einmal um einen halben Kreuzer verteuernden Tranksteuerzuschlag von 33½% (700000 fl.), einen Zuschlag von 33½%% auf die eben erst eingeführte Erwerdssteuer (1 Million), einen Zuschlag auf alse landesfürstlichen nichtgerichtlichen Taxen von 50% (200000 fl.), einen Stempelzuschlag von 33½% (600000 fl.) und eine rund 2 Millionen ergebende Erhöhung des Kaffeeszolls gedachte er eine Mehreinnahme von 8174894 fl. zu erzielen.

Allein hierauf darf man sich noch lang nichts zu guten tun, und am allerwenigsten sich zu der irrigen Schlußfolge verleiten lassen, der Kredit der Einlösungsscheine sei nun geborgen, und man könne kühn abermal zu neuen Papieremissionen seine Zuflucht nehmen."

Mit diesen wie ein Spilog auf seine Tätigkeit als Hofkammerpräsibent klingenden Worten und der Schilderung der verderblichen Folgen einer Annahme der Pläne des Grasen Zichn erreichte Wallis jedoch sein Ziel nicht. Was er einst den Maßnahmen und Vorschlägen seines Vorgängers vor allem vorgeworfen hatte, daß sie zu langsam wirkten, das machte sich nun auch gegen sein eigenes Vorgehen geltend. Die Lage Europas sorderte eine rasche Entscheidung und diese eine schleunige Herbeischaffung der notwendigen Geldmittel.

Schon damals verbreitete sich in Wien, bald darauf auch anderwärts das Gerücht von einer bevorstehenden Vermehrung der Einlösungs= scheine, das besonders in den Kreisen der Großhändler Bestürzung hervorrief. Aller Gegenvorstellungen des Grafen Wallis ungeachtet war es, wie angenommen wurde, dem Grafen Karl Zichn sowie Balbacci ge= lungen, mit dem Borichlage durchzudringen, 82 Millionen neuer Scheine, allerdings unter der Firma einer zu begründenden Staatsbank, in Umlauf zu bringen. Man befürchtete den gänzlichen Verfall des öffentlichen Aredits, weitersteigende Teuerung und neue Opfer der auf bestimmte Einkünfte Angewiesenen, ebenso auch erneutes Mißtrauen gegen die Regierung, wenn Wallis, der sich so große Verdienste um die Finangverwaltung erworben, gerade jenen zwei Männern geopfert würde, die in diesem Zweige nichts als Unheil und Verwirrung gestiftet und sich den allgemeinen Unwillen der Nation zugezogen hätten 1. Denn daß Graf Wallis dem Raiser bereits erklärt hatte, daß er bei Bermehrung des Papiergeldes seine Stelle verlassen würde, war allgemein bekannt und wurde auch nicht bezweifelt.

Und nun stand die Sache tatsächlich so, daß der Raiser kein Bedenken mehr trug, seinen früher so überaus hoch geschätzten Berater fallen zu lassen. Er wies die von Wallis vorgeschlagenen Steuerzuschläge zurück

¹ Polizei-Vertrautenbericht v. 19. Febr. 1813. — In einem weiteren Berichte v. 3. April 1813 wird erzählt, daß der französische Gesandte Graf Narbonne in einer großen Gesellschaft von der Papiergeldvermehrung gesprochen hätte, wodurch die Besorgnis entstanden wäre, daß er sich in die österreichische Finanzverwaltung einzumischen ansange, vermutlich um neue Verwirrung zu stiften und dadurch die Beteiligung am Ariege zu verhindern. (Polizeiakten 1813. 786, 845 ad 929.)

und wünschte, daß es mit neuen Kreditoperationen neben Steuererhöhungen versucht werde, wobei vor allem darauf gesehen werden
sollte, daß die neuen Einnahmen mit aller Sicherheit und Raschheit
erwartet werden könnten. Immerhin aber wurde der Rat des Hoffammerpräsidenten doch auch weiterhin noch in Anspruch genommen.

Als Wallis am 13. April 1813 sein Votum in einer unter dem Vorsite des Kaisers abgehaltenen Konferenz verlas, hatte dieser jedoch bereits die neuerliche Vermehrung des Papiergeldes und zwar um 45 Millionen fl. unwiderruflich beschlossen, und dem Hoftammer= präsidenten oblag nun eigentlich nur noch die Beantwortung der Frage, ob die Vermehrung der Einlösungsscheine der Ausgabe eines neuen Papiergeldes vorzuziehen wäre. Wallis hielt die erstere der beiden gleich unzulässigen Magnahmen für das kleinere der beiden überaus großen übel. Er erklärte nochmals das Nebeneinanderbestehen zweier "Papiermünzen" mit Zwangskurs in einem Staate für eine Anomalie, welche auf jeden Fall vermieden werden follte. Er empfahl nun zur Beschaffung der für die Deckung der unerläglichen Rustungskoften nötigen Summe die Ausschreibung einer zweijährigen Kontribution als außerordentlicher Steuer, deren Ertrag neben einem Teile des Ergebnisses einer neuen Einkommensteuer unmittelbar an die Einlösungs= und Tilgungebeputation abzuführen wäre, die hierfür dem Staate 45 Millionen fl. vorschießen sollte. Dies wäre keine eigentliche Vermehrung des Papiergeldes, und um jede Erschütterung der privaten Areditverhältnisse nach Möglichkeit zu verhindern, empfahl Wallis zugleich, anzuordnen, daß bis zur Rückzahlung dieses Borschusses kein Gläubiger dazu verhalten werden sollte, ihm in Einlösungsscheinen gebührende Kapitalsbeträge zurückzunehmen.

Dieser allerdings auch bedenkliche, gewagte und mit vielen Nachsteilen verbundene Vorschlag schien Wallis doch immer noch weit weniger gefährlich. Er besorgte, daß sich bei einem Bruche des im Devalvierungspatente gegebenen Wortes die Aberzeugung sestschen werde, daß sich die Regierung nicht scheuen würde, "die Vermehrung des Papiergeldes ins unendliche fortzusehen und abermals die Staatssinanzen einzig auf die Papierschere zu gründen".

Drei Tage später erschien bas Patent über die Ausgabe neuen Bapiergelbes mit der Bezeichnung Antizipationsscheine 2 im Betrage

<sup>1</sup> Staatsarchiv. Rabinettsakten. R. Frang-Akten. 1813. 85.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Diese waren den Einlösungsscheinen im Werte gleichgestellt und sollten

von 45 Millionen Gulben, und am gleichen Tage trat Wallis von der Stelle des Hoffammerpräsibenten zurück.

Wie der Staatskanzler Fürst Metternich in späteren Jahren niederschrieb, hatte Wallis sein System als ein haltbares betrachtet, während der Kaiser wie auch er selbst ihm nur die Bedeutung einer Brücke beisgemessen hatten, "um von einer unhaltbaren Lage mit Beihilse der Umstände zu einer definitiven zu gelangen, deren Ausschlag jedoch von den weiteren Schicksalen abhing". Dieser Zweck war offenbar erfüllt. Der Bankerott war vermieden worden.

Tatsächlich haben die Einlösungsscheine in den zwei Jahren, die der Devalvierung der Bankozettel folgten, eine ebenso große Entwertung durch den Kurs wie letztere nicht erfahren. Nach der ersten ungünstigen Aufnahme der noch gar nicht hergestellten Scheine verschlechterte sich deren Kurs zwar bis Juli 1811 zeitweise noch um ungefähr 100%, worauf jedoch alsbald wieder eine Besserung eintrat, die nach bedeutenden Schwankungen namentlich von August 1812 an größere und länger anhaltende Fortschritte machte 2. Unbesangenen Beurteilern konnte der bereits erzielte Ersolg wohl kaum mehr zweiselhaft erscheinen.

mittelft eines jährlichen Grundsteuerbetrages im Laufe von 12 Jahren wieber eingelöft und jobann vertilgt werben.

<sup>1</sup> Aus Metternichs nachgelassenen Papieren I. Teil, 1. Bb., Wien 1880.

<sup>2</sup> Am 2. Juli 1811 hatte sich mit 343 ½ ber ungünstigste Kursstand ergeben, am 14. Oftober 1812 war bereits ein Kurs von 1337/8 erreicht. (Die Wiener Obligationefurse allerdinge waren zu letterem Zeitpunkte noch weit unter ben am 18. März 1811 [zum erstenmal nach der Herabsehung der Zinsen] kundgemachten.) — Im ersten Stud bes Nürnberger "Magazins für die Sandlung, Sandelsgesetzgebung und Finanzberwaltung" wurde die Frage aufgeworfen, wie es nach der Theorie des Gelbes und bes Papiergelbes bei einem fixierten Preise bes letteren möglich sei, daß die österreichischen Einlösungsscheine täglich in ihrem Werte stiegen, und welche die wahren Urjachen und Gründe dieser Erscheinung wären. Mit Recht bemerkte einer ber Herausgeber dieses Magazins, in der unter einem Pseudonym veröffentlichten Schrift "Betrachtungen über den Cours der österreichischen Ginlösungsscheine von Georgius" (Nürnberg 1813), Christian Georg Otto, daß ben Einlösungsscheinen, im Gegensate zu den Bankozetteln, vor allem die zeitweiligen Friedensverhältnisse zustatten kamen. Weniger begründet sind die weiteren Ausführungen, daß, da die Summe der neuen Noten für den Berkehr zu gering wäre, der Besserung des Wechselkurses, die als eine glückliche Erscheinung angesehen würde, fortbauernder Bucher und eine unverhaltnismäßige Teuerung bei ben wichtigsten Bedarfsgegenständen bei gleichzeitigem Sinken des Wertes des Grundeigentums gegenüberträten. Mangel an gehaltreichem Metallgelb bewirke immer

Die große Menge berjenigen freilich, welche die Tätigkeit des Hoffammerpräsidenten nicht nach dem heurteilten, was die Allgemeinheit gewonnen, sondern nur nach dem, was der Einzelne verloren hatte, jah nach wie vor in dem Patent die Quelle zahlreicher Abel.

Während sich Wallis über die Volksstimme, die übrigens seine Un= eigennütigkeit, Arbeitsamkeit und Energie anerkannte, leicht hinweggesett zu haben scheint, unterließ er es nicht, als Staats= und Konferenz= minister auch weiterhin noch dem Raiser als Berater dienend, diesem gelegentlich in einem Gutachten über einen Bericht Hagers die all= gemeinen Grundlinien seiner Sandlungs= und Denkungsweise barzu= legen: "Ich kenne kein anderes Interesse, als jenes Eurer Majestät und des Staates. Dienstgeschäfte sind meine eigentliche Leidenschaft. Ich habe kein anderes Bestreben, als Eurer Majestät, so viel meine Kräfte es gestatten, eifrig und gut zu bienen. Mein Gewissen gibt mir die Beruhigung, daß ich bei der schwierigen Leitung der Finanzen redlich gedient und kein personliches Interesse gekannt habe. Recte age et neminem time ist mein Wahlspruch, Eurer Majestät Gnade das Ziel aller meiner Bünsche. Man kann in gleichem Maße Eurer Majestät anhänglich sein; allein ich darf fühn behaupten, daß es unmöglich sei, meine Anhänglichkeit an Eurer Majestät geheiligte Person und meinen brennenden Eifer für das Beste des Dienstes zu übertreffen." 1

Wenn die weiteren finanziellen Opfer, welche die Bevölkerung Ofterreichs in den nun folgenden Jahren bringen mußte, weniger schmerzslich empfunden wurden, als die ihr von Wallis auferlegten, und wenn die Erinnerung an diese weit weniger lebendig geblieben ist, so hat dies seinen Hauptgrund wohl darin, daß der Lohn für diese Opfer gewissermaßen schon vorweggenommen war, nachdem sich der sehnlichste Wunsch aller Bölker der Monarchie, mit alleiniger Ausnahme der franzosenstreundlichen polnischen Abelsschicht, die Abschüttelung der soviel Unheil verbreitenden anmaßenden, unerträglichen und verhaßten fremden Geswaltherrschaft, endlich erfüllt hatte.

und überall Wohlseilheit; Mangel an unsundiertem Papiergeld verursache Teuerung. Die Furcht vor dem Fallen des Kurses oder vor einer unvermeidlichen Bersmehrung des Papiergeldes werde zu einer überlegenden Rechenmeisterin, welche die Dinge verteuere.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bortrag v. 5. Mai 1813, welchen der Kaiser mit den Worten erledigte: "Ich bin vollkommen von Ihrem Diensteiser und Anhänglichkeit überzeugt, auf die ich immer fest gebauet habe." (Staatsarchiv. Kabinettsakten 363/G. Kr. 617 v. 1813.)